Titel

liegt auf Dokument „Umschlag außen+3 mm”

ZU DIESEM HEFT 5

SCHWERPUNKT

Ludger Kühnhardt
Perspektiven der Europäischen Union 6

Wolfram Tschiche
Der Streitfall Europa: Wo liegen die kulturellen und politischen Grenzen Europas? 13

Zbigniew Wilkiewicz
Was bedeutet Europa für die ostmitteleuropäischen Länder? 21

Eckart D. Stratenschulte
Und der Zukunft zugewandt? – Europa in der außerschulischen Bildung 26

Helle Becker
Das hinreißende ABC der Europäischen Union: Arbeit, Bildung, Citizenship - auf dem Weg zur europäischen Bildungs- und Bürgergesellschaft? 33

Judith Egger
Europa in der politischen Jugendbildung 40

Kalle Puls-Janssen
„Die EU-Verfassung in Schwierigkeiten zwischen Politik, Politikern und den Bürgern“
Einblicke in eine internationale Jugendbegegnung im Europahaus Aurich 46

Susanne Schunter-Kleemann
Die EU-Dienstleistungsrichtlinie und das GATS-Abkommen 53

ADB-FORUM

Karlheinz Grieger
Fußball ist unser Leben...
Spielberichte aus einem Seminar der politischen Bildung 60

Albert Scherr
Kommentar zu den Thesen der Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik des AdB 67

ADB-JAHRESTHEMA

Gertrud Gandenberger
„Menschenrechte gestern und heute“
Deutsch-polnische Jugendbegegnung in Bad Liebenzell 69

METHODEN UND ARBEITSFORMEN

Maria Frerichs
Die Methode des „Open Space“ 75

INFORMATIONEN

Meldungen 79

Aus dem AdB 97

Personalien 105

Bücher 106

Markt 120

STICHWORTREGISTER 2005 127

IMPRESSUM 138

Thema des nächsten Heftes: Macht politische Bildung auch politisch?

„Ach, Europa!“ nannte Hans Magnus Enzensberger seine im Jahr 1987 erschienene Aufsatzsammlung, in der er Eindrücke von seinen Aufenthalten in sieben europäischen Ländern beschreibt. Dieses Jahr wäre ein Anlass, seinen das Buch abschließenden Epilog, noch vor der politischen Wende in die Zukunft des Jahres 2006 projiziert, mit der heutigen Realität abzugleichen. Enzensberger erinnerte damals daran, dass zu Europa auch Länder gehören, die der EU, die damals noch als Europäische Gemeinschaft firmierte, nicht angeschlossen waren.

Heute sind die meisten der damals von Enzensberger bereisten Länder, darunter Polen und Ungarn, Mitglieder der EU. Im Jahr 2004 fand die so genannte Osterweiterung statt, mit der die Europäische Union ihren Radius erheblich erweiterte. Diese Möglichkeit lag 1987, am Vorabend der politischen Wende, noch außerhalb der politischen Agenda. Aber die Realität gewordene Vision hat nicht zu der Begeisterung für den europäischen Einigungsprozess geführt, die bei einer solchen unverhofften Entwicklung zu erwarten gewesen wäre. Die Ablehnung des Entwurfs für eine Europäische Verfassung durch die Referenden in den Niederlanden und Frankreich im Frühjahr 2005 hat vielmehr ernüchternd deutlich gemacht, dass die Bürger und Bürgerinnen einer an Europa orientierten Politik nicht mehr mit der früheren Zustimmung zu folgen bereit sind.

Es hat viele Versuche gegeben, diese Ablehnung, Distanz oder bestenfalls Gleichgültigkeit, die auch vorher schon durch die niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament zum Ausdruck kam, zu erklären und unter anderem auf mangelnde Information der Bürger/-innen über die Voraussetzungen europäischer Politik zurückzuführen. Nun hat jede und jeder Interessierte die Möglichkeit, sich anhand einer Fülle von Material über die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten zu informieren, allein das Interesse daran scheint zu fehlen oder die Bereitschaft, sich in dieser unübersichtlichen Gemengelage wirklich einen Überblick zu verschaffen. Und es bleibt abzuwarten, ob die Kommunikationsstrategien der EU-Kommissarin Wallström grundlegend daran etwas ändern können.

Auch der Mangel an demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten des/der Einzelnen wurde als Begründung für die zunehmende Europamüdigkeit ins Feld geführt, aber bisherige Partizipationskampagnen haben bislang nicht zu einer spürbaren Wiederbelebung des europäischen Engagements beitragen können.

Für die europaorientierte politische Bildung ist diese Situation eine Herausforderung. Wir wollen in diesem Heft an einigen Beispielen darstellen, wie sie ihr begegnet und welche Antworten sie auf die aktuell sich stellenden Fragen gibt. In den hier abgedruckten Beiträgen wird der Stand der europäischen Einigung mit Blick auf die daraus resultierenden Perspektiven bilanziert, die kulturellen und politischen Grenzen Europas werden thematisiert, um daran zu erinnern, was Europa als Projekt eigentlich ausmacht. Die Voraussetzungen und Schwerpunkte europapolitischer Bildung werden ebenso dargestellt wie die Strategien der europäischen Bildungspolitik. Inzwischen hat sich nämlich eine europäische Ebene der Bildungspolitik etabliert, die erheblichen Einfluss auf nationale Bildungskonzepte nimmt; daran sollte man denken im Föderalismusstreit über die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern.

Schließlich verdeutlichen Beispiele aus der politischen Jugendbildung, wie Europa erfahrbar und Jugendlichen auch in den Möglichkeiten, die es für die eigene Entwicklung eröffnet, nahe gebracht werden kann.

Die Achtung der Menschenrechte gehört zu den politischen Aufgaben, denen sich die Europäische Union verpflichtet hat. Dass Politische Bildung immer auch Menschenrechtsbildung ist, daran hat der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten in diesem Jahr ausdrücklich erinnert. Wir haben dem AdB-Jahresthema 2006 „Politische Bildung ist Menschenrechtsbildung“ erstmals eine eigene Rubrik gewidmet. Dort werden wir in allen Ausgaben der „Außerschulischen Bildung“ in diesem Jahrgang an je einem Beispiel zeigen, wie dieses Thema in der Bildungspraxis unserer Mitgliedseinrichtungen umgesetzt wird.

In diesem Jahr wird die Weltmeisterschaft in Deutschland ausgetragen, ein Grund dafür, die gesellschaftlichen und politischen Dimensionen des Themas Fußball in einem eigenen Beitrag zu beleuchten und anschaulich zu machen, wie Fußball mit politischer Bildung verbunden werden kann. Ich verstehe nichts von Fußball und kann mich von Ignoranz dem Thema gegenüber nicht freisprechen. Aber den Artikel, den Karlheinz Grieger dazu geschrieben hat, habe ich gern gelesen und viel dabei gelernt.

Ingeborg Pistohl

Perspektiven der Europäischen Union

Ludger Kühnhardt

Ludger Kühnhardt erläutert, weshalb er in der gegenwärtigen Ratifikationskrise der europäischen Verfassung auch Chancen für die künftige Entwicklung der EU sieht. Dazu müsse Europa jedoch nicht von seinen Grenzen, sondern von seinen Potenzialen her definiert weren. Die Verlängerung des Ratifikationsverfahrens biete die Möglichkeit, die Frage nach den Zielen der EU zukunftsorientiert zu artikulieren und die Bürger in den politischen Verfassungsbildungsprozess der EU hineinzunehmen

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 hat den steinigen, aber richtigen und allein zukunftsweisenden Weg eingeschlagen, für die Annahme der ersten Europäischen Verfassung zu werben. Sie hat damit einen Weg beschritten, der zumindest bis ins Jahr 2007 – wenn Deutschland nach Finnland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird – hineinführen wird. Es ist der Weg dahin, schrittweise wieder Vertrauen in das europäische Integrationsprojekt zu gewinnen und die Menschen in der EU vom Nutzen konstitutioneller Festlegungen zu überzeugen, die den Rahmen für die künftige Arbeit der EU abstecken. Die EU-Ratspräsidentschaft hat damit einen mutigen Arbeitsauftrag in Angriff genommen, nachdem so mancher Kritiker der EU die Europäische Verfassung schon für tot erklärt hatte: Am 16./17. Juni 2005 hatte der Europäische Rat zu Recht die Fortsetzung des Ratifikationsprozesses der ersten Europäischen Verfassung beschlossen, den Ratifikationsprozess gestreckt und die Wiederaufnahme der europäischen Entscheidungsentwicklung während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in Aussicht gestellt. In gewisser Vorwegnahme des in der Europäischen Verfassung niedergelegten künftigen EU-Entscheidungsprinzips der „doppelten Mehrheit" (Staatenmehrheit und Bevölkerungsmehrheit) hat der Europäische Rat damit dem Recht aller beteiligten Staaten und Völker Rechnung getragen, sich an dem Ratifikationsprozess zu beteiligen. Die ablehnenden Voten in Frankreich am 29. Mai 2005 und in den Niederlanden am 1. Juni 2005 waren Ausdruck des demokratischen Willens in diesen beiden altehrwürdigen EU-Mitgliedsstaaten. Sie können aber nicht alle anderen EU-Partner majorisieren. In zehn EU-Mitgliedsstaaten mit einer Gesamtbevölkerung von 224 Millionen Unionsbürgern war bis zu diesem Zeitpunkt die Europäische Verfassung bereits ratifiziert worden. Die Mehrheit der wahlberechtigten 78 Millionen Franzosen und Niederländer hatte ein ablehnendes Votum abgegeben. Weitere 156 Millionen Unionsbürger aber mussten das Recht auf Meinungsäußerung haben – auf dem jeweils dafür vorgesehenen Weg, sei es durch Referendum, sei es durch Parlamentsbeschluss. Bis Anfang Februar 2006 ist die Europäische Verfassung in 14 von 25 und damit in einer Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten mit einer Mehrheit der Unionsbürger ratifiziert worden, darunter unterdessen in Luxemburg per Volksabstimmung im Juli 2005 und endgültig in Belgien nach dem noch ausstehenden Votum des flämischen Regionalparlaments am 8. Februar 2006.

Die EU-Ratspräsidentschaft hat mit der Werbung für die EU-Verfassung einen mutigen Arbeitsauftrag in Angriff genommen

Es ist nicht hilfreich, die derzeitige Ratifikationskrise zu einer allgemeinen Existenzkrise der EU zu stilisieren

Durch weitsichtiges Krisenmanagement und eine konsequente Ausrichtung der europäischen Politik auf die wesentlichen Zukunftsfragen und -sorgen der Bürger sollte sich die derzeitige Ratifikationskrise und die mit ihr um sich greifende Europa-Panik eigentlich wieder entspannen lassen. Es ist jedenfalls nicht hilfreich, die derzeitige Ratifikationskrise zu einer allgemeinen Existenzkrise der EU zu stilisieren. Drei Wege aus der Ratifikationskrise böten sich an, und es steht zu vermuten, dass die österreichische Ratspräsidentschaft in Varianten bis Juni 2006 zu ähnlichen Ergebnissen kommen wird:

1. Wiederholung des Referendums in Frankreich und in den Niederlanden, wobei dies entweder auf der Basis der aktuellen und vom Europäischen Rat verabschiedeten Europäischen Verfassung geschehen kann oder auf Basis gewisser „Opting-out"-Klauseln, die den seriösen Ratifikationsgegnern entgegenkommen. Denkbar wäre beispielsweise, dass Frankreich darauf verzichten kann, wirtschaftsliberale Entscheidungen der EU im Rahmen der Sozialunion übernehmen zu müssen, oder dass die Niederlande im Bereich der Migration Ausnahmeregelungen erhalten. Dies wäre zwar ein unglücklicher Rückfall in eine Politik, die vor dem Hintergrund der Opting-out-Erfahrungen mit Dänemark 1992 (um durch ein zweites Referendum die dortige Zustimmung zum Maastricht-Vertrag zu erlangen) durch eben die Europäische Verfassung überwunden werden sollte. Möglicherweise aber wären Opting-out-Klauseln ein zahlbarer Preis für die EU, damit die Verfassung bei einem zweiten Referendum in Frankreich und in den Niederlanden (und in weiteren verfassungskritischen EU-Mitgliedsländern) be-

stehen kann. Denkbar wäre auch eine Ergänzung der Verfassung durch eine „Charta der sozialen Ordnung in Europa“, die die Sorgen der Globalisierungskritiker aufnimmt. Sie vor allem waren es, die im ersten Anlauf die Verfassungsratifikation in Frankreich zu Fall gebracht hatten.

2. Sowohl in Frankreich als auch in den Niederlanden wäre ein solches zweites Referendum in jedem Falle wohl erst nach einem Wechsel der derzeitigen dortigen politischen Mehrheiten möglich, im Falle Frankreichs mithin kaum vor Mitte 2007. Frankreich, die Niederlande und mögliche weitere EU-Staaten, in denen die Ratifikation der Europäischen Verfassung im ersten Anlauf scheitern sollte, konzedieren durch konstruktive Enthaltung im Europäischen Rat den anderen, verfassungswilligen EU-Staaten und der durch sie repräsentierten Mehrheit der Unionsbürger das Recht, die Europäische Verfassung in diesen Ländern in Kraft treten zu lassen. Auch die Gemeinschaftsprojekte EURO oder Schengen-Abkommen sind bis heute nicht allerorten geltende Realität in der EU. Die prozeduralen und institutionellen Aspekte der Verfassung (inklusive die Ernennung eines EU-Außenministers und eines permanenten Präsidenten des Europäischen Rates sowie die Vereinfachung des Gesetzgebungsverfahrens und die Erweiterung des Mehrheitsprinzips) könnten darüber hinaus für alle EU-Mitgliedsstaaten durch Änderungen der Geschäftsordnung ohne Pflicht zur EU-weiten Ratifikation per Referenda bindend eingeführt werden. Die Stimmengewichtungen im Europäischen Rat und im Europäischen Parlament sind ohnehin bereits unter Einschluss eines EU-Beitritts von Rumänien und Bulgarien festgelegt worden und müssten frühestens ergänzt werden, wenn Kroatien (nicht vor 2009) oder die Türkei (nicht vor 2014, vielleicht erst um 2019) hinzukämen. Ein solches verfassungsermöglichendes Votum könnte der Europäische Rat einstimmig treffen, auch ohne dass alle nationalen Ratifikationsergebnisse zum Gesamttext der Europäischen Verfassung vorliegen. Die EU könnte auf diese Weise einerseits gemeinsam wichtige Elemente des Verfassungsinhalts ohne die Verfassungsform praktizieren, andererseits den verfassungswilligen Ländern das Recht auf eine konsequente verstärkte Zusammenarbeit durch Inkrafttreten der Europäischen Verfassung in diesen Ländern einräumen.

3. Während eine komplette Neuverhandlung der Europäischen Verfassung wohl ausscheidet, könnte der Gesamttext gekürzt werden, um den Sorgen der Verfassungsgegner entgegenzukommen, die aus Angst vor Arbeitslosigkeit und dem Verlust eines (bei Lichte besehen reichlich fiktiven) europäischen Sozialmodells im Zeitalter der Globalisierung Bedenken gegen die Ratifikation geäußert haben. Der Teil III der Europäischen Verfassung, der die diversen Politikfelder der EU behandelt, sprengt ohnehin den Rahmen einer klassischen Verfassung. Er könnte als Teil der eigentlichen Verfassung gestrichen werden – oder zumindest in seiner verfassungsförmigen Bindekraft außer Kraft bleiben – um damit zu dokumentieren, dass die sozial- und wirtschaftspolitischen Beschlüsse der EU keinen Verfassungsrang haben, sondern allein politischer Natur sind und bestenfalls zum sekundären europäischen Verfassungsrecht gehören. Über eine solcherart verschlankte Verfassung, die erst im eigentlichen Sinne des Wortes zu einer Verfassung würde, könnte (müsste aber nicht zwingend) ein zeitgleiches europaweites Referendum durchgeführt werden.

Der dritte Weg ist vermutlich der politisch realistischste und am Ende vernünftigste Weg, wenngleich derzeit unklar ist, ob mit seiner Verwirklichung vor einem Wechsel an der Spitze des französischen Staates (Präsidentschaftswahlen Mai 2007) gerechnet werden könnte. Der zweite Weg entspräche wohl am stärksten dem Respekt vor dem bereits erbrachten Votum der Verfassungsbefürworter und wäre sowohl demokratie- wie integrationstheoretisch der geradlinigste Weg aus der Ratifikationskrise, ohne die derzeit die Annahme der Europäischen Verfassung Ablehnenden auf Dauer auszuschliessen. Der erste Weg käme den Verfassungsgegnern am stärksten entgegen und gäbe

Es muss von einer Verlängerung der Zeitspanne für den Ratifikationsprozess ausgegangen werden

Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg

doch eine Antwort auf das Recht der Verfassungsbefürworter, dass ihre Stimmen nicht weniger wiegen dürfen als diejenigen der Verfassungsgegner. Deren Regierungen sind mit ihrer Unterschrift unter die Europäische Verfassung immerhin internationale Verpflichtungen eingegangen, die ein wechselseitiges Vertrauen in die Ernsthaftigkeit dieser Absicht bei allen anderen Partnern begründet haben, die im guten Glauben an den Wert ihres Votums die Europäische Verfassung ratifiziert haben oder ratifizieren wollen. In keinem der drei dargestellten Fälle würde die Europäische Verfassung neu verhandelt oder ihr Ratifikationsprozess gestoppt werden müssen. In jedem Falle muss nach den Festlegungen des Europäischen Rates vom Juni 2005 von einer Verlängerung der Zeitspanne für den Ratifikationsprozess ausgegangen werden, die sich vor allem aus innenpolitischen Zeitplänen in den Ländern ergibt, deren Bevölkerungsmehrheit im ersten Anlauf Bedenken gegen die Europäische Verfassung geäußert hat oder die die ausgerufene Reflexionsphase in Anspruch nehmen. Mit der Ratifikation ist in jedem Fall nicht vor 2007 und vermutlich erst bis 2009 zu rechnen – aber diese Streckung ist eine Petitesse gemessen am Schaden, den die EU durch die komplette Verwerfung der in mehrjähriger Arbeit entstandenen Europäischen Verfassung hätte (zumal die Neubestimmungen der Europäischen Verfassung ohnehin erst ab 2009 in Kraft treten sollen). Spätestens mit der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament 2009 könnte die erste Europäische Verfassung also doch Wirklichkeit sein.

Die Ratifikationskrise der Europäischen Verfassung ist zu einer Chance für die EU geworden. Die Chance für die EU besteht darin, den Bürgerwillen konsequent anzuerkennen und das heißt, sowohl dem Willen der Mehrheit der Unionsbürger zu folgen und zugleich den Willen der Minderheit zu achten. Beides zugleich kann nur gelingen, wenn der Ratifikationsprozess fortgeführt wird und Uberlegungen der dargestellten Art vorangetrieben werden, wie den negativen Voten einer Bevölkerungsmehrheit in Frankreich und in den Niederlanden (und möglicherweise in weiteren EU Staaten) angemessen geantwortet werden kann.

Die Ratifikationskrise der Europäischen Union reflektiert die Zwitterlage, in der sich das Integrationsprojekt Europa bewegt: Die EU greift zunehmend in nationale Belange und Verfassungsstrukturen ein, aber sie tut dies noch nicht so konsequent, als dass sie im Falle von Spannungen über gravierende Zielkonflikte tatsächlich die primäre Entscheidungsmacht hätte. Daher wird nationaler politischer Unmut rasch an die Adresse der EU gerichtet,

Die EU greift zunehmend in nationale Belange ein, hätte im Falle von Spannungen über gravierende Zielkonflikte aber nicht die primäre Entscheidungsmacht

obgleich seine Ursachen noch immer im eigenen Staat und in den Aktivitäten (oder Unterlassungen) der nationalen politischen Führungen gründen. Zugleich kann die EU noch nicht so autonom agieren, als dass sie die Erwartungen, die an sie gerichtet sind und die Ziele, die allseits einvernehmlich in dafür legitimierten Gremien beschlossen wurden, auch jederzeit einklagen könnte. So wird die EU für Bürgerunmut verantwortlich gemacht, zu dessen Abbau sie eigentlich beitragen könnte. Dieses Paradoxon zeigt sich in der gegenwärtigen Ratifikationskrise um die Europäische Verfassung. Sie ist nicht in erster Linie ein Disput um den eigentlichen Verfassungstext, um dessen Konsens in einer in vielerlei Hinsicht weiterhin heterogenen EU in fast dreijähriger Arbeit gerungen wurde. Sie ist vor allem ein bereits über den Verfassungstext hinausgehender Disput um die Frage nach Zweck und Ziel der weiteren europäischen Integration.

Eine wichtige europapolitische Ursache für den Ausbruch der Krise liegt im Versagen des deutsch-französischen Führungsanspruchs. Über eine Reihe von Jahren hinweg haben die beiden traditionellen Motoren die EU während der letzten Jahre des alten und der ersten Jahre des neuen Jahrhunderts im wesentlichen von ihren Grenzen her zu definieren gesucht, die den freien Blick auf die Chancen einer Aufgabe versperren: Grenzen der finanziellen Solidargemeinschaft (Agenda 2000), Grenzen der Preisgabe nationaler Privilegien (Nizza-Vertrag), Grenzen gegenüber den Folgen der unausweichlichen Osterweiterung (Arbeitnehmerfreizügigkeit), Grenzen gegenüber der Autonomie nationaler Regierungsbildung innerhalb der EU (Österreich) und Grenzen gegenüber dem Weltmachtanspruch der USA (Irak-Krieg), Grenzen der öffentlichen Anerkennung der Rolle der Religion in Europa (Verfassungspräambel), Grenzen gegenüber der Umsetzung längst etablierter Rechtsgrundsätze zum Gemeinsamen Markt (Dienstleistungsrichtlinie) und zur Sicherung des Euro (Stabilitätspakt). Was Wunder, dass andere nachzogen und Grenzen gegenüber dem Dominanzanspruch Frankreichs und Deutschlands akklamierten (so auch in den Niederlanden und schon vor der Ratifikationsdebatte), die vom Motor zu Vetomächten mutiert waren. Nicht überraschend auch, dass viele Unionsbürger die EU nurmehr über die Grenzen des Territoriums zu definieren scheinen und nicht mehr nach den politischen, wirtschaftlichen und religiö-

sen Chancen der Erweiterung in Richtung Balkan und Türkei fragen. Es ist bezeichnend für die Art, wie selbst weitsichtige Positionen der Regierungen in Berlin und Paris in Angst und Ablehnung unter den Bürgern umschlugen, dass die Frage nach den territorialen Grenzen der EU zum hitzigsten Gegenstand aller Debatten der letzten Jahre wurde: Die EU diskutierte dabei aber nicht mehr, was sie sein will und warum in der Logik dieses Willens eine Mitgliedschaft der Balkanländer und der Türkei folgerichtig sein kann. Stattdessen wird scheinbar nurmehr diskutiert, wo denn bitte endlich ihre Grenzen liegen müssen, um sich vor den rauhen Winden der Welt abzuschotten, denen mit Hilfe eines EU-Mitglieds Türkei doch vermutlich leichter pariert werden könnte. Die europäische Integration nurmehr von ihren Grenzen, aber nicht länger von ihren Potenzialen her zu definieren, musste in jene Krise einmünden, in der auch ein erheblicher Teil der Bürger den Plänen und Projekten ihrer Führungen eine Grenze aufzeigt, weil diese ihnen die EU als Testgrenze der eigenen Ängste und Befürchtungen vorführte. Angesichts nationaler Führungsdefizite in der Europapolitik war die Ratifikationskrise, die das Bürgervotum ausgelöst, aber nicht verursacht hat, geradezu vorprogrammiert.

Die Frage nach den territorialen Grenzen der EU wurde zum hitzigsten Gegenstand aller Debatten der letzten Jahre

Wie jede frühere Krise der europäischen Integration birgt aber auch die Ratifikationskrise eine Integrationschance. Wie nach jeder europäischen Krise in den vergangenen fünf Jahrzehnten wird eines Tages vermutlich bilanziert werden, dass im Ergebnis das Integrationsprojekt gestärkt worden ist. Dies ist kein rhetorischer Taschenspielertrick, sondern war bisher stets ein historisch verifizierbares Faktum: Keine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ohne den Zweiten Weltkrieg, keine EWG ohne das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, keine Währungsunion ohne vorherige Währungskrisen, kein Durchbruch zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ohne die Balkankriege der 90er Jahre, kein Verfassungstext ohne die Einsicht in die durch den Nizza-Vertrag ausgelöste institutionelle Krise.

Eines Tages wird man vielleicht formulieren können: Kein Durchbruch der europäischen Öffentlichkeit, ja kein europäischer Patriotismus ohne die Ratifikationskrise der Europäischen Verfassung. Was heute vorschnell als Torpedierung des Verfassungsprojektes anmutet, kann sich durchaus zum Vehikel der Vertiefung des Postulats der Unionsbürgerschaft – und damit der Integration insgesamt – entwickeln. In dieser Perspektive könnte es eines nicht mehr so fernen Tages auch zeitgleiche EU-weite Referenda geben – warum nicht am Ende auch über die Europäische Verfassung selbst nach der vom Europäischen Rat beschlossenen Phase der Reflexion, allerspätestens (falls es keine vorherige Lösung geben sollte) gemeinsam mit der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament 2009? Die Verlängerung des Ratifikationsverfahrens über das ursprüngliche Datum Ende 2006 hinaus bedeutet jedenfalls den Beginn von pragmatischen Modifikationen, um das Inkrafttreten der ersten Europäischen Verfassung am Ende allen augenblicklichen Unkenrufen zum Trotz doch zu ermöglichen. In der Reflexionsphase könnten sich weitere Überlegungen Bahn brechen – einschließlich der Möglichkeit, die Verfassung nur in den Ländern in Kraft treten zu lassen, die sie bereits ratifiziert haben, den anderen aber die Chance einer späteren Ratifikation zu eröffnen oder der Möglichkeit, doch über Nachbesserungen (wie ein Zusatzprotokoll) beziehungsweise Modifikationen des derzeit geltenden Textes neuen Konsens zwischen Unionsbür-

Jugendliche Begeisterung über EU-Erweiterung

gern und ihren politischen Führungen zu stiften (indem beispielsweise der bei Verfassungsgegnern so umstrittene Titel III Verfassungsrang verliert und zu dem politischen und rechtlichen Dokument wird, das er eigentlich nur sein kann). In jedem Falle aber kann der Zeitgewinn, den die EU auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 2005 erreicht hat, nur zu einem guten Ende führen, wenn EU-weit intensiv, redlich und öffentlich über die Ursachen der Vertrauenskrise in das Handeln der EU und über grundsätzliche Wege zu ihrer Uberwindung debattiert wird.

Die EU wird nach der Ratifikationskrise eine andere als vorher sein

Die EU nach der Ratifikationskrise wird gewiss eine andere sein als vorher, ungeachtet der Frage, ob (und wie) am Ende die vorliegende Europäische Verfassung in Kraft treten wird oder nicht. Es wird eine EU sein, in der die innere Balance und die Machtverhältnisse zwischen den Staaten und Staatengruppen geändert sein werden. Frankreich und Deutschland werden deutlicher denn je ihren in den letzten Jahren auf eigenwillige Weise immer wieder vorgetragenen Monopolanspruch verloren haben, alleine festlegen zu können, was in „europäischem Interesse“ ist. Die Unionsbürger anderer Staaten werden ihren Anspruch auf Mitartikulation des europäischen Interesses einbringen und zwar gleichgültig, ob sie im Augenblick für oder gegen die Annahme der Europäischen Verfassung sind. Es wird eine EU sein, in der es weniger „altes“ und „neues“ Europa geben wird. Vor allem jene neuen EU-Mitgliedsstaaten, die die Europäische Verfassung bereits ratifiziert haben, werden sich künftig mit Recht verbitten, als Europäer zweiter Klasse abqualifiziert zu werden. Es wird schließlich eine EU sein, die in die Zukunft Europas und nicht länger in übertrieben wuchernde Besitzstände der Vergangenheit investieren muss. Wer in der derzeitigen Krise der EU Beiträge leistet, die über das vordergründige Krisenmanagement hinausweisen, und der EU neue gemeinsame Perspektiven aufzeigen kann, wird seine Reputation und seinen Einfluss auf lange Zeit hin stärken. Darin lag kurzfristig die Chance von Großbritannien, das im zweiten Halbjahr 2005 die EU-Ratspräsidentschaft innehatte und den EU-Partnern mit plausiblen Erfolgsbelegen zeigen konnte, auf welche Weise man die Globalisierung als Chance und Wirtschaftsreformen als Weg zu neuem Wachstum, zu Beschäftigung und Wohlergehen nutzen kann. Darin liegt die Verantwortung für Österreich, unter dessen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 der Weg aus der Ratifikationskrise gefunden werden soll. Langfristig ist dies eine Chance für alle Beteiligten, wobei es im Falle der anhaltend erforderlichen, jedenfalls nützlichen Motorrolle Frankreichs und Deutschlands wohl nur auf der Basis neuer nationaler politischer Führungen in beiden Ländern gehen wird, die sich (unter Einschluss einer wirtschaftlichen Erneuerung im Innern) der Wiederherstellung der Reputation ihrer beiden Länder durch eine integrationsermöglichende Europapolitik unter Preisgabe von Vetoallüren und Dominanzneigungen verpflichtet wissen!

Europa kann nicht weltführende Wirtschafts- und Technologiemacht werden, wenn elementarste Voraussetzungen einer auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzmehrung und Kinderreichtum ausgerichteten Entwicklung fehlen

Alle beteiligten Führungen in der EU müssen jedenfalls wieder lernen, Europa nicht von seinen Grenzen her zu definieren, sondern von seinen Potenzialen ausgehend. Dies bedeutet nicht, über Probleme und Risiken hinwegzugehen, denen sich die EU stellen muss. Im Gegenteil: Es heißt, sie seriöser, realistischer und konsequenter anzugehen als vielfach in den vergangenen Jahren geschehen. Europa kann schlechterdings nicht weltführende Wirtschafts- und Technologiemacht werden, wie vollmundig 2000 von den Staats- und Regierungschefs der EU verkündet, wenn die elementarsten Voraussetzungen einer auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzmehrung und Kinderreichtum ausgerichteten Entwicklung fehlen. Europa kann keine weltpolitische Rolle akklamieren, wenn seine Mitgliedsstaaten sich um einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat der UNO streiten, anstatt die EU insgesamt dafür ins Rennen zu schicken. Europa kann nicht ständig seine Aufgaben erweitern, zugleich aber die Ausgaben senken wollen. Europa muss in der aktuellen Krise nicht einfach nur „innehalten“ oder „bescheidener“ werden, wie es zur Zeit in büßerischer Manier so gerne aus Politikermunde heißt. Seine politische Führungselite muss wieder führen und verantworten wollen, eine orientierende Rolle spielen und nicht eine, die Unsicherheiten und Ängste der Bürger auch noch schürt. Was dies im Einzelnen heißt, wird stets Gegenstand von Kontroversen sein. Aber es müssen wenigstens Kontroversen um langfristige gemeinsame Ziele sein und nicht um Mittel, wie man Ziele vernebelt, um Dispute zu minimieren. Tony Blair hat recht: Erst muss die Politik wieder stimmen und dann wird man die Herzen der Menschen für die Europäische Verfassung wiedergewinnen.

Schon inmitten der Ratifikationskrise muss daher nach einer neuen Europapolitik in der EU gerufen werden, die vorausschauend ist (und dies überzeu-

gend darlegen kann) und gerade in diesem Führungsanspruch der europäischen Institutionen dem Ansinnen einer Mehrheit der Unionsbürger näher kommt, die wissen wollen, wie man miteinander die Zukunft gestaltet und nicht, wie man miteinander Angst vor ihr kolportiert. In diesem Plädoyer für ein Europa der Bürger und für den Führungsauftrag seiner Institutionen liegt ein erheblicher Zuwachs an europäischer Demokratie und europäischem Demos-Bewusstsein, von dem immer wieder gern behauptet wird, es gäbe dergleichen gar nicht. Darin liegt aber auch ein weit höherer Legitimations- und Existenzdruck für jene, die sich als politische Führung Europas verstehen und manchmal so gerieren, als sei die EU schuld an ihrem eigenen Versagen.

In dem Plädoyer für ein Europa der Bürger und für den Führungsauftrag seiner Institutionen liegt ein erheblicher Zuwachs an europäischer Demokratie und europäischem Demos-Bewusstsein

In vielen Fällen werden Bürger und ihre Politiker zukünftig nicht umhin kommen, eher noch häufiger europäische Lösungen für zentrale Probleme des öffentlichen Lebens in der EU zu akzeptieren. Deshalb ist es auch richtig, dass *Tony Blair* eingefordert hat, erst die richtige, das heißt zukunftsweisende Politik und die für ihre Umsetzung erforderlichen Budgetfestlegungen zu beschließen, und erst dann die Verfassungsratifikation zu beenden. Die Zukunft der EU wird die Autonomie des einzelnen EU-Mitgliedsstaates weiter einschränken. Daran müssen sich Unionsbürger und EU-Staatsführungen wechselseitig gewöhnen. Es scheint heute, als würden die an diesen Themen interessierten Bürger schneller lernen als viele ihrer Politiker – jedenfalls in der Analyse, ohne dass man von ihnen Therapievorschläge erwarten kann, für die sich schließlich die politischen Führungen verantwortlich fühlen. Anders lässt sich die Eruption nicht erklären, mit der in europäischen Fragen vielerorts – und nicht nur in den Kreisen französischer und niederländischer „Verfassungsgegner" – plötzlich debattiert wird. Europa greift immer mehr in das eigene Leben ein und wird daher immer mehr zum Referenzpunkt für den politischen Diskurs in der EU. Die EU ist endgültig in der Innenpolitik ihrer Mitgliedsstaaten angekommen. Europapolitik ist zur Innenpolitik aller Unionsbürger geworden.

Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass auch die Mitgliedsstaaten und ihre Bürger in der EU ankommen müssen, wenn das ineinander verwobene Regierungssystem zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten sinnvoll funktionieren soll. Für die politischen Führungen – und die, die danach drängen – kann dies nur heißen: Sie müssen die Frage nach dem Wozu der Europäischen Union, die Frage nach den Zielen, zukunftsorientiert, redlich und konstruktiv artikulieren. Für die Unionsbürger wird dies je länger je mehr heißen, dass sie dabei mitreden wollen. Insofern sind die Referenda zur Ratifikation der Europäischen Verfassung wohl nur Vorboten einer weiterreichenden Demokratisierung der europäischen Politik. In der logischen Folge dieses Prozesses würde es liegen, EU-weite Referenda zu veranstalten (wie sie die Europäische Verfassung ermöglichen würde!). Es würde auch in der Logik dieses Prozesses liegen, das Europäische Parlament endlich um seiner selbst willen anzusehen und seine Wahl nicht nur als Ableger nationaler Wahlpräferenzen zu minimieren (was mit der faktischen Mitbeteiligung des Europäischen Parlaments an fast allen wichtigen legislativen Entscheidungen der EU, wie die Europäische Verfassung es vorsieht, seine konsequente konstitutionelle Abstützung erfahren würde). Es würde schließlich in der Logik dieses Prozesses liegen, vor allem die EU und ihre genuinen Akteure – namentlich ihren Kommissionspräsidenten und den Ratspräsidenten (der gemäss der Europäischen Verfassung künftig zweieinhalb Jahre im Amt wäre und und schon dadurch an Gewicht gewönne) sowie die mächtig gewordenen Fraktionsvorsitzenden der großen Gruppierungen im Europäischen Parlament – als Makler des Auswegs aus der derzeitigen Krise zu identifizieren, anstatt ausschließlich auf nationale Politiker zu warten, die sich mancherorts gerade redlich bemüht haben, ihr restliches Ansehen in den Augen vieler ihrer eigenen Bürger (und anderer Unions-Mitbürger) zu verspielen.

Europapolitik ist zur Innenpolitik aller Unionsbürger geworden

2001, zu Beginn des Verfassungsbildungsprozesses, begann sich die Einsicht unter den politischen Eliten der EU durchzusetzen, dass ein Verfassungsrahmen erforderlich sei, um die auf 25 oder mehr Staaten gewachsene EU mit immer wachsenden Aufgaben politisch führbar zu halten. Offensichtlich haben viele von ihnen zu wenig getan, um ihre Wähler in diesen Erkenntnissen mitzunehmen und sich mit ihnen gemeinsam über die Ziele einer politischen Union zu verständigen. Nun wird die politische Elite der EU dazu gezwungen, indem das Inkrafttreten der Europäischen Verfassung verlangsamt worden ist, weil weit mehr Bürger als je gedacht an diesem historischen Prozess der Herausbildung einer politischen Union beteiligt sein wollen. Fast noch wichtiger als die Nein-Mehrheiten war die

hohe Wahlbeteiligung in Frankreich und in den Niederlanden, von der man bei jeder regulären Wahl zum Europäischen Parlament nur träumen kann.

Dass einzelne politische Optionen – sei es zur Wirtschaftspolitik im Globalisierungszeitalter, zu ethischen Fragen oder zur Frage nach der türkischen EU-Mitgliedschaft – umstritten sind, wird auf europäischer Ebene immer so normal sein wie es schon stets auf der nationalen Ebene normal gewesen ist. Umso mehr müssen die Defizite auf den Prüfstand, die den Bürgerunmut ausgelöst haben, von dem dann immer nur zu rasch und unbewiesen behauptet wird, es sei ein allgemeiner Europa-Unmut. Das Hauptdefizit besteht in den Augen der Verfassungskritiker darin, dass die EU zu wenig Demokratie verkörpert. In letzter Konsequenz verlangt der Bürgerunmut, der sich in den negativen Verfassungsvoten in Frankreich und den Niederlanden eine Bahn gebrochen hat, gerade in seiner inkohärenten und widersprüchlichen Natur nach einer Vertiefung der europäischen Einigung um die Dimension einer vollen politischen Union, in der Verantwortung und Rechenschaftspflicht, in der Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit präzise definiert sind. Der Text der so umfochtenen, aber nur selten gelesenen Europäischen Verfassung gibt genau darauf eine, wenngleich keine erschöpfende Reihe von Antworten. Vertiefung der Integration und nicht die Absage an sie in Verbindung mit weiterschwelender Angst vor den Folgen der unumkehrbaren Erweiterung ist daher die angemessene Antwort auf die derzeitige EU-Krise.

Die Defizite, die den Bürgerunmut ausgelöst haben, müssen auf den Prüfstand

Die Europäische Verfassung ist nicht tot, weder ihre Idee noch ihre nach mühsamer Kompromisssuche zustandegekommene und von allen 25 EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnete derzeitige Fassung sind es. Überhaupt geht es nicht um das Sterben, sondern eher um die Geburt. Wir erleben die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit und eines europäischen Konstitutionalismus. Mag sein, dass die vorliegende Europäische Verfassung in diesem Prozess, der naturgemäß nicht ohne die Qualen von Geburtswehen erfolgen kann, sozusagen eine Frühgeburt ist, weil unter vielen Unionsbürgern noch kein ausbalanciertes Verständnis zwischen ihrer Absicht und der Erwartung an sie besteht. Mag aber auch sein, dass – wie so häufig – Totgesagte länger leben. Die Vitalität von Frühgeborenen sollte ohnehin nicht unterschätzt werden. In jedem Falle aber ist die derzeitige Ratifikationskrise der Europäischen Verfassung eine Integrationschance: Die Chance, die Unionsbürger jenseits ihrer nationalstaatlichen Selbstlähmung endlich in den politischen Verfassungsbildungsprozess der EU hineinzunehmen und die Chance, die politischen Eliten davon zu überzeugen, dass sie nurmehr dann Legitimität und Zukunft haben werden, wenn sie in dem sich weiter vereinigenden Europa von dessen Potenzialen und nicht länger von dessen Grenzen her denken, reden und handeln.

Wir erleben die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit und eines europäischen Konstitutionalismus

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und dort erreichbar unter der Adresse ZEI, Walter-Flex-Strasse 3, 53113 Bonn.

Der Streitfall Europa: Wo liegen die kulturellen und politischen Grenzen Europas?

Wolfram Tschiche

Wolfram Tschiche will in diesem Beitrag zeigen, dass die europäische Identität durch ein Paradox kennzeichnet ist, nämlich dass keine der partiellen kulturellen Identitäten gegenwärtig eine Chance hätte, zur einzigen Identität des Kontinents zu werden. Diese kulturelle Vielfalt wird durch eine politische Identität ermöglicht, die – ebenfalls paradox – auf universellen Grundwerten beruht. In der Anerkennung und dem rechtlichen Schutz kultureller, religiöser und weltanschaulicher Vielfalt, der Förderung von Demokratie und Menschenrechten sieht der Autor, was also somit den akzeptablen Teil der modernen europäischen Tradition angeht, das Vermächtnis Europas an die Welt.

Das doppelte Nein der Franzosen und der Niederländer zur „Verfassung für Europa" im Jahr 2005 hat die schon vorhandene Debatte, auf welche Weise kulturelle und politische Grenzen Europas zu bestimmen seien, verstärkt. In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um die Frage, ob der Verfassungsprozess tot sei, sondern um ein zentrales Problem des europäischen Selbstverständnisses: Steht „Europa" für ein unverwechselbares kulturelles, normatives und politisches Profil, mit dem sich die Europäer/-innen identifizieren könnten und das sich von allem Nicht-Europäischen unterscheidet? Wie ließe sich ein solches europäisches Profil kennzeichnen? Muss also das Projekt der europäischen Integration durch eine Identitätsphilosophie über die Grenzen und Größe und den european way of live bereichert werden? Ist neben den institutionellen, juristischen, wirtschaftlichen Maßnahmen auch ein kulturelles Identitätskonzept für Europa notwendig, um der europäischen Einigung politische Stabilität zu verleihen und die Zustimmung ihrer Bürger/-innen zu sichern?
Mittels erläuterter Thesen wollen wir versuchen, die diesen Fragestellungen zugrunde liegende Leitfrage nach der kulturellen und politischen Identität Europas zu beantworten:

Politische Finalität der Europäischen Union und europäische Identität

Die gegenwärtige Debatte um die europäische Identität ist mit schwerwiegenden Problemen der europäischen Integration verbunden, so wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg im Westteil unseres Kontinents ihren Anfang nahm.

Das europäische Projekt wurde als Wertegemeinschaft erhofft und entworfen

Das europäische Projekt, auf den Schlachtfeldern Europas und im Erschrecken vor dem Zivilisationsbruch namens „Auschwitz" geboren, wurde von Anfang an als Wertegemeinschaft erhofft und entworfen, auch wenn es mittels Zusammenschluss einiger westeuropäischer Staaten unter wirtschaftlichem Vorzeichen begann.

Von Anfang an rieb sich der europäische Integrationsprozess an dem Paradox, dass die Architekten des neuen interdependenten Regierungsmodells Nationalstaaten waren. Diese paradoxe Situation, die sich auch anhand der „Verfassung für Europa" ablesen lässt, ist gegenwärtig noch vorhanden. Die EU ist nur schwer in hergebrachte Kategorien des Staats- und Völkerrechts einzuordnen.

Sie ist einerseits – obwohl durch völkerrechtlichen Vertrag der Mitgliedsstaaten gegründet – weit mehr als eine normale „internationale Organisation" oder ein gewöhnlicher völkerrechtlicher „Staatenbund". So verfügt die Union über die Fähigkeit, Recht zu setzen, das gegenüber dem Einzelnen unmittelbar verbindlich ist und hierbei Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten beansprucht; man spricht von einer „supranationalen" öffentlichen Gewalt, welche die Union auszuüben in der Lage ist. Auch in der Sache verfügt die Union mittlerweile über eine Breite und Tiefe an Kompetenzen, die über das bei sonstigen internationalen Organisationen übliche Maß weit hinausgeht und an die Kompetenzfülle eines Bundesstaates heranreicht.

Die EU verfügt über eine Kompetenzfülle, die über das bei sonstigen internationalen Organisationen übliche Maß weit hinausgeht und an die eines Bundesstaates heranreicht

Andererseits ist es nahezu unbestritten, dass die EU – trotz dieser staatsähnlichen Kompetenzfülle – kein Staat und auch kein Bundesstaat ist, dass die Mitgliedstaaten im Prozess der europäischen Integration ihre souveräne Staatlichkeit noch nicht verloren haben und nicht zum bloßen Gliedstaat in einem europäischen Bundesstaat herabgesunken sind. Grund hierfür ist, dass die Union ihre Kompetenz nicht aus eigener Legitimation und Souveränität heraus wahrnimmt, sondern über sie allein in dem Maße verfügt, in dem ihr diese Kompetenzen durch die Mitgliedstaaten – als souveräne „Herren der Verträge" – zur gemeinschaftlichen Erledigung übertragen wurden. Die EU verfügt – anders als ein Bundesstaat – weder im Akt der Verfassungsgebung noch bei späteren Verfassungsänderungen – über die sog. „Kompetenz- Kompetenz", d. h. über die Befugnis, sich selbst Kompetenzen zu verschaffen. Da die EU somit weder Staatenbund noch

Bundesstaat ist, verbleibt allein die Möglichkeit, sie als supranationale Föderation eigener Art zu qualifizieren.

Inzwischen ist die europäische Integration so weit fortgeschritten, dass das politische Gemeinwesen, in dem wir leben, nicht mehr allein von den Mitgliedstaaten her verstanden werden kann. Vielmehr leben wir in einem Mehrebenen-Gemeinwesen: erstens EU, zweitens Nationalstaaten und drittens ggf. Gliedstaaten/Bundesländer. Es ist nur folgerichtig, wenn jede dieser Ebenen durch eine eigene, wenngleich in einem Verfassungsbund stehende Schicht konstituiert wird: erstens die EU-Verfassung, zweitens die nationalstaatliche Verfassung/Grundgesetz und drittens die gliedstaatliche Verfassung/Landesverfassung.

Unser politisches Gemeinwesen kann nicht mehr allein von den EU-Mitgliedstaaten her verstanden werden. Bundespräsident Horst Köhler vor dem EU-Parlament

Angesichts der noch offenen Situation hinsichtlich der finalen Vorstellungen Staatenbund, Bundesstaat oder gar nur Freihandelszone unter Beibehaltung der überkommenen nationalstaatlichen Ordnung wird gegenwärtig kontrovers die Herausbildung einer abgrenzbaren europäischen Identität diskutiert. Nach der „Verfassung für Europa" präsentiert sich Europa als geographische Einheit sowie als Wertegemeinschaft, indem sie die Union als nur für solche Staaten offen konzipiert, die zum einen „europäisch" sind und zum anderen „ihre Werte achten".[1] Art. I – 2 präzisiert sogleich, worin die den europäischen Staaten gemeinsamen und die Union tragenden Werte bestehen und nennt hierbei vor allem die Achtung vor der Menschenwürde, die Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschen- und Minderheitenrechte.

Beide Anknüpfungspunkte einer europäischen Identität – in geographischer als auch wertbezogener Hinsicht – weisen eine offene Flanke aus: Wie weit reicht Europa in Richtung Osten und soll die Türkei Vollmitglied der EU werden?
Und was die Werte Europas betrifft, so besteht ihre Paradoxie gerade darin, dass sie – wie etwa die Menschenrechte – universelle Werte sind, wie *Thomas Meyer* in seinem instruktiven Essay „Die Identität Europa"[2] ausführt, dem der Autor grundlegende Einsichten verdankt. Ob auf der Basis universeller, wenngleich maßgeblich in Europa entstandener Werte eine spezifische Identität Europas gegründet werden kann, muss bis auf weiteres als offene Frage angesehen werden.

Nationalstaat und europäische Identität

Der Nationalstaat wird voraussichtlich in jeder absehbaren Weltordnung und gleichermaßen in jeder denkbaren Variante der EU-Finalität seinen erstrangigen Platz behaupten. Warum es allein gehen kann, ist daher seine relativierende Einbettung in transnationale Politik.

Der Nationalstaat hat in der europäischen Geschichte erst allmählich sein Doppelgesicht gezeigt. Der Irrweg begann, als im 19. Jahrhundert die Nation aus einem Demokratisierungsprogramm zum chauvinistischen Mobilisierungsinstrument wurde.

Jedoch sind nationalstaatliche Identifikationen, sofern sie nicht als prämoderne Fixierungen auf vermeintlich überlegene Merkmale von Nationalkulturen gegründet sind, sondern sich als politisches Bewusstsein auf die Verfassung des eigenen Landes beziehen, erst recht in ihrer postmodernen Form ohnehin schon über die Nationalgrenzen hinausgreifend, keine Hemmnisse auf dem Weg zur europäischen Bürgeridentität.

Europa hat die historische Chance, in einer Epoche der Relativierung von Staatsgrenzen durch die be-

wusste Anstrengung seiner Bürger/-innen und Regierungen zum beispielhaften Schauplatz demokratischer Kooperation jenseits des Nationalstaates zu werden.

In der globalisierten Welt kann die Wirksamkeit der Demokratie nicht mehr auf die nationale Einhegung, sondern allein durch die Schaffung transnationaler Institutionen gesichert werden

In der globalisierten Welt kann die Wirksamkeit der Demokratie nicht mehr auf nationale Einhegung, sondern allein durch die Bereitschaft zur Schaffung transnationaler Institutionen gesichert werden. Nationalstaatliche Borniertheit untergräbt die Demokratie. Nationalismus raubt ihr die Grundlagen, indem er die Chance der transnationalen Kooperation zerstört.

Geschlossene Identität – Fallstricke der Identitätssuche

Geschlossene Identität zieht eine Außengrenze und definiert, wer nicht dazu gehören darf. Sie gewinnt ihr Selbstbewusstsein aus ihrer Souveränität über den Ausschluss. Diese Art von Identität ist unvermeidlich hierarchisch, dauerhaft ausschließend und diskriminierend. Indem sie Zugehörigkeit als Privileg betrachtet, über das sie allein verfügt, schafft sie Verhältnisse der Rangordnung. Identität wird ein Mittel von Suprematie und Herrschaft. Im Falle fundamentalistischer Identitätspolitik – ob als ethnisch-nationalistische oder als religiös-weltanschauliche Variante – begründet diese Haltung einen Herrschaftsanspruch über alle, die nicht dazu gehören.

Mit dem Begriff „europäische Identität“ ist oftmals die Suche nach einer kulturellen Identität des alten Kontinents verbunden – in traditioneller Fassung das „christliche Abendland“. Diese Suche nach dem innersten Kern des Eigenen, die zum Repertoire vermeintlicher Selbstvergewisserung gehört, basiert auf dem Glauben, Identität sei eine Art unverlierbarer Besitz, tief vergraben und geschützt vor den Turbulenzen der Veränderbarkeit.

Solch introspektive Identitätssuche kann als harmlose Irrung in Erscheinung treten, ohne Schaden für andere. Jedoch kann jene fatal enden: als „mörderische Identität“. Diese macht sich auf die Suche nach einer reinen Identität, die von nichts Anderem bzw. Fremdem „befleckt“ sein will. Das Irritierende, das Uneindeutige, das den gesicherten Besitz des Eigenen in Zweifel ziehen könnte, wird identifiziert, gebrandmarkt und ausgemerzt. Identitätspolitik, die das Recht auf das wirklich oder vermeintlich Eigene über alles setzt, was anders ist und wirkt, zeitigt im Extremfall mörderische Konsequenzen. Sie erweist sich als hemmungslose politische Ideologie.

Identitätspolitik, die das Recht auf das wirklich oder vermeintlich Eigene über alles setzt, zeitigt im Extremfall mörderische Konsequenzen

Christliches Europa?

Der britische Ideengeschichtler *Larry Siedentop* hat in seinem Plädoyer für „Demokratie in Europa“[3] im Einklang mit einer populären Deutung des Abendlandes die alte These erneuert, das Christentum selber sei schon von seinen Anfängen her die ethische Revolution gewesen, die mit der Begründung eines ontologischen Individualismus zugleich auch den Liberalismus ins Leben gerufen habe und damit die „ursprüngliche Verfassung Europas“ darstelle. Es seien die Ideen der ethischen Gleichwertigkeit, der Orientierung des Glaubens am individuellen Gewissen und des universellen Geltungsanspruchs, die diese Einzigartigkeit des Christentums und seine substanzielle Liberalität verbürgten. Sofern Liberalität vor allem bestimme, was die Identität Europas sei, könnte die politische Identität des Kontinents allein von der Revitalisierung seiner christlichen Grundlagen erwartet werden.

Diese Grundansicht verbindet der Autor mit einer Warnung vor den Irrwegen des Multikulturalismus und den politischen Grenzen des Islam. Das Christentum sei die privilegierte Grundlage für Menschenrechte, Liberalität sowie Demokratie und seine Vitalität die beste Garantie für ihre Geltung.

Siedentops Befürwortung einer christlichen Renaissance in Europa als beste Gewährleistung für dessen politische Identität liest sich, als sei die Geschichte des Abendlandes nichts anderes als der Prozess einer konsequenten Selbstentfaltung von sozialem Individualismus, schrittweiser Ausweitung der Menschenrechte und Demokratie gewesen.

Das ist auf der ganzen Front das Gegenteil von dem, was wir tatsächlich von der Geschichte wissen. Denn das historische Christentum war über weite Strecken gerade nicht der Advokat des Individualismus und der Freiheit, der Demokratie und Menschenrechte.

Was gehört zur europäischen Identität?

Abgesehen davon, dass durch *Siedentop* ein deterministisches Programm in die europäische Kultur- und Realgeschichte hineingelesen wird, verkennt er das Potenzial der nichtchristlichen Religionen und Kulturen.

Somit kann schon jene Argumentation deshalb nicht überzeugen, weil einerseits das Christentum als Tiefenverfassung des Liberalismus hingestellt wird, dessen orthodoxe Variante aber, die ebenfalls auf dieser Tradition beruht, als Hort des Antiindividualismus auch geistiger Quell des östlichen Anti-Europa sein soll.

Im Übrigen gibt es, entgegen oft wiederholter Auffassungen, auch andere universalistische Heilslehren, die auf individualistischen Prämissen beruhen. Das gilt z. B. für den Buddhismus, demzufolge der heilbringende Akt der Selbstauslöschung nur als individualistische Leistung möglich ist und dem, was in dieser Hinsicht wichtiger ist, kollektive Vorgaben jeder Art ebenso wie Gesetzesglaube gänzlich fremd sind. Auch im Islam und Judentum zählt am Ende der Tage für die Erlangung des persönlichen Heils nur das individuelle Verhalten, auch hinsichtlich der Art, wie Gesetze verstanden und eingehalten werden. Sogar der Konfuzianismus, der Paradefall einer in Europa des ontologischen Kollektivismus verdächtigten Heilslehre, macht, wie neue Studien gezeigt haben, das Gewissen zur letzten Instanz bei der Bewertung ethischer Geltungsansprüche.

Zwischen der Überlieferung und den sozialen und politischen Deutungsmöglichkeiten jeder Religion besteht ein weiter Variationsraum, dessen Grenzen in keiner von ihnen für immer festliegen

Zwischen der Überlieferung und den sozialen und politischen Deutungsmöglichkeiten jeder Religion besteht ein weiter Variationsraum, dessen Grenzen in keiner von ihnen für immer festliegen.

Der kulturelle Liberalismus, der alle Religionen seit dem 19. Jahrhundert infiziert hat, die anderen etwas später als das Christentum in Europa, ist nicht das eigentliche Wesen des Christentums. Vielmehr ist er Ausdruck der radikalen Kritik der Aufklärung gegenüber dem Christentum, das durch Zwänge und Verbote nur noch als Behinderung der Emanzipation erschien. Das moderne Europa ist erst möglich geworden, als es sich mittels eines revolutionären Bruchs von dem abgewandt hatte, was bis dahin als christliches Verständnis der öffentlichen Belange galt.

Das Europa der Gegenwart kann nicht, ebenso wenig wie die Geschichte der anderen Weltreligio-

nen, als bloßes Stadium im organischen Selbstentfaltungsprozess eines kulturgenetischen Codes gelesen werden. Auf diese Weise würden wir nichts anderes gewinnen als einen hermetischen Kulturalismus.

Die Aufklärung brachte eine Kultur der Moderne hervor, die sich in gleicher Weise gegen den Obskurantismus in öffentlichen Dingen wendet, auf welcher Tradition sie sich auch immer begründen möge. Sie ist Kritik an partikularen Herrschaftsansprüchen einer speziellen Glaubensüberlieferung über das Gemeinwesen als Ganzes und daher universalistisch. Dieser Universalismus ist nicht derselbe, der uns in den Weltreligionen begegnet, sondern der Gegensatz zu ihm. Er will nicht den Glauben universell machen, sondern Bedingungen schaffen, die jedem Glauben Raum lassen, ohne irgendeinem einzelnen Glauben die Herrschaft über das öffentliche Leben und die Freiheit der Menschen einzuräumen.

Aufklärung ist im Kern nichts anderes als der begründete Protest gegen Bevormundung im Denken und Handeln des Einzelnen

Die europäische Aufklärung ist nicht die Aufklärung, die allein von Europäern vollbracht wird. Sie ist ein Ereignis, das zuerst in Europa geschah, aber im Kleinen überall sonst geprobt wird und im Großen auch überall möglich ist; denn sie ist im Kern nichts anderes als der begründete Protest gegen Bevormundung im Denken und Handeln des Einzelnen.

Hier soll aber nicht die dunkle Seite der historischen Aufklärung in Europa verschwiegen werden, nämlich die Verbindung von Vernunftkult und terroristischem Tugendstaat und der damit zusammenhängende Umstand, dass die Aufklärung zumindest in dieser Hinsicht einer aufgeklärten Aufklärung bedarf.

Es ist ein Glücksfall für Europa, dass sich beide christlichen Konfessionen allmählich zum machtvollen Unterstützungsmilieu für Menschenrechte und Demokratie gewandelt haben.

Daraus kann aber Europa keine besondere Identität ableiten, denn diese gelten universell, und das Christentum konnte und kann auch anders. Mit der Französischen Revolution waren beide Kirchen – zweifellos mächtige Faktoren der europäischen Kulturgeschichte – entschiedene Gegner der gottlosen und umstürzlerischen Menschenrechte und Demokratie. Diese Haltung hat sich erst infolge des Zweiten Weltkrieges grundsätzlich geändert.

Die Gleichsetzung des Westens mit der Moderne ist ungeachtet dessen innerhalb und außerhalb Europas üblich. Sie beruht aber dort, wo sie nicht von Interessen geleitet ist, auf einem von der Geographie nahe gelegten Missverständnis. Es glättet die Geschichte tiefer Brüche und der revolutionären Umkehr von jahrhundertealten Traditionen zu einem teleologischen Entfaltungsprozess, so dass erste Äußerungen nichts anderes gewesen sein können als Samen der Früchte, die in der Gegenwart herangereift sind. Damit wird aber geleugnet, wodurch allgemeine menschliche Geschichte so gut wie die Kulturgeschichte geprägt ist: durch Offenheit und Kontingenz.

Menschenrechte – europäischer Kulturexport oder universales Ethos?

Zum europäischen Selbstverständnis im politischen Sinne gehören die Anerkennung und der Schutz der Menschenrechte. Sie lassen sich mittels anthropologischer Verweise transzendental-philosophisch begründen. Seit den griechischen Anfängen weiß die philosophische Anthropologie, dass sich der Mensch durch dreierlei Bestimmungen auszeichnet: erstens als Leib- und Lebewesen, zweitens als denk- und sprachfähiges (kulturfähiges) Wesen und drittens als Gemeinschaftswesen, als politisches Wesen.

In allen drei Bereichen – so könnte man sagen – sind soziotranszendentale Interessen zu erwarten. Infolgedessen kann man drei Gruppen von Menschenrechten ausmachen:

- Rechte des Leib- und Lebewesens;
- Rechte des Denk- und Sprechwesens und
- Rechte des sozialen und politischen Wesens.

Im Sinne des „transzendentalen Tausches“ bei *Otfried Höffe*[4] ist folgende Unterscheidung möglich: Es gibt erstens eine negative Wechselseitigkeit, den Tausch von Verzichten, der zu negativen Freiheitsrechten (als Abwehrrechte) führt, und zweitens positive Wechselseitigkeit, den Tausch von Leistungen, welcher positive Freiheitsrechte bzw. Sozialrechte (als Anspruchsrechte) begründet. Schließlich gibt es drittens eine Wechselseitigkeit der politischen Autorisierung, die sich in den demokratischen Mitwirkungsrechten niederschlägt.

Indem wir uns auf transzendentale bzw. auf invariante anthropologische Interessen und eine inhärente Wechselseitigkeit berufen, unterlaufen wir kulturrelativistische Menschenbilder, und entspre-

chende Rechte können ihren Anspruch auf interkulturelle Gültigkeit erfüllen. Damit wären Menschenrechte nicht einfach europäischer Kulturexport oder gar kultureller Imperialismus, sondern universelles Ethos.

Nicht zutreffend ist die oft vertretene Meinung, die Menschenrechte gehörten gewissermaßen kulturgenetisch allein der europäischen Tradition an. Historisch wahr ist, dass sich die Menschenrechte zunächst im europäischen Kontext entwickelt haben, aber von einer erstrangigen europäisch-kulturellen Einrichtung, den Kirchen, abgelehnt wurden. Menschenrechte mussten also auch in Europa gegen heftige Widerstände bedeutsamer kulturell-religiöser Einrichtungen erkämpft werden. Es spricht nichts Prinzipielles dagegen, dass sich ein solcher Vorgang auch innerhalb anderer Kulturen vollziehen kann.

Menschenrechte mussten auch in Europa gegen heftige Widerstände kulturell-religiöser Einrichtungen erkämpft werden

Übrigens hat die Gegenbehauptung einer bloß kulturrelativistischen Gültigkeit gelegentlich nur strategische Bedeutung; ganz- oder teilautoritäre Regime wollen sich gegen Kritik schützen. Selbst wenn die Gegenbehauptung nicht nur strategisch gemeint ist, lässt sich ihre Begründung, die Inanspruchnahme von angeblich konkurrierenden asiatischen, afrikanischen oder auch islamischen Werten, in der Regel kulturimmanent entkräften.

Kulturelle und politische Identität

Während wir mit kultureller Identität Werte, Überlieferungen, Praktiken, Orientierungen, Symbole, Erzählungen, künstlerische Hervorbringungen und Formen des Alltagslebens meinen, ist politische Identität etwas grundsätzlich Anderes, zugleich mehr und weniger.

Weniger deswegen, weil das Zusammenleben in einem politischen Gemeinwesen und das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu ihm auch möglich ist, wo die Kultur und Milieus der Menschen, die politisch zusammengehören, vielfältig, uneindeutig und offen sind.

Mehr als die kulturelle ist die politische Identität dadurch gekennzeichnet, dass sie Verantwortung für das für alle Verbindliche, eben Politik, beinhaltet.

Das Vertrackte an der politischen Identität ist, wie die bisherige Geschichte der EU belegt, dass sie zwar die voluntaristische Konstruktionsleistung gemeinsamer Staatlichkeit voraussetzt, sich aber durch sie nicht herbeizwingen lässt. Sie ist anders als die Gewinnung von politischen Institutionen selbst nicht auf dem Wege des social engineering zu erzeugen, weil sie ein kulturelles Verständnis zum Politischen zum Ausdruck bringt. Durch diese Zwischenstellung zwischen beiden Bereichen unterscheidet sich die politische Identität gleichermaßen vom kulturellen Bewusstsein, von der soziokulturellen Lebenspraxis wie vom instrumentell-politischen Handeln. Politische Identität geht aus voluntaristischen Konstruktionsleistungen hervor, geht aber nicht in ihnen auf.

Politische Identität geht aus voluntaristischen Konstruktionsleistungen hervor, aber nicht in ihnen auf

Vier Momente müssen zusammenkommen, damit sich eine politische Identität entwickeln kann:

1. Die gemeinsame europäische Bürgerschaft muss durch die für alle verbindlichen Institutionen des demokratischen, sozialen und föderalen Rechtsstaats getragen sein.
2. Es muss eine politische Öffentlichkeit, welche die gesamte EU umfasst, als europäische Zivilgesellschaft angestrebt werden.
3. Auf der Grundlage gemeinsamer politischer Grundwerte der EU müssen sich eine in den Grundlagen anerkannte politische Ethik und eine gemeinsame politische Lebensform entwickeln.
4. Schließlich muss im Interesse der europäischen Bürger/-innen das Kompetenzgefüge der EU, also die Frage geklärt werden, was legitimerweise auf der EU-Ebene zu entscheiden ist und was auch künftig Sache der Mitgliedsstaaten bleibt.

Die Vorstellung, politische Identität sei das Emanationsprodukt kultureller Identität oder gar ihr Beiwerk, würde unweigerlich das Ende der politischen Gemeinschaftsbildung überhaupt bedeuten. Die globalen Prozesse der internen soziokulturellen Differenzierungen, die zugleich eine Entwicklung zu transkulturellen Überlappungen erkennen lassen, zeigen auch für die EU, dass kulturelle Identität in modernen Zeiten weder zureichend noch notwendige Bedingung politischer Identität ist. In Europa gibt es heute viele kulturelle Identitäten, die u. a. aus europäischem Stoff gemacht sind, aber nicht nur aus diesem.

Das Paradox europäischer Identität

Es ist das Paradox der europäischen Identität, dass sie als kulturelle nicht möglich ist, denn keine der partikularen kulturellen Identitäten hätte gegenwärtig die Chance, zur einzigen Identität des Kontinents zu werden. Die politische Identität, die diese kulturelle Vielfalt ermöglicht, basiert auf universellen Grundwerten, die überall auf der Welt Gültigkeit beanspruchen. Die Kultur der Moderne als politische Kultur will den zivilisierten Umgang mit den Unterschieden garantieren.

Zur modernen europäischen Indentität gehört eine bestimmte Art des gleichberechtigten Umgangs mit Ethnien, Religionen und Kulturen im öffentlichen Raum

Zur modernen europäischen Identität gehört nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, Religion oder Kultur, sondern eine bestimmte Art des Umgangs mit Ethnien, Religionen und Kulturen im öffentlichen Raum. Der europäische Gedanke beruht auf der Trennung von Staat und Kirche, auf der Toleranz, wenn nicht Akzeptanz der Religionen und nichtreligiösen Weltanschauungen untereinander sowie auf dem Schutz von Menschenrechten und der Gewährung von Bürgerrechten unabhängig von der ethnischen, religiösen oder sonstigen weltanschaulichen Zugehörigkeit der Bürger/-innen.

Somit ist die europäische Kultur vor allem eine politische Kultur des gleichberechtigten Umgangs mit Ethnien, Kulturen sowie Religionen und nicht der Glaube an den besonderen Wert von einzelnen Ethnien, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen.

Es lassen sich kulturelle Faktoren aus der europäischen Geschichte aufweisen, welche die Entwicklung zur rechtsstaatlichen Demokratie begünstigt haben. Nach *Jacques Derrida* und *Jürgen Habermas* gehören dazu – ohne Kausalhypothese und Rangfolge – Christentum und Kapitalismus, Naturwissenschaft und Technik, Römisches Recht und Code Napoleon, die bürgerlich-urbane Lebensform, Demokratie und Menschenrechte, die Säkularisierung von Staat und Gesellschaft.[5] Auf die Frage nach der Gegenwartsgeltung gibt Habermas die Antwort, dass nichts von all dem Genannten schlicht als Proprium des europäischen Kontinents gelten könne. Zwar kann die Kultur Europas auf eine besondere, unverwechselbare Genesis kultureller Werte, ökonomischer Ausprägungen und politischer Institutionen Anspruch erheben, aber nicht darauf, die ausschließliche Sphäre für deren Geltung in der Gegenwart zu sein. Es gibt für kulturelle Erfindungen dieser Art weder ein welthistorisches Patent noch die Gewähr, dass allein der Erfinder auf Dauer über die Fähigkeit verfügt, sein Werk angemessen zu betreiben.

Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte sind heute keiner der Kulturen und Religionen der Welt fremd

Es lässt sich also sagen, dass infolge der humanistischen und aufklärerischen Tradition Europas Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte die politische Signatur unseres Kontinents und darauf gestützt Nordamerikas in zunächst historisch einzigartiger Weise bestimmt haben. Heute aber sind sie keiner der Kulturen und Religionen der Welt fremd. Ganz andere kulturelle Traditionen sind inzwischen eine Verbindung mit Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten eingegangen. Indien, von Hinduismus und Islam, Japan, von Buddhismus und Schintoismus geprägt, die beide wenig mit den europäischen Traditionen verbindet, können als Beispiele dafür dienen, mit einigen Einschränkungen auch die Türkei, eines der Kernländer des Islam.

„Europäischer Traum“ versus „amerikanischer Traum“

Der amerikanische Autor *Jeremy Rifkin* konfrontiert den „europäischen Traum“ mit dem „amerikanischen Traum“ zuungunsten des Letzteren und hält fest, dass der „europäische Traum“ Gemeinschaftsbeziehungen über individuelle Autonomie, kulturelle Vielfalt über Assimilation, Lebensqualität über Anhäufung von Reichtümern, nachhaltige Entwicklung über unbegrenztes Wachstum, spielerische Entfaltung über ständige Plackerei, universelle Menschenrechte und die Rechte der Natur über Eigentumsrechte und globale Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung stelle.[6] Der europäische Traum wagt es, eine neue Geschichte vorzuschlagen, die sich auf Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Frieden und Harmonie bezieht. In einer nachhaltigen Zivilisation, die auf Lebensqualität basiert und nicht auf der unbegrenzten Akkumulation individuellen Reichtums, gehört die materielle Basis des unbegrenzten Fortschrittsdenkens der Vergangenheit an. Das

Der europäische Traum wagt es, eine neue Geschichte vorzuschlagen, die sich auf Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Frieden und Harmonie bezieht

Konzept des nachhaltigen globalen Wirtschaftens besteht darin, kontinuierlich einen Status hoher Qualität zu reproduzieren, indem man die menschliche Produktion und Konsumtion mit den Möglichkeiten der Natur zum Erneuern der Ressourcen und Recycling des Abfalls in Einklang bringt. Bedeutsam an der neuen europäischen Zukunftsvision ist die persönliche Transformation und nicht die individuelle materielle Akkumulation. Der europäische Traum ist nicht auf die Anhäufung von Reichtum fokussiert, sondern auf die Förderung des menschlichen Geistes. Er versucht die menschliche Empathie auszuweiten, nicht Territorien und Reichtümer; und er befreit die Menschheit aus dem materialistischen und martialischen Gefängnis und verweist sie auf die zentralen Anliegen des europäischen Projekts: Menschenrechte, Frieden und Umweltschutz. Damit könnte der Weg in eine universelle, Mensch und nichtmenschlichem Leben zugute kommende Zivilisation und Rechtsordnung beschritten werden.

Literatur

1 Vgl. Vertrag über eine Verfassung für Europa, Paderborn 2004, Art. I-1, Abs. 2, Art. I-2, S. 10f.;

2 vgl. *Thomas Meyer:* Die Identität Europas. Der EU eine Seele?, Frankfurt/M. 2004;

3 vgl. *Larry Siedentop*: Demokratie für Europa, Stuttgart 2000;

4 vgl. *Otfried Höffe*: Menschenrechte und Tauschgerechtigkeit, in: *Peter Fischer* (Hrsg.): Freiheit und Gerechtigkeit. Perspektiven politischer Philosophie, Leipzig 1995, S. 20 - 39;

5 vgl. *Jacques Derrida/Jürgen Habermas*: Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: FAZ vom 31.05. 2003, Nr. 125;

6 vgl. *Jeremy Rifkin*: Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht, Frankfurt/New York 2004

Wolfram Tschiche, Philosoph und Theologe, arbeitet in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Er lebt in der Altmark (Sachsen-Anhalt).

E-Mail: w.tschiche@t-online.de

Was bedeutet Europa für die ostmitteleuropäischen Länder?

Zbigniew Wilkiewicz

Die Bedeutung und Akzeptanz Europas bzw. der EU für die ostmitteleuropäischen Beitrittsländer erschließt sich historisch betrachtet aus der klaren Abkehr vom Gesellschaftsmodell des real existierenden Sozialismus, das keine Möglichkeit zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung in Richtung parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft bot. Die Rückkehr der ostmitteleuropäischen Staaten und Gesellschaften nach Europa ist deshalb als Erfüllung des Strebens nach demokratischer Entwicklung, zivilisatorischem Fortschritt und wirtschaftlicher Prosperität zu verstehen. Dafür war man bereit, sich weitgehenden Reformen im Rahmen des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses zu unterziehen. Angesichts einer schwierigen sozialen Situation mit hoher Arbeitslosigkeit und unterentwickelten sozialen Systemen gibt es allerdings auch zahlreiche Transformationsverlierer. Ausdruck dieses Umstands sind eine weiterhin instabile Parteienlandschaft und niedrige Wahlbeteiligungen bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Trotz der allgemeinen Krise der EU befürworten die ostmitteleuropäischen Eliten und Gesellschaften mehrheitlich die EU-Mitgliedschaft ihrer Länder, zu der es keine realistische Alternative gegeben hätte.

Der Traum von der Rückkehr nach Europa

Wenn man den Begriff Europa mit der Europäischen Union gleichsetzt, dann bedeutet die seit dem 1. Mai 2004 verwirklichte Zugehörigkeit der acht ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten nicht mehr und nicht weniger als die Erfüllung eines lange gehegten Traums. Dabei handelt es sich mit den baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen), mit Polen und Ungarn, Tschechien und der Slowakei sowie Slowenien um Länder unterschiedlicher Größe, Tradition, Kultur und Wirtschaftskraft. Nach dem Zweiten Weltkrieg war ihnen allen allerdings gemeinsam, dass sie zu dem von Moskau dominierten Ostblock gehörten. Die Zugehörigkeit zu diesem Block war eine Folge des enormen Machtgewinns der UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg und in keinem dieser Länder Ergebnis einer freien Wahl. Die im Stalinismus brutal durchgesetzte Sowjetisierung dieser Staaten hinterließ sowohl bei den Führungseliten als auch bei den Gesellschaften der betroffenen Länder bis heute bestehende Traumata.

Die im Stalinismus brutal durchgesetzte Sowjetisierung hinterließ bei den Führungseliten und den Gesellschaften der betroffenen Länder bis heute bestehende Traumata

Voraussetzung für die Erfüllung des oben genannten Traums, der viel beschworenen „Rückkehr nach Europa“, war demgemäß der Zerfall des Ostblocks und der Untergang der Systeme des sog. real existierenden Sozialismus.

Die Enttäuschung über die wirtschaftliche, soziale und politische Ineffizienz des realen existierenden Sozialismus manifestierte sich schon recht früh im Aufbegehren der Gesellschaften in der DDR (1953), in Ungarn (1956), in Polen (1956, 1968, 1970, 1976, 1980/81) sowie in der CSSR (1968). Die Voraussetzungen für substanzielle Veränderungen ergaben sich aber erst durch das Aufbegehren der Gewerkschaft und Massenbewegung „Solidarnosc“, durch die Papstwahl *Johannes Pauls II.*, durch die kompromisslose Außenpolitik *Ronald Reagans* sowie durch die gescheiterten Reformversuche *Michail Gorbatschows*, die schließlich zum Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion führten.

In den 70er Jahren waren in den meisten ostmitteleuropäischen Staaten aus selbstorganisierten Gruppen politischer Dissidenten Ansätze zu zivilgesellschaftlichen Initiativen entstanden, die den Europa-Gedanken und die politische Praxis der EU hochhielten und als Vorbild für den Umbau der eigenen unfreien Systeme betrachteten.[1] Dabei spielten Fragen nach der ökonomischen Entwicklung der EU und einer auf Institutionen beruhenden parlamentarischen Demokratie sowie die höchst komplexe Konstruktion der EU eine untergeordnete Rolle. Von weitaus größerer Bedeutung waren in der Diskussion der politischen Dissidenten Fragen, die sich auf die europäische Wertegemeinschaft, die individuelle Freiheit, die Wahrung der Menschenrechte sowie ein „authentisches gesellschaftliches Leben“ und ein „ethisches Urteilsvermögen der Gesellschaft“ bezogen.[2]

Die Rückgewinnung nationaler Souveränität

Der Abzug der sowjetischen Truppen aus ihren ostmitteleuropäischen Garnisonen, der sich vor allem in den baltischen Staaten geradezu dramatisch vollzog, bedeutete für die Führungen und Gesellschaften der ostmitteleuropäischen Staaten einen immensen Fortschritt hin zu mehr Eigenständigkeit

1 *Helmut Fehr:* Eliten und Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa. Polen und die Tschechische Republik. In:http:/www.bpb.de/publikationen/D1S24M.html

2 *Tadeusz Mazowiecki:* Das andere Gesicht Europas (1979). In: *ders.*: Partei nehmen für die Hoffnung. Über die Moral in der Politik. Freiburg 1990, S. 162ff. *Peter Oliver Loew* (Hrsg.): Polen denkt Europa. Politische Texte aus zwei Jahrhunderten. Frankfurt/M 2004, S.179-299.

und Selbstbestimmung. Dass dies bei den einzelnen Staaten und Gesellschaften unterschiedlich wahrgenommen und beurteilt wurde, braucht nicht zu verwundern. Während die baltischen Staaten bis zur großen Wende integraler Bestandteil der Sowjetunion waren, hatte sich Slowenien in einem blutigen Konflikt aus dem jugoslawischen Staatsverband gelöst, der unter *Tito* der sowjetischen Suprematie erfolgreich getrotzt und versucht hatte, einen schwierigen dritten Weg zwischen Plan- und Marktwirtschaft zu beschreiten. Von sowjetischer Bevormundung konnte in Slowenien also nicht die Rede sein, allerdings war auch hier wie überall im sog. Ostblock der durch langjährige staatliche Bevormundung geprägte Typ des „homo sovieticus" entstanden, der mit dem Begriff einer Bürger- oder Zivilgesellschaft nur wenig anzufangen wusste. Der durchschnittliche Ostmitteleuropäer hatte nach der Entsowjetisierung seiner Heimat nur eine vage Vorstellung von einem Europa, das sich in erster Linie als Institution EU verstand. Sein europäisches Bewusstsein speiste sich aus den historischen Reminiszenzen hinsichtlich der Zugehörigkeit seiner Heimat zu einem häufig idealisierten Europa-Begriff. Ein modernes europäisches Bewusstsein oder gar eine moderne europäische Identität, in der sich die Einheit durch Vielheit definieren soll, ist ihm auch heute noch weitgehend fremd. Es dominiert weiterhin eine nationalstaatliche Perspektive.[3]

Der durchschnittliche Ostmitteleuropäer hatte nach der Entsowjetisierung seiner Heimat nur eine vage Vorstellung von einem EU-Europa

NATO- und EU-Beitritte

Angesichts der weiterhin ungeklärten Grenzfrage zwischen dem sich vereinigenden Deutschland und einem souverän werdenden Polen hatte es die polnische Führung mit dem Abzug sowjetischer Truppen zunächst nicht so eilig. Das Misstrauen einem vereinten Deutschland gegenüber saß noch tief. Allerdings nicht nur bei den Polen, sondern ebenso bei den westlichen Partnern der Bundesrepublik. Erst die Zwei-plus-Vier-Gespräche brachten mit der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze den entscheidenden Durchbruch und machten den Weg für die deutsche Vereinigung frei. Die deutsch-polnischen Verträge der Jahre 1990 und 1991 sorgten dafür, dass Deutschland zum entschiedenen Fürsprecher Polens im Hinblick auf den NATO- und EU-Beitritt seines östlichen Nachbarn wurde.

Die deutsche Außenpolitik behielt im Rahmen der Erweiterungspolitik der EU diese wohlwollende

3 *Zbigniew Wilkiewicz*: Polen und die europäische Identität. In: *aktuelle ostinformationen*, 3-4 (2003), S. 1-9.

Erweiterungszeremonie

Haltung auch gegenüber allen anderen ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten bei und avancierte damit, auch im gut verstandenen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Eigeninteresse, zum Anwalt der Osterweiterung. Für alle ostmitteleuropäischen EU-Länder ist typisch, dass sie sich unabhängig von der politischen Orientierung ihrer jeweiligen Regierungen sehr entschieden für das westliche System und die westlichen Bündnisstaaten aussprachen. Eine Ausnahme stellte diesbezüglich lediglich die Regierungszeit von *Meciar* in der Slowakei dar, was deshalb auch zur Folge hatte, dass das Land sich etwas verspätet dem Beitrittsprozess anschloss.

Dass sich einige Kandidaten – wie Polen und die baltischen Staaten – sehr dezidiert für einen NATO-Beitritt aussprachen, entsprang einem stark ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis und dem Wunsch, sich vor russischer Einflussnahme zu schützen. Insofern darf auch nicht verwundern, dass die meisten ostmitteleuropäischen Staaten sicherheitspolitisch betrachtet eher auf die USA denn die EU setzen. Dies wurde besonders im Hinblick auf den Konflikt um den Irakkrieg deutlich, als es eine klare Divergenz zwischen „altem" und „neuem" Europa gab und sich alle ostmitteleuropäischen Staaten für eine nachhaltige Unterstützung der Irakpolitik der USA aussprachen.[4]

Populismus und politische Instabilität

Die größere nationale Souveränität sorgte aber auch in Ostmitteleuropa für eine spürbare Renationalisierung. Während sich Deutschland vereinigte und die EU für eine stärkere Integration ihrer aktuellen und potenziellen Mitgliedsländer warb, zerfiel das einstige Jugoslawien in blutigen und hasserfüllten Kriegen zu quasi ethnisch definierten Einzelstaaten, führten zentripetale Tendenzen dazu, dass die einstige Tschechoslowakei – immerhin friedlich – sich in Tschechien und die Slowakei trennte. Der Nachholbedarf nach nationaler Selbstbestimmung und die Ablehnung fremder Einflüsse brachten nationalistischen Agitatoren und Populisten in etlichen Parlamentswahlen zwischen Ostsee und Plattensee überraschend große Erfolge. Allerdings konnten sich in allen ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten demokratische Systeme etablieren, überall entstanden funktionierende parlamentarische Demokratien, auch wenn die meisten Regierungen kaum eine Legislaturperiode überstehen, was nicht selten auch als „stabile Instabilität" bezeichnet wird.

„Die häufigen Wechsel ohne Veränderungen, die Spaltungs- und Neuformierungsprozesse, der experimentelle und verantwortungslose Umgang mit politischen Themen, der Verzicht auf die politische Lösung sozialer Probleme, und – dies vor allem – die Inszenierung von Politik als alltäglichem Skandal: All dies wird die politische Realität der zentraleuropäischen Neumitglieder auch in Zukunft bestimmen."[5] Jüngste Beispiele sind die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Polen, wo es aufgrund der nicht enden wollenden Skandale um das Linke Wahlbündnis zu einem überwältigenden Sieg national- und liberalkonservativer Parteien kam, aber auch die Regierungsumbildung in der Slowakei, die sich aus einer Reihe von Finanzskandalen im Kabinette *Dzurinda* ergab.[6] Erinnert sei aber auch daran, dass die regierende Sozialdemokratische Partei im April 2005 in Tschechien ihren Koalitionspartner verloren hat und sich damit in einer Minderheitenposition befindet. Die Folge war, dass Ministerpräsident *Gros* zurücktreten musste. In Ungarn wurde der Ministerpräsident *Peter Medgyessy* von der eigenen Partei, der regierenden MSZP, gestürzt. Hiermit wollte man dem Popularitätsverlust der Regierungspartei Einhalt gebieten, was allerdings nur kurzfristig gelang. In Slowenien wurden die seit 1990 fast ununterbrochen regierenden Liberaldemokraten abgewählt. Es siegte mit großem Vorsprung die Konservative Demokratische Partei.[7]

Die Furcht vor dem EU-Beitritt, die sich fast zwei Jahre nach dessen Vollzug sowohl wirtschaftlich als auch politisch als unbegründet erwies, speiste sich bei den Befürwortern linker wie auch rechter populistischer Parteien aus der Angst, die gerade gewonnene staatliche Souveränität zugunsten einer wenig verstandenen überstaatlichen Organisation wie der EU einzubüßen. Hierher rühren die geradezu paradox anmutenden Aussagen mancher Rechtspopulisten, die die Erweiterungspolitik der EU mit der einstigen Suprematie der UdSSR verglichen oder gar gleichsetzten.

4 *Zbigniew Wilkiewicz:* Die USA und Europa. Gefolgschaft oder Partnerschaft. In: aktuelle ostinformationen, 1-2 (2005), S. 1-12, S. 7-8.

5 *Michael Ehrke:* Ein Jahr danach: Ostmitteleuropa in der Beitrittskrise? In: FES:Internationale Politikanalyse. Politik Info, Mai 2005.

6 *T. K.:* Regierungsumbildung in der Slowakei. Zu viele Finanzskandale im Kabinett Dzurinda. In: Neue Zürcher Zeitung, 6. 10. 05, S. 13.

7 Wie Fußnote 5, S. 1.

Unverkennbar ist allerdings, dass angesichts weithin verbreiteter Korruption und schwacher politischer Eliten Politikverdrossenheit herrscht und der Weg zur Bürgergesellschaft noch beschwerlich sein wird. Hier muss allerdings hervorgehoben werden, dass es ganz ähnliche Erscheinungen auch in den alten Mitgliedsländern der EU gibt. Ein deutliches Zeichen hierfür sind die zum Teil skandalös niedrigen Wahlbeteiligungen, insbesondere bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Als abschreckendes jüngstes Beispiel kann an dieser Stelle auch auf die enorm niedrige Wahlbeteiligung bei den polnischen Parlamentswahlen vom 25. September 2005 verwiesen werden. Sie lag nur bei etwas mehr als 40 Prozent.[8]

Reformdruck im Kontext des EU-Beitritts und der EU-Mitgliedschaft

Tatsache ist auch, dass die Ökonomisierung des Lebens in Ostmitteleuropa das Bewusstsein von Eliten und Gesellschaften noch in einem weitaus größeren Ausmaß prägt als in den alten EU-Staaten. Dies kann nicht verwundern, wenn man sich vor Augen führt, wie schwierig die wirtschaftliche Ausgangslage in diesen Ländern gewesen ist und unter welch komplizierten Rahmenbedingungen sie versuchen mussten, ökonomisch aufzuholen. Die Lage bleibt nach dem EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten weiterhin kompliziert, denn die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet und die Verarmung weiter Kreise der Gesellschaften nimmt zu. Führt man sich vor Augen, wie schwierig sich dieser Prozess in den neuen Bundesländern gestaltet, obschon es hier seit Jahren massive Transfers seitens der alten Bundesländer gibt, so kann man in etwa ermessen, welche Anstrengungen in Ostmitteleuropa notwendig waren, um die eigenen Wirtschaften zu stabilisieren. Sicherlich erwies sich hier die Hilfe der EU im Rahmen des Beitrittsprozesses der einzelnen Kandidaten, die den aquis communautaire als Zielvorgabe zu erreichen hatten, als unerlässlich. Quantitativ betrachtet bedeutete das Phare-Programm aber nicht mehr als eine Anschubfinanzierung, war es nicht mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. Es war nicht dazu bestimmt, eine Verbesserung der sozialen Situation in den einzelnen Beitrittsländern zu bewirken. Immerhin stand Phare für die Solidarität der EU und den Willen, die Kandidatenstaaten auf die Mitgliedschaft in der Union vorzubereiten. Insofern handelte es sich hierbei um weit mehr als um reine Symbolpolitik. Nicht zu unterschätzen war allerdings auch der Druck, der seitens der EU auf die einzelnen Beitrittskandidaten ausgeübt wurde und der zeitweilig zu einer enormen Beschleunigung zwar fälliger, aber in einer so kurzen Zeit kaum umsetzbarer Reformprogramme führte. Ein prominentes Opfer dieser Reformlawine war die polnische Mitte-Rechts-Regierung unter *Buzek*, die 2001 sehr entschieden abgewählt wurde. Die Linke, die damals haushoher Sieger wurde, erlebte im September 2005 eine niederschmetternde Niederlage, obwohl sie für sich in Anspruch nehmen konnte, Polen erfolgreich in die EU geführt zu haben.[9]

Der Schere zwischen Arm und Reich hat sich in den ostmitteleuropäischen Staaten weiter geöffnet und die Verarmung weiterer Kreise der Gesellschaften nimmt zu

Dass die meisten Beitrittskandidaten ähnliche Krisen durchlebten und aufgrund häufiger Regierungskrisen hinsichtlich des EU-Beitritts zeitweise zu regelrechten „Wackelkandidaten" zu mutieren drohten, ist oft beschrieben worden.[10]

Freie Marktwirtschaft und ungelöste soziale Fragen

Für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme, wie sie in den übrigen alten EU-Staaten existieren, fehlten in Ostmitteleuropa schlichtweg die Mittel. So unternahm man den Versuch, nach den Vorgaben des IWF und den wirtschaftspolitischen Konzepten der EU marktwirtschaftliche, konkurrenzfähige Wirtschaftsordnungen zu schaffen, die in der Regel allerdings ohne das Attribut „sozial" auskommen mussten. Aus der Not geboren entstanden in den meisten ostmitteleuropäischen Staaten Marktordnungen, die man de facto als neoliberal bezeichnen kann. Insofern ähneln sie mit ihren nur schwach entwickelten sozialen Systemen eher dem angelsächsischen Kapitalismusmodell als dem deutschen, französischen oder skandinavischen.

8 *Mariusz Janicki, Wieslaw Wladyka: Miniejszosc wybrala wiekszosc* [Die Minderheit hat die Mehrheit gewählt]. In: Polityka, 1. 10. 2005, S. 6-7.

9 *Zbigniew Wilkiewicz:* Die polnischen Parlamentswahlen und die EU-Erweiterung. In: *aktuelle ostinformationen*, 1-2 (2002), S. 1-11.

10 *Gerhard Schüsselbauer/Zbigniew Wilkiewicz/Michael Walter:* Beitrittskandidaten auf dem Prüfstand. In: *aktuelle ostinformationen*, 3-4 (2001), S. 1-10; *Michael Walter*: Wackelkandidaten? Innenpolitische Turbulenzen in EU-Anwärterstaaten, ibd. S. 10-25.

Dass man bei der Liberalisierung des Marktes und der Privatisierung, bei der Stabilisierung der Märkte und Institutionen sowie bei Modernisierung und Rekonstruktion zunächst sehr unterschiedlichen Pfaden folgte, von der Schock-Therapie eines *Leszek Balcerowicz* über die Schock-Rhetorik eines *Vaclav Klaus* bis hin zur moderaten Fortsetzung des schon im Sozialismus begonnenen Reformwegs in Ungarn machte nur deutlich, dass es in Sachen Transformation keinen Königsweg geben konnte. Während die grassroots privatisation sowie die small privatisation fast überall gelang, kam die big privatisation nur langsam voran. Insofern hing der Erfolg der Transformation nicht so stark von den Strategien der Ökonomen ab als vielmehr von der gelungenen Transformation der Institutionen, denn der Bereich Justiz, Finanzwesen und Gesetzgebung stellte die Voraussetzung für ausländische Direktinvestitionen dar.[11] Entscheidend bleibt aber in diesem Zusammenhang, dass es keine konservative oder auch linke Regierung vermochte, für den nachhaltigen Aufbau sozialer Sicherungen zu sorgen. Damit kompromittierten sich die politischen Eliten in den Augen der zahlreichen Verlierer der Transformation.

Dass die Eliten, aber auch die Gesellschaften der meisten ostmitteleuropäischen Beitrittsaspiranten nach über einem Jahr EU-Mitgliedschaft den EU-Beitritt ihrer Länder positiv bewerten, ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass es zu diesem Schritt wohl keine echte Alternative gegeben hätte, letztlich aber darauf, dass sich die meisten populistischen Schreckensszenarien als schlichtweg falsch erwiesen haben.[12]

Dr. Zbigniew Wilkiewicz ist Dozent am Gesamteuropäischen Studienwerk Vlotho und dort zuständig für die Bereiche Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa und Migration und nationale Minderheiten. Adresse: Gesamteuropäisches Studienwerk Vlotho, Südfeldstraße 2-4, 32602 Vlotho.

E-Mail: zbigniew.wilkiewicz@gesw.de

11 *Helga Schultz*: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte. III: Das kurze 20. Jahrhundert. Transformation in Ostmitteleuropa. (5. Januar 2001). In: http://viadrina.euv-frankfurt-o.de/wsgn1/pageG10.html; *Gerhard Schüsselbauer*: One day i n Europe. In: *aktuelle ostinformationen*, 3-4 (2005), S. 38-44.

12 *Zbigniew Wilkiewicz*: Polen – nach einem Jahr in der EU. In: osteuropa Wirtschaft, 1/2005, S. 23-36.

Und der Zukunft zugewandt? – Europa in der außerschulischen Bildung

Eckart D. Stratenschulte

Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten und kein Europa ohne Europäer. In dem Maße, in dem die politische Entscheidungsfindung sich auf die europäische Ebene verlagert, müssen die Bürger/-innen auch durch europapolitische Bildung in die Lage versetzt werden, sich im politischen Raum Europa zurechtzufinden und zu engagieren. Dabei steht die europapolitische Bildung vor einer Reihe von Herausforderungen, die Eckart D. Stratenschulte in seinem Beitrag erläutert.

Das wäre doch mal ein Vorschlag zum Bürokratieabbau: Jeder Bürger und natürlich auch jede Bürgerin bekommt den Führerschein zum 18. Geburtstag von den zuständigen Behörden übersandt. Keine lästigen Schulungen mehr, keine Prüfungen, kein bürokratischer Aufwand. Im nächsten Schritt kann man den Führerschein dann ganz abschaffen, jede(r) Volljährige kann mit dem Personalausweis einen Pkw chauffieren.

Ach, wird der geneigte Leser sagen, da hat wieder mal einer in der Karnevalszeit einen Artikel geschrieben und wollte irgendwie lustig sein. Dabei hätte er doch vom Aachener Ordensträger Friedrich Merz lernen können, wie das nach hinten losgehen kann. Und natürlich ist so ein Vorschlag unsinnig. Die Übernahme von Verantwortung, als Kraftfahrzeugführer genauso wie als Arzt oder Polizist, erfordert eine entsprechende Qualifikation, die durch Bildungsmaßnahmen geschaffen werden muss. Nur für den „Job“ des Staatsbürgers gilt dies nicht. Hier ist jeder durch Volljährigkeit automatisch qualifiziert.

Ist man für den „Job“ des Staatsbürgers durch Volljährigkeit automatisch qualifiziert?

© Europäische Akademie Berlin

Podium zur Erörterung europäischer Politik in der Europäischen Akademie Berlin

Unsere politische Lebensform ist die Demokratie. Dies bedeutet, kurz gefasst, dass die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis einer Werteordnung die grundlegenden Entscheidungen über die Ausgestaltung ihres Lebens durch Wahlen und andere Entscheidungen sowie in zahlreichen Gremien und Institutionen der Gesellschaft festlegen. Doch geht dies ohne eine Qualifikation, ohne einen „Demokratieführerschein“?

Die Demokratie braucht den aktiven Staatsbürger, der sich in die Gesellschaft einbringt. Das Mindestmaß des Engagements, das für den Fortbestand der demokratischen Regierungsform notwendig ist, ist die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, und zwar auf der Basis einer abgewogenen Entscheidung. Wenn wir nicht dahin kommen wollen, dass Boxer, Filmschauspieler oder Fußballer das politische Mandat erringen, weil sie aus dem nichtpolitischen Raum bekannt sind, und damit die gesellschaftlichen Kräfte, die sich solche Figuren halten können, die Gesellschaft bestimmen, müssen wir darauf achten, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen in ihren eigenen Angelegenheiten treffen. Natürlich ist darüber hinaus ein Mehr an demokratischem Engagement – vom Elternbeirat und dem Betriebsrat bis hin zur politischen Partei – wünschenswert, aber nicht für jeden notwendig.

Die politische Realität ist allerdings zu komplex, als dass sie sich durch die unmittelbare und unvermittelte Draufsicht erschlösse. Sich in ihr zurechtzufinden, ist aber die conditio sine qua non jedes auch noch so eingeschränkten vernunftbestimmten Engagements. Die Vorstellung, man müsse nur einmal in der Schule die politischen Strukturen erlernen und sei damit für ein Leben lang dafür ausgerüstet, am politischen Prozess teilzunehmen, ist mehr als realitätsfern. **Demokratie braucht politische Bildung.**

Viele Grundsatzentscheidungen über die Ausrichtung der Gesellschaft werden jedoch nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene, sondern im europäischen Rahmen getroffen. Selbst wer sich im politischen System der Bundesrepublik Deutschland auskennt, kann sein Schicksal nicht wirklich mitbestimmen, wenn ihm die europäische Dimension

fehlt. **Die Zukunft der Demokratie in Deutschland entscheidet sich daher in Europa.**

Die Diskussion darüber, ob es in Europa überhaupt eine Demokratie geben könne, da es doch am europäischen Demos mangele, ist sophistisch. Die Menschen sind ja real da, die Probleme auch und die Entscheidungsstrukturen ebenfalls.

Das Argument vom fehlenden Demos dient, unabhängig von den Motiven des Diskutanten, entweder der Diskreditierung der Europäischen Union oder dem Wunsch der politischen und vor allem administrativen Elite, weiterhin unter sich sein und entscheiden zu können.

Das Gleiche gilt übrigens in Bezug auf die Klage über die fehlende europäische Öffentlichkeit. Dabei wird Öffentlichkeit immer mit Sprachraum gleichgesetzt, nach dem Motto: Keine gemeinsame Sprache, keine Öffentlichkeit. Man muss den Blick nicht allzu weit schweifen lassen, um festzustellen, dass dieses Argument nicht zutrifft. In der Schweiz und in Belgien beispielsweise gibt es sprachlich fragmentierte Öffentlichkeiten (und diesen Sprachgrenzen folgende Medien), was der Stabilität des Gemeinwesens keinen Abbruch tut. Die Schweiz feiert in diesem Jahr ihren 715. Nationalfeiertag.

Es gibt – wenngleich sprachlich vielfältig – europäische Öffentlichkeit

Wer die europaweite Diskussion um die Hafenrichtlinie oder die Dienstleistungsrichtlinie verfolgt hat, stellt fest, dass es durchaus eine – wenngleich sprachlich vielfältige – europäische Öffentlichkeit gibt.

Allerdings macht die Europäische Union es ihren Bürgern und Bürgerinnen, nicht gerade leicht, sich in ihr zurechtzufinden und sich einzubringen. Die Debatte um das Demokratiedefizit der EU ist alt und die Zahl der Wortmeldungen hierzu groß. Auch die Staats- und Regierungschefs der EU haben im Jahr 2001, ein Jahr nach dem Desaster von Nizza, darauf hingewiesen, die EU müsse den demokratischen Erfordernissen besser entsprechen, sie müsse partizipativer und transparenter werden.

Dies wird jedoch nur gelingen, wenn Europa den Bürgerinnen und Bürgern so nahe gebracht wird, dass sie sich nicht nur in dem geographischen, sondern auch in dem politischen Raum Europa sicher bewegen können. Demokratie braucht Demokraten. **Man kann sich aber nur in ein System einbringen, das man kennt.**

Die EU ist eine supranationale politische Union europäischer Staaten und europäischer Völker und eine Schicksalsgemeinschaft, die auf dem Gedanken der Solidarität und dem Willen zur Gemeinsamkeit basiert. Solidarisch sind Menschen – abgesehen von humanitären Katastrophen – nur mit anderen, denen sie sich verbunden fühlen. Europäische Identität ist daher nicht nur ein Thema fürs Feuilleton, sondern ein zentraler Baustein der Europäischen Union. **Europäische Solidarität und europäische Identität gehören zusammen.**

> „Auf längere Sicht wird dieses supranationale Gebilde (die EU; EDS) nur funktionsfähig bleiben, wenn es gelingt, ein Minimum an Identifikation in der Unionsbevölkerung zu erzeugen, seine historische Dimension bewusst zu machen, den schlechten Wissensstand der Unionsbevölkerung über Europa, die Mitgliedsvölker und -nationen und den Einigungsprozess zu bearbeiten, eine objektive Wahrnehmung der Union zu ermöglichen und den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft zu fördern, ohne die eine kritische, partizipative und verantwortungsvolle Unionsbürgerschaft kaum möglich erscheint. Das alles gehört zu den originären Aufgaben politischer Bildungsarbeit."[1]

Europapolitische Bildung dient dazu, den Bürgerinnen und Bürgern den politischen Raum transparent zu machen, in dem sie sich bewegen (sollen)

Die Europäische Bildung hat zwei Aspekte: Der eine, größere sei hier nur erwähnt, nämlich die Schaffung respektive Verbreiterung des Kanons der europäischen Gemeinsamkeiten, also einer europäischen Identität. Dies ist eine Aufgabe für die Kultusminister und Lehrer, die Wissenschaftler und Kulturschaffenden: Die Erstellung eines – nie abschließenden und nie abgeschlossenen – Katalogs, was wir voneinander kennen sollten in Musik und Literatur, Malerei und Brauchtum. Ziel kann nicht die europäische Einheitskultur sein – eine contradictio in adiecto –, sondern die Rezeption der Vielfalt, die Europa ausmacht, aber eben, dialektisch gesehen, auch verbindet.

Davon unterschieden ist die europapolitische Bildung, wie sie von den Europa-Häusern und Europäischen Akademien forciert wird. Die europapolitische Bildung dient dazu, den Bürgerinnen und Bürgern den politischen Raum transparent zu machen, in dem sie sich bewegen (sollen).

1 *Karlheinz Dürr,* Die Europäisierung der Demokratiebildung, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* Nr. 36/2005, S. 20

Europäische Vielfalt in der Folklore

Die Aufgaben, die der europapolitischen Bildung gestellt sind, lassen sich so umreißen:

- Die Bürgerinnen und Bürger Europas sollen sich untereinander kennen lernen mit dem Ziel, die Unterschiede in Geschichte, Mentalität und Kultur zu akzeptieren und die Gemeinsamkeiten zu empfinden.
- Die politischen Strukturen der Europäischen Union sollen von den Bürgerinnen und Bürgern der EU verstanden werden.
- Die Motivation der Bürgerinnen und Bürger, sich im europäischen Kontext politisch zu engagieren, soll geschaffen bzw. gestärkt werden.

Dies ist gegenwärtig besonders wichtig, weil die Europäische Union in eine neue Phase kommt und wir alle gemeinsam entscheiden müssen, wie wir uns die Union der Zukunft vorstellen.

Kurz skizziert stehen wir vor folgender Situation: Auch nach der Erweiterung der Europäischen Union auf nunmehr bald 27 Staaten gibt es weitere Beitrittszusagen, -verhandlungen und -wünsche.

Diese Beitrittswünsche stoßen in der EU allerdings auf eine Bevölkerung, zunehmend aber auch auf eine politische Elite, die weitere Beitritte ablehnt oder zumindest sehr skeptisch sieht. Auch die EU-Kommissarin *Neelie Kroes* hat im Januar 2006 gefordert, hinter Bulgarien und Rumänien müsse die Tür geschlossen werden.[2]

2 vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3.1.2006

Der Punkt, der die Gemüter in der EU, auch in Deutschland, wirklich erhitzt, ist der Beitritt der Türkei. Dieses Land ist sehr groß, sehr arm und sehr anders. Es liegt geographisch am Rande Europas, darüber, ob gerade noch drin oder gerade schon draußen, wird heftig gestritten. So ist es kein Zufall, dass jetzt eine Diskussion geführt wird, die der Fragestellung folgt: Was ist Europa?

Das ist ein schönes Thema für Konferenzen, Bücher und Doktorarbeiten. Die für uns bedeutende Frage lautet allerdings anders, nämlich: Was ist die Europäische Union?

Die für uns bedeutende Frage lautet: Was ist die Europäische Union?

Wie groß soll sie sein, wie weit soll die Integration gehen, wie schnell soll diese voranschreiten? Diese Themen stehen jetzt auf der Tagesordnung.

Dass solche Fragen jetzt den Diskurs bestimmen, ist kein Zufall. Die Europäische Union wurde 1952 als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet und 1958 auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet, um den Frieden zwischen den Mitgliedstaaten zu sichern, speziell um den deutsch-französischen Gegensatz einzufrieden. Nach drei Kriegen, die diese beiden Länder innerhalb von 80 Jahren miteinander ausgefochten hatten – einer schrecklicher als der andere –, war dies bitter nötig. Revolutionär neu war das Konzept der Friedenssicherung: Nicht gegeneinander rüsten und Allianzen gegen den anderen bilden, war die Idee, sondern miteinander etwas entwickeln, nationale Souveränitäten abgeben und sie auf europäischer Ebene so miteinander zu verschränken, dass man sich nicht mehr gegeneinander, sondern nur miteinander entwickeln kann.

Die EU hat sich mittlerweile von den Voraussetzungen, unter denen sie einmal entstand, weit emanzipiert. Sie wurde gegründet, um Westeuropa zu befrieden, um den Ost-West-Konflikt zu gewinnen und um Europa zu vereinigen.

Die EU hat sich von den Voraussetzungen, unter denen sie einst entstand, mittlerweile emanzipiert

Diese Ziele hat sie mittlerweile erreicht. Der Frieden unter den Mitgliedstaaten ist stabil, Deutschland und Frankreich sind eng miteinander befreundet (auch wenn sie eigentlich in jeder wichtigen Frage unterschiedlicher Auffassung sind), der Ost-West-Konflikt ist Geschichte und Europa zumindest insoweit vereint, dass es zwar ökonomische Trennlinien, aber keine politischen oder gar militärischen Stacheldrahtzäune gibt.

Daher ist nicht verwunderlich, dass viele fragen, wohin die Reise eigentlich gehen soll und gerade diejenigen, die von Anfang an im Zug saßen, an der Bremse spielen, wie das im letzten Jahr in Frankreich und in den Niederlanden geschehen ist.

Auch wenn die Schwierigkeiten, die viele im Zusammenhang mit der Osterweiterung 2004 vorausgesehen haben, nicht eingetreten sind, hat allerdings die Heterogenität der EU nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zugenommen. Die neuen Entscheidungsverfahren haben sich noch nicht eingespielt, die möglichen Verbesserungen, die der Verfassungsvertrag vorsieht, sind auf Eis gelegt und nach wie vor profilieren sich Politiker zu Hause gerne gegen die EU. Interessanterweise hat gerade *Tony Blair*, der nicht gerade ein Verfassungs-Enthusiast ist, in einer Rede vor Studenten in Oxford bestätigt, dass es so nicht weitergehen kann:

> „A European Union of 25 cannot function properly with today's rules of governance. Having spent six months as EU President, I am a good witness to that."[3]

Dabei verlaufen die Grenzen nicht zwischen den alten und den neuen Mitgliedern, sondern kreuz und quer, wie die Auseinandersetzungen um die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 gezeigt haben.

Hinzu kommt, dass es keine Lokomotive mehr gibt, die bereit und in der Lage ist, den Zug zu ziehen. Das deutsch-französische Tandem, gerne als der deutsch-französische Motor beschrieben, ist nicht mehr stark genug.

3 *Tony Blair.* Europe emerging from „darkened room", Rede vom 2. Februar 2006, http://www.number10.gov.uk/output/Page9003.asp, Zugriff: 04.02.06

Das zumindest vorläufige Scheitern des Verfassungsvertrages ist vor diesem Hintergrund einerseits erklärlich, andererseits sehr unglücklich. Dies umso mehr, als die Europäische Verfassung eine erste Antwort auf die Probleme ist, derentwegen sie abgelehnt wurde.

Die europäische Verfassung ist die erste Antwort auf die Probleme, derentwegen sie abgelehnt wurde

Aber es ist nicht nur die Funktionalität, derentwegen die Verfassung fehlt, sondern auch die Unsicherheit, die es über den weiteren Weg gibt. Die Ablehnung ist auch hierfür ein Zeichen.

Und dabei verbinden sich einige Fragen, nämlich das „warum" mit dem „wohin" und dem „mit wem". Wie viel Integration wollen wir weshalb mit wem erzielen? Natürlich hängen die Fragen zusammen: Wenn wir festlegen, wir wollen wenig Integration, wollen die EU vielleicht zu einer Freihandelszone mit einer gemeinsamen Grundrechtebasis zurückentwickeln, ist die Frage, ob weitere Mitglieder aufgenommen werden sollen, leichter positiv zu entscheiden, als wenn man die jetzige Integrationstiefe beibehalten oder verstärken will.

Die Europäische Union wird derzeit neu fundiert. Wenn das Fundament tragen soll, müssen die Bürgerinnen und Bürger in die Debatte und in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die Voraussetzung hierfür schafft die europapolitische Bildung, deren Ausgangsbedingungen allerdings nicht einfach sind:

Politische Bildung mit Politikern (den Bürgermeistern von Berlin und Moskau)

- **Die Akzeptanz der EU bei ihren Bürgern ist relativ gering.** Zwar wird sie nicht ernsthaft in Frage gestellt, aber nur 50 %[4] der Bürger der Mitgliedstaaten unterstützen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Es stellt sich die Frage, ob eine positive Orientierung von der Hälfte der Bevölkerung für eine so grundlegende politische Festlegung auf Dauer ausreicht.
- **Es zeigt sich, dass die normative Kraft des Faktischen nicht ausreichend wirkt:** Die Integration der Staaten geht nicht hinreichend einher mit dem Bewusstsein der Integration bei den Bürgern. Lange Zeit hatte man aber genau das unterstellt. Erreicht hat man lediglich einen permissiven Konsens, der besagt, dass die Bürger sich zwar nicht für Europa interessierten, aber dafür seien. Es erweist sich auch, dass die Erfolge (wie Reisefreiheit und die Währungsunion für Touristen, der Binnenmarkt für die Wirtschaft, etc.) schnell als selbstverständlich wahrgenommen, gesellschaftliche Probleme aber gerne der EU angehängt werden. Das grundlegende Ziel der europäischen Integration, den Frieden unter den Mitgliedstaaten zu sichern, speziell: den deutsch-französischen Gegensatz einzufrieden, ist inzwischen so selbstverständliche Realität geworden, dass man sich nicht mehr daran erinnert.
- **Die kritische Distanz der Bürger resultiert nicht aus einem objektiven Mangel an Informationen.** Zwar wird dieser immer wieder angeführt und bei weitem nicht alle Vorgänge in der EU sind transparent. Dennoch sind Informationen – grundsätzlich gesehen – hinreichend vorhanden. Sie werden jedoch nicht rezipiert. Das Problem ist nicht ein „Zuwenig" an Informationen, sondern eher ein „Zuviel". Die Informationen werden nicht aufgenommen, weil sie nicht zu verdauen sind, nicht verarbeitet werden können.

Aus der Zusammenschau von Aufgaben und Ausgangsbedingungen ergeben sich die Herausforderungen für die europapolitische Bildung. Sie muss einer wenig interessierten Öffentlichkeit ein schwieriges Thema nahe bringen, das zudem komplex emotional besetzt ist. (Europa ist ja nicht einfach eine weiße Leinwand für die Menschen. Sie verbinden damit vielfältige Eindrücke, Gedanken, Gefühle und auch Vorurteile.) Diese Aufgabe lässt sich nur durch dialogisch angelegte Bildungsveranstaltungen bewältigen, die ja auch von vielen Institutionen – am konzentriertesten von den in der *Gesellschaft der Europäischen Akademien (GEA)* zusammengeschlossenen Europa-Häusern und Europäischen Akademien in Deutschland – angeboten werden.

Die Notwendigkeit des Dialogs, des Zweifels, des Widerworts, der unausgegorenen Überlegung und des Herantastens an einen Sachverhalt wird glücklicherweise jetzt auch von EU-Kommission anerkannt

Neuerdings hat auch die Europäische Kommission den Dialog entdeckt, zumindest als Programm. „Plan D" heißt das Konzept, das dazu dienen soll, mit dem Bürger zu kommunizieren.[5] In den Europäischen Akademien ist der „Plan D" schon Teil der Geburtsurkunde, aber wir freuen uns natürlich, dass auch andernorts die Notwendigkeit des Dialogs, und das heißt eben auch des Zweifels, des Widerworts, der unausgegorenen Überlegung, des intellektuellen Herantastens an einen Sachverhalt erkannt wird. Leider lässt die Umsetzung des Planes D in die Praxis noch zu wünschen übrig. Ge- und befördert werden nämlich nach wie vor dialogimitierende Show-Veranstaltungen wie Videokonferenzen mit der EU-Kommissarin *Wallström*. Die Kärrnerarbeit der politischen Bildung bietet demgegenüber wenig Raum zur Selbstdarstellung, dafür allerdings einen wesentlich größeren Effekt. Mittlerweile hat die Europäische Kommission ein „Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik" vorgelegt, in dem sie die Verbesserung der politischen Bildung als eines der drei Hauptziele aufführt. Ernüchternd ist allerdings, wie die Kommission das Ziel der Bildungsmaßnahmen definiert:

> „Sie [die politische Bildung; EDS] sollte Menschen aller Altersstufen dazu befähigen, Instrumente wie das Internet zu nutzen, um sich über die Politik zu informieren und sich daran beteiligen zu können.[6]

Natürlich ist es schön, wenn die Menschen mit dem Computer umgehen und sich des Internets bedienen können. Aber Chatforum hin und interaktive Spiele her: Die Informationsmedien reichen nicht aus, den notwendigen Bildungseffekt zu erzielen. Wir müssen den Bürger/-innen nicht nur etwas anbieten, sondern uns bemühen, sie hereinzuholen. Und so stehen die Bildungsstätten bei der Realisierung europapolitischer Veranstaltungen vor allem vor drei Problemen:

4 Europarometer 64 (Autumn 2005): First Results, p.9 http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_first_en.pdf

5 Plan D: KOM (2005) 494 endg., 13. Oktober 2005

6 Weißbuch über eine europäische Kommissionspolitik: KOM (2006) 35 endg., 1. Februar 2006

1. Wie erreichen wir die Bürgerinnen und Bürger?
2. Wie reduzieren wir die Komplexität, ohne die Zusammenhänge zu simplifizieren?
3. Wie finanzieren wir die Veranstaltungen und die sie organisierenden Einrichtungen?

Der erste und der dritte Punkt hängen eng miteinander zusammen. Die Europäischen Akademien sind nicht nur ideelle Bildungsträger, sondern auch Wirtschaftsbetriebe mit allen daraus resultierenden Erfordernissen. Je schwieriger die Finanzierung von Bildungsveranstaltungen ist, desto größer ist die Verlockung, sich vorrangig auf Teilnehmer zu konzentrieren, die leicht ansprechbar, zahlungskräftig und mit den traditionellen Seminarformen, wie sie von Förderrichtlinien favorisiert werden, vertraut sind. Es kommt jedoch entscheidend darauf an, auch um Teilnehmergruppen zu werben, die nicht in das Ideal des richtlinienkonformen Standardteilnehmers passen. Denn schließlich sind es diejenigen, die den größten Bedarf an politischer Bildung haben.

Je schwieriger die Finanzierung von Bildungsveranstaltungen ist, desto größer ist die Verlockung, sich vorrangig auf Teilnehmer zu konzentrieren, die leicht ansprechbar, zahlungskräftig und mit den von den Förderungsrichtlinien favorisierten Seminarformen vertraut sind

Ein wesentliches Element von Begegnung sind bi- und multinationale Teilnehmergruppen, für die Zuwendungen jedoch besonders schwierig zu akquirieren sind.

Neue Formen der Teilnehmeransprache werden durch staatliche Förderung in der Regel nicht erfasst.

Politische Bildung ist eine staatliche Aufgabe. Die Tatsache, dass sie im Bereich der außerschulischen Jugend- und der Erwachsenenbildung zu einem großen Teil – und vermutlich auch besser – von nichtstaatlichen Trägern durchgeführt wird, ändert an der staatlichen Verantwortung nichts.

Leider wird diese Verantwortung im politischen Raum nicht durchgehend gesehen, eher noch im Bereich der Grundsatzreden als dort, wo praktische – und ausgabenwirksame – Entscheidungen zu treffen sind. Dass wesentliche Formen der politischen Bildung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auf Initiative der Besatzungsmächte zurückzuführen sind, wird heute gerne zu ihrer Diskreditierung angeführt. Wir sind jetzt, heißt es, ein normales Land, eine stabile Demokratie, da brauchen wir diese Art von Re-Education nicht mehr. Und wer in der DDR gelebt hat, habe sowieso die Nase von politischer Indoktrination voll – als ob politische Bildung und Indoktrination auch nur annähernd vergleichbar seien.

In der Tat sind die Haushaltsmittel für die politische Bildung in den letzten Jahren drastisch gekürzt worden. Die Empirie scheint den Kritikern der politischen Bildung Recht zu geben. Schließlich ist das Land zwar in ein paar wirtschaftlichen Schwierigkeiten, aber nach wie vor politisch stabil. Diese Argumentation verkennt, dass der Rückzug der Bürgerinnen und Bürger aus dem gesellschaftlichen Partizipationsprozess nur der erste Schritt der Entpolitisierung ist, dem weitere folgen können (und – horribile dictu – auch werden). Es soll hier darauf verzichtet werden, Schreckensszenarien zu entwerfen und auf die Entwicklung in den Nachbarländern zu verweisen. Aber zu meinen, die Ausgrenzung immer größerer Teile der Bevölkerung aus der gesellschaftlichen Teilhabe zeitige langfristig keine weiteren Folgen, ist naiv.

Wer meint, die Ausgrenzung immer größerer Teile der Bevölkerung aus der gesellschaftlichen Teilhabe zeitige langfristig keine weiteren Folgen, ist naiv

Allerdings gibt es innerhalb des Nationalstaats noch andere Klammern, die die Menschen auch politisch zusammenhalten und ihnen zumindest die Illusion vermitteln, sie durchschauten die Probleme. Eine wesentliche Rolle spielen hier Talkshows und andere Gesprächssendungen, wenngleich diese realiter meistens mehr auf Klamauk und Unterhaltung angelegt sind als auf Vermittlung. Auch sind die Politiker/-innen im nationalen und regionalen Rahmen präsenter – real und virtuell. *Angela Merkel* backt guten Apfelkuchen (sagt sie), aber wer weiß schon, ob *José Manuel Barroso* backen kann?

Europa greift zwar in das Leben der Bürgerinnen und der Bürger in gleicher Weise ein wie der Nationalstaat, aber es bleibt doch für die Menschen sehr viel abstrakter. Das führt dazu, dass sie sich geistig davon fern halten. Beispielsweise kann kaum eine/-r sagen, wie die europäischen Institutionen funktionieren, aber alle haben die Gewissheit, dass es in Brüssel eine hinterlistige, überbordende und zu gut bezahlte Bürokratie gibt.

Die EU ist ein komplexes und schwer zu durchschauendes Gebilde, das ist ein zu einem wesentlichen

Europapolitische Bildung ist etwas anderes als Öffentlichkeitsarbeit für die Europäische Kommission

Teil nicht aufhebbarer Tatbestand. Es kommt allerdings auch nicht so sehr darauf an, dass die Bürgerinnen und Bürger mit allen Details der EU vertraut sind (was ja für den nationalen und regionalen Rahmen ebenfalls nicht gilt), sondern dass es gelingt, die aktuellen Themen der EU (vom Avis der EU-Kommission für Makedonien über die Finanzielle Vorausschau bis zur Dienstleistungsrichtlinie) immer wieder auf die **Grundprinzipien der EU** zurückzuführen.

Die europapolitische Bildung ist etwas anderes als Öffentlichkeitsarbeit für die Europäische Kommission. Sie kann nicht punktuell sein und sie will keine Meinungsumfragen beeinflussen. Sie ist notwendig, um eine Qualifikation für den „Job" als Staatsbürger, einen „Demokratieführerschein", zu erlangen. Daher ist sie für die Fortsetzung der Demokratie in Europa unverzichtbar und sollte mehr denn je, in einer sich zunehmend entpolitisierenden Gesellschaft, gefördert werden.

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte ist Leiter der Europäischen Akademie Berlin e. V. und dort zu erreichen unter der Anschrift Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin.
E-Mail: eab@eab-berlin.de

Das hinreißende ABC der Europäischen Union: Arbeit, Bildung, Citizenship – auf dem Weg zur europäischen Bildungs- und Bürgergesellschaft?

Helle Becker

Die Europäische Union und ihre Bürger als eine Art Gegensatz zu verstehen, ist „in". Aber ist das auch richtig? Die neuesten Entwicklungen in der europäischen Bildungs- und Kommunikationspolitik lassen auf einen Paradigmenwechsel hoffen – je nachdem, wie man die Zeichen liest und nutzt.
Helle Becker beschreibt die aktuelle Diskussion über Bildungspolitik in der Europäischen Union und die Voraussetzungen, unter denen bildungspolitische Ziele und Strategien geplant wurden. Auch wenn der ökonomische Nutzen auf den ersten Blick im Vordergrund zu stehen scheint, gibt es doch in den neuen Programmen Ansätze für eine Politik, die auf die politische und gesellschaftliche Teilhabe der europäischen Bürger und Bürgerinnen zielt und der politischen Bildung neue Perspektiven eröffnet.

Wer in der letzten Zeit die Entwicklungen in der politischen Schwerpunktsetzung der Europäischen Union verfolgt, wird zwischen Finanzierungs- und Vogelgrippesorgen vielfältige Aktivitäten zum Thema Bildung und Bürgerschaft, Demokratie und Partizipation finden. Dabei geht es nicht nur um die üblichen Kampagnen, mit denen für Europa hochglänzend geworben wird, sondern um ernsthafte Erklärungen, handfeste politische Entscheidungen und gut ausgestattete Förderprogramme. Befinden wir uns im „Europäischen Frühling", wie eine Kampagne heißt, in der Jugendliche über die Zukunft Europas diskutieren? Und gibt es „frischen Wind", wie der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hofft, der die Kluft zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern schließen hilft? Immerhin könnte man sich ja mal hinreißen lassen, das Entwicklungs-ABC der Europäischen Union von der Arbeitsgesellschaft bis zur demokratischen Bürgergesellschaft (Democratic Citizenship) durchzubuchstabieren.

A wie Arbeitsgesellschaft

Um erst gar keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wenn von der „Zukunft Europas" die Rede ist, dann ist damit immer noch weniger die demokratische Gestaltung durch seine Bürgerinnen und Bürger, als vielmehr die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung gemeint. Und diese Zukunft macht Sorgen: „Die Gesamtperformance der europäischen Wirtschaft (...) ist enttäuschend. Der Konjunkturaufschwung in Europa ist in den letzten zwei Jahren schwächer ausgefallen als in den USA und in Asien", stellt die Zwischenbilanz, der so genannte „Kok-Bericht"[1], der 2004 die „Lissabon-Strategie" der Europäischen Union zur Halbzeit bilanzierte, trocken fest. Der Befund ließ die Sachverständigengruppe nicht kalt: „Die Zeit wird knapp" schimpfte sie, „wir müssen jetzt für eine bessere Umsetzung sorgen, um den Zeitverlust" – im Vergleich zu Nordamerika und Asien – „wieder wettzumachen"[2]. Die selbst gesetzten Ziele sind also ehrgeizig. Auf dem Gipfeltreffen zum Thema „Beschäftigung, ökonomische Reform und soziale Einigkeit – für ein Europa der Innovation und des Wissens" im März 2000 legte der Europäische Rat eine Strategie fest, die Europa bis 2010 zum „größten wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Raum in der Welt machen sollte, der zu einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und größerer sozialer Einigkeit fähig ist". Das Treffen war in Lissabon, geboren war die „Lissabon-Strategie". Sie sieht ein konzertiertes Vorgehen aller Mitgliedstaaten vor und geht davon aus, dass Europa sein Beschäftigungs- und Produktivitätswachstum mit Hilfe einer ganzen Reihe von Reformpolitiken beschleunigen muss, um seinen Lebensstandard erhöhen und die sozialen Sicherungssysteme erhalten zu können. Denn dass beides bedroht ist durch Arbeitslosigkeit, die demographische Entwicklung und Veränderungen auf dem Weltmarkt, darin ist man sich einig.

Die Rede von der „Zukunft Europas" meint vor allem die europäische Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung

Die „Lissabon-Strategie" setzt auf die Förderung von Forschung und freiem Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr und die Deregulierung des Marktes

Die Sachverständigengruppe, auf deren Empfehlungen hin inzwischen eine Erneuerung der Lissabon-Strategie unternommen wurde, ließ keinen Zweifel daran, was sie für zukunftsweisend hält: Vor allem die Förderung von Forschung und des freien Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs sowie eine Reduktion der „administrativen Belastungen" für die Wirtschaft, kurz: die Deregulierung des Marktes. Hier kommt der Mensch zunächst nur als „Humanressource" vor, aber, hoppla, mit einer unverkennbaren Schlüsselposition. Denn, das sehen auch die Wirtschaftsstrategen der EU ein, der gesellschaftliche Friede ist mit der Erosion sozialer Sicherung erheblich bedroht, Integration also mit ein oberstes Ziel. So schleicht sich schon hier die Erkenntnis ein, dass

1 Die Herausforderung annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Europäische Gemeinschaften, November 2004, S. 11
2 Ebd., S. 7

„ein wesentlich stärkeres Augenmerk darauf gerichtet werden (muss), die europäischen Sozialpartner mit einzubeziehen und die europäischen Bürgerinnen und Bürger für den Wandel zu gewinnen. Es muss mehr unternommen werden, um den Menschen begreiflich zu machen, weshalb Lissabon für jeden Bürger in Europa von Bedeutung ist".

B wie Bildungsgesellschaft

Ohne Bürger kein Wandel also. Nun entstammt diese Einsicht allerdings weniger einem demokratischen Ethos als der knallharten Analyse, dass ein Grund für die diagnostizierte strukturelle Arbeitslosigkeit die veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes an die Arbeitenden selbst sind: Arbeitsplätze für so genannte „low skilled workers", gering qualifizierte Menschen, nehmen mehr und mehr ab. Das ausschlaggebende „Humankapital" bringen die mit, die Wissen und Fertigkeiten für die Entwicklung und das Management von Technologie und Wirtschaft vorweisen können. Und diejenigen, die sich immer wieder neu und selbstständig den sich ändernden Verhältnissen und Anforderungen anpassen können. Bildung und Ausbildung, möglichst lebenslänglich, sind also damit die wichtigsten Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen und damit – nach der Logik des Wachstums – sozialen Fortschritt: „Damit Europa die benötigten gut ausgebildeten, kreativen und mobilen Arbeitskräfte bekommt, müssen die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung verbessert werden. Nur so wird man erreichen, dass junge Menschen in ausreichender Zahl mit den angemessenen Fähigkeiten die Bildungseinrichtungen verlassen, um Arbeitsplätze in dynamischen Sektoren, Sektoren mit hoher Wertschöpfung und Nischensektoren zu besetzen. Die Mitgliedstaaten müssen ehrgeizige politische Konzepte zur Anhebung des Bildungsniveaus, etwa durch Halbierung der Schulabbrecherzahlen in Europa, und zur Öffnung der Systeme des lebenslangen Lernens für alle erarbeiten – und alle zur Beteiligung daran ermutigen."[3] Auch die Forderung nach verstärkten Investitionen in Bildung, Ausbildung und den Erwerb von Fähigkeiten gehörte zur Logik des Kok-Berichts und wurde in regelmäßigen Abständen wiederholt – zuletzt beim Europäischen Rat im März 2005.

Betrachtet man die Bildungsdiskussion aus dieser Perspektive, dann ist sie vor allem bestimmt von der Frage nach dem ökonomischen Bildungsnutzen. Diese Frage wird vorrangig im Hinblick auf den Nutzen für Staat und Gemeinwesen gestellt, so die Frage nach dem Verhältnis von staatlichen Bildungsausgaben und Ertrag oder nach den Wirkungen besserer Bildungsabschlüsse auf die Volksökonomie. Zwar wurde im Nachgang frohlockt: „Im Jahr 2000 wurde eindeutig anerkannt, dass die Menschen Europas wichtigstes Gut sind, wenn es um Wachstum und Beschäftigung geht."[4] Aber dass Bildung und Ausbildung auch die Voraussetzungen für die Entwicklung persönlicher Gestaltungskompetenz und damit für eine politische Teilhabe und eine selbstbestimmte Lebensführung sind, gehört für diese Vernunft wohl eher zur List denn zur Logik.

Das Frohlocken hatte aber zumindest darin seinen berechtigten Grund, als frei nach dem Motto „Wer A wie Arbeit sagt, muss auch B wie Bildung sagen" im Rahmen der Lissabon-Strategie das Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010" aufgelegt wurde[5]. Es legt nicht nur die Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten im Bildungsbereich

3 Ebd., S. 38

4 Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen. Brüssel, 10.11.2005, KOM (2005) 548 endgültig, S. 2

5 Die Generaldirektion Bildung hat alle im Zusammenhang mit der Strategie von Lissabon wichtigen Unterlagen zur allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich des Lebenslangen Lernens, ins Internet gestellt: http://europa.eu.int/comm/education/policies/2010/et_2010_de.html.

© DPA-Fotoreport, Fotograf: Alexander Rüsche

Studentischer Protest in Berlin gegen Sparpolitik

fest, sondern auch Bildungsziele und Indikatoren, um diese Ziele zu messen und zu vergleichen. Das war so etwas wie eine kleine Revolution, denn „vor 2000 (...) war es unmöglich, auf EU-Ebene Bildungsziele zu verfolgen. Bildungsminister sagten: Das geht Euch nichts an“, staunte der Generaldirektor für Bildung und Kultur der EU-Kommission, *Nikolaus van der Pas*[6]. Er wertet es als „einen der größten Erfolge, dass es die Mitgliedstaaten mit dem Ratsbeschluss im Frühjahr 2004 auf sich genommen haben, auf der Grundlage unserer Indikatoren und Benchmarks alle zwei Jahre nationale Bildungsberichte zu verfassen, beginnend 2006“[7].

Man kann dies wie *van der Pas* als „gewaltigen Fortschritt“ verstehen. Man kann aber auch sagen, dass die Einsicht in die zukunftsweisende Rolle von Bildung die schlichte Folge der Erkenntnis ist, dass eine fortschreitende Ausdifferenzierung von Lebensbereichen und zunehmende Komplexität durch ökonomische und politische Globalisierung – bei gleichzeitiger Individualisierung in der „zweiten Moderne“ (Ulrich Beck) – höchste Anforderungen an die Menschen stellt, die nur durch Bildung bewältigt werden können.

Diese Einsicht kommt spät: Schon seit Anfang der 80er Jahre werden gesellschaftliche Umbrüche und der Systemwandel von Arbeit, Lernen und Lebensplanung diagnostiziert (Stichworte „Zukunftsfähigkeit“, „Wissensgesellschaft“). Aus ökonomischer Sicht gehen Empfehlungen für den Bildungsbereich seitdem davon aus, dass vor allem technologische und strukturelle Entwicklungen die Arbeit und damit die Anforderungen an Arbeitnehmer/-innen verändern und deshalb Lernbereitschaft, -fähigkeit und -notwendigkeit nicht mit der Jugend abgeschlossen sind, sondern zumindest während der Erwerbsbiographie permanent gefragt bleiben. Aus soziologischer Perspektive (Stichworte „Risikogesellschaft“, „Individualisierung“) wurde prognostiziert, dass neue Formen der Lebensgestaltung, die Erosion von Sozialmilieus, Veränderungen bei Partnerschaften und Familie, die demographische und die volkswirtschaftliche Entwicklung („Ende des Sozialstaats“) neue und verstärkte Anforderungen an Flexibilität, Eigeninitiative, Kommunikations- und Gestaltungsfähigkeit, aber auch an Kraft und Stressresistenz erfordern. Und nicht zuletzt die demographische Entwicklung lässt darauf schließen, dass immer mehr ältere Menschen an Arbeit und Gesellschaft partizipieren möchten und die dafür notwendigen Veränderungen geschaffen sein sollten. Nicht umsonst also boomt die internationale Bildungsforschung und wird versucht, Bildungsziele und Standards zu beschreiben. Die Regierungen der Europäischen Union holen hier nur nach, was sie ohnehin einzuholen drohte: Eine Antwort auf die Frage, welche Voraussetzungen für die Fähigkeit zur Lebensbewältigung notwendig sind.

Seit Anfang der 80er Jahre werden gesellschaftliche Umbrüche und der Systemwandel von Arbeit, Lernen und Lebensplanung diagnostiziert

Bildung als (Lebens-)Kompetenz

Als einen Hoffnungsschimmer kann man deshalb bewerten, dass es in dieser Bildungsdiskussion zwar hauptsächlich, aber doch nicht nur um die Frage geht, wie man fit für den Arbeitsmarkt bleiben kann. Das wäre nicht nur im Hinblick auf die viel beschworenen Zukunftsaufgaben zu kurz gegriffen, sondern auch in Anbetracht der Vielzahl von Menschen, die jetzt und in Zukunft dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen oder keine Chance haben, integriert zu werden. Lebenslanges Lernen daher als berufliches Lernen zu (miss)verstehen, die Vorstellung, dass gesellschaftliche Teilhabe vor allem abhängig ist von beruflicher Integration, ist eine konservative, wenn nicht rückwärtsgewandte Sichtweise. Sie versucht zu konservieren, was schon jetzt nicht ist und in Zukunft noch weniger der Fall sein wird: dass alle dazu fähigen Menschen Arbeit haben. Aus soziologischer und bildungstheoretischer Sicht steht zwar außer Frage, dass Arbeit für alle ein lohnenswertes Ziel ist, aber es gilt mittlerweile auch, dass dieses Ziel längst

Arbeit tritt als Ziel von Bildung zurück hinter die Notwendigkeit, auch erwerbslose Menschen für die eigene Lebensgestaltung und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen

6 EU-Nachrichten Nr. 43 vom 02.12.2004

7 Anfang 2003 wurde vom Europäischen Rat sogar das Ziel festgelegt, die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa bis 2010 zu weltweit gültigen Referenzsystemen zu machen. Im Juni 2003 einigte sich der Europäische Rat dann auf fünf konkrete Vorgaben für das Programm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“. Hierzu gehören unter anderem die Reduktion der Schulabbrecherquote auf durchschnittlich höchstens 10 % und die Steigerung der durchschnittlichen Beteiligung am lebenslangen Lernen auf mindestens 12,5 % in der Altersgruppe der 25-64jährigen in der EU. Der Zwischenbericht zu „Bildung und Ausbildung 2010“, den Rat und Kommission 2004 als so genannte Maastricht-Studie vorgelegt haben, stellte einen deutlichen Mehrbedarf an kohärenten und konzentrierten nationalen Strategien für das Lebenslange Lernen heraus.

hinter der gesellschaftlichen Notwendigkeit zurücktritt, Menschen im Zuge der Individualisierungsdynamik für die eigene Lebensgestaltung und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen – auch ohne Erwerbstätigkeit. So ist „Lebenslanges Lernen" mittlerweile zu einer Mega-Überschrift geworden, unter der die internationale Bildungsforschung ganz allgemein formale, nicht-formale und informelle Bildung von der Vorschule bis ins Alter und unabhängig von Erwerbstätigkeit fasst.

Den Kern dieses Bildungsverständnisses spiegelt der in der internationalen Bildungsforschung gängige Kompetenzbegriff. Er unterscheidet sich von eingeschränkten Bildungszielen wie Wissen, Fertigkeiten oder Qualifikation. Stattdessen umfasst der Begriff ein Konglomerat aus Kenntnissen, Fertigkeiten, Fähigkeiten, Einstellungen und Kreativität bzw. dem Vermögen, intelligente Lösungen für noch nicht definierte, neue Anforderungen zu finden. Diese Begriffsdefinition bezeichnet ein offenes und komplexes Modell mit starkem Anwendungs- und Lösungsbezug, mit dem die Unabgeschlossenheit des Bildungsprozesses (Lebenslanges Lernen) ebenso gemeint ist wie dessen innovatorischer Charakter (Kompetenzen wachsen mit Erfahrungen und „Neuem"). Kein Wunder, wenn dieser Begriff ebenso auf Ziele formaler wie nicht-formaler oder informeller Bildung angewendet werden kann.

Der Bildungsbegriff auch der EU weitet sich also sich in zwei Richtungen aus. Erstens ermöglicht der Kompetenzbegriff ein ganzheitlicheres Bild sowohl von demjenigen (Subjekt), der lernt, als auch von dem, was vermittelt wird. Zwar bleibt relevant und auch unbestritten, dass Kompetenzen in einem ökonomischen Sinn „nützlich" sind. Deutlich wird aber ebenso, dass sie es auch im Hinblick auf die Persönlichkeitsbildung und die Gestaltung des eigenen Lebens sind. Und zweitens wird auch der Blick weiter, wenn es um das „Wie" der Vermittlung geht. Zukunftswichtige Kompetenzen, da ist man sich einig, können nur in verschiedenen, sich ergänzenden Bildungssettings erlangt werden. Anerkannt sind daher in der europäischen Diskussion mittlerweile die Gleichrangigkeit, Kompatibilität und Komplementarität formaler, nicht-formaler und informeller Bildung.[8]

8 In diesem Zusammenhang wird auf EU-Ebene verstärkt an Möglichkeiten einer so genannten „Validierung", also standardisierbaren Anerkennung von Bildungswirkungen gearbeitet. Vgl. *Helle Becker*: Im Traktorstrahl Europas. Zur Anerkennung nicht-formalen und informellen Lernens, *Praxis Politische Bildung*, 10. Jg. 2006, H. 1, S. 5-13

Bildung als politische Teilhabekompetenz

Auch wenn die ökonomische Relevanz der europäischen Bildungsziele im Vordergrund steht, so bietet ihre bildungs- und gesellschaftstheoretische Rahmung Anknüpfungspunkte dafür, Bildung auch als Befähigung zur politischen Teilhabe zu verstehen. Dafür kann man innerhalb der EU-Politik, vor allem in den Überlegungen von *Europäischer Kommission* und *Parlament*, einen breiten Argumentationsstrang entdecken, der die Relevanz von Bildung sowohl für die individuelle Lebensführung wie für die Partizipationsmöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben herausstellt.

So verlangt das *„Memorandum zum Lebenslangen Lernen"*[9] der *Europäischen Kommission* die Ausbildung von „Grundkompetenzen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Verantwortung". Jüngst wurden im Rahmen des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010" „Schlüsselkompetenzen" für lebenslanges Lernen definiert, über die jeder Europäer verfügen sollte. Dazu gehören auch interpersonelle, interkulturelle und soziale Kompetenz, Bürgerkompetenz und kulturelle Kompetenz. Die Kompetenzen sollen „alle Formen von Verhalten betreffen, die es Personen ermöglichen, in effizienter und konstruktiver Weise am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilzuhaben, insbesondere in zunehmend heterogenen Gesellschaften, und gegebenenfalls Konflikte zu lösen. Bürgerkompetenz rüstet den Einzelnen dafür, umfassend am staatsbürgerlichen Leben teilzunehmen, ausgehend von der Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Konzepte und Strukturen und der Verpflichtung zu einer aktiven und demokratischen Beteiligung."[10] Und in ihrer Mitteilung „Unsere gemeinsame Zukunft aufbauen: Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union 2007 – 2013"[11] schlug die Kommission vor,

Die Vorstellung von Bildung als Voraussetzung politischer Teilhabe hat inzwischen ein Echo in den neuen Bildungs- und Jugendprogrammen gefunden

9 Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen: Memorandum über Lebenslanges Lernen, SEK/2000) 1832

10 Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen. Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zu (von der Kommission vorgelegt), KOM(2005)548 endgültig, S. 20

11 Mitteilung der Europäischen Kommission: „Unsere gemeinsame Zukunft aufbauen: Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union 2007 – 2013", KOM(2004) 101 vom 10.02.2004.

die Förderung der Unionsbürgerschaft zu einer Hauptpriorität für EU-Maßnahmen zu machen. Aha, damit sind wir angekommen bei dem, was europäisch zwar nicht „politische Bildung“, aber „Education for Democratic Citizenship“ heißt.

C wie Citizenship

Die Vorstellung von Bildung als Voraussetzung politischer Teilhabe ist innerhalb der Politik der europäischen Union also keineswegs mehr marginal. Sie bildet sich nicht mehr nur ab in Papieren und Beschlüssen, sondern hat inzwischen ein Echo in der Neukonzeptionierung der Bildungs- und Jugendprogramme gefunden.

Aktionsprogramm Lebenslanges Lernen
So soll ein „integriertes Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens“ von 2006 bis 2013 die in der Lissabon-Strategie festgelegten Ziele fördern und die Qualität der Bildungs- und Ausbildungssysteme erhöhen. Damit hat es seinen Schwerpunkt in der formalen und beruflichen Bildung. Es umfasst sektorale Programme (Schulbildung/Comenius, Hochschulbildung/Erasmus und berufliche Bildung/Leonardo Da Vinci), die auch schon bisher bestehen, weitet sie aber aus und will durch seinen integrativen Ansatz Synergien schaffen. Mit im Programm ist auch die Erwachsenenbildung mit dem Unterprogramm „Grundtvig“ vertreten.

Die Definition von „Lebenslangem Lernen“ zielt dabei weitreichend auf „jegliche Aktivitäten der allgemeinen Bildung, beruflichen Bildung, nichtformalen Bildung und des informellen Lernens während des gesamten Lebens, aus denen sich eine Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen ergibt und die im Hinblick auf persönliche, bürgergesellschaftliche, soziale und/oder beschäftigungsbezogene Ziele erfolgen“[12]. So ist erfreulich, dass das Programm auch der „Förderung des aktiven Bürgersinns und eines verstärkten Kampfes gegen alle Formen der Ausgrenzung, einschließlich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“[13] dienen und einen Beitrag liefern soll „zur persönlichen Entfaltung, zum sozialen Zusammenhalt, zum aktiven Bürgersinn, zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Einbindung von Menschen mit

© dpa-Fotoreport; Fotograf: Peter Kneffel

Lebenslanges Lernen in Europa

besonderen Bedürfnissen“[14]. Gewünscht ist eine „Ausweitung der Rolle des lebenslangen Lernens bei der Entwicklung von europäischem Bürgersinn sowie bei der Förderung von Toleranz und Respekt für andere Menschen und Kulturen“[15]. Typisch ist, dass dafür jetzt auch Begegnungsprojekte vorgesehen sind. So sollen im Rahmen von Grundtvig bis zum Jahr 2013 jährlich 25 000 Erwachsene an einem Austausch teilnehmen. Den Stellenwert dieses Programms zeigt die vorgeschlagene Finanzausstattung: 13,62 Mrd. € möchte die Kommission von 2007 – 2013 einsetzen – eine erhebliche Steigerung der Mittel gegenüber der jetzigen Finanzausstattung.[16]

JUGEND IN AKTION
Einen noch deutlicheren Akzent auf die Förderung von „European Citizenship“ oder eines „europäi-

12 Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein integriertes Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens. Brüssel, 14.7.2004, KOM(2004) 474 endgültig, S. 22
13 Ebd. S. 14
14 Ebd., S. 16
15 Ebd., S. 17
16 Informationen zum Programm „Lebenslanges Lernen“ unter: http://europa.eu.int/comm/education/programmes/newprog/index_de.html

schen Bürgersinns“ setzt der Entwurf für das neue Programm JUGEND IN AKTION. In der Nachfolge von JUGEND macht es eine Wendung von einem Mobilitätsprogramm zu einem Programm zur Förderung der aktiven europäischen Bürgerschaft. Gerade die Jugend soll für das „Projekt Europa“ geworben werden, nachdem ein spürbares allgemeines Misstrauen gegen die etablierte Politik in ganz Europa die Gefahr birgt, die Jugend als Akteure der politischen Gestaltung zu verlieren. So sollen verschiedene neue Aktionen und Maßnahmen eingeführt werden: Projekte der partizipativen Demokratie, die Durchführung von Jugendseminaren über soziale und politische Themen, Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen der Jugendpolitik und die Unterstützung des Europäischen Jugendforums sind neben anderen darauf ausgerichtet, das politische Interesse und die Gestaltungskompetenz junger Menschen zu fördern. Das Europäische Parlament – vehementer Streiter für solcherlei Möglichkeiten – hat denn auch 1,128 Mrd. Euro statt der von der Kommission vorgeschlagenen 915 Mio. Euro für das neue Programm gefordert.[17]

Bürger/-innen für Europa

Ins Herz der Bürger aber soll ein anderes Programm treffen: Das für den Zeitraum 2007 – 2013 geplante Programm „Bürger/-innen für Europa“ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft. Der Ankündigungstext dazu liest sich nachgerade verzweifelt: „Allen Erfolgen und Errungenschaften seit der Gründung der Gemeinschaft zum Trotz, scheinen die Europäischen Bürger/-innen den Organen der Europäischen Union distanziert gegenüber zu stehen und sich nur schwer mit dem europäischen Einigungsprozess identifizieren zu können.“[18] Die Kommission sieht drei Möglichkeiten, auf diese Situation zu reagieren, und will sie in Form verschiedener Initiativen umsetzen: „Erstens müssen die Bürger/-innen besser über die europäischen Organe informiert und die Kommunikation über europäische Themen im Allgemeinen verstärkt werden. Zweitens müssen die Menschen alle ihre Rechte als Unionsbürger/-innen, wie in Artikel 17 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beschrieben, und ihre grundlegenden Rechte gemäß der Charta der Grundrechte kennen und nutzen. Drittens sollten die Menschen auch ihre Pflichten als Bürger/-innen kennen, sich aktiv am europäischen Einigungsprozess beteiligen und ein Gefühl von Zugehörigkeit sowie eine europäische Identität entwickeln“.[19]

Das Programm ist eine Initiative vor allem zum dritten Punkt. Es soll den Zusammenhalt zwischen den Menschen in der Union festigen, die gemeinsamen Werte stärken und die aktive Bürgerbeteiligung vorantreiben. Gegenseitiges Verstehen, Solidarität und das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa als Bausteine der Bürgerbeteiligung sollen sich in den drei unterschiedlichen Aktionen des Programms widerspiegeln:

Aktion I „Aktive Bürger/-innen für Europa“ fördert den direkten Austausch zwischen europäischen Bürgerinnen und Bürgern zum Beispiel im Bereich Städtepartnerschaften oder in Bürgerprojekten. **Aktion II** „Aktive Zivilgesellschaft in Europa“ sieht die Unterstützung von transnationalen Projekten vor und eine Strukturförderung für Einrichtungen, die neue Ideen und Überlegungen zu europäischen Themen beisteuern. Und die **Aktion III** „Gemeinsam für Europa“ ist reserviert für Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeitswirkung, für Studien oder Informationsmaßnahmen.

Erstmalig ist damit die Einsicht umgesetzt worden, dass die Europäische Union mehr braucht als gute Worte, nämlich ein Programm, das die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt, ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Verantwortung als europäische Bürger ernst- und wahrzunehmen, und ihre Partizipation am Aufbau Europas zu verbessern – wenn man so will, ein Programm zur (mehr oder weniger) informellen politischen Bildung in Europa.[20]

... und dann noch D – wie „Plan D“

Und dann gibt es noch „Plan D“. „Plan D“ – das hört sich aber doch irgendwie an wie „Plan B“? „Plan B“, der Plan, der zum Einsatz kommt, wenn Plan A nicht funktioniert hat? Wenn man das aufrichtige Bemühen der Generaldirektion für Kommunikation und namentlich ihrer pfiffigen Kommissarin *Margot Wallström* weniger gemein interpretieren will, dann ist hier gerade ein glaubwürdiger Platz für politische Bildung für Europa geschaffen worden. Denn Plan D steht für „Demo-

17 Zum Entwurf und aktuellen Stand der Programmentscheidung siehe www.jugendpolitikineuropa.de (JUGEND nach 2006)

18 Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm „Bürger/innen für Europa“ für den Zeitraum 2007 – 2013 zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft, Brüssel, 6.4.2005, KOM(2005) 116 endgültig, S. 2

19 Ebd.

20 Informationen zu „Bürger/innen für Europa“ unter: http://europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/activecitizenship/index_de.htm

kratie, Dialog und Diskussion“[21]. Zunächst ist damit ein Plan gemeint, den die Kommission im Oktober 2005 gestartet hat, „um eine umfassendere Diskussion zwischen den demokratischen Organen der Europäischen Union und ihren Bürgern anzuregen“[22]. Auf europäischer Ebene schlägt die Kommission dreizehn spezielle Initiativen vor, mit denen eine breit angelegte öffentliche Debatte angestoßen, die Beteiligung der Bürger gefördert und ein Dialog auf europäischer Ebene herbeigeführt werden soll. Ein Aktionsplan sieht unter anderem die Unterstützung von europäischen Bürgerprojekten vor, von Bürgerbegegnungen und von Vorhaben, mit denen die Wahlbeteiligung gesteigert werden soll.

Wurde „Plan D“ vor allem von der Presse noch belächelt, so ist das am 1. Februar 2006 verabschiedete *Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik*[23] von anderem Kaliber. Die Europäische Union sei erfolgreich als politisches Vorhaben, meinte Margot Wallström bei der Vorstellung des Weißbuches, sie habe „jedoch noch nicht Eingang in die Herzen und Köpfe der Menschen gefunden“[24]. Mit dem Weißbuch wolle die Kommission reagieren und die Grundlage für eine Kommunikationspolitik der Europäischen Union legen: „Kommunikation ist zunächst und in erster Linie eine Frage der Demokratie. Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, was die EU tut und wofür sie steht. Darüber hinaus haben sie ein Recht darauf, voll und ganz in das europäische Einigungswerk einbezogen zu werden. Die Kommunikation über Europa ist nicht nur eine „Brüsseler Angelegenheit“.[25]

Fünf Bereiche hat die Kommission ermittelt, in denen sie ihre Maßnahmen ansiedeln will. Bereich 2 (nach „Gemeinsame Grundsätze festlegen“) heißt „Die Rolle der Bürger stärken“ und verfolgt drei Hauptziele: „Die politische Bildung verbessern“, „Bürger miteinander in Kontakt bringen“ und „Kontakte zwischen den Bürgern und öffentlichen Einrichtungen fördern“: „Politische Bildung (...) ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Menschen ihre politischen und bürgerlichen Rechte ausüben und in der öffentlichen Sphäre tätig werden können. Politische Bildung sollte nicht darauf beschränkt bleiben, Schülern Wissen über die Institutionen und die Politik der EU zu vermitteln. Sie sollte Menschen aller Altersstufen dazu befähigen, (...) sich über die Politik zu informieren und sich daran beteiligen zu können.“[26] Außerdem will die Kommission demnächst zusätzlich ein Weißbuch für eine „Europäische Demokratische Infrastruktur“ herausbringen und die EU-Bürger über die Zukunft Europas befragen.

Alphabetisierungskampagne

So viel Engagement sollte belohnt werden. Wenn es nach mir ginge, mit einer regen Beteiligung der deutschen Träger politischer Bildung, die sich nicht schocken lassen von den regelmäßigen Rückfällen der EU in ihr ökonomisches Zweckdasein; die sich anstecken lassen von den internationalen und europäischen Entwicklungen in Wissenschaft und Politik, sie als eine Art Alphabetisierungskampagne erkennen und nutzen. Noch meinten 77 % der befragten Träger politischer Bildung in der von *Lothar Böhnisch* durchgeführten Evaluation politischer Bildung[27], dass die Diskussion über das lebenslange Lernen keine neuen Impulse für die politische Bildung gebracht habe. Der bisher berechtigt erscheinende Blick allein auf die politischen Verschiebungen auf nationaler Ebene verkennt jedoch, dass diese mehr und mehr bestimmt wird von den Entwicklungen in der Europäischen Union. Ein Blick auf die europäische und internationale Bildungsdiskussion lohnt sich und ermöglicht mindestens einen Eindruck von kommenden Fragestellungen, Anforderungen, Strukturen – wenn nicht ganz neue Möglichkeiten. Dafür muss man sich lösen von der strukturellen Betrachtung des nationalen Arbeitsbereichs und hinreißen lassen zu mehr Mut für alle Facetten dieses Themen- und Handlungsfelds politische Bildung in Europa.

Dr. Helle Becker ist Erziehungswissenschaftlerin, freie Publizistin und Projektmanagerin mit den Schwerpunkten politische, internationale und kulturelle Bildung. Sie ist u. a. Redakteurin der EU-Informationsdienste www.jugendpolitikineuropa und www.eufis.de
E-Mail: projekte@helle-becker.de

21 Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion

22 Ebd. S. 2

23 Europäische Kommission: Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik, Brüssel, 01.02.2006, KOM(2006) 35 endgültig. Informationen zum Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik KOM(2006) 35 endgültig und zum 6-monatigen Konsultationsprozess unter: http://europa.eu.int/comm/communication_white_paper/index_de.htm

24 Europa Newsletter der Europäischen Kommission, Zugriff 15.02.2006: http://europa.eu.int/newsletter/index_de.htm#comm

25 Ebd.

26 Ebd. S. 7

27 Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Evaluation der politischen Bildung und Weiterbildung in Deutschland, Projektleiter Prof. Dr. Lothar Böhnisch, TU Dresden 2005

Europa in der politischen Jugendbildung

Judith Egger

Angeblich sind Themen wie Europa und EU-Politik sperrig und für Jugendliche nicht interessant. Judith Egger hat lange in der europaorientierten politischen Jugendbildung gearbeitet und dabei die Erfahrung gemacht, dass man sehr wohl Jugendliche für Europa interessieren kann. Ihr Artikel behandelt unterschiedliche methodische Herangehensweisen bei der Vermittlung der Themen EU und Europa in der politischen Jugendbildung. Zentraler Punkt dabei ist die Verknüpfung von kognitivem, affektivem und handlungsorientiertem Lernen. Dies ist in unterschiedlichen Settings möglich, die beispielhaft vorgestellt und erläutert werden.

Ein Schiff auf der Donau, eine Fahrt von Passau nach Budapest, an Bord über hundert Jugendliche aus allen Donau-Anrainerstaaten, die sich in Workshops mit den unterschiedlichsten Themen auseinander setzen. Während der Fahrt mehrere Stopps, unter anderem in Krems, Wien, Esztergom und Budapest, wo uns die mitreisenden Jugendlichen, die dort zu Hause sind, jeweils ihre Stadt und ihre Schule zeigen.

Dies war wohl das Projekt, bei dem „Europa" für mich, aber vor allem für die jugendlichen Teilnehmenden am unmittelbarsten erfahrbar und greifbar wurde: Durch die Erfahrung des gemeinsamen Reisens, durch das Zusammenleben auf dem Schiff, durch das Erleben der Donau als verbindendes Band quer durch Europa. Durch die gemeinsame Arbeit an Inhalten – von Menschenrechten über Umweltschutz bis hin zur tänzerisch-kreativen eigenen Ausdrucksform – und die Dokumentation dieser Prozesse und der Ergebnisse in Bildern, Videos und Internetseiten. Durch all das entstand eine vielschichtige intensive Erfahrung von Europa, ein Erlebnis, das Kopf und Herz bewegte und sich in gemeinsamem Handeln realisierte.

Projekte wie dieses „Blue Danube Project" sind Glücksfälle und stellen im Alltag der politischen Jugendbildung nicht den Regelfall dar. Trotzdem lässt sich aus ihnen auch für andere Projekte lernen.

Ich war von 1998 bis 2003 vom *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)* geförderte Jugendbildungsreferentin bei der *Europäischen Akademie Bayern* in München und habe während dieser Zeit zahlreiche Projekte für Jugendliche und Multiplikator/-innen zum Thema EU und Europa durchgeführt.

Eine Frage, die sich durch meine Zeit als Jugendbildungsreferentin zog, war, wie man Jugendlichen Europa und die EU nahe bringen und vermitteln kann. Die folgenden Ausführungen spiegeln meine Erfahrungen aus dieser Zeit. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Wissenschaftlichkeit, sondern wollen lediglich darlegen, was nach meiner Erfahrung „gut funktioniert" hat.

Eine wichtige Erkenntnis aus dieser Zeit ist, dass die Beschäftigung mit dem Themenkomplex EU und Europa desto erfolgreicher verläuft, je mehr es gelingt, Europa zu einem Erlebnis werden zu lassen, in dem oben beschriebenen Sinn der Verknüpfung von kognitivem, affektivem und handlungsorientiertem Lernen. Solche Erlebnisse lassen sich in unterschiedlicher Intensität mit unterschiedlichen Mitteln ermöglichen.

Spielerisches Umgehen mit dem Thema Europa

Am niedrigschwelligsten sind Projekte, in denen Sachinformationen zu Europa spielerisch verpackt werden. Ein Beispiel dafür ist das Europaquiz, das wir in der Akademie entwickelten und das sich gut für jüngere Jugendliche im Alter von zwölf bis fünfzehn Jahren eignet. Wir begannen mit einem inhaltlichen Input zur Geschichte und Funktionsweise der EU und kündigten gleich zu Beginn an, dass die vermittelten Informationen Gegenstand eines Quiz würden, das wir im Anschluss durchführten. Das erhöhte die Aufmerksamkeit ganz beträchtlich. Für das Quiz selbst hatten wir ein begehbares Spielfeld gebastelt, das auf dem Boden ausgebreitet wurde. Die Jugendlichen wurden in Mannschaften aufgeteilt, es gab große Schaumstoffwürfel, mit denen das Vorrücken auf dem Spielfeld ausgewürfelt wurde. Auf dem Spielfeld selbst waren Themenfelder zu verschiedenen Aspekten Europas und der EU angeordnet. Zu jedem Themenbereich hatten wir einen Stapel von Fragekarten vorbereitet. Der Wettbewerbscharakter erhöhte die Attraktivität und das Engagement aller. In den Mannschaften wurde etwa hitzig diskutiert, wann Irland denn nun EU-Mitglied geworden war oder welche Entscheidungsbefugnisse das EU-Parlament hat. Durch das Quiz führte ein aus den Reihen der Schüler/-innen gewählter Quizmaster. Interessant zu beobachten war, dass das Rollenvorbild für alle Teilnehmenden offensichtlich Quizshows aus dem Fernsehen waren und die Spielfreude sich auch aus dem Bemühen speiste, diese zu imitieren.

Eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema Europa findet statt, wenn sich das Spielerische im Erstellen von eigenen Webseiten manifestiert.

Durch den Wettbewerbscharakter erhöhten sich Attraktivität und Engagement

Nach einem inhaltlichen Input suchen sich die Jugendlichen europarelevante Themen aus, zu denen sie eine Webseite erstellen wollen. Dies können Themen aus dem Bereich der Jugendpolitik sein, wie etwa Fördermöglichkeiten für Jugendinitiativen oder Möglichkeiten im Ausland zu arbeiten und zu studieren. Ebenso geeignet sind aber auch Themen wie Asylpolitik, Umweltpolitik oder Entwicklungspolitik – dies hängt von der Interessenslage der Teilnehmenden ab.

Begonnen wird mit einer Recherche im World Wide Web. Wie komme ich an Informationen, wie sind diese einzuordnen, gibt es sich widersprechende Informationen zu denselben Themen, wie ist das zu bewerten? „Ganz nebenbei“ üben die Jugendlichen hier einen medienkritischen Umgang mit dem Internet. Es folgt die Entscheidung, was ich mit meiner Seite vermitteln will. Geht es um eine möglichst objektive Darstellung aller gefundenen Informationen, verfolge ich ein bestimmtes Ziel und ordne und selektiere meine Informationen entsprechend? Schreibe ich einen Kommentar dazu oder präsentiere ich lediglich, was ich gefunden habe?

Hinzu kommt hier der technische und der gestalterische Aspekt – wie funktioniert das Erstellen von Websites, wie lade ich diese hoch ins World Wide Web usw. Dies ist für viele Jugendliche – gerade auch für Mädchen – von hohem Interesse. Und das Gefühl, dass die von mir gemachte Seite dann weltweit abrufbar ist, erhöht die Motivation noch einmal. Im Gegensatz zu einem Quiz etwa ist hier die Beschäftigung mit einem Thema tiefer gehend, da den Jugendlichen bewusst wird, dass es für viele Fragen nicht die eine richtige Antwort gibt, sondern dass Informationen immer gemacht sind und dass es angesichts der Informationsflut wichtig ist, einen eigenen Standpunkt zu finden und zu begründen.

Europabezogene Planspiele

Handlungsorientierte Planspiele eignen sich sehr gut dafür, die Entscheidungs- und Institutionsstrukturen der EU zu vermitteln. Neben Fachwissen fördern sie gleichermaßen Methoden-, Sozial- und Kommunikationskompetenzen und sind damit eine hervorragende Möglichkeit, ein „Europaerlebnis“ im oben beschriebenen Sinn zu vermitteln.

© dpa; Fotograf: Armin Weigel

Jugendliche aus Bayern und Tschechien treffen sich in Regensburg

Die *Forschungsgruppe Jugend und Europa beim Centrum für angewandte Politikforschung an der Universität München* entwickelt seit Jahren europabezogene Planspiele. In meiner Zeit als Jugendbildungsreferentin kooperierte ich eng mit der Forschungsgruppe und nutzte deren Planspiele intensiv.

In Planspielen werden komplexe Planungs-, Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse möglichst realitätsnah nachgespielt. Vor dem Hintergrund eines „Szenarios", einer fiktiven Ausgangslage, schlüpfen die Teilnehmenden in Rollen und treten aus einer passiven Rolle in die eines aktiven Gestaltenden.

Planspiele eignen sich sehr gut zur Vermittlung der EU-Entscheidungsstrukturen und -Institutionen

Eines der populärsten Planspiele war damals das Planspiel zur Osterweiterung „Europa neu gestalten. Die Europäische Union zwischen Vertiefung und Erweiterung"[1]. Das Szenario besteht in einer etwas vereinfachten, aber sehr realitätsnahen Beschreibung der Situation der EU-Länder und der Beitrittskandidaten vor der Osterweiterung. Die Teilnehmenden übernehmen Rollen von Ländervertreter/-innen im Ministerrat, Abgeordneten im EU-Parlament, Mitglieder der Europäischen Kommission, Vertreter/-innen der Beitrittsländer sowie Pressevertreter/-innen. Zu jeder dieser Rollen gibt es eine Rollenbeschreibung mit zusätzlichen Hintergrundinformationen.

Je nach Anzahl der teilnehmenden Jugendlichen kann die Menge der auftretenden Länder, Parteien im EU-Parlament und Beitrittskandidaten variiert werden. Der Planspielablauf orientiert sich an den Entscheidungsstrukturen in der EU. So finden nach einem festgelegten Zeitplan Aussprachen im Ministerrat, im EU-Parlament, Anhörungen von Kommissionsmitgliedern und Vertreter/-innen der Beitrittskandidaten statt. Die Presse ist frei zu entscheiden, über was sie berichten will, und kann von den anderen Akteur/-innen natürlich auch angesprochen werden, um Artikel in ihrem Sinn zu lancieren. Das Planspiel endet mit den Abstimmungen zu den Beitrittsanträgen im Parlament und im Ministerrat.

Die Vorbereitung eines solchen Planspiels ist relativ arbeitsintensiv. Die Unterlagen müssen in ausreichender Menge kopiert werden und die Räume müssen vorbereitet werden. Es hat sich gezeigt, dass die Verwendung von Requisiten wie einer Europaflagge, Tischschildern, einer Klingel für die jeweiligen Diskussionsleiter/-innen, Namensschildern etc. die Spielfreude und Motivation beträchtlich erhöhen. Dafür Zeit und Mühe aufzubringen, zahlt sich auf jeden Fall aus.

Die Vorteile eines Planspiels sind unter anderem:

- Komplexe Entscheidungsstrukturen, die sich durch reine Sachinformation nur schwer vermitteln lassen, werden in einem Planspiel unmittelbar erfahrbar. Das direkte Erleben politischer Abläufe vertieft das Verständnis für die Komplexität der Materie.
- Die Übernahme einer Rolle im Planspiel bedingt automatisch einen Perspektivwechsel, der andere Sichtweisen auf die „Bürokraten in Brüssel" und die oft langwierigen Entscheidungsprozesse in der EU eröffnet.
- Der Perspektivwechsel fördert durch die Differenzerfahrung auch die kulturelle Selbstwahrnehmung.
- Der Umgang mit kulturspezifischen Konflikten wird geübt und kann als Einstieg in interkulturelle Lernerfahrungen genutzt werden.
- Durch die Simulation wird ein Setting geschaffen, in dem neben der Aneignung von Inhalten auch soziales Lernen stattfindet. So werden Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Selbstbewusstsein und Selbstwahrnehmung gefördert.
- Die Anlage des Planspiels erfordert, dass angeeignetes Wissen (aus dem Szenario und den Rollenbeschreibungen) sofort und unter Zeitdruck in Handlungen umgesetzt und angewendet wird. Der Lerneffekt ist dadurch sehr hoch.
- Nicht zuletzt erhöht die theatralische Umsetzung den Spaß und die Motivation der Jugendlichen, sich mit europapolitischen Themen auseinander zu setzen. Wer einmal den italienischen Ministerpräsidenten oder die EU-Parlamentspräsidentin verkörpert hat, vergisst das nicht mehr so schnell.

Europa wir kommen! Studienfahrten in die Europastädte Brüssel, Straßburg und Luxemburg

Politik zu Anfassen, Diskussionen mit Politiker/-innen, Informationen aus erster Hand und die Erfahrung, einmal selbst etwa im Plenarsaal des EU-Parlaments zu stehen, den man sonst nur aus dem

1 *Stefan Rappenglück/Bernd Stegmann*: Europa neu gestalten, Die Europäische Union zwischen Vertiefung und Erweiterung, 5. neu bearbeitete und aktualisierte Auflage, Materialien der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Band 5, München 2002.

Fernsehen kennt, wecken das Interesse an politischen Themen und vermitteln das Gefühl, dass das alles auch einen selbst betrifft. Gerade beim Thema Europa, über dessen Bürgerferne oft geklagt wird, bietet es sich an, doch einfach mal hinzufahren und sich das Gebilde aus der Nähe zu betrachten.

Die europäischen Institutionen sind großenteils über die drei Europastädte Brüssel, Straßburg und Luxemburg verteilt, wobei Brüssel als die „europäische Hauptstadt" die höchste Dichte von EU-Institutionen, aber auch von europaweit agierenden NGOs, Verbänden und Vereinen zu bieten hat. Auch große Firmen haben hier oft Niederlassungen, die Lobbyarbeit betreiben. Eine Studienfahrt, die einem Überblick über europarelevante Themen dienen soll, findet deswegen idealerweise hier statt.

Für die Präsentation von Beispielen grenzüberschreitender Zusammenarbeit sind Straßburg und Luxemburg geeignete Ziele

Die Bankenstadt Luxemburg eignet sich besonders für finanzpolitische Themen; auch der Europäische Gerichtshof hat hier seinen Sitz, während in Straßburg neben dem EU-Parlament der Europarat und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte angesiedelt sind. Auch für Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit sind Straßburg und Luxemburg gut geeignet. Neben der inhaltlichen Zielsetzung könnte auch das Alter der Teilnehmenden bei der Wahl des Ziels eine Rolle spielen. Für jüngere Jugendliche eignet sich das überschaubare Straßburg unter Umständen besser als Reiseziel als die Großstadt Brüssel.

Eine Studienfahrt muss gut vorbereitet werden, damit alle Beteiligten möglichst viel profitieren. Vorbereitende Projekttage oder ähnliches sind unerlässlich. Unter anderem eignet sich zum Beispiel die Durchführung eines Planspiels sehr gut als Annäherung an das Thema. Während der Diskussionstermine vor Ort macht es auch den Teilnehmenden erfahrungsgemäß sehr viel mehr Spaß, wenn sie bereits Einblick in ein Thema haben und kontrovers diskutieren können. Aber schon aus Rücksicht auf die Referent/-innen vor Ort sollte man darauf achten, dass ein gewisser Informationsstand sichergestellt ist.

Inhaltlich ist es, wie bereits erwähnt, möglich, entweder einen allgemeinen Überblick über die Funktionsweise der EU und aktuelle politische Themen anzustreben, oder man fokussiert auf ein Thema,

Sitzung des EU-Parlaments

das für die Teilnehmenden interessant ist. Nahe liegend ist hier natürlich der Bereich Jugendpolitik, der die Themen Bildungs- und Sozialpolitik, Jugendarbeitslosigkeit, Mobilität in Europa, Europäische Freiwilligendienste und vieles mehr einschließt. Aber auch Politikbereiche wie Friedens- und Sicherheitspolitik, Verbraucherschutz, Asyl- und Einwanderungspolitik oder Entwicklungspolitik können für Jugendliche spannend sein. Hier ist es am besten, die Schwerpunkte vorab mit der Gruppe festzulegen und das Programm dann entsprechend auszurichten. Der große Vorteil in Brüssel ist, dass es für nahezu jedes Thema neben den offiziellen EU-Institutionen Lobbygruppen gibt, so dass ein Thema bei den verschiedenen Terminen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden kann. Gleichzeitig erfahren die Teilnehmenden etwas zur Funktionsweise des Lobbysystems in Brüssel, das wichtig ist für den Informationsfluss aus den Mitgliedsstaaten in die europäischen Institutionen. Als sehr fruchtbar hat sich meist ein Besuch bei den regionalen Vertretungen, etwa der bayerischen Vertretung oder der Vertretung der Kommunen, erwiesen. Hier ist es möglich, die europäischen Einflüsse auf regionale oder kommunale Entscheidungen zu diskutieren und erfahrungsgemäß werden dabei etliche Vorurteile entkräftet.

In Brüssel kann man jedes Thema aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten

Um die Jugendlichen in eine aktivere Rolle zu bringen, sollten neben den vorab ausgemachten Terminen auch handlungsorientierte Elemente Teil von Studienfahrten sein. Hier kommen Methoden wie Stadtralleys, Meinungsumfragen oder Erkundungen in Frage.

Internationale Jugendprojekte

Die eindrücklichsten Erfahrungen zu Europa vermitteln sich meiner Erfahrung nach bei internationalen Jugendprojekten. Bei Teilnehmenden aus europäischen Ländern ist es hier möglich, Europa in der Begegnung und im Austausch mit anderen Menschen zu erfahren. Die möglichen Formen sind hier vielfältig: bi-, tri- oder multilaterale Begegnungen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten an unterschiedlichen Orten in Europa.

Internationale Jugendprojekte kann man natürlich zu jedem beliebigen Thema durchführen. Die Behandlung des Themas EU und Europa ist jedoch in einer internationalen Gruppe oft leichter als in rein deutschen Gruppen, weil man die unterschiedlichen national geprägten Erfahrungshintergründe der Teilnehmenden nutzbar machen kann.

Jugendliche lernen schon viel aus der Erfahrung der Differenz zu anderen Jugendlichen

Unabhängig von der spezifischen Zielsetzung und dem Programm lernen Jugendliche bei internationalen Projekten schon viel aus der Differenzerfahrung zu anderen Jugendlichen. Besonders die Begegnungen zwischen west- und osteuropäischen Jugendlichen haben sich unter diesem Aspekt als sehr lohnend erwiesen. Osteuropäische Jugendliche haben meist ein hohes Bewusstsein davon, wie politische Entwicklungen in ihren Ländern ihre persönlichen Chancen und Möglichkeiten beeinflussen – ein Bewusstsein, das den westeuropäischen Jugendlichen oft fehlt. Im Austausch, der oft auch außerhalb der Seminarzeiten stattfindet, entsteht häufig ein neues Verständnis von der Bedeutung der EU für das eigene Land, aber auch für die persönliche Lebensplanung. Dies war in der Zeit vor der Osterweiterung besonders aktuell, gilt aber auch heute noch. Die Kommunikation findet meist auf Englisch statt und die Erfahrung, sich in einer Fremdsprache verständigen zu können – fernab von Schule und Noten – erhöht die Selbstsicherheit der Teilnehmenden oft ganz beträchtlich.

Methodisch lassen sich alle oben beschriebenen Möglichkeiten in internationale Begegnungen einbauen. So liegt das Planspiel zur Osterweiterung z. B. auch auf Englisch vor und die Durchführung dieses Planspiels mit internationalen Teilnehmenden potenziert die Perspektivwechsel noch einmal. Wenn ein junger Pole, der einen britischen Labour-Abgeordneten verkörpert, mit einer jungen Deutschen verhandelt, die die Vertreterin Polens spielt, kann das von außen schon ein bisschen verwirrend wirken. Das Erstaunliche jedoch ist, dass es gut funktioniert, das Spiel mit Identitäten erhält in einem internationalen Kontext einen ganz eigenen Reiz und bietet auch Anknüpfungspunkte für weitergehende interkulturelle Übungen und Überlegungen zu Stereotypen, Vorurteilen u. ä.

Die gemeinsame Teilnahme an einem europäischen Programm lässt Europa noch einmal näher rücken

Sehr bewährt haben sich auch internationale Studienfahrten vor allem in die „Europa-Städte“. Die gemeinsame Teilnahme an einem europäischen Programm lässt Europa noch einmal deutlich näher rücken. Die Diskussionen und Fragen speisen sich aus ganz unterschiedlichen Erfahrungshintergründen, und die verschiedenen Erwartungen, Hoff-

nungen und Befürchtungen, die sich mit dem Projekt „Europa“ verbinden, lassen die Notwendigkeit, Bedeutung, aber auch die Probleme eines „politischen Europas“ sehr viel evidenter werden. Parallel zum offiziellen Programm erfahren die Teilnehmenden in Gesprächen sehr viel über Familien- und Alltagsleben, Bildungssysteme, Berufsmöglichkeiten u. ä. in den unterschiedlichen europäischen Ländern. Bei internationalen Gruppen sollte man noch mehr als bei rein deutschen Gruppen darauf achten, genügend Zeit für gegenseitiges Kennen lernen, Auseinandersetzungen in der Gruppe und gemeinsame handlungsorientierte Unternehmungen einzuplanen. Zur Vorbereitung solcher internationalen Fahrten bieten sich Internetplattformen an. Hier können sich die Jugendlichen vorab vorstellen und kennen lernen, hier können Interessen und Themenschwerpunkte diskutiert werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dort das gemeinsame Projekt zu dokumentieren und hinterher noch in Kontakt zu bleiben.

Die einfachste Art, das zu realisieren, ist die Nutzung eines der kommerziellen, kostenlosen Anbieter. Die „yahoogroups“ etwa bieten eine Mailingliste, einen Chat, die Möglichkeit, Texte und Bilder auf einem gemeinsamen Server abzulegen, einen gemeinsamen Kalender und noch einiges mehr. Gerade bei längerfristigen Projekten kann man natürlich auch über die Entwicklung einer eigenen EDV-Lösung nachdenken.

Ausblick

Die beschriebenen Möglichkeiten, sich mit Jugendlichen dem Thema EU und Europa zu nähern, sind natürlich bei weitem nicht vollständig. Welche Methoden aber auch immer eingesetzt werden: Zentral bleibt die Anforderung, ein vielschichtiges Erleben zu ermöglichen. Über die Vermittlung von Fakten allein lässt sich Interesse oder gar Begeisterung für Europa nicht wecken, wobei die Ausgangslage für die Europaarbeit mit Jugendlichen offensichtlich gar nicht so schlecht ist. Der Eurobarometer, eine EU-weite Bürgerbefragung, die im Auftrag der Europäischen Kommission regelmäßig durchgeführt wird, wurde 2005 speziell im Hinblick auf die Einstellung Jugendlicher zur EU ausgewertet. Die Autoren kommen in ihrer Einleitung zu folgenden Aussagen:

„Auch die Zustimmung zur EU ist groß. 63 % der Europäerinnen und Europäer zwischen 15 und 24 sehen nämlich die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als eine gute Sache, für 67 % hat ihr Land durch die Mitgliedschaft in der EU Vorteile und bei 56 % ruft die Europäische Union ein positives Bild hervor.“[2]

Durch gelungene Projekte der politischen Bildung zum Thema Europa lassen sich diese Zahlen hoffentlich noch erhöhen.

Judith Egger M.A. war viele Jahre pädagogisch tätig in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Seit 2005 arbeitet sie selbstständig als Beraterin, Trainerin und Coach.
Adresse: Schönstr. 124, 81543 München.

E-Mail: judith_egger@web.de

2 „Die Jugend hat das Wort“ Sorgen und Erwartungen junger Europäerinnen und Europäer an die Entwicklung der Europäischen Union. Hintergrundbeitrag auf der Grundlage relevanter Erkenntnisse aus Eurobarometer-Daten. Veröffentlichung: Dezember 2005.
Fundstelle: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/notes/back_note_en.pdf

„Die EU-Verfassung in Schwierigkeiten zwischen Politik, Politikern und den Bürgern“

Einblicke in eine internationale Jugendbegegnung im Europahaus Aurich

Kalle Puls-Janssen

Nach dem Scheitern des Verfassungsentwurfs bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ist augenscheinlich zurzeit Stillstand in dieser Frage. Die EU-Institutionen haben sich eine „Denkpause“ verordnet. Zumindest nach außen erscheint diese „Denkpause“ als Pause, bei der das Denken ins Hintertreffen gerät. Seit dem 1. Mai 2004 hat die erweiterte Europäische Union 25 Mitglieder – die verwaltet werden mit dem alten Instrumentarium, das schon zu Zeiten der 15 Mitglieder zumindest unter Effizienz-Gesichtspunkten umstritten war. Warum ist der Verfassungsentwurf zumindest vorläufig gescheitert? Wie müssen jetzt die nächsten Schritte aussehen? Mit diesen Fragen haben sich über 40 Jugendliche zum Jahreswechsel 2005/2006 im Europahaus Aurich beschäftigt.

Keine einfache Themenfindung

Als ich im Frühjahr 2005 anfing, darüber nachzudenken, ob eine Jugendbegegnung zum Thema „Europäische Verfassung“ wirklich laufen könne, haben mehrere Kollegen und Kolleginnen, aber auch Leute außerhalb der pädagogischen Profession mich gewarnt. „Bist Du verrückt geworden?“, fragten mich einige. „Mit diesem Thema lockst Du doch keine Jugendlichen hinter dem Ofen hervor!“ „Dafür interessiert sich doch niemand, das ist doch viel zu trocken!“ „Das geht doch völlig an der Lebenswelt von jungen Menschen vorbei!“ So oder so ähnlich lauteten viele (gut gemeinte) Kommentare, wenn ich von meinen Plänen erzählte.

Nicht so die Leiter/-innen und die Jugendlichen, die in unserem Netzwerk internationaler Jugendarbeit mitarbeiten. Hier waren die Reaktionen zunächst zwar eher zurückhaltend, aber durchaus konstruktiv. Es gab keine spontane Begeisterung, wohl aber intensives Nachdenken.

In der deutschen Gruppe sprachen folgende Argumente für die Durchführung einer Begegnung zum Thema „Europäische Verfassung“:

- Eine europäische Verfassung ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung Europas. Die Zukunft Europas ist aber gleichzeitig die Zukunft vor allem junger Menschen. Dieses Thema ist also zu wichtig, um es allein der Politik zu überlassen.
- Es ist ganz sicher notwendig, mehr als bisher die Bürger Europas in den Prozess der Verfassungsgebung einzubeziehen!
- Es ist ganz dringend notwendig, die Bürger Europas mehr über die Europäische Verfassung zu informieren – vor allem über die Begründungszusammenhänge für die Notwendigkeit einer Verfassung für Europa. Hier besteht ein enormer Nachholbedarf.
- Außerdem ist es enorm wichtig, die internen, nationalen Probleme und Auseinandersetzungen sorgfältig zu trennen von den Debatten um den Verfassungsentwurf. In der deutschen Gruppe herrschte der Eindruck, dass bei den Negativ-Ergebnissen bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden landesspezifische Debatten und Unzufriedenheit mit den eigenen Politikern eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hatten.

Es mag durchaus sein, dass zunächst der Wunsch nach einer gemeinsamen Begegnung, die Verlockung, alte Freunde und Freundinnen wieder zu treffen, bei dem einen oder der anderen Teilnehmer/-in im Vordergrund gestanden hat, als er oder sie zusagte, nach Aurich zu kommen. Fest stand aber im Oktober 2005, dass wir in unserer Begegnung zu diesem Thema motivierte Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus fünf verschiedenen Ländern haben würden.

Die Vorbereitung

Zur Vorbereitung der Begegnung wurde in den nationalen Gruppen bereits im Vorfeld zum Thema recherchiert. Es wurden Interviews mit Bürgern durchgeführt, Politiker nach ihren Meinungen befragt und die jeweiligen Medien unter die Lupe genommen. Ziel war es in dieser Phase, herauszubekommen, welche Relevanz das Thema „Europäische Verfassung“ in der aktuellen Diskussion im jeweiligen Land hatte. Aufbauend auf den Ergebnissen hat jede der vertretenen Gruppen gemeinsam einen „Essay“ für die Begegnung geschrieben,

Die Europäische Verfassung braucht einen transparenten Vermittlungsprozess

um die Situation im eigenen Land den Jugendlichen aus den anderen Ländern näher zu bringen. Bereits in dieser vorbereitenden Phase wurde den meisten Jugendlichen die tatsächliche Relevanz des Themas auch für Jugendliche bereits deutlich, wie sich später bei der Evaluation der Begegnung herausstellte.

Die Situation in den teilnehmenden Ländern – Ausschnitte aus den jeweiligen Essays

Spanien

Spanien war das erste Land in der EU, das über den Verfassungsentwurf zu befinden hatte. In den relevanten politischen Parteien war die Verfassung unumstritten. Der öffentliche Slogan war dementsprechend: „Wir werden die Ersten für Europa sein!" Auf der Grundlage der nationalen Verfassung wurden sowohl eine Abstimmung im Parlament als auch ein Referendum durchgeführt, wobei der Volksabstimmung von der Politik bindender Charakter eingeräumt wurde, obwohl dies nach der Verfassung nicht zwingend notwendig gewesen wäre. Das Ergebnis der Volksabstimmung, die am 20. Februar 2005 stattfand, lautete: 76,7 % Zustimmung und 17,2 % Ablehnung des Verfassungsentwurfs. Allerdings lag die Wahlbeteiligung mit ca. 40 % der abstimmungsberechtigten Bevölkerung nach Aussagen der spanischen Gruppe ungewöhnlich niedrig. Wesentlicher Grund für die Nichtbeteiligung großer Teile der Bevölkerung war nach den Recherchen der spanischen Gruppe vor allem weit verbreitete Unkenntnis in der Bevölkerung. Obwohl drei Wochen vor der Abstimmung der Text des Verfassungsentwurfs allen Bürgern über die Zeitungen zur Verfügung gestellt wurde, führte dies nicht zu einem ausreichenden Grad an Informiertheit. Vielmehr hörte man immer wieder, dass die Sprache, in der der Entwurf geschrieben sei, für die Bevölkerung im wesentlichen unverständlich sei („law and politics vocabulary") und zudem der Entwurf in seine Gänze viel zu lang gewesen sei.

Mangel an Informiertheit führte zur geringen Beteiligung an der Volksabstimmung

Finnland

Nach den Negativ-Voten in Frankreich und den Niederlanden ist das Thema Referendum zur EU-Verfassung in Finnland zunächst „auf Eis" gelegt worden. Zum Zeitpunkt der Begegnung standen die Wahlen zur Staatspräsidentschaft in Finnland unmittelbar bevor (inzwischen hat *Tarja Halonen* die Wahlen im zweiten Wahlgang für sich entschieden). Diese Wahlen haben alle anderen politischen Themen – so auch die Verfassung der EU – in den Medien weitgehend überdeckt. Nicht zuletzt darauf sei die Tatsache zurückzuführen, dass der Informationsstand der finnischen Bevölkerung im Hinblick auf die Verfassungsdiskussion eher als gering anzusehen sei. Dennoch sei aber festzustellen, dass die Gesamteinstellung der finnischen Bevölkerung gegenüber der EU eher kritisch ist. Man sei der Auffassung, dass die EU den größeren und bevölkerungsreichen Mitgliedsländern eher Vorteile brächte, während kleine Länder oder Mitgliedsländer mit geringer Bevölkerung (Finnlands Bevölkerungsstand liegt bei 5 Mio. Menschen) nicht angemessen berücksichtigt würden. Diese kritische Grundeinstellung wirke sich naturgemäß auch auf die Verfassungsdebatte aus. Unter anderem befürchte man, dass zusätzliche Militärausgaben notwendig werden könnten, die dann Lücken in den Bereichen Soziales und Bildung nach sich ziehen würden. Aus der Sicht Finnlands müsste eine EU-Verfassung vor allem dafür Sorge tragen, dass mehr Information und mehr Transparenz die Entscheidungen der Europäischen Union begleiten.

Polen

Eigentlich hätte in Polen am 9. Oktober 2005 ein Referendum über den Europäischen Verfassungsentwurf entscheiden sollen – wenn da nicht das Negativ-Votum aus Frankreich und den Niederlanden dazwischen gekommen wäre. Am 5. Juli 2005 hat das polnische Parlament das geplante Referendum abgesetzt und seitdem ist nichts Substanzielles mehr in dieser Frage passiert.

Polen hat sich für einen Bezug auf die christlichen Wurzeln in der Präambel der Verfassung stark gemacht

In der Diskussion um den Verfassungsentwurf spielen drei Themen eine herausgehobene Rolle in Polen: Zum einen fürchtet man um die nationale Souveränität, die zugunsten eines europäischen Super-Staats reduziert werden könnte. Zum zweiten gab es eine heftige Debatte darüber, ob in der Präambel der Verfassung die christlichen Wurzeln Erwähnung finden sollten oder nicht. Polen hat sich mit seiner überwiegend katholischen Bevölkerung sehr stark für einen solchen Bezug in der Präambel gemacht. Weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die Frage, mit welchen Mehrheiten denn in Zukunft in der Europäischen Union wichtige Entscheidungen gefällt werden dürften. Das vorgesehene „System der doppelten Mehrheit" (sowohl die Mehrheit der Bevölkerung als auch die Mehrheit der Mitgliedsländer) war und ist in Polen nicht unumstritten. All das ändere nach Ansicht

der polnischen Gruppe nicht die Tatsache, dass man in Polen insgesamt zu wenig brauchbare und unmittelbare Informationen zur Europäischen Verfassung bekommen habe. Hier sei noch ein erheblicher Nachholbedarf zu verzeichnen. Trotz allem: Meinungsumfragen in Polen lassen auch weiterhin eine recht stabile Mehrheit für eine gemeinsame Europäische Verfassung erwarten. Im Herbst 2005 unterstützten etwa 60 % der polnischen Bevölkerung die Idee einer solchen Verfassung, während 19 % sich dagegen aussprachen.

Deutschland

In Deutschland hat es eine nennenswert intensive oder gar kritische öffentliche Debatte um den EU-Verfassungsentwurf überhaupt nicht gegeben. Warum auch? Einerseits wurde die zustimmende Entscheidung sowieso vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates getroffen, und andererseits haben die Deutschen von Beginn an zum „erlauchten Club" Europas gehört. Eine wirkliche Diskussion über Europa und seine Zukunft hat es in der deutschen Bevölkerung nie gegeben. Das Volk ist niemals direkt nach seiner Zustimmung gefragt worden und Volksabstimmungen gibt es auf Bundesebene sowieso nicht. „Wozu sich also wegen Europa graue Haare wachsen lassen?", mag sich so manche/r Bundesbürger/-in fragen. Die alte Redensart „...und hast Du einen Opa, dann schick ihn nach Europa..." spricht Bände über den Stellenwert, den Europa in der deutschen öffentlichen Meinung lange Zeit eingenommen hat. Auch an der Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament lässt sich der Stellenwert der Europapolitik unschwer ablesen. Sie ist geringer als bei allen anderen Wahlgängen in Deutschland.

Eine wirkliche Diskussion über Europa hat es in der deutschen Bevölkerung nie gegeben

Eine weitere Ursache für die geringe Akzeptanz liegt in den Augen der deutschen Gruppe auch bei den Politikern und Politikerinnen: Wenn etwas gut läuft, klopfen sie sich auf die eigene Schulter und verkünden, dass sie erfolgreich gehandelt hätten. Kommt jedoch Kritik auf, sind dieselben Damen und Herren schnell damit bei der Hand, auf den „Schwarzen Peter" in Brüssel zu verweisen, der der nationalen Politik kaum noch Gestaltungsräume lasse. Eine inhaltliche Debatte über Europa entzündet sich in der Regel nur dann, wenn es um's Geld geht – entweder wird problematisiert, dass Deutschland der größte Nettozahler ist und dass sich Frankreich, England und andere stärker ins Zeug legen müssen, oder dass zu wenige europäische Subventionen in Deutschland ankommen. Wenn es denn in Deutschland eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung gegeben hätte, wäre ein positiver Ausgang dieses Referendums nach Einschätzung der deutschen Gruppe nicht unbedingt sicher gewesen. Auf jeden Fall wünsche man sich mehr Informationen und transparentere Verfahren. Hinsichtlich der Auswirkungen der verzögerten (oder gar verhinderten) Verfassungsgebung zog die deutsche Gruppe einen Vergleich: Ein Supertanker – nämlich die erweiterte Europäische Union – ist am 1. Mai 2004 vom Stapel gelaufen. Die Crew (die EU-Kommission) ist an Bord gegangen. Der Antrieb (also die Finanzierung) dieses Supertankers läuft halbwegs gut. Ein wichtiges Detail ist jedoch in der Eile des Geschäfts nicht rechtzeitig fertig geworden: nämlich die Ruderanlage (die Verfassung als Steuerinstrument). Solange wir Glück haben, fährt dieser Tanker mit nicht funktionierender Ruderanlage im Kreis. Das heißt, es passiert nichts Wesentliches, aber es gibt auch keine nennenswerten Fortschritte. Aber was passiert, wenn der Supertanker auf die nächste Felsküste zuläuft ...?

Frankreich

Am 29. Mai 2005, kurz nach dem positiven deutschen Votum von Bundestag und Bundesrat, fand in Frankreich die Volksabstimmung über den Europäischen Verfassungsentwurf statt. Auf die Frage „Stimmen Sie dem Text der Europäischen Verfassung zu?", konnten die Wahlberechtigten mit Ja oder Nein antworten. Fast 55 % der Wahlberechtigten beantworteten diese Frage mit „Nein", und damit war der Entwurf in Frankreich gescheitert. Die Abstimmung war der Höhepunkt einer über lange Zeit teilweise sehr heftig und emotional geführten Diskussion auf verschiedensten Ebenen. Obwohl von den relevanten politischen Parteien klare offizielle Positionen verabschiedet wurden, gab es immer wieder einzelne öffentlich bekannte und durchaus einflussreiche Mitglieder eben dieser Parteien, die das Gegenteil der bekannten Parteilinien propagierten. Die Folge war, dass chaotische Diskussionen in allen Medien stattfanden und sich manchmal abstruse Allianzen zwischen Gruppierungen bildeten, die einander im normalen gesellschaftspolitischen Alltag auch wirklich gar nichts zu sagen hatten. Die Debatten wurden mit aller Härte und sehr emotional geführt, und dabei spielten vielfach Themen eine Rolle, die mit dem Verfassungsentwurf, über den eigentlich diskutiert werden sollte,

In Frankreich gelang es den Verfassungsgegnern, über die Emotionalisierung eine hohe Wahlbeteiligung zu mobilisieren, was den Befürwortern des Verfassungsentwurfs nicht gleichermaßen möglich war

nur wenig gemein hatten. Den Verfassungsgegnern ist es über die Emotionalisierung des Themas gelungen, eine hohe Wahlbeteiligung zu mobilisieren, was den Befürwortern des Verfassungsentwurfs nicht gleichermaßen möglich war. So wurden Parolen verbreitet wie: „Wer gegen die Verfassung ist, ist gegen Europa“ oder „Mit einer Europäischen Verfassung werden wir in der Lage sein, gegen die USA in der Weltpolitik eine wichtigere Rolle zu spielen.“ In dieser aufgeheizten Atmosphäre war es nach Aussagen der französischen Gruppe für den einfachen Bürger nicht leicht, sich eine eigene objektive Meinung zu bilden. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass allen wahlberechtigten Bürgern der komplette Text des Verfassungsentwurfs zur Verfügung gestellt wurde. Vielmehr wurde in diesem Zusammenhang – ähnlich wie von der spanischen Gruppe – die Kritik geäußert, dass der gesamte Text zu lang und in der Sprache zu schwierig sei, als dass er als brauchbare Information von allen Teilen der Bevölkerung verwertet werden könnte.

Niederlande

Leider konnte keine niederländische Gruppe an unserer Begegnung teilnehmen. Wir hätten dies sehr begrüßt, weil wir gerne auch die Argumente der Verfassungsgegner und -befürworter aus den Niederlanden einbezogen hätten. Wir haben dann trotzdem einen unserer Partner im Netzwerk gefragt, ob auch er uns ein entsprechendes Essay zur Verfügung stellen könne. *Willem de Boer* von der Organisation *Code X* hat dies getan.

Er schreibt, dass es seit ca. drei bis vier Jahren einen immer größer werdenden Abstand zwischen der Politik bzw. den Politikern und den Bürgern in den Niederlanden gibt. „Die Menschen haben mehr und mehr das Gefühl, dass die Politiker alle gleich sind und nicht darauf achten, was in der Gesellschaft wirklich passiert. *Pim Fortuyn* gab diesem Gefühl 2001 eine Stimme als holländischer Mann und als Schwuler. Er fühlte sich mehr und mehr bedroht vom stärker werdenden Islam, und als die herkömmliche Politik sein Anliegen nicht ernst nahm, gründete er seine eigene Partei – diese war gegen die etablierten Parteien gerichtet und gegen deren Einwanderungspolitik und gegen ihre europäische Erweiterungspolitik. (...) Die Stimme gegen Europa war eigentlich mehr und mehr eine Stimme gegen die Politiker insgesamt und ein Ausdruck der Angst, die eigenen Angelegenheiten nicht mehr selbst bestimmen zu können. Dazu kam die Tatsache, dass die etablierten Parteien nicht wirklich für Europa eintraten, sondern sich aus Angst um Wählerstimmen duckten.“ So kam es,

Die Inhalte des Verfassungsentwurfs werden mit szenischem Spiel erfahrbar gemacht

wie es angesichts dieser Situation kommen musste: Die Niederländer stimmten mehrheitlich gegen den Verfassungsentwurf. Zurzeit, so fährt *Willem de Boer* in seinem Essay fort, gebe es keine wirkliche Debatte über europäische Themen, wenn man davon absehe, dass ein möglicher Beitritt der Türkei zur Europäischen Union sehr umstritten ist. „Es wird schwierig sein, wieder Mehrheiten für eine gemeinsame europäische Sache in den Niederlanden zu organisieren. (...) Europa ist eine herausfordernde Idee und Europa ist die Zukunft – aber zunächst einmal müssen sich die Menschen in den verschiedenen Ländern zuhause fühlen und das Leben sowie Hab und Gut miteinander teilen.“

Ergebnisse einer Umfrage unter den Teilnehmer/-innen

Zu Beginn der Veranstaltung führte der Newspaper-Workshop unter den Teilnehmer/-innen der Begegnung eine kleine Umfrage durch, die in Erfahrung bringen sollte, welche Informationen sie selbst in ihrem Heimatland über die Europäische Verfassung bekommen hatten.

Hier eine Auswahl an Antworten:

- „Wir haben eigentlich überhaupt keine Informationen in Finnland bekommen.“
  (*Asta Reinikainen*, 18, Finnland)

- „Man hatte geplant, die Bürger mit einer Menge Broschüren, Poster und Handzettel zu versorgen. Aber nach der gescheiterten Volksabstimmung in Frankreich wurde dieser Prozess einfach gestoppt.“
  (*Magda Krajewska*, 24, Polen)

- „Ich musste mich selbst über den Europäischen Verfassungsentwurf informieren. Manchmal wurden allgemeine Informationen auch über die Medien verbreitet. Wer mehr Informationen haben will, muss sich selbst kümmern – mit Hilfe von Internet, Büchern oder Info-Büros.“
  (*Regina Gutsch*, 21, Deutschland)

- „Ich habe über die Europäische Verfassung über die Medien erfahren (Fernsehen, Radio, Zeitung, Internet ...). Wir haben auch Broschüren und Handzettel bekommen. Darüber hinaus gab es eine Menge Informationsveranstaltungen zum Beispiel an der Universität. Der Text des Verfassungsentwurfs wurde an alle Bürger per E-Mail geschickt.
  (*Edwige Ceide*, 25, Frankreich)

- „Ich habe auf keinen Fall genug Informationen bekommen. Wir haben zwar den Text des Verfassungsentwurfs über die Zeitungen bekommen, aber es hat keine Debatten im Fernsehen gegeben oder Informationsveranstaltungen an Schulen, Universitäten etc.“
  (*Olalla Couzas Adeler*, 26, Spanien)

Positive und negative Aspekte des Verfassungsentwurfs und des Ratifizierungsverfahrens

Nach einer generellen Information über die historische Entwicklung Europas und seiner verschiedenen Erweiterungsschritte wurden in international besetzten Kleingruppen positive wie negative Aspekte der Verfassung bzw. des Ratifizierungsverfahrens gesammelt. Ich gebe diese Aspekte in ihrer Unvollständigkeit und ihrer Widersprüchlichkeit ungefiltert wieder, um einen ungetrübten Einblick in den Diskussionsverlauf zu ermöglichen.

Positive Aspekte

- Der Schutz von Grundrechten und Menschenrechten ist verankert
- gleiche Rahmenbedingungen im Hinblick auf Umweltschutz, Wirtschaft, Militär etc.
- Vereinfachung und Transparenz durch Zusammenfassung der vielen verschiedenen bisherigen Vertragswerke
- es wird ein gemeinsamer Weg für alle Mitgliedsstaaten vorgezeichnet
- Bürger können unmittelbarer an politischen Prozessen in Europa teilhaben
- gleiche Spielregeln für alle Mitgliedsstaaten
- 25 Mitgliedsstaaten können effektiver „verwaltet“ werden
- die Außenpolitik der EU wird gestärkt
- das kulturelle Erbe der EU und seiner Mitgliedsstaaten wird ausdrücklich geschützt
- die Freiheitsrechte der Bürger werden ausdrücklich geschützt
- das gewählte Europäische Parlament und sein Präsident werden durch die Verfassung gestärkt
- es werden Regeln für den ökonomischen Wettbewerb vorgegeben
- Gewerkschaften werden ausdrücklich geschützt
- nationale Identität wird als wichtiger Wert anerkannt
- Minderheitensprachen werden geschützt
- das Subsidiaritäts-System wird verankert
- Zusammenarbeit im Spannungsfall wird gewährleistet
- gemeinsame Strategien gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität werden unterstützt.

Negative Aspekte

- Die Mitgliedsländer verlieren Kontrolle, Unabhängigkeit und Einfluss

Im Musik-Workshop werden eigene Songs und Texte zum Thema Verfassung entwickelt

- die Kulturelle Identität der einzelnen Mitgliedsländer droht verloren zu gehen/zu verblassen
- der Verfassungsentwurf ist zu technisch/bürokratisch formuliert – er ist für Bürger und Bürgerinnen nicht verstehbar
- der Umfang des Verfassungsentwurfs ist zu groß
- es gibt Widersprüchlichkeiten zwischen nationalen Gesetzen und dem Verfassungsentwurf – wie sollen diese gelöst werden?
- der Text ist zu kompliziert formuliert und lässt den „europäischen Geist" vermissen
- die Bereiche Erziehung, Bildung und Soziales hätten größere Berücksichtigung finden müssen
- das System Europäische Union wird so groß, dass es kaum möglich ist, auf die Belange kleinerer Mitgliedsstaaten oder sogar von Individuen zu reagieren
- es gab definitiv zu wenig sachliche, handhabbare Informationen über die Verfassung und den Prozess der Ratifizierung
- es gab zu wenig Informationen über die EU im Allgemeinen und über die Aufgaben von Kommission, Parlament etc.
- der Zeitplan war falsch gesetzt – die Europäische Verfassung hätte bereits verabschiedet sein müssen, bevor die letzte große Erweiterung am 1. Mai 2004 in Kraft getreten ist.

Informationen wurden weiter verarbeitet

In verschiedenen international besetzten Workshops haben die Jugendlichen die Informationen, die sie zum Thema European Constitution in der Begegnung oder auch bei Recherchen im Vorfeld bekommen haben, weiter bearbeitet und in Produkte einmünden lassen. Diese Produkte wurden einerseits der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und andererseits so dokumentiert, dass sie mit nach Hause in die jeweiligen Länder genommen werden konnten, um dort Anreiz zu bieten, über das Thema zu berichten und gegebenenfalls weiter daran zu arbeiten.

- Der Radio-Workshop hat eine einstündige Live-Sendung mit Radio Ostfriesland gestaltet
- der Musik-Workshop hat ein Konzert mit eigenen und gecoverten Songs gegeben
- der Drama-Workshop hat die Thematik mit szenischem Spiel interpretiert
- der Public Action-Workshop hat in der Auricher Innenstadt einen Event durchgeführt, der auf großes Medieninteresse stieß
- der Newspaper-Workshop hat eine dreißigseitige Zeitung erstellt, die jede/r der Teilnehmenden mit nach Hause nehmen konnte
- *Morgan Peyric*, ein Medienspezialist aus Frankreich, der an unserer Begegnung teilgenommen hat, produzierte (ganz nebenbei) eine bemerkenswerte DVD, in der sowohl Atmosphäre als auch die gemeinsame Arbeit am Thema für Außenstehende erkennbar werden.

Ergebnis (?)

In der Begegnung kamen wir mehrheitlich zu dem Ergebnis, dass es eigentlich keine Alternative zur Verabschiedung einer gemeinsamen Europäischen Verfassung gibt. Es ist also dringend erforderlich, dass eine Informationsoffensive eingeleitet wird, die es den Bürgern erlaubt, sich alle notwendigen Informationen in verständlicher und handhabbarer Form zu verschaffen. Eine solche Informationsoffensive – die von der Politik nicht als „Propaganda-Kampagne" missverstanden werden darf – ist gleichermaßen Aufgabe der Europäischen Institutionen wie auch vor allem der Nationalstaaten. Diese müssen es ohne Wenn und Aber als ihre Aufgabe verstehen, Europäische Politik zu vermit-

Gemeinsame Musik – gemeinsame Kultur

Der Radio-Workshop gestaltet eine einstündige Live-Sendung im Radio

teln und zu verantworten. Wenn dies gelingt, dann wird es früher oder später zur Verabschiedung einer gemeinsamen Verfassung kommen. Gelingt dies nicht, dann wird es ganz unabhängig von der Frage der Europäischen Verfassung eine weitere Entfremdung zwischen Politik und den Bürgern mit allen negativen Begleiterscheinungen geben.

Kalle Puls-Janssen arbeitet als Studienleiter am Europahaus Aurich. Er ist Mitglied der AdB-Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit. Zu erreichen unter der Anschrift des Europahauses Aurich: von-Jhering-Straße 35, 26603 Aurich.

E-Mail: KaPuJa@europahaus-aurich.de

Die Rechte für die Fotos in diesem Beitrag liegen bei Kalle Puls-Janssen, Europahaus Aurich.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie und das GATS-Abkommen

Susanne Schunter-Kleemann

Im folgenden Beitrag sollen einige demokratietheoretisch und geschlechterpolitisch brisante Aspekte der internationalen Sozial- und Handelspolitik erörtert werden. Es geht dabei einerseits um ein aktuelles europäisches Gesetz: die EU-Dienstleistungsrichtlinie, über die im Frühjahr 2006 entschieden wurde, andererseits um das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (GATS), das seit 2000 im Rahmen des multilaterialen Welthandelsregimes der WTO beraten wird und auch im Jahr 2006 abschließend geregelt werden soll.
Dieser Artikel entstand allerdings schon zum Jahresende 2005, also vor der Beratung der Dienstleistungsrichtlinie im Europäischen Parlament, die im Februar 2006 stattfand. Die Bolkestein-Richtlinie wurde modifiziert und im Hinblick auf öffentliche Dienstleistungen entschärft. Der Entscheidungsprozess ist allerdings noch nicht abgeschlossen.

Parallele Zielsetzungen von GATS-Abkommen und EU-Dienstleistungsrichtlinie

Es ist verschiedentlich dargelegt worden, dass mit der Vorbereitung auf den Binnenmarkt ein Wechsel bei den die Europäische Integration begleitenden Leitideen zu beobachten war. Waren es in den fünfziger Jahren die Ideen der sozialen Marktwirtschaft, die den grenzüberschreitenden Schulterschluss der westeuropäischen Eliten ermöglichten, so haben seit Beginn der achtziger Jahre zunehmend marktradikale Doktrinen der vorrangigen Steuerung über den Markt und des schlanken Staats den Zusammenschluss der europäischen Akteure beflügelt. Aufschlussreich ist, dass das EU-Programm der „vier Marktfreiheiten des Binnenmarktes“ – wie das GATS -Abkommen – die Zielstellung der Öffnung und Liberalisierung des Dienstleistungssektors enthält. (Die anderen „Marktfreiheiten des Binnenmarktes“ beziehen sich bekanntlich auf den freien Personen-, Waren- und Kapitalverkehr).

Zunehmend beflügeln marktradikale Doktrinen den Zusammenschluss der europäischen Akteure

Die bisherige nationale Politik in den Dienstleistungssektoren Telekommunikation, Finanzdienste, Energie, Wasser, Gesundheit, Bildung und Kultur kommt in den europäischen Ländern heute entsprechend von zwei Seiten unter Druck:
Während das GATS-Abkommen zur globalen Regulierungsebene gehört, kommt für alle europäischen Länder zusätzlicher Anpassungsdruck aus den Regelungen des Binnenmarktes zur Liberalisierung der Dienstleistungserbringung. Es gibt eine völlige Parallelität der zugrunde liegenden Denkfiguren und Paradigmen. Beiden Vorhaben ist gemeinsam die Vision eines ständig fortschreitenden Liberalisierungsprozesses. Etwaige Forderungen seitens der Bevölkerung nach Rücknahme von Privatisierungsmaßnahmen können durch Verweis auf GATS-Verpflichtungen abgewiesen werden. Eine wesentliche Funktion des GATS-Abkommens wird daher auch darin gesehen, Liberalisierungsfortschritte, die auf bilateraler oder regionaler Ebene erzielt wurden, unumkehrbar zu machen (Adlung 2000, 131).

Was ist der Hintergrund der EU-Dienstleistungs-Richtlinie?

Bei dem Lissabonner EU-Gipfel im Jahr 2001 hatten die dort versammelten europäischen Regierungschefs angesichts des Zurückfallens der EU gegenüber den USA und anderen wachstumsstarken Weltregionen beschlossen, einen erneuten Impuls für die Steigerung der Beschäftigung und der Wachstumskräfte in Europa zu setzen. Proklamiert wurde – in der üblichen übertriebenen Rhetorik – dass die EU bis zum Jahr 2010 „der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Raum der Welt“ werden solle. Da das Binnenmarktprojekt im Bereich des *Warenhandels* zwar erhebliche Zuwächse, aber keine hinreichenden Wachstumskräfte mobilisiert hatte, um die hohe Arbeitslosigkeit im EU-Raum zu mindern, richtete sich die Aufmerksamkeit der EU-Politik nun verstärkt auf den Dienstleistungsbereich. Der 2004 ins Amt berufene europäische Kommissar für den Binnenmarkt, *Frits Bolkestein*, ein holländischer „Westerwelle“, legte 2004 einen Richtlinienentwurf vor, der angesichts des Beitritts von zehn neuen mittel- und osteuropäischen Ländern allerdings erhebliches Dynamit aufwies. Was sich zunächst harmlos und ganz positiv anhört – es ginge darum, die grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten der Dienstleistungs-Unternehmen zu verbessern, überflüssige Bürokratie abzubauen und alle Hindernisse, die die Dienstleistungsfreiheit erschweren, zurückzunehmen und auf diese Weise Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu schaffen – hat angesichts des enormen Einkommensgefälles in der auf 25 Staaten angewachsenen EU und der sehr unterschiedlichen Niveaus im Arbeits-, Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutz höchste Brisanz.

Folgt man dem Attac-Experten *Thomas Fritz*, dann stellt die Dienstleistungs- Richtlinie den bisher radikalsten und umfassendsten Angriff auf die Sozialsysteme der EU-Staaten dar (Fritz 2005, 1).

Weiter Geltungsbereich – sämtliche Dienstleistungen erfasst
Der Geltungsbereich der Richtlinie erstreckt sich auf sämtliche Dienstleistungen, die als „wirtschaftliche Tätigkeiten" betrachtet werden. Leistungen der Daseinsvorsorge und andere hoheitliche Funktionen fallen auch in den Geltungsbereich der Richtlinie, auch wenn das in den Erwägungsgründen genannte „Entgeltkriterium" anderes suggeriert.

Da bekanntlich für die Inanspruchnahme zahlreicher öffentlicher Einrichtungen Entgelte oder Gebühren zu entrichten sind, seien dies der öffentlich-rechtliche Rundfunk, Verkehrsunternehmen, Bibliotheken, Freibäder, Theater, Museen, Kindergärten und andere, und daher ihre Leistungen nach dem Entgeltkriterium als wirtschaftliche Tätigkeiten zu betrachten sind, fallen auch sie in den Geltungsbereich der Richtlinie.

Dieser Sachverhalt hat auch den deutschen Bundesrat aufgeschreckt. Er betont in seiner Stellungnahme, „dass Regelungen der Daseinsvorsorge grundsätzlich Sache der Mitgliedstaaten sind. Bestrebungen, die die grundsätzliche Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Daseinsvorsorge in Frage stellen, tritt der Bundesrat entgegen" (Bundesrat 2004, 4).

Niederlassungsfreiheit
Die staatlichen Auflagen, die nach Auffassung des Neoliberalen *Bolkestein* „schlichtweg verschwinden müssen", finden sich in Kapitel 14 („Unzulässige Anforderungen"). Demnach dürfen Mitgliedstaaten künftig nicht mehr die Form der Niederlassung vorschreiben. Sie dürfen keine Auflagen erteilen, eine Hauptniederlassung statt einer Tochtergesellschaft zu gründen. Auch dürfen sie nicht mehr verlangen, dass Dienstleister für eine Mindestdauer auf ihrem Territorium tätig oder in Unternehmensregistern eingetragen sind. Wie *Fritz* schreibt, dürften allein diese Bestimmungen eine Lawine von Sitzverlagerungen nach sich ziehen. Die Karawane, die sich auf die Suche nach den günstigsten Standorten mit den niedrigsten Auflagen begibt, würde auch klein- und mittelständische Unternehmen mit sich ziehen. War bisher die Steuerflucht das treibende Motiv, käme mit der Bolkestein-Richtlinie ein ganzer Reigen weiterer Anreize hinzu, wie die Umgehung von Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsstandards, von Qualifikationsanforderungen und Tarifverträgen. Entsprechend erwartete die IG Bauen-Agrar-Umwelt eine „riesige Ausflaggungswelle" von Dienstleistungsunternehmen in Ländern mit niedrigsten rechtlichen Anforderungen und Kontrollen für ihre unternehmerische Tätigkeit" (IG Bau 2004).

Das Herkunftslandprinzip
Noch strittiger ist das Herkunftslandprinzip. Das in Artikel 16 niedergelegte Herkunftslandprinzip radikalisiert die Bestimmungen zur Niederlassungsfreiheit. Mitgliedstaaten haben dafür Sorge zu tragen, dass „Dienstleistungserbringer lediglich den Bestimmungen des Herkunftslandes unterfallen" (Art. 16,1). Eine Kontrolle durch Behörden des Ziellandes soll folglich ganz entfallen. Damit können Unternehmen, die ihren formalen Sitz außerhalb des Ziellandes haben, zu weitgehend unkontrollierten Konditionen Dienstleistungen erbringen. Sie müssen keinerlei Vorschriften des Ziellandes befolgen, auch nicht bei der Beschäftigung. Arbeitgebern, die sich durch Sozialversicherungsbetrug bereichern wollen, rollt die Kommission den roten Teppich aus. Art. 24, 1d verbietet dem Zielland, Dienstleistern aus dem EU-Ausland die Vorhaltung oder Aufbewahrung von Sozialversicherungsunterlagen vorzuschreiben.

Arbeitgebern, die sich durch Sozialversicherungsbetrug bereichern wollen, rollt die Kommission den roten Teppich aus

Das Herkunftslandprinzip stellt sich insofern als eine radikale Liberalisierungsmethode dar, die nicht nur das niedrigste Lohnniveau EU-weit zu verallgemeinern droht, sondern auch die niedrigsten Schutzstandards und Qualitätsnormen. Aufgrund des starken gewerkschaftlichen Drucks musste der Bolkestein-Entwurf im Frühjahr 2005 zur „Überarbeitung" zurückgenommen werden. Während der damalige SPD-Wirtschaftsminister *Clement* den Entwurf begrüßte, sprach sich Ex-Kanzler *Schröder*, der um seine Wahlchancen fürchtete, gegen den Richtlinienvorschlag aus und forderte seine Revision, über die in neun Ausschüssen des Europäischen Parlaments beraten wurde.

Wie aus Staatszielen Handelswaren werden

Ebenso geharnischt wie die Proteste gegen die EU-Dienstleistungs-Richtlinie sind die gegen das derzeit auf der Ebene des Welthandelssystems verhandelte Dienstleistungsabkommen (GATS). Die Brisanz der multilateralen GATS-Verhandlungen liegt darin, dass auch hier innerstaatliche Regelungen, soziale Standards oder auch Gleichstellungsverpflichtungen als Hemmnisse für den internationalen Dienstleistungshandel gesehen werden können. Damit greift auch das GATS-Abkommen tief in die

Durch das GATS-Abkommen sollen noch bestehende Marktzutrittsbarrieren für private Anbieter weltweit abgebaut werden

Innen- und Sozialpolitik der WTO-Mitgliedsländer ein und berührt zentrale Bereiche staatlicher Regulierungshoheit. Das betrifft wie die Dienstleistungsrichtlinie beispielsweise Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung, Energie, soziale Sicherung und andere Bereiche, die nach dem bisherigen Verständnis als Kernaufgaben des Staates und nicht als Handelswaren angesehen werden.

Entsprechend den marktradikalen Ideen, die das GATS-Abkommen prägen, soll schrittweise der gesamte Dienstleistungssektor dem Wettbewerb freigegeben, sollen noch bestehende Marktzutrittsbarrieren für private Anbieter weltweit abgebaut werden (Fritz/Scherrer 2002, 7). Es geht auch hier keineswegs nur um die kommerziellen und produktionsbezogenen Dienstleistungsbereiche, sondern auch und vor allem die staatlichen und kommunalen Dienstleistungen. Nicht zuletzt wird damit auch die weite Palette der sozialen und gesundheitsbezogenen, zumeist von Frauen erbrachten Dienstleistungen in den Rang marktfähiger Handelsgüter erhoben.

Zwar gibt es – ähnlich wie bei der Dienstleistungs-Richtlinie – im GATS-Abkommen eine Ausnahmeklausel, nach der solche Dienstleistungen nicht von der Liberalisierung erfasst werden, die in „Ausführung hoheitlicher Gewalt erbracht" (Art. 1.3) werden. (3) Von verschiedenen Kritiker/-innen, unter anderem der Enquete-Kommission „Globalisierung" des Deutschen Bundestages, wird aber gesagt, dass diese Klausel in ihrem Kerngehalt unklar sei. Denn laut GATS-Vertrag gelten nur solche Dienstleistungen als in hoheitlicher Gewalt erbracht, wenn sie *„weder zu kommerziellen Zwecken noch in Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern erbracht werden"* (Art. 1.3.c). Die Merkmale sind kumulativ angeführt, wenn auch nur eines fehlt, dann ist die Dienstleistung schon nicht mehr als öffentliche zu qualifizieren und fällt somit unter das GATS-Reglement (Kletzer 2003, 18). Im Klartext: In allen Ländern, wo es ein gemischtes System von Dienstleistungen gibt, wo es also beispielsweise wie im Bildungs- und Wissenschaftsbereich kein ausdrückliches Staatsmonopol gibt und Kindergärten, Hochschulen und Erwachsenenbildung auch und in wachsendem Maße von Privatanbietern betrieben werden, dort sollen schrittweise Freihandelsregeln eingeführt werden. Nun zeigen vielfältige Erfahrungen, dass die Marktöffnung und damit einhergehende Privatisierung häufig mit höheren Kosten, zum Teil mit sinkenden Qualitätsstandards erkauft wird. So sind beispielsweise nach der Privatisierung der Trinkwasserversorgung in Großbritannien die Preise um 50 Prozent gestiegen. Für einkommensschwache Menschen steht damit der Zugang zu Grundversorgungsmitteln auf dem Spiel.

Namhafte Organisationen wie die britische Entwicklungsorganisation OXFAM oder das weltweit agierende Netzwerk *Attac* unterstreichen deshalb, dass die bisherigen GATS-Bestimmungen demokratietheoretisch und geschlechterpolitisch gefährlich sind und den deklarierten Zielen einer entwicklungsfreundlichen Handelspolitik voll widersprechen. Im Mittelpunkt stehen Befürchtungen, dass im Zuge der bei WTO-Verhandlungen üblicherweise geschnürten Tauschpakete viele Staaten die Regelungshoheit über bestimmte öffentliche Versorgungsleistungen verlieren könnten.

Wird der „Bottom-Up-Ansatz" gestrichen?

Das GATS-Abkommen unterscheidet bisher zwischen den so genannten allgemeinen Verpflichtungen, die zwingend für alle WTO-Mitglieder gleichermaßen gelten, und den spezifischen Verpflichtungen, die nur insoweit gelten, wie die Mitglieder autonom konkrete Verpflichtungen eingegangen sind. Dieses Konzept, das den Staaten bisher erlaubt, die zu liberalisierenden Wirtschaftssektoren selbst zu bestimmen, bezeichnet man auch als „Bottom-Up-Ansatz". Bezeichnenderweise sind es die EU und die USA, die in die jetzige Verhandlungsrunde Vorschläge für eine grundlegende Änderung des bisher noch vergleichsweise flexiblen GATS-Liberalisierungskonzeptes unterbreiteten. Interessierte Kreise wollen jetzt also schneller als bisher zum Ziele kommen. Den einzelnen Mitgliedsländern soll es nicht mehr möglich sein, bestimmte Vorbehalte und Beschränkungen vorzusehen (Adlung 2000, 140). Es verwundert nicht, dass viele Entwicklungsländer, die bereits jetzt enorme Schwierigkeiten haben, die mit hohen Kosten einhergehenden Verpflichtungen des GATS-Abkommens umzusetzen, empört sind über diese erneute Forcierung des Liberalisierungsansatzes. Sie plädieren demgegenüber für ein GATS-Moratorium oder wenigstens für die Beibehaltung der jetzigen „Bottom-Up"-Struktur, weil sie ihnen am ehesten noch die souveräne Entscheidung überlässt, welche Sekto-

Die Empörung vieler Entwicklungsländer über eine erneute Forcierung des Liberalisierungsansatzes verwundert nicht

ren sie in welchem Ausmaß für ausländische Anbieter öffnen wollen, und welche Sektoren sie weiterhin von den GATS-Verpflichtungen ausnehmen wollen (Schlussbericht 2002, 154). Wie eklatant gegen die Interessen der Entwicklungsländer gerade in diesem Punkt verstoßen wird, wird deutlich, wenn man sich erinnert, dass die Entwicklungsländer sich in der Uruguay-Runde zunächst generell gegen die Aufnahme der Dienstleistungen in den Verhandlungskontext des Welthandelsregimes ausgesprochen hatten, weil ihre eigenen Service-Industrien zu schwach entwickelt seien, um bei einer Marktöffnung ausländischen Anbietern standhalten zu können. Nun ist zu befürchten, dass sie ein weiteres Mal über den Tisch gezogen werden sollen.

Prinzip der fortschreitenden Liberalisierung

Hoch kontrovers ist auch das Prinzip der progressiven Liberalisierungspflicht (Art. 19 GATS), das Staaten rechtlich verpflichtet, in jeder neuen Verhandlungsrunde zusätzliche Öffnungsangebote zu unterbreiten. Dieses Prinzip, das auf Druck großer multinationaler Konzerne festgeschrieben wurde, sieht eine sukzessive Ausweitung von Marktöffnungsverpflichtungen vor, das heißt innerhalb des GATS-Regimes kann man einmal gewährte Freiheiten praktisch nicht mehr zurücknehmen. Ist ein Sektor einmal zur Liberalisierung benannt, ist diese Nennung kaum widerruflich. Von einer eingegangenen Liberalisierung kann nur zurückgetreten werden, wenn in einem anderen Sektor Zugeständnisse gemacht oder hohe Summen wegen Vertragsbruchs bezahlt werden. So ist vertraglich vereinbart, dass diejenigen multinationalen Unternehmen, die durch eine eventuelle Rückgängigmachung einer Liberalisierungsmaßnahme geschädigt würden, Anspruch auf Kompensation geltend machen können. Aufgrund ihres geringen Dienstleistungsangebots und zumeist hoher Verschuldung bleiben Entwicklungsländern diese Möglichkeiten so gut wie verwehrt. So disziplinierend diese Regelungen gegenüber Staaten sind, so generös sind sie gegenüber Unternehmen. Zugespitzt läuft die heutige Umsetzung der Freihandelsdoktrin darauf hinaus, „dass die Unternehmensseite keiner ökonomischen Regulierung mehr unterliegen soll. Die Bindewirkung des Multilateralismus konzentriert sich also nur auf die Regierungen und deren regulatorische Handlungsmöglichkeiten“ (Wahl 2000, 11).

Die Benennung eines Sektors zur Liberalisierung ist kaum zu widerrufen

Zu bilanzieren ist also: Die GATS-Verhandlungen erzeugen einen enormen Druck über die Liberalisierung der nationalen Dienstleistungspolitiken – auch im öffentlichen Sektor – in einen internationalen Konsultationsprozess mit anderen WTO-Mitgliedstaaten einzutreten.

Entsprechend wird von verschiedenen Seiten gefordert, dass der unklare Geltungsbereich des GATS-Abkommens mittels Vertragsänderung insofern präzisiert wird, dass die autonom gewählten Bereiche staatlicher Vorsorge ohne Zweifel ausgenommen und vom Vertragswerk gänzlich unberührt bleiben (Schlussbericht der Enquete-Kommission 2002, 148).

Geschlechterpolitische Folgen des GATS-Abkommens

Obwohl es eine der wenig strittigen Erkenntnisse der Arbeitsmarktforschung ist, dass Frauen weltweit heute rund 70-80 Prozent aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor ausmachen, ist auffällig, dass weder in den offiziellen Verlautbarungen der WTO noch der EU zum GATS die Begriffe „Geschlecht“ oder gar „Frauen“ sprachlich auftauchen. Das von der EU-Kommission europaweit zur Anwendung vorgeschlagene Konzept des „Gender Mainstreaming“ hat bezeichnenderweise überhaupt keinen Niederschlag in den Verhandlungspapieren der EU-Handelskommission zum GATS gefunden, die geschlechterpolitischen Folgen der vorgeschlagenen Handelspolitiken werden an keiner Stelle diskutiert. Vielmehr wird der Dienstleistungssektor als ein strikt geschlechtsneutraler Wirtschaftsbereich behandelt. Dennoch ist absehbar, dass die angestrebten Marktöffnungen die Lebensbedingungen vieler Frauen in aller Welt fundamental betreffen werden. Erfahrungen in Ländern mit einem Privatisierungsvorlauf zeigen, dass Frauen im Alltag von Liberalisierung stark betroffen sind und zwar dreifach: als Arbeitnehmerinnen, als Nachfragerinnen öffentlicher Dienstleistungen und als unbezahlte Familienarbeiterinnen.

Das europaweit zur Anwendung vorgeschlagene Konzept des Gender Mainstreaming hat keinen Niederschlag in den EU-Verhandlungspapieren zum GATS gefunden

a) Bekanntlich ist die „öffentliche Hand“ in vielen Ländern ein wichtiger Arbeitgeber für Frauen. Überall dort, wo der öffentliche Sektor jedoch nach Kriterien des Wettbewerbs und des Qua-

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ging mit einem Abbau von Frauenarbeitsplätzen einher

litätsmanagements reorganisiert wurde, waren Frauen das erste Einsparpotenzial. Wenn Teilbereiche öffentlicher Dienstleistungen privatisiert wurden, ging das in der Regel mit einem Abbau von vergleichsweise sicheren und gut bezahlten Frauenarbeitsplätzen einher. Gibt die öffentliche Hand ihre Verantwortung an private Investoren ab, werden zumeist – das zeigen alle internationalen Erfahrungen – Stellen und soziale Schutzrechte abgebaut. Zu befürchten ist also, dass auch in den letzten Dekaden erkämpfte Gleichstellungspolitiken und Frauenfördergesetze als „wettbewerbsverzerrend“ und daher als „unzulässige Handelshemmnisse“ dem GATS zum Opfer fallen könnten.

b) Familienarbeiterinnen als Konsumentinnen öffentlicher Dienstleistungen sind auf erschwingliche soziale Versorgungsangebote angewiesen. Arme Frauen – und die Mehrzahl der absolut Armen weltweit sind Frauen – haben kaum Reserven in ihren Haushaltsbudgets für Schulbesuch der Kinder, für Transport, Wasser, Strom und medizinische Versorgung. Multinationale Dienstleistungsunternehmen investieren aber nun vorzugsweise da, wo zahlungskräftige Kundschaft sitzt und hohe Profite winken. In vielen vom Neoliberalismus überrollten Ländern hat diese Investitionsstrategie bereits zu einem Zwei-Klassen-System der Versorgung geführt, in ein Bildungssystem mit exzellenten Privatschulen für die Elite, in ein Gesundheitswesen mit erstklassigen, gut ausgestatteten Privatkliniken für Besserverdienende und auf der anderen Seite einer schlechten bis katastrophalen öffentlichen Versorgung. In Südafrika müssen die Verbraucherinnen nach der Privatisierung des Wassers heute Karten kaufen, mit denen sie dann eine bestimmte Wassermenge aus der Leitung zapfen können. So werden die schwachen Gesellschaftsmitglieder von der Wahrnehmung ihrer elementaren Grundrechte ausgeschlossen. Arme Frauen holen das Wasser wieder aus einem Tümpel, Mädchen gehen weniger zur Schule, Frauen scheuen vor jedem Arztbesuch zurück (Wichterich 2003, 1).

Die schwachen Mitglieder der Gesellschaft werden durch eine neoliberale Investitionsstrategie von der Wahrnehmung elementarer Grundrechte ausgeschlossen

Dass der rabiate Marktkolonialismus nicht mehr nur ein Phänomen der Drittweltländer ist, zeigen die 10.000 Hitzetoten in Frankreich (2003), zumeist ältere Frauen, die in Altenheimen und Krankenhäusern oder durch ambulante Pflegedienste nicht ausreichend versorgt werden konnten, weil nicht ausreichend Personal zur Verfügung stand (Beermann 2003, 3).

c) Auch auf Frauen als Reproduktionsarbeiterinnen kommen neue Belastungen zu, denn "lean welfare" und Kostendämmung führen dazu, dass die Regierungen weltweit an öffentlichen Ausgaben sparen, indem sie die Kosten und Aufgaben an die Verbraucherinnen weiterreichen. Unter der Maßgabe von Effizienzsteigerung werden heute im Sozial- und Gesundheitswesen Beziehungsarbeit und Zuwendung von der technischen Dienstleistung abgespalten und aus der Marktökonomie ausgelagert. Das zeigen exemplarisch die Module der Altenpflege mit der In-Wert-Setzung von Handreichungen im Minutentakt. Auf diese Weise wird bisher bezahlte Arbeit wieder in die unbezahlte Hausökonomie zurück verschoben. In vielen EU-Ländern werden in Kliniken Operationen pauschal abgerechnet, die Aufenthaltsdauer standardisiert und Patienten im genormten Zeittakt entlassen. In der Folge sind wiederum Frauen gezwungen, mehr unbezahlte Arbeit zu leisten, wenn zum Beispiel kranke Familienmitglieder gepflegt werden müssen, die zu früh aus dem Krankenhaus entlassen oder aus Kostengründen gleich ambulant operiert werden.

Unter der Maßgabe der Effizienzsteigerung werden im Sozial- und Gesundheitswesen Beziehungsarbeit und Zuwendung aus der Marktökonomie ausgelagert

Zu unterstreichen ist: Durch das GATS und die EU-Dienstleistungsrichtline sollen die öffentlichen Dienstleistungen weiter ökonomisiert werden. Die Kommerzialisierung der Sprache, des Denkens und der Lebensweise wird noch weiter um sich greifen. Durch die Aushebelung des Solidar-, des Wohlfahrts-, des Demokratieprinzips und des Prinzips der Chancengleichheit drohen die schwächsten und ärmsten Gesellschaftsmitglieder um ihre elementaren Menschen- und Bürgerrechte gebracht zu werden. Dies trifft überproportional viele Frauen.

Bemerkenswert unter geschlechtsspezifischen Aspekten sind deswegen unter anderem die Empfehlungen der *Globalisierungskommission des Deutschen Bundestages* in ihrem Schlussbericht vom Juni 2002. Hier heißt es:
Vor der Übernahme weiterer Liberalisierungsverpflichtungen bei den GATS-Verhandlungen sollten die möglichen Folgen von bereits gemachten Liberalisierungsverpflichtungen überprüft werden. In

Folgeabschätzungen und der öffentlichen Diskussion ihrer Ergebnisse müssen folgende Fragen beantwortet werden: Welche Beschäftigungswirkungen sind in den betroffenen Sektoren zu erwarten? Welche Änderungen hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der Chancen niedrig Qualifizierter, der Flexibilisierung der Erwerbsstrukturen und der Veränderungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung sind bei den bisherigen Liberalisierungsprozessen zu beobachten? Wieweit werden öffentliche Regelungsmöglichkeiten und Kontrolle und Einflussnahme von Betroffenengruppen beschränkt? Gefordert wird auch, dass die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie die öffentlichen Bildungs- und Kulturdienstleistungen gänzlich aus den Verhandlungen des GATS herausgenommen werden.

Wie könnten frauenpolitische Initiativen aussehen?

Eine Möglichkeit der feministischen Intervention besteht in der Teilnahme an den nationalen, regionalen oder weltweiten Treffen und Verhandlungen des Sozialforums wie z. B. in Florenz (2002) oder Porto Alegre (2001, 2002, 2003), in denen die gemeinsamen Positionen der Globalisierungsgegner und -gegnerinnen erarbeitet und ausgehandelt werden. Diese Konferenzen der neuen „Internationale“, sind ebenso wie ATTAC-Sommerakademien oder internationale Konferenzen beispielsweise des Netzwerks Femmes-ATTAC (Köln Mai 2003, Graz September 2003) geeignete Orte, wo frauenpolitische Argumente gegen die Feminisierung der Armut, zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen, für einen fairen Handel, gegen neue Formen sexueller Sklaverei und weltweiten Frauenhandel als direkte Formen neoliberaler Politik in die Debatte eingebracht und internationale Verbreitung und Verankerung finden können. Schließlich gibt es inzwischen in vielen Städten Initiativen, die Kommune zur GATS-freien Zone zu erklären. So hat der Gemeinderat der Stadt Zürich beispielsweise am 9. November 2005 beschlossen, die Stadt Zürich zur GATS-freien Zone zu erklären und sich gegen die Unterstellung von Gesundheit, Bildung, Wasser, Strom, Altenpflege unter das GATS-Regime auszusprechen (NZZ vom 10.11.2005, S. 53).

Literatur

Adlung, Rudolf, 2000: Liberalisierung und (De)Regulierung von Dienstleistungen in der WTO. Versuch einer Zwischenbilanz aus der Sicht der EG. in: *Müller-Graff* (Ed): Die EG in der WTO. Baden-Baden 2000, 131-156.

Beermann, Matthias, 2003: Frankreich entdeckt plötzlich seine Alten – Die mörderische Hitzewelle in Europa hat schlimme Zustände im Betreuungssystem aufgedeckt. In: *Weser-Kurier* vom 23. August 2003, S. 3.

Bundesrat, 2004: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Beschluss des Bundesrates, 2. April Drucksache 123/04.

Deutscher Bundestag, 2002: Schlussbericht der Enquete-Kommission: Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen Antworten. BT-Drucksache 14/9200 vom 12.06.2002.

Europäische Kommission, 2004: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, 25. Februar, KOM (2004) endg. Brüssel.

Felber, Christian, 2002: Das GATS bedroht Demokratie und Umwelt. In: *Europa-Magazin* 2/2002, S. 25.

Fritz, Thomas/Scherrer, Christoph, 2002: GATS: Zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck. Hamburg.

Fritz, Thomas, 2005: EU – Auf dem Weg zur Sonderwirtschaftszone: in: Blue 21 Arbeitspapier.

IG-Bau, 2004: Einschätzung der IG Bauen-Agrar-Umwelt zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt. Version 2, 17.02.2004.

Hoedemann, Olivier, 2001: Die Europäische Integration und der Aufstieg der Macht der Multinationalen Unternehmungen. In: *Europa-Magazin* (Schweiz) 3, 1-5.

Kletzer, Christoph, 2003: Von den Kernaufgaben zur Selbstaufgabe des Staates – Wie aus Staatszielen Handelswaren werden. In: *Pia Eberhardt/David Hachfeld* (Hrsg.): Wollt Ihr den totalen Markt? Die geheimen Spielregeln der WTO. Reader zum Seminar. ATTAC-Sommerakademie, Münster, August 2003, 17-21.

Küppers, Gaby: Power Politics in der WTO. In: *Pia Eberhardt/David Hachfeld* (Hrsg.): Wollt Ihr den totalen Markt? Die geheimen Spielregeln der WTO.

Reader zum Seminar. ATTAC-Sommerakademie, Münster, August 2003,12-16.

Liebig, Klaus, 2002: Die internationale Handelsordnung in der Doha-Runde. Entwicklungsfreundliche Reformen und neue Anforderungen an die Entwicklungspolitik, www.google.de/doha-runde.

NZZ, 2005 .O.A. Die Stadt Zürich als GATS-freie Zone. In: NZZ vom 10.11.2005, 53.

Schunter-Kleemann, Susanne, 2001: Euro-Club und Reglement der Geschlechter: in: *Eva Kreisky/Sabine Lang/Birgit Sauer* (Hrsg.): EU. Geschlecht. Staat, Wien, Universitätsverlag, 171-184.

Schunter-Kleemann, Susanne, 2003: Seilschaften und andere „Verstrickungen" – Zur Politischen Kultur der Europäischen Union. In: *Albert Scharenberg/Oliver Schmidtke* (Hrsg.): Das Ende der Politik. Globalisierung und Strukturwandel des Politischen. Münster, 182-207.

Wahl, Peter, 2000: Zwischen Hegemonialinteressen, Global Governance und Demokratie – Zur Krise der WTO. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3/2000; online: www.fes.de/ipg.

Wichterich, Christa, 2003: Das GATS ist nicht geschlechtsneutral – Gegen den Ausverkauf öffentlicher Dienste. In: ATTAC. Beilage zur TAZ vom 12. März 2003.

Wesselius, Erik, 2001: Wie die EU die Multis pflegt – der Kampf der EU für die Globalisierung. In: Europa-Magazin (Schweiz), H. 1, 1-4.

Yalcin, Gülsan/Scherrer, Christoph: GATS-Verhandlungsrunde im Bildungsbereich. Gutachten für die Max-Traeger-Stiftung. Universität Kassel. Endgültige Version April 2002.

Ziltener, Patrick, 1999: Strukturwandel der europäischen Integration. Münster.

Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann lehrt am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Bremen und ist dort erreichbar über die Adresse Werderstraße 73, 28199 Bremen.

E-Mail: schunter@fbw.hs-bremen.de

Fußball ist unser Leben...

Spielberichte aus einem Seminar der politischen Bildung

Karlheinz Grieger

Fußball und politische Erwachsenenbildung – wie geht das in einem Bildungsurlaubsseminar zusammen? In diesem Beitrag wird in kleinen beispielhaften Seminarsequenzen beschrieben, wie intensive politische Bildungsprozesse und Spaß und Freude am (Thema) Fußball eine tolle „Spielpaarung" darstellen.

Spielansetzung und die Begründung:

„‚Vom Arbeitersport zum profitablen Investment: S04, Borussia und andere Akteure im Fußballgeschäft.' Der Bundesliga-Fußball sprengt die überlieferten Maßstäbe. Längst ist dieser Sport ein profitabler Zweig der Unterhaltungsindustrie geworden. Fernsehsender zahlen enorme Summen für Übertragungsrechte, Spieler werden Millionäre, Vereine zu (börsennotierten) Unternehmen, denen die Pleite droht, wenn Erfolge in den internationalen Wettbewerben ausbleiben. Der Identifikation mit dem eigenen Verein tut das trotzdem keinen Abbruch. Fußball ist für einen echten Fan eben das Leben – besonders ‚auf Schalke', wo es aber – wie meist im Geflecht von Sport und Medien – heute um eine andere ‚Kohle' geht als jene, die noch die Knappen förderten. Diese Verwandlung eines Arbeitersportvereins in einen Wirtschaftsbetrieb ist Teil des Strukturwandels im Ruhrgebiet, dessen Prägung durch den Bergbau gerade verschwindet." (Ausschreibungstext für ein Seminar der politischen Bildung im Rahmen des Bildungsurlaubsangebots des DGB-Bildungswerks im DGB-Bildungszentrum Hattingen)

Seit dem Jahr 2002 wird die Veranstaltung zweimal im Jahr mit jeweils drei Veranstaltungstagen (TN-Nachfrage übersteigt weit das Angebot) angeboten.

Bergleute gratulieren dem Verein

Anpfiff

Musik aus dem Off: „Der schnellste Mann auf dem Platze, das ist der Günter mit der Glatze...", Stuhlkreis, zwanzig erwartungsvolle Teilnehmer, darunter drei Frauen, eine davon mit tiefblauer Baseballmütze mit Vereinsemblem auf dem Kopf und langem blauen Schal um die Schulter geworfen, zwei Teilnehmerinnen im T-Shirt, Aufschrift: „100 %

Plakat zur Fußball-WM 2006

Blau", die dritte im tiefblauen T-Shirt mit großem Vereinswappen S04 auf dem Bauch. Dann findet sich noch ein „Eintracht-Frankfurt-Schal" im Stuhlkreis. Mehr Bekenntnis ist optisch erstmal nicht wahrzunehmen. Erstmal – bei der anschließenden Vorstellungsrunde wird weiter Farbe bekannt. Eine Gruppe von VW-Arbeitern: „Nee, nicht Wolfsburg – wir sind schon immer für die Eintracht in Braunschweig". Hafenarbeiter aus Hamburg teilen ihre Sympathie zwischen St. Pauli und dem HSV („Vater ist mit mir schon ins Volksparkstadion gegangen" – im anderen Fall ist es das Millerntor – Tradition eben) auf. Nein, auch der Teilnehmer aus dem Allgäu ist nicht Bayern-Fan („das ist mein Sohn – meine Sorge"), sondern Präsident eines SO4-Fan-Clubs – „wir fahren fast zu jedem Heimspiel nach Schalke". Schalke ist überall – das wird schnell klar – ob im Norden, Süden, Westen oder Osten der Repu-

blik – überall bekennende Fans für den Verein aus dem Ruhrpott. Gut, ein Bayern-München-Fan ebenso wie zwei eingeschüchterte (ob der blau-weißen Seminar-Dominanz) Borussia-Dortmund-Anhänger outen sich fast entschuldigend schließlich auch. Und dann noch Einer: Fußball interessiert mich nicht – „will mal schauen, warum die alle so verrückt sind, das toll finden, wenn zwei Dutzend Männer (Frauen) einem Ball 90 Minuten lang hinterher rennen."

Vorsichtiges Abtasten – erstes Vorchecking

Das „Fußball-Memory": Reihum ziehen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen Begriffskärtchen, auf denen Begebenheiten aus der großen Fußballwelt stehen. Die/der Kandidat/-in mit dem Begriffs-Kärtchen gibt zuerst ihr/sein Wissen preis, dann ergänzen alle anderen. Da es sich bei einem „Fußballseminar" immer um ein Seminar mit lauter Experten handelt, ist diese Übung für die Spieleröffnung ideal. „Adidas – war das nicht Dassler Adi mit dem feindlichen Bruder Rudolf und Puma – und der mit den ersten Schraubstollenschuhen, die '54 im Endspiel Fritz Walter und Co auf glitschigem Rasen halt gaben? Adidas, die Firma mit den guten Fifa-Connections, den vielen prominenten Fußballrepräsentanten – mischen die nicht auch bei internationalen Sportrechten mit – gute Börsenentwicklung glaube ich, haben die auch? Wie demokratisch ist eigentlich die Fifa aufgebaut?" Anderer Begriff: „‚Abseits' – ja is' doch klar…", Gelächter im Rund – nur wie ist das genau zu erklären? „‚1963' – hm, wann wurde denn die Bundesliga gegründet? – ja, genau, und der erste Bundesligameister war der 1. FC Köln. Wieso kam es da eigentlich zur Gründung der 1. Liga?"

Bei einem Fußballseminar handelt es sich immer um ein Seminar mit lauter Expert/-innen

Das „Fußball-Memory" öffnet das Seminar inhaltlich, schafft eine angenehme Seminarkommunikation (offenes, ungezwungenes Gespräch – Fachsimpeln) unter den Teilnehmern. Werden die Begriffs-Kärtchen teilweise mit multimedialen Präsentationen gestützt (Kurze Videoclips aus dem Internet, O-Töne, Bilder), werden Aspekte, Eindrücke verstärkt oder „alte mediale, verinnerlichte Bilder" aktualisiert, neu hervor gekramt. Bei dieser methodischen Vorgehensweise werden alle Teilnehmer/-innen inhaltlich anschlussfähig, d. h. das vorhandene Seminarwissen und die Interessen werden deutlich. Thematische Zusammenhänge werden angesprochen, einige Fakten können gleich geklärt werden, andere inhaltliche Interessen oder Wissenslücken können aufgenommen und im Seminarverlauf bearbeitet werden.

Erste Dribblings – auch schon Zweikämpfe

Wo der Fußball überhaupt herkommt? Klar, von den Arbeitern, woher sonst? Straßenfußball, Kicken im Hinterhof ... ja und irgendwie aus England, glaubt der eine oder die andere – Anfang der Industrialisierung und so – keine großen Zweifel bestimmen die Einschätzung der Teilnehmer/-innen zu dieser Fragestellung. Eine „Kleine Sozialgeschichte des Fußballs" sorgt im Seminar für Orientierungen. Vor rund 3000 Jahren spielten die Chinesen ein Spiel namens *Tsah Küh* (Tsáh bedeutet „treten" und „Küh" steht für einen ausgestopften Ball aus Tierhaut). Auch die Japaner umkreisten sehr früh Bambusstangen mit einem Ball. Die alten Griechen spielten *Episkyros* und die Römer *Harpastum*, und ... nun richtig spannend wird es für die meisten, wenn es um die Wurzeln des heutigen Fußballspiels geht:

Vierzehn Studenten der Universität Cambridge trafen sich im Jahr 1848, um ein paar Regeln für das Fußballspielen aufzustellen. 1895 sind schon gewaltige Zuschauermassen überliefert vom Match Oxford gegen Cambridge. Englische Privatschulen, also Angehörige der privilegierten Oberschicht, waren es, die im 19. Jahrhundert das Fußballspiel entwickelten. Und dann wurde dieses Fußballspiel ein englischer Exportartikel, weltweit. Und schon sind wir mitten in der Kolonialgeschichte Englands, in der Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und ihren sozialen, kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Folgen. Der Blick ins Ruhrgebiet ist dann nicht mehr weit. Wie kam jetzt der Fußball von den Hochschulen, den bürgerlich privilegierten Schichten zu den Arbeitern? Daran entspinnen sich spannende sozialpolitische Diskurse: Welche Rolle spielten die Arbeitszeit, die Arbeitsbedingungen, die soziale Lage der Menschen – was veränderte der Acht-Stundentag für die Arbeiter und Arbeiterinnen? Wieso unterstützten Unternehmer Betriebssport, welche Funktion hatte die Unterstützung von Fußballspielen und Fußballspielern im Betrieb der Zechen und Fabriken? Wie ist der Zusammenhang von Wehrertüchtigung und Fußball beim Militär? Woher kommen Fußballbegriffe wie Verteidiger, Stürmer, Bom-

Die Frage, wie der Fußball von den bürgerlich privilegierten Schichten Englands zu den Arbeitern kam, provoziert spannende sozialpolitische Diskurse

ber, Angriff, Attacke u. v. m.? Über das Interesse an den Wurzeln des Fußballs setzt man sich intensiv mit den Wurzeln der Industriegesellschaft und der gesellschaftlichen Entwicklung bis in die Gegenwart auseinander. Arbeitsgruppen (ausgestattet mit historischen Aufnahmen, Dokumenten und anregenden Texten) ermöglichen die Beschäftigung mit inhaltlichen Schwerpunkten. Im Plenum kann dann anschließend das Entwicklungsbild des Fußballs mit seinen historisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen als Puzzle zusammengesetzt werden.

Fouls, die wehtun

„Das bisherige jüdische Kaufhaus Julius Rode und Co. am Schalker Markt ist in arische Hände übergegangen", heißt es in einem Eintrag der Gelsenkirchener Stadtchronik unter dem Datum 8. November 1938. Und weiter: „Es wird geführt von Fritz Szephan". Der vom Kicker zum „Spieler des Jahrhunderts" gekürte *Fritz Szepan* und Schalker Idol als Profiteuer der Arisierung? Hat Szepan als Kapitän der deutschen Nationalmannschaft nicht im *Völkischen Beobachter* einen Wahlaufruf für die Nationalsozialisten unterzeichnet? Wurde er nicht in den linientreuen „Führerrat des Reichsamtes Fußball" berufen? 100 Jahre Schalke 04, und der Verein wagte den Blick in die eigene Geschichte. Auf einmal ist das Seminar mitten drin in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Wie war das damals mit dem DFB und den großdeutschen und Kriegsmeisterschaften? Was konnte der Einzelne tun? Wer wurde Täter? Wer war Mitläufer? War Widerstand möglich? Um welchen Preis auch im Fußball, den die Nazis wie alle Bereiche vereinnahmten? Schalke 04 wurde für die Nazis der Vorzeigeverein (er verkörperte angeblich die von den Nationalsozialisten propagierte „Volksgemeinschaft").

Fußball war auch damals ein Spiegelbild der Gesellschaft – und bot so im Seminar eine große Chance für die Teilnehmer/-innen, sich mit dem Nationalsozialismus beispielhaft erneut auseinander zu setzen. Besonders die „eingefleischten" Fans von SO4 sind an dieser Geschichtsaufarbeitung in den Seminaren ganz stark interessiert und im Seminar engagiert. Auch hier ist das Thema Fußball wieder der Schlüssel für die engagierte Auseinandersetzung mit historischen und politischen Prozessen und Zusammenhängen, die ohne einen solchen Zugang bei vielen Teilnehmer/-innen kaum Chancen hätten, motiviert bearbeitet zu werden.

Steilpass in die kommerzielle Vermarktung

Arena „auf Schalke" heißt jetzt schon „Veltins-Arena". Die Arena (lat.: (h)arena = Sand) bezeichnet ursprünglich den ebenen, mit Sand bedeckten Kampfplatz in den antiken Versammlungsbauten für – zumindest ursprünglich kultische – Wettkämpfe. Das sind beispielsweise Amphitheater für Kampfspiele und Tierhatzen, der Circus für Wagenrennen und das bei den Römern seltene Stadion für Wettläufe. Als pars pro toto wurde Arena auch als Synonym für Amphitheater verwendet. Soweit die Definition aus Wikipedia.de.

© Joachim Lippke

Zu den antiken Zusammenhängen in einem „Einwurf" noch mehr. Jedenfalls war S04 mit dem neuen Stadion „Arena" nicht nur Schrittmacher in der Architektur und bei der Ausstattung und den Nutzungsmöglichkeiten moderner Veranstaltungsorte, sondern war auch im Trend bei der Umbenennung in die Bier(Veltins)-Arena. So wie das Volksparkstadion in Hamburg längst AOL-Arena heißt, die Allianz-Arena in München dazu kam, und nur Dortmund sein Stadion (wegen der Rivalität zu Schalke) nicht „Arena", sondern Signal-Iduna-Park nennt. Obwohl die Identifizierung der Fans mit dem Verein und vor allem mit dem Mythos Schalke sehr groß ist, hat die Umbenennung zu keinen größeren Identitätskrisen geführt. „Veltins Bier gehört irgendwie zu Schalke – und wenn das Millionen Euro für neue Spieler bringt"? – so oder ähnlich waren die Reaktionen aus dem großen Fanumfeld. Eigentlich ist das nicht erstaunlich, denn tatsächlich ist Schalke 04 und damit die ganze Fußballliga längst nicht mehr nur ein Ort zum Fußballspielen, sondern ein expandierendes Unternehmen der Unterhaltungsindustrie. In der Veltins-Arena werden Autocross-Shows durchgeführt, die Oper *Aida* aufgeführt, Biathlonwettbewerbe auf Skiern und Schnee ausgetragen und jede Menge Konzert-Veranstaltungen organisiert. Seit 2001 haben in der Gelsenkirchener Multifunktions-Arena 163 Groß-

veranstaltungen stattgefunden, die über neun Millionen Besucher zählten. Für diese Nutzungsvielfalt kann sogar das gesamte Fußballfeld aus der Halle hinausgefahren werden. Und die „Knappen-Karte“ (Kreditkarte als Zahlungsmittel), kilometerlange Bierleitungen, Vip-Restaurants und -Lounges verweisen auf ein ausgeklügeltes Vermarktungskonzept, in dem der Fan als Konsument komplett vermessen und verplant ist. Hinter diese „Arena-Kulissen“ zu schauen, eröffnet neue Einblicke in den Wirtschaftszweig Fußballbundesliga und Unterhaltungsindustrie und eröffnet viele Diskurschancen: Wird der Fußball zur Zweiklassengesellschaft, verändert sich die Fußball-Zuschauerkultur? Sündhaft teuer vermietete Vip-Räume, Restaurant, Vip-Leder-Sessel in der Arena auf der einen Seite, unerreichbar und undurchlässig ist dieser Sicherheits-Sektor für die auf der anderen Seite, die auf den Stehplätzen, einfacheren Sitzschalen und am Imbisstand. Spiegeln sich Parallelgesellschaften in der Arena mit unterschiedlichen Funktionen im Unterhaltungsbetrieb? Ist der einfache Fußballfan nur noch in seiner „atmosphärischen“ Wirkung als Zuschauerkulisse für eine Spielinszenierung und als Bier- und Wurst-Konsument von Bedeutung? Soziologische Reflexionen, Auseinandersetzungen über die Verortung neuer sozialer Milieus, der sozialen Strukturentwicklung unserer derzeitigen Gesellschaft und ihres Zusammenhalts oder der Atomisierung in Kleinstgruppen, das Hinterfragen von Normen und Werten sind beispielhafte Fragen für Seminarreflexionen, die sich u. a. aus dem Erleben der Arena-Welt vor Ort ergeben. Spannungsverhältnisse zwischen Fankultur und Vermarktungskultur werden vielfach spürbar. Die Kirche in der Arena gehört zu diesem Spannungsverhältnis: Hunderte von Tauf- und Hochzeitsgesellschaften erleben dort in den Arena-Katakomben Blau-Weiße-Glücksmomente. Der Weg zur Arena-Kapelle (gleich neben den Spieler-Umziehkabinen) führt sie in Security-Vip-Zonen, die ihnen sonst versperrt bleiben.

Pressekonferenz – Seminarteilnehmer auf der SO4-Pressetribüne

Anfeuerung Nordkurve und Halbzeit:

Schalke 04-Fan im O-Ton: „Nun, da muss man Prioritäten setzen: Wenn meine Frau sagt: Am Samstag ist eine Hochzeit (es muss ja nicht unsere sein) – dann sage ich, am Samstag spielt Schalke. Mit meinem Chef habe ich auch ausgemacht, dass ich meinen Urlaub so organisieren kann, dass ich die S04-Spiele mitbekomme und für Uefa-Cup-Reisen dann noch unbezahlten Urlaub bekomme. Ich fühle mich einfach richtig froh und glücklich, wenn ich hier im Stadion bin.“ Diese und andere Fan-Statements aus einem Fernsehbeitrag, im Plenum präsentiert, sind anschlussfähig für die Seminarteilnehmer/-innen. Sie können ihre Lebensgefühle, ihr Verhältnis zum Fußball und dem Verein, ihre Erfahrungen als Fußballfan einbringen und ausdrücken.

Werden Fanliedgut, Schlachtrufe aus den Fankurven im Originalton und verschiedene Fanzine in Kleingruppenarbeiten in die Reflexion mit einbezogen, eröffnet sich die Chance, sehr sensibel und kritisch Lebenshaltungen und Lebenserfahrungen aus dem Fußballumfeld und ihre Bedeutungen zu besprechen, sich auszutauschen und auch neue Sichtweisen zu ermöglichen. So können rassistische, sexistische und gewalttätige Verhaltensweisen in dieser Seminarentwicklung so intensiv besprochen und hinterfragt werden, wie es im Alltag (mancher Seminarteilnehmer/-innen) überhaupt nicht möglich wäre. Gespräche mit Vertretern aus der organisierten Fanszene (z. B. dem Dachverband der Faninitiativen von S04) erleichtern zudem die Reflexion dieser Themenbereiche im nachvollziehbaren Alltagszusammenhang und zeigen an authentischen Beispielen aktuelle Entwicklungen und Initiativen in der Fanarbeit. Vieles wird dabei greifbar: Der fast unbegrenzte Spaß und die Freude,

den der Fußball als Spiel überhaupt Menschen vermitteln kann; das soziale Fannetzwerk, das sich in den zum Teil schillerndsten Verknüpfungen auch über viele Grenzen hinweg organisiert und erstaunliches ehrenamtliches Engagement hervorbringt. Und natürlich findet dabei immer wieder die Konfrontation mit den Auswirkungen von Kommerzialisierung im Fußball-Unterhaltungsgeschäft statt, wird wahrgenommen, dass Fußballleidenschaft und Fan-Dasein in bestimmten Zusammenhängen auch eine Funktion als Kompensation für gesellschaftliche Defizite und nicht eingelöste Lebenswünsche u. ä. haben. Die Diskussion über Lebensstile und die Voraussetzungen für deren Verwirklichung kann auch bei diesem Seminarabschnitt an die Wurzeln der Lebenswünsche und -entwürfe und weit über die „schönste Nebensache der Welt" hinaus führen.

Es findet immer wieder die Konfrontation mit den Auswirkungen der Kommerzialisierung von Fußball statt

Angriff abgewehrt

„Tränen und Wut bei Manchester United", titelte die WAZ im Mai 2005. Was war passiert? Der reichste Klub der Welt war über Nacht und gegen den Willen der Vereinsführung ins Eigentum eines amerikanischen Milliardärs übergegangen. Dem sportfremden Milliardär unterstellt man weniger Fußballleidenschaft, sondern eher, dass er den Traditionsverein vielmehr finanziell plündern als sportlich weiter aufrüsten will. Aufgebrachte Fans demonstrierten vor dem berühmten Old-Trafford-Stadion, verbrannten „Manu"-Mitgliedsbücher und Puppen mit dem Konterfei des Großinvestors und US-Flaggen. Nun, *Manchester United* ist eine erfolgreiche börsennotierte Aktiengesellschaft, und der Großinvestor hat sich Stück für Stück die Mehrheit des Aktienkuchens erworben. Nach dem Aufkauf ist die Fußballaktie weg von der Börse.

Plakat zum Gewinn des Uefa-Pokals

Zeitgleich wird der Schuldenberg der europäischen Profi-Fußballclubs mit über sieben Milliarden Euro in den Sportzeitungen diskutiert. Mehrere Vereine der italienischen Seria A spielen am Rande der Insolvenz – einige sind schon pleite. Die 36 Vereine des deutschen Profifußballs haben 700 Millionen Euro Schulden. Und das, obwohl der Preis für die Fernsehrechte an der Bundesliga seit der Gründung vor 40 Jahren um das 1230-fache gestiegen ist. In der Premierensaison zahlte das Fernsehen für die Übertragung 650 000 DM an die Bundesliga. Ab der Spielzeit 2006/2007 bekommen die Vereine der 1. und 2. Bundesliga 420 Millionen Euro jährlich, d. h. in drei Spielzeiten insgesamt 1,26 Milliarden Euro! Haben einige Vereine wirtschaftliche Existenzsorgen, bilden andere eine „Champions League". Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. *Bayern München* verdient mit Trikotsponsoren und dem Verkauf seiner Fanartikel allein mehr, als andere Bundesligavereine als gesamten Jahres-Etat zur Verfügung haben. Auch *Borussia Dortmund* spielte in dieser „Erfolgs-Liga" mit und stand 2004/2005 trotzdem vor dem völligen Aus. Investitionen in die Infrastruktur (u. a. katastrophaler Stadiondeal) und die hohe Bezahlung von Starspielern standen in keinem Verhältnis mehr zu den erzielbaren Einnahmen. Ergebnis waren ein Rekordverlust von über 67 Millionen Euro im Jahr 2004 und eine Schuldenlast von 118 Millionen Euro! Und das trotz Zuschauerrekord europaweit (78808 Zuschauer im Schnitt pro Spiel) und erhöhten Sponsoren-Erlösen! Dann gab es Großinvestoren (Finanz-Mogul Homm), Anleihengeber und Gläubigerbanken, die Zahlungsaufschub einräumten, Anleger eines Immobilienfonds, die kurzfristig auf Gewinne verzichteten, und der Traditionsverein *Borussia Dortmund* durfte so erst mal weiter existieren und weiter bezahlten Fußball spielen. Aus der Not wurde eine (Nachwuchs-)Tugend: In der Saison 2005/2006 prägen andere Superlative den BVB – die

jüngste Bundesliga-Mannschaft läuft auf. Im Team spielt der jüngste Bundesligaspieler aller Zeiten mit: *Nuri Sahin*, der als Sechzehnjähriger damit auch gleich jüngster türkischer Nationalspieler wird. Mischt vielleicht ein neuer BVB die 1. Liga auf?

Wirtschaftliche Fakten – Börsenkurse – Anleihen – Bilanzen ... kein Weg führt an dieser Seminar-Phase an ökonomischen und wirtschaftspolitischen Zusammenhängen vorbei. Und das Interesse daran ist groß. Die Teilnehmer/-innen haben als Zuschauer („warum soll ich Premiere abonnieren – ich will Fußball im Free-TV sehen") massive Interessen oder sind als Fan ihres Lieblingsvereins besorgt und verunsichert („Hat Schalke wirklich die Zuschauer-Einnahmen auf zwanzig Jahre schon für eine Anleihe verdealt?"). Außerdem werden die eigene wirtschaftliche Perspektive und Lebenslage immer wieder ins Verhältnis gesetzt zu dem, was im Fußballbusiness geschieht. Selbstverständlich wird das ökonomische Fußballseminar hier auch ein Medienseminar. *Leo Kirch* und sein ehemaliges Medienimperium, dessen Zerfall und die Auswirkungen auf den Profi-Fußball, der Zusammenhang von Politik, Medien und Sport drängen sich hier in den Seminarfokus. Gut aufbereitete aktuelle, auch audiovisuelle Seminarmaterialien ermöglichen Gruppenarbeiten, die zur sonst nicht ganz einfachen Beschäftigung mit wirtschaftlichen Themen motivieren und sie im Bildungszusammenhang hier ganz leichtfüßig und spannend erscheinen lassen.

Spender für den Bau der Arena auf Schalke verewigt

Kurze Einwürfe

Die Fifa

In der Wahlnacht zum Fifa-Präsidenten (am 8. Juni '98) im Pariser Hotel *Meridien*, so berichtete die *Süddeutsche Zeitung*, kursierten mit Geld gefüllte Kuverts. Insbesondere bei den afrikanischen Fifa-Delegierten soll an 20 Verbände formlos ein Umschlag mit 50 000 Dollar bar gegangen sein. *Blatter*, der damalige Kandidat, meinte zunächst, das sei so vereinbart gewesen, weil es sich um Not leidende Verbände gehandelt habe. *Sepp Blatter* hat als Präsident des Weltfußballverbandes Fifa seither wohl nicht einen Tag ohne Diskussion über seine Person und seine Amtsführung erlebt. Vorwürfe der Korruption, der Misswirtschaft und der Mauschelei sind immer gegenwärtig. Die Sportpolitik und die „Selbstorganisation" des Weltfußballverbands, der Zusammenhang mit Sportwirtschaft und Politik drängen sich immer wieder zwischen die „Seminarfugen". Die Fußballweltmeisterschaft in diesem Jahr in Deutschland wirft immer wieder ein grelles Licht auf Gegebenheiten, die die Teilnehmer/-innen auch betreffen (Umgang mit WM-Karten, Sicherheit in den Stadien usw.) Hier fehlt es nicht an aktuellem Diskursmaterial. Es wird gerne bearbeitet.

Apropos Brot und Spiele: Mehr braucht man nicht, um das Volk zufrieden zu stellen (Juvental, 127 n. Chr.). Wagenrennen und Gladiatorenkämpfe faszinieren noch heute die Fantasien von Zuschauern. Wenn der jüdische Fürst *Ben Hur* in der Arena als Wagenlenker (im gleichnamigen Film) im spannenden 15minütigen Showdown den römischen Tribun *Marsala* besiegt, dann vermittelt der Filmausschnitt nicht nur historische Bezüge zur Politik im Römischen Reich und zum Verhältnis von Politik und Sport heute, sondern ermöglicht auch emotionale Zugänge und Reflexionen zum Thema „Massenunterhaltung" und deren Entwicklung bis heute. Die „Glücksindustrie" in ihren vielen Facetten unter Einbezug des Bundesligabestechungsskandals von 1971 bis hin zu den Turbulenzen um den Schiedsrichter *Hoyzer* wird beleuchtet.

Abpfiff

Auch wir haben (im Seminar) gedribbelt. Mal kommt die Flanke an, mal geht der Schuss ins Aus. Mal fehlt die Luft, dann scheint die Kondition unerschöpfbar. Brillante Spielzüge und technische Ästhetik beeindrucken. Nicht immer fallen Tore. Manchmal kann auch der Stand 0 : 0 das Ergebnis eines sehr spannenden Spiels sein. Ein Fußballmatch hat Längen, es lebt nicht nur von spannenden Kicks und Höhepunkten. Und das Fußballspiel ist oft unberechenbar, voller Überraschungen, und es läuft nie gleich ab. Es spendet unbändige Freude und gibt Anlass zum Ärger. Das Fußballspiel fasziniert die Menschen weltweit, es spiegelt aber auch die Gesellschaft vielfältig. Fußball spaltet - auch die Literaten. *Martin Walser* („Sinnloser als Fußball ist nur noch ein Nachdenken über Fußball ...“) bis zu *Albert Camus* („Alles was ich über Moral und Pflicht weiß, verdanke ich dem Fußball“) und *Ödon von Horwarth* („Ergriffen lauschte er trüben Weissagungen, bis ihn wieder ein wunderbar vollendet geköpfter Ball mit sich riss, dass sein Herz noch höher flog als der Ball“) haben sich zu ihm geäußert, wie die hier wieder gegebenen Literaturzitate aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 23. Mai 2002 zeigen („Niedergang und Foul einer schreibenden Klasse“). Fußball als Thema einer politischen Bildungsveranstaltung ermöglicht erwachsenenbildnerisch gesehen viele spannende Spielzüge, einen didaktisch-methodisch sehr attraktiven Seminaraufbau mit vielen Materialien, garantiert motivierte, interessierte und engagierte Seminarteilnehmer/-innen und eröffnet die Perspektive auf sehr viele thematische (angebliche) „Nebenschauplätze“, die nicht unbedingt vom Teilnehmer erwartet wurden, dann aber meist sehr engagiert aufgegriffen und bearbeitet werden. Vielleicht können diese kleinen „Spielberichte“ bzw. Seminarsequenzen einen Eindruck von dem riesigen politischen Bildungspotenzial dieser spannenden Seminarprozesse geben. Denn nicht nur Bedenkenträger auf Seiten der Arbeitgeber, sondern durchaus auch einige gewerkschaftliche Funktionsträger und andere Institutionen im Umfeld der Arbeitnehmerweiterbildung und des Bildungsurlaubs tun sich manchmal schwer damit, in einer solchen Seminarkonzeption die Chancen zu erkennen, die sich zur Förderung demokratischen Bewusstseins und der Stärkung gesellschaftlichen Engagements auftun.

In der diesjährigen „Sommerschule Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“ (4. – 7. Juli 2006 in der Akademie Frankenwarte/Würzburg) können einzelne Seminarsequenzen miterlebt und zusammen mit dem Autor reflektiert werden.

Karlheinz Grieger arbeitet als freiberuflicher Dozent in der Erwachsenbildung und als Berater sowie Fachautor (Bildungsmedien). Arbeitsschwerpunkte: Medien, Kommunikation und gesellschaftlicher Wandel. Entwicklung und Begleitung von E-Learning-Angeboten.

Er lebt in Bochum.

Email: k.grieger@edufant.de

Die Abbildungen in diesem Beitrag wurden von dem Autor zur Verfügung gestellt.

Kommentar zu den Thesen der Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik des AdB

Albert Scherr

Die Kommission Jugendbildung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten hatte in Nr. 2/2005 dieser Zeitschrift Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über Bildung unter dem Titel „Jugend- und Erwachsenenbildung unter den Bedingungen des globalisierten Marktes" veröffentlicht. Nachdem in Nr. 4/2005 dazu eine Stellungnahme von Hilmar Peter veröffentlicht wurde, dokumentieren wir hier nun zum Abschluss der Diskussion einen Kommentar von Albert Scherr.

Die hier zu kommentierenden Thesen einer Kommission des AdB sind durch eine Entwicklung veranlasst, die m. E. im Kern wie folgt charakterisiert werden kann:

Bildungspolitik richtet sich an der Vorgabe aus, vermeintlichen Erfordernissen der Standortsicherung im globalen Wettbewerb gerecht zu werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Überzeugung, dass die Europäische Union sich in eine sog. Wissensgesellschaft – anders akzentuiert: einen „informationellen Kapitalismus" (Manuel Castells) bzw. eine „superindustrielle Informationsgesellschaft" (Helmut F. Spinner) transformiert – in der das „Humankapital" die entscheidende ökonomische Ressource darstellt.

Trotz aller Rhetorik, die auch andere Aspekte betont, wird unter Bildung dabei primär die Erzeugung marktgängiger Qualifikationen und Kompetenzen verstanden.

Dies verbindet sich mit einer Politik des aktivierenden Sozialstaates, in der wohlfahrtsstaatliche Leistungen nicht mehr als prinzipiell und voraussetzungslos zu gewährleistende Daseinsvorsorge verstanden, sondern als mit Forderungen in Hinblick auf individuell zu erbringende Leistungen verknüpft werden.

Dem korrespondiert eine Programmatik des lebenslangen Lernens, die den Einzelnen Verantwortlichkeit für Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung zuweist, wenn sie nicht bereit und/oder in der Lage sind, sich marktgängige Qualifikationen anzueignen.

Die volkswirtschaftlichen Rahmungen des Bildungsdiskurses verschaffen einer betriebswirtschaftlichen Steuerung von Bildungseinrichtungen Plausibilität; diese werden unter die Vorgabe gestellt werden, an der Logik der Marktökonomie ausgerichtete Steuerungsmodelle zu adaptieren und ihre Effektivität und Effizienz durch vermeintlich objektive und rationale Verfahren (Evaluation; Output-Steuerung) nachzuweisen.

Dies impliziert eine Infragestellung derjenigen Institutionen, Themen und Formen von Bildung, deren Nützlichkeit im Sinne einer Politik der Standortsicherung nicht nachgewiesen werden kann oder die sich der Erwartung verweigern, sich an diesen Maßstäben und Überprüfungsverfahren auszurichten.

Hintergrund der gegenwärtigen Bildungsdiskussion ist also eine gesellschaftspolitische Programmatik, die mit dem Verweis auf ökonomische Notwendigkeiten die für die Tradition politischer Bildung zentrale Frage nach den Erfordernissen gesellschaftlicher Demokratisierung als zweitrangig betrachtet.

Hierauf reagieren die vorliegenden Thesen u. a. mit dem Versuch nachzuweisen, dass ein anders gefasstes Bildungsverständnis gesellschaftlichen Erfordernissen entspricht (These 5: „Je komplexer … eine Gesellschaft sich entwickelt, umso drängender ....";) und zeitgemäß ist (These 6: „Bildung hat heute die Aufgabe ...") sowie mit normativen Postulaten (These 9: „Politische Bildung befähigt zu ..."; These 15: „Bildung ist ...".) operiert. Diese sind m. E. durchaus zustimmungsfähig. Dabei tritt jedoch zweierlei in den Hintergrund:

Zum einen wird auch hier Bildung von gesellschaftlichen Erfordernissen her gedacht und nicht offensiv als individuelles Recht reklamiert. Es fehlt der Hinweis darauf, dass Bildung als Menschenrecht in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der UN-Kinderrechtskonvention in einer Form kodifiziert ist, die staatliche Politik unter die Vorgabe stellt, individuelle Rechte zu gewährleisten. Dies schließt ein Recht auf Menschenrechtsbildung ein, also zu einer solchen Bildung, die Individuen in die Lage versetzt, ihre eigenen Rechte zu kennen und sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einzusetzen. Hieraus lässt sich ein Verständnis politischer Bildung ableiten, das diese nicht mit dem Verweis auf funktionale Notwendigkeiten der demokratischen Gesellschaft, sondern als konstitutives Element des staatlich zu gewährleistenden Rechts auf Bildung begründet.

Zum anderen wird nur andeutungsweise und recht defensiv darauf verwiesen, dass Bildung der Möglichkeit nach auch ein gegenüber gesellschaftlichen Erfordernissen sperriges und widerständiges Moment beinhaltet. So wird formuliert (These 15), dass Bildung auch „Sozialkritik" umfasst und be-

klagt, dass solche Sozialkritik der Bildung zunehmend verloren zu gehen scheint. Warum ist nicht offensiver von einem gesellschafts- und kapitalismuskritischen Selbstverständnis der politischen Bildung die Rede? Und was hindert daran, darauf zu verweisen, dass Ideologiekritik mehr und anderes ist als „die Fähigkeit, Argumentationsstrukturen und Interessenlagen zu analysieren" (These 16), nämlich die Auseinandersetzung mit den Legitimationslegenden von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und sozialen Ungleichheiten? Warum wird nicht betont, dass politische Bildung einen Beitrag dazu leisten kann, gesellschaftliche Lernprozesse – etwa in den Themenfeldern ‚Interkulturalität', ‚Antirassismus', ‚Gender Mainstreaming', ‚Ökologie', ‚Eine Welt' – zu unterstützen bzw. voranzutreiben?

Zudem finden sich in den Thesen einige unklare und z. T. problematische Annahmen und Setzungen. Wichtig sind m. E. vor allem folgende Aspekte: Nicht erst „mit der fortschreitenden Kommerzialisierung und Privatisierung", sondern bereits in ihrer etablierten Gestalt als staatlich gewährleistete schulische und hochschulische Bildung trägt Bildung wesentlich zur (Re-)produktion und Legitimation sozialer Ungleichheit bei (These 14). Folglich genügt es im Sinne des deklarierten Interesses, Ungleichheit zu beseitigen, nicht, sich gegen Privatisierung und Kommerzialisierung zu wenden. Einzufordern ist vielmehr eine Debatte über die Erfordernisse einer solchen Bildungsreform, die dem Gesichtspunkt der Überwindung von Ungleichheiten gesellschaftspolitische Relevanz zuspricht.

Die Behauptung, dass „dort, wo Bildung ... Ungleichheit hervorruft und damit Teil von Herrschaft geworden ist, ... Widerspruch und Widerständigkeit" wachsen, würde man ja gerne glauben, wenn es dafür empirische Anhaltspunkte gäbe. Solche Kampfesrhetorik kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich bislang nur recht begrenzter Widerstand gegen die marktökonomische Umgestaltung des Bildungssystems entwickelt hat. Angemessener wäre es, an die Stelle einer solchen Beschwörung den Versuch zu setzen, Strategien zu entwickeln, die dazu beitragen, dass das Unbehagen unterschiedlicher Akteure an der aktuellen Bildungspolitik die Gestalt einer Kritik annimmt, die von den politisch Verantwortlichen ernst genommen wird.

Jugend- und Erwachsenenbildung bietet der Möglichkeit nach Gelegenheiten für Lernprozesse jenseits schulischer und beruflicher Qualifizierungszwänge. Dies begründet ihre spezifischen Potenziale eines eigensinnigen und weitgehend selbstbestimmten Lernens, die m. E. entschieden gegen die Tendenz zu verteidigen sind, direkt oder indirekt ökonomisch verwertbare Ergebnisse hervorzubringen. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung sollte deshalb versuchen, sich ausgehend von den Problemlagen und Interessen ihrer Adressat/-innen zu begründen und zu legitimieren und nicht im Hinblick auf (förderungs-)politische Vorgaben.

Prof. Dr. Albert Scherr lehrt an der Fachhochschule Darmstadt Soziologie und Jugendpädagogik.
Adresse: Haardtring 100, D 64295 Darmstadt,
E-Mail: scherr@fh-darmstadt.de

„Menschenrechte gestern und heute“

Deutsch-polnische Jugendbegegnung in Bad Liebenzell

Gertrud Gandenberger

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten beschließt für jedes Jahr ein Thema, das aus aktuellem Anlass besondere Beachtung in den eigenen Aktivitäten und in den Bildungsangeboten der Mitgliedseinrichtungen finden soll. Im Jahr 2006 lautet das Thema „Politische Bildung ist Menschenrechtsbildung“. Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen wollen mit diesem Jahresthema den Respekt vor den universellen Menschenrechten und Grundfreiheiten, wie sie beispielhaft im Grundgesetz verbrieft sind, stärken und ihre Verwirklichung fördern.
In jeder Ausgabe dieses Jahrgangs soll an einem Beispiel verdeutlicht werden, wie in der Praxis einer Bildungsstätte Menschenrechte als Thema und Gestaltungsprinzip konkret vermittelt und erfahrbar werden.

Das Thema

60 Jahre Kriegsende

1945: Der Krieg ist verloren und Deutschland kapituliert. Städte sind zerbombt, Millionen Menschen auf der Flucht, das Reich ist aufgeteilt unter den Alliierten, die Entnazifizierung der Gesellschaft wird angeordnet, und die zahllosen Menschenrechtsverletzungen des NS-Regimes beschäftigen die Nachkriegsgesellschaft.

Im Mai 2005 jährten sich das offizielle Kriegsende, die Befreiung, die Kapitulation Deutschlands zum sechzigsten Mal. Der 8. Mai 1945 markiert eine Zäsur in der deutschen Geschichte. 1945 ist das Jahr, in dem die faschistische Herrschaft beendet wurde, und der Beginn einer über fünfzig Jahre andauernden ideologischen Teilung der Welt und Deutschlands.

Der sechzigste Jahrestag des Kriegsendes veranlasste Zeitungen, Verlage und Fernsehsender, eine Vielzahl an Dokumentationen, Rückblicken und Lebensberichten zu veröffentlichen. Auch für viele Einzelpersonen war der 60. Jahrestag Anlass, erstmals über Erlebnisse während des Krieges und an seinem Ende zu sprechen und zu schreiben. Diese große Materialauswahl ist für die politische Bildung ein Glücksfall. Mit Detailberichten und umfassenden Dokumentationen können historische Ereignisse und ihre Bedeutung für die Gesellschaft und die Weltpolitik weitgehend erfasst werden.

Mythen, unzählige Augenzeugenberichte, disparate Erfahrungen und historische Fakten begleiten die Aufarbeitung des Kriegsendes in Deutschland. Jugendliche wachsen mit den Erzählungen ihrer Großeltern auf, die ihr subjektives Bild vom Ende des Zweiten Weltkrieges und der Schuld der Deutschen am Krieg, die Vernichtung und Zerstörung seiner europäischen Nachbarn und Millionen von Menschen, die individuelle Schuld oder Unschuld oder die eigene Verfolgung zum Gegenstand haben. Je nachdem welche Herkunft, welches Geschlecht, welche politische Orientierung, welchen Wohnort im Westen oder Osten sie haben und welcher Generation sie angehören, schildern sie ihr persönliches Erleben vom Kriegsende. Das Ende ist nicht für jede/n der 8. Mai, manche von ihnen sind vorher in Kriegsgefangenschaft geraten, andere durch ihre Herkunft oder politische Orientierung Jahre in einem der Gefängnisse oder Konzentrationslager des NS-Regimes gefangen gewesen. Viele Tabus und Verdrängung begleiten diese ganz persönlichen Berichte.

Die Intention

Sechzig Jahre danach wollten wir mit unserem Seminar unter anderem diese Tabus und verdrängten Wahrheiten, die sowohl das Berichten über das Ende der nationalsozialistischen Diktatur als auch die Erzählungen über Menschenrechtsverletzungen während der Nachkriegszeit begleiten, aufzeigen, sie sichtbar und erfahrbar machen für eine Generation, die die Zeit nicht selbst erlebt hat (zum Glück), um zu einem kritischen ‚Menschenrechtsgedächtnis‘ für Jugendliche aus Deutschland und Polen beizutragen. Nicht nur das historische Geschehen und Erleben sollten vermittelt, sondern auch Verantwortung, Sensibilität und Widerstand gegenüber menschenrechtsverachtenden und nationalistischen Tendenzen in der Gesellschaft und im eigenen Umfeld heute gestärkt werden.

Die Auseinandersetzung mit den politischen Ereignissen und menschlichen Erlebnissen bei Kriegsende und deren langfristigen Wirkungen bildete die inhaltliche Basis für das Seminar. Wesentliche Fragestellungen: Was passierte in Deutschland bei Kriegsende? Wer entschied über die Besiegten? Wie hat die deutsche Bevölkerung auf die Besatzung reagiert und wie die Besatzer auf jene? Zu welchen Menschenrechtsverletzungen kam es bei Kriegsende? Wie war das mit der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten? Wie sah das Leben für Kinder und Jugendliche nach Kriegsende aus? Wie sind die Deutschen mit der Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen während der NS-Zeit umgegangen? Was geschah mit den Verantwortlichen aus der NS-Zeit? Wie gestaltete sich die Entnazifizierung, gab es Unterschiede in den vier Be-

satzungszonen? Was denken die Menschen heute, 60 Jahre nach Kriegsende, über die NS-Zeit? Wesentlich war uns bei der Bearbeitung der Fragen, das „gelernte und erzählte“ Wissen der Jugendlichen aus beiden Ländern zu integrieren und ihm Raum zu geben, um das unterschiedliche Geschichtsverständnis für das Kriegsende in Deutschland wie in Polen zu reflektieren.

Die Verarbeitung der Reflexion in mediale Produkte schien uns die geeignete Form zu sein, um soziale, affektive und kognitive Kompetenzen der Jugendlichen zu integrieren. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung stärkten wir auf diese Weise die Medienkompetenz – Video- und Tonschnitt und Bildbearbeitung – der Jugendlichen, vor allem der weiblichen Teilnehmenden.

Die deutschen und polnischen Jugendlichen waren im Alter zwischen sechzehn und dreiundzwanzig Jahren und kamen aus Gymnasien oder studierten schon. Alle hatten sich individuell für das Seminar, ein offenes Angebot vom *Internationalen Forum* und der *Jugendbildungsstätte Oswiecim*, angemeldet, in der Mehrzahl waren es Mädchen. Einige hatten sich in vorangegangenen Seminaren auf der Burg mit Menschenrechtsthemen auseinander gesetzt. Interaktive Spiele wie Namensübungen und persönliche Präferenzübungen und deutsch-polnische Teams sorgten schnell für Interessengruppen, unabhängig vom Herkunftsland.

Seminarsprachen waren deutsch, polnisch und englisch. Die Vorträge und Gespräche übersetzte *Magda Jakubowska*, die in Polen Jura studiert. Die Medienworkshops begleiteten kompetent zwei Medienreferenten, *Marius Hofmeister* und *Ralf Lambertz*.

Das Seminar

Innerhalb der Woche wollten wir den Bogen zwischen NS-Vergangenheit, den Menschenrechtsverletzungen von damals und den Lehren, die die europäische Gesellschaft daraus gezogen hat, sowie den Möglichkeiten der Ahndung von Menschenrechtsverletzungen heute spannen. Die inhaltliche Verarbeitung und Reflexion konnten die Jugendlichen entsprechend ihrer persönlichen Präferenzen in ein mediales Produkt wie Video, Radiofeature, Seminarzeitung und Powerpointpräsentation umsetzen.

Der Aufbau des Seminars orientierte sich an unserer Idee, historische Fakten und Autobiografisches zu erfassen und zu erfahren, um individuell Erlebtes und Erfahrenes in einen größeren politischen Zusammenhang stellen zu können.

Zu Beginn standen das Kennen lernen und das Interesse der Jugendlichen an dem Seminar „Menschenrechte damals und heute – 60 Jahre Kriegsende“ im Vordergrund. Es wurde schnell deutlich, dass die wesentlichen Motivationen das Interesse an einer ‚anderen‘ Sichtweise des Kriegsendes, das generelle Informationsdefizit und das Wissen um die Deutung des Kriegsendes für die Beziehungen der beiden Länder sind; ebenso wichtig aber natürlich das gegenseitige Kennen lernen der deutschen bzw. der polnischen Jugendlichen waren.

In der Einstiegsphase setzten sich die Jugendlichen mit der Allgemeinen Menschenrechtserklärung auseinander – wir hatten sie in deutscher und polnischer Sprache vorgelegt. Wichtig war uns dabei, dass die Jugendlichen die einzelnen Menschenrechte in ihrem Wesensgehalt verstehen, um damit die geschichtlichen Dokumente und biografischen Texte auf die Frage hin, welche Menschenrechte hier verletzt wurden, kompetent zu analysieren.

In fünf verschiedenen Workshops erarbeiteten die deutsch-polnischen Teams die wesentlichen Aspekte, die das Kriegsende und seine Geschichte begleiten: Politischer und militärischer Verlauf der letzten Kriegsmonate – Potsdamer Konferenz, die vier Besatzungszonen – das Leben bzw. Überleben im Nachkriegsdeutschland – die Vertriebenen – die Entnazifizierung und die Nürnberger Prozesse. Interessant war zu beobachten, dass bei der Einteilung in die Themengruppen vor allem die deutschen Jugendlichen eher die Entnazifizierung behandeln wollten, während die polnischen Jugendlichen die Lebenssituation der deutschen Bevölkerung und der Vertriebenen bewegte. In Form von Collagen und Powerpointpräsentationen informierten sich die Gruppen jeweils über ihre Arbeitsergebnisse. Die Jugendlichen hoben hervor, dass in den letzten Kriegstagen auf Seiten der Deutschen, ob nun gegenüber den letzten überlebenden KZ-Inhaftierten oder friedenswilligen Deutschen, aber auch auf Seiten der Alliierten mit der Flächenbombardierung von Großstädten oder der Vergewaltigung von Frauen und Mädchen elementare Menschenrechte verletzt wurden. Entsprechend zeigten die Jugendlichen Empathie besonders für das Leid gerade der Kinder und Frauen. „Das wusste ich nicht, dass die Soldaten die Frauen vergewaltigt haben, so was habe ich immer nur von deutschen Soldaten gehört“, sagte eine der polnischen Jugendlichen.

Szenische Darstellung von dem Recht auf Freiheit

Um zu verstehen, warum die Alliierten sich so kompromiss- und gnadenlos gegenüber den Deutschen bei Kriegsende verhielten, vermittelte Dr. *Riedel*, stellvertretender Leiter der *Zentralstelle für NS-Verbrechen*, einen Eindruck von den vorausgegangenen politischen Entrechtungen. Er erklärte den Jugendlichen die rechtlichen Beschneidungen, beginnend mit der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat am 28. Februar 1933, mit der das NS-Regime sukzessive und ohne massiven Protest der Bevölkerung gegen die jüdischen Mitbürger/-innen und jede/n Regimekritiker/-in vorging und später die Deportation und Ermordung von Millionen Menschen legitimierte. Zuerst entzog das NS-Regime Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft alle Bürgerrechte und später alle Menschenrechte. Auch der grausame Vernichtungsfeldzug in Osteuropa, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen, hatte seine politische und rechtliche Grundlage in der Änderung des Strafgesetzbuches von 1935, das nur Taten unter Strafe stellte, die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und dem „gesunden Volksempfinden“ Bestrafung verdienten.

Mit diesem Wissen ausgestattet, interviewten die Jugendlichen drei Zeitzeug/-innen. Wir hatten drei Zeitzeug/-innen eingeladen, um verschiedene Perspektiven in Bezug auf Alter als auch Geschlecht auf das Kriegsende hin zu ermöglichen. Ein Zeitzeuge war im April 1945 ein 17jähriger Soldat ohne Kampferfahrungen; er kam in amerikanische Kriegsgefangenschaft, in der er unter Nahrungs- und Wassermangel litt, aber auch unter der Kälte im Freien. Eine Zeitzeugin war Mitte zwanzig bei Kriegsende, Physiotherapeutin in der Charité in Berlin, und entkam nur durch Zufall der Bombardierung Dresdens. Der letzte Zeitzeuge war im April ‘45 ein zehnjähriger Junge, dessen Vater als Kriegsversehrter zuhause saß und den vor allem die Routen der alliierten Kampfflugzeuge bewegten und die Sorge, dass die französischen Truppen ihnen alles Essen nahmen. In den Interviews erfuhren die Jugendlichen etwas über die Faszination der nationalsozialistischen Organisationen und ihre Aktivitäten für junge Menschen, die zwei älteren Zeitzeug/-innen waren bei der *Hitlerjugend* und dem *Nationalsozialistischen Studentenbund* Mitglied gewesen. Sie konnten mit eigenen Ohren

die Tabuisierung der Verbrechen in dieser Zeit, die Ignoranz der Menschen gegenüber dem Schicksal der jüdischen Mitbürger/-innen hören: „Man hat nicht gewusst, was mit denen passierte, man hatte ja selbst Angst, dass sie einen mitnahmen“. Die Jugendlichen mussten von den Vergewaltigungen und Plünderungen durch alliierte Soldaten, den französischen Truppen im Süden und den sowjetischen im Osten erfahren; von Hunger, von Angst, von Arbeitslosigkeit, von der Entnazifizierung, vom Wiederaufbau und der Hoffnung auf ein neues Leben. In der Auseinandersetzung mit den Zeitzeug/-innen wurde den deutschen wie den polnischen Jugendlichen deutlich, wie innerlich zerrissen die Interviewten durch die Erfahrungen der NS-Zeit sind: „Es war auch schön in der Hitlerjugend und man musste ja überleben“ und dennoch zu wissen, welche Gräueltaten begangen wurden. Ob sie individuelle Verantwortung oder gar Schuld für die Zeit zu tragen bereit waren, konnte man den Berichten nicht entnehmen. Auch heute fällt es ihnen noch schwer, das teilweise brutale Vorgehen der alliierten Kräfte in Beziehung zu den grausamen Taten NS-Deutschlands zu setzen.

„Man sagt, die Zeit heilt. Aber andererseits verstärkt sie auch alte, fast vergessene Gefühle. Das Nachdenken über die furchtbaren Verbrechen soll eine Garantie dafür sein, dass sie sich nicht wiederholen“, so eine/r der Zeitzeug/-innen.

Mit dem Besuch beim *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* stellten wir den aktuellen Bezug zu unserem Thema her. Heute können in keinem europäischen Staat Menschenrechtsverletzungen jedweder Art begangen oder zugelassen werden, ohne das die Regierungen Gefahr laufen, sich vor den anderen europäischen Staaten rechtfertigen zu müssen. Gerade auf die polnischen Jugendlichen wirkte der Besuch des Gerichtshofes nachhaltig, vor allem weil sie dort erfuhren, dass ihre Landsleute zurzeit die Mehrheit der Beschwerdeführer/-innen stellen. Dass Rechtsstaatlichkeit ein Garant für die Einhaltung der Menschenrechte und die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen ist, haben sie nebenbei auch noch erfahren.

Mit all diesen Informationen, Interviews und Begegnungen versehen, bildeten sich vier deutsch-polnisch gemischte Workshopgruppen: Video, Powerpoint, Radiofeature und Seminarzeitung. Die Videogruppe konzentrierte sich auf die Darstellung des *Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte* und die Verteidigung der Menschenrechte heute. Die Powerpointgruppe stellte eine eindringliche Präsentation mit Bildern und Texten über Menschenrechtsverletzungen und wie man sie ahnden kann, zusammen. Diese Gruppe hatte sich auf Frauenrechte konzentriert, da sie nach allen Berichten und Gesprächen den Eindruck hatte, „dass es dort noch viel zu tun gibt“. Das Radiofeature behandelte eindrucksvoll mit den Stimmen der Zeitzeug/-innen, der Menschenrechtsexpert/-innen und der interviewten Bürger/-innen die Fragen, wie Menschenrechtsverletzungen geschehen konnten und was wir dafür tun können, dass es heute auch in unserem Alltag nicht mehr geschieht. Obwohl der letzte Satz des Features, das fatalistische Fazit einer der Zeitzeuginnen, „es wird immer Menschen geben, die nach dem Leben von anderen trachten“, mit einem eher pessimistischen Ausblick auf die Chancen einer weltweiten Verwirklichung der Menschenrechte schloss. In der Seminarzeitung hatten sich die weniger „politischen“ Jugendlichen (ihre Selbstbezeichnung) zusammengetan und eine unterhalt-

Passant in der Straßburger Innenstadt wird interviewt

same Mischung aus Information über den Ablauf des Seminars und über den informellen Teil (wie das Nachtleben in der Burgschenke) produziert.

Präsentation der Workshopthemen

Interessanterweise sind sowohl die Zeitzeug/-innengespräche als auch die Geschehnisse bei Kriegsende nicht wesentlich in die medialen Produktionen eingeflossen, sondern vor allem die Reflexion darüber, was diese Erfahrungen heute bedeuten und wie man verhindern kann, dass Menschen wieder so handeln. So enthielten die Produkte mehr Informationen über einzelne Menschenrechte – wie das Recht auf Leben, das Recht auf Meinungsfreiheit, Recht auf Gleichberechtigung, Recht auf Freiheit – und wie man für diese eintreten und an wen man sich wenden kann, wenn diese Rechte verletzt werden. Die ihnen berichteten Unrechtserfahrungen waren eher Lerngeschichten für die Jugendlichen, die sie biografisch unabhängig weiterentwickelten.

Die Präsentation der medialen Produkte war öffentlich und führte zu intensiven Gesprächen zwischen den Jugendlichen und den Besucher/-innen. „Macht weiter so, es ist wichtig, dass junge Menschen sich mit dem Thema auseinander setzen“, so eine der Anwesenden an uns Teamer/-innen.

Reflexion

„Jetzt weiß ich, dass auch deutsche Menschen gelitten haben. Wir lernen in Geschichte immer nur, was die Deutschen uns angetan haben“, sagte eines der polnischen Mädchen bei der Auswertung. Es ist gelungen, ein Bewusstsein dafür geschaffen zu haben, dass Menschenrechtsverletzungen Menschenrechtsverletzungen sind, unabhängig davon, wer sie an wem begeht. Menschenrechte gelten für alle Menschen, auch für Menschen, die die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, geduldet oder verdrängt haben. Obwohl nur einzelne Aussagen der Zeitzeug/-innen in den Produkten verarbeitet wurden, nannten deutsche wie polnische Jugendliche vor allem diese Gespräche als das für sie persönlich wichtigste Erlebnis während der gesamten Seminarwoche. Das Verstehen der Großelterngeneration, die in der Nazizeit gelebt, gelernt, gearbeitet und gekämpft hat, war beiden Gruppen, ob polnischen oder deutschen Jugendlichen, ein großes Anliegen. Der Besuch und die Vorträge im *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* beeindruckten die Jugendlichen nachhaltig. Ein Gericht, das selbst ihre Staaten wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilen kann, konnten sie sich bis dahin nicht vorstellen.

Die verschiedenen Workshops boten allen Jugendlichen entsprechend ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten die Möglichkeit, ihre Gedanken und Gefühle zum Gehörten und Erfahrenen zu verarbeiten. Die gemischten Teams eröffneten den Jugendlichen zudem die Chance – und sie nutzten sie – die polnische und deutsche Perspektive wahrzunehmen.

Um sich für Menschenrechte einzusetzen und gegen ihre Verletzungen einzutreten, muss zuerst einmal die Basis vermittelt werden: was sind Menschenrechte und wer muss dafür sorgen, sie zu gewähren, zu schützen und einzuhalten? Mit diesem Wissen ausgestattet, waren die deutschen und polnischen Jugendlichen sensibilisiert, um Menschenrechtsverletzungen zu erkennen und zu bewerten. Ihre medialen Produktionen zeugen von ihrem Verstehen von und um die Menschenrechte.

Literaturauswahl

Anonyma: Eine Frau in Berlin. Btb Verlag 2005

Deutschland nach dem Krieg 1945-1955. GEOEPOCHE. Gruner und Jahr 2002.

Haufler, Daniel/Reinecke, Stefan: Die Macht der Erinnerung. Der 8. Mai 1945 und wir. Reportagen – Essays – Interviews. Taz Verlag 2005.

Hebel, Stefan: Alltag in Trümmern. Zeitzeugen berichten über das Kriegsende 1945. Aufbau Taschenbuchverlag 2005.

Pausewang, Gudrun: Rosinkawiese – damals und heute. Dtv 2004.

Von Plato, Alexander/Leh, Almut: Ein unglaublicher Frühling. BpB 1997.

Dokumente und Texte aus den Archiven der Stadt Bad Liebenzell, dem Landkreis Calw und Pforzheim, der Zentralstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg, von Zeitzeug/-innen und aus verschiedenen Anthologien.

Link

http://www.dhm.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/index.html

Gertrud Gandenberger M.A. arbeitet als Studienleiterin im Internationalen Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell und entwickelt seit über zehn Jahren Methoden für die politische Bildung zu den Themenschwerpunkten Europa, Menschenrechte und Demokratie

E-Mail: gandenberger@internationalesforum.de

Die Methode des „Open Space“

Maria Frerichs

Begriffsbestimmung

Unter „Open Space“ ist ein Großgruppenverfahren zu verstehen, bei dem zehn bis 1000 Menschen zu einem komplexen Thema Lösungen erarbeiten. Die Methode ist nach dem Prinzip der Selbstorganisation konzipiert; ihr liegt das Verständnis zugrunde, dass die Betroffenen selbst die besten Lösungen für sich und ihre Anliegen finden können.

Das Verfahren besitzt eine hohe Effektivität: In kurzer Zeit werden mit geringem Aufwand vielfältige Ergebnisse produziert.

Kurzcharakterisierung der Methode, Ursprünge und Ziele

Die Methode des „Open Space“ wurde Mitte der 80er Jahre von dem Organisationsberater *Harrison Owen* in den USA entwickelt. Open Space-Technologie basiert auf einer kritischen Auseinandersetzung mit der Praxis von Großveranstaltungen. Der klassische Großkonferenztyp besteht aus Podien, Vorträgen von Experten mit anschließenden Arbeitsgruppen, deren Themen bereits vordefiniert sind. Ausgehend von der Erfahrung, dass auf Tagungen und Konferenzen die meiste Energie dem informellen Austausch gewidmet wird und der intensivste Austausch in den Kaffeepausen stattfindet, wurden Schlussfolgerungen für die Gestaltung von großen Seminaren gezogen.

Open Space setzt auf die Selbstorganisation, die Eigenverantwortung und die Mitgestaltung der Konferenzteilnehmer. Die Experten im Open Space sind somit die Teilnehmenden selbst. Ihr Erfahrungs- und Wissenspotenzial wird fruchtbar gemacht.

Praktisches Vorgehen

Open-Space-Veranstaltungen können für Teilnehmerzahlen von zehn bis 2000 durchgeführt werden. Sie dauern in der Regel zwischen ein bis drei Tage. Eine Dauer von mindestens anderthalb-Tagen ist empfehlenswert, da sich die Dynamik der Selbstorganisation in der Regel ab dem zweiten Tag einstellt. Mit zunehmender Dauer der Veranstaltung nimmt die Angst vor dem „offenen Raum“ – der von der „Energie“ und den Anliegen der Anwesenden ausgefüllt wird – und der damit verbundenen Unvorhersehbarkeit des Ablaufs bei den Teilnehmenden ab und die Bereitschaft, sich aktiv einzubringen, steigt.

Open Space ist eine Methode, die minimal vorstrukturiert ist. Vorgegeben sind lediglich das Oberthema und ein zeitlicher Rahmen.

Die Teilnehmenden sitzen während der Diskussionen in einem großen Kreis zusammen. Zu Beginn der Veranstaltung wird eine ca. 20-minütige Einführung in das Verfahren gegeben, bei der die Prinzipien des Open Space und einige „Spielregeln“ erklärt werden. Nach dieser Einführung werden die Teilnehmer zur Themensammlung eingeladen, die sich folgendermaßen gestaltet: Eine große Tafel mit den zeitlichen Rahmen der Kleingruppenarbeiten und den jeweils zugeordneten Räumen hängt sichtbar aus. Es sollten besonders Themen vorgeschlagen werden, die „auf den Nägeln brennen“, die den Beteiligten „am Herzen liegen“, und für die es die Bereitschaft gibt, sich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen. Die Teilnehmenden schreiben nun die Anliegen, die sie bewegen und die sie im Rahmen der Veranstaltung behandeln möchten, auf Blätter, stellen ihr Anliegen kurz vor und heften sie an die „Anliegenwand“. Am Ende dieses Arbeitsschrittes sind Themen, Räume und Anfangszeiten der Arbeitsgruppen definiert.

Nun tragen sich Interessierte zu den vorgeschlagenen Themen auf der Raum- und Zeittafel ein. Die Arbeitsgruppen können beginnen. Sie dauern meist 90 Minuten.

Die Arbeitsgruppen protokollieren stichwortartig ihre wichtigsten Ergebnisse, die an die Nachrichtenwand angeschrieben werden. Alle Protokolle werden am Ende der Arbeitsgruppenphase zu einer Dokumentation zusammengefasst und für alle Teilnehmenden vervielfältigt.

Erste Phase des Open Space auf der AdB-Jahrestagung 2005

Jeweils abends und morgens sowie am Schluss der Veranstaltung trifft sich die ganze Gruppe im Kreis. Hier werden Erfahrungen und Eindrücke ausgetauscht.

Auf der Basis der Lektüre aller Protokolle der Arbeitsgruppen werden am Ende in der Phase der Handlungsplanung konkrete Vorhaben, nächste Arbeitsschritte und Kooperationen verabredet.

Regeln der Open Space-Methode

Sei vorbereitet, überrascht zu werden. Offenheit für das, was passiert
Open Space funktioniert am besten in einer Haltung der Offenheit, bei welcher sich die Teilnehmer auf neue Erfahrungen einlassen. Die Teilnehmer werden aufgefordert, auf alte Ideen, Lieblingsvorstellungen und fest gefügte Glaubenssätze zu verzichten und sich für unerwartete Einsichten zu öffnen.

Wer kommt, ist die richtige Person
Diejenigen, die anwesend sind, bekunden durch ihr Erscheinen Interesse für das Thema und sind motiviert, an Lösungen zu arbeiten. Das Bedauern im Sinne von „Man hätte ...", „Andere könnten und müssten ..." sind überflüssig und bedeutungslos.

Es geschieht, was geschieht
Es gibt keine Vorgaben und Regelungen für den Ablauf der Arbeitsgruppen oder das Verhalten der teilnehmenden Personen. Das erlaubt den Teilnehmern, ihren Gruppenprozess frei zu gestalten. Sie können auch unerwartete neue Themen einbringen und spielerische, kreative Arbeitsformen wählen.

Es beginnt, wenn die Zeit reif ist
Das kreative Klima richtet sich nicht nach der Uhrzeit. Motivation und Energie der Beteiligten sind wichtiger als eine vorgegebene Ordnung. Es steht den einzelnen Gruppen frei, wie sie sich ihre „Arbeitszeiten" einteilen.

Vorbei ist vorbei. Nicht vorbei ist nicht vorbei
Das Ende bestimmt sich selbst
Arbeitsgruppensitzungen müssen nicht länger dauern als notwendig. Wenn das Thema erschöpfend behandelt wurde, ist es unnötig, die verbleibende Zeit „abzusitzen". Umgekehrt kann am Ende einer Zeiteinheit noch Bedarf bestehen, die Arbeit fortzusetzen, so dass eine Weiterführung verabredet wird.

Das Gesetz der zwei Füße (Hummeln, Schmetterlinge)
Desinteresse und Langeweile Einzelner können die Gruppenarbeit stören. Daher werden die Teilnehmer ermutigt, eine Arbeitsgruppe zu verlassen, wenn sie das Gefühl haben, nichts zu lernen oder nichts beitragen zu können. Sie sollten nicht aus falsch verstandener Höflichkeit bleiben, sondern in eine Gruppe wechseln, in der sie mehr erfahren können.

Das „Gesetz der zwei Füße" hat zwei Erscheinungen zur Folge:
Hummeln: Diese Personen nehmen sich die Freiheit, von einer Gruppe zur anderen zu fliegen, wie Hummeln von Blüte zu Blüte. Sie bringen dort neue Ideen ein, „stauben Neues ab" und tragen dieses in die nächste Gruppe ein.
Schmetterlinge: Sie nehmen es leichter, sie fliegen ebenfalls von einem Thema zum anderen, vertiefen sich aber nicht unbedingt. Man findet sie auch außerhalb von Gruppen an Pausen- und Ruheorten. Weil an diesen Orten Entspannung stattfindet, können in ihrer Nähe neue inspirierende Gedanken und Kontakte entstehen. Schmetterlinge repräsentieren Leichtigkeit, Spaß und Erholung.

© Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten; Foto: Elisabeth Weeber
Maria Frerichs erklärt die nächste Phase

Einsatzmöglichkeiten

Open Space-Konferenzen haben kaum thematische Beschränkungen. Open Space eignet sich im besonderen Maße als Ideenwerkstatt für neue Verfahren, Methoden und Konzepte.

„Open Space kommt immer dann in Frage, wenn ein bislang unbekanntes Terrain oder Thema mit neuen, kreativen Ideen erschlossen werden soll, ohne dass jemand das Ergebnis im Voraus kennt oder bestimmt. Insofern ist der Anwendungsbereich von Open Space grundsätzlich nicht eingeschränkt.“ (Vgl. Petersen 2000, 87)

Folgende Anlässe sind besonders geeignet, damit die Methode ein Erfolg wird:

- Eine Organisation sucht nach einer strategischen Neuausrichtung
- Eine kritische Situation verlangt schnelles Handeln und eine umfassende Aktivierung von Betroffenen
- Neue Kooperationsformen zwischen unterschiedlichen Organisationen und Abteilungen sollen entwickelt und gefördert werden
- Ideenworkshop für ein Entwicklungsprojekt
- Bewohner/-innen sollen an der Stadt- und Regionalentwicklung beteiligt werden
- Kooperationen und Netzwerke sollen gegründet und ausgebaut werden.

Die Gruppe der Teilnehmer sollte möglichst heterogen zusammengesetzt sein (z. B. verschiedene Hierarchieebenen, Unterschiede im Alter, Externe – Interne, etc). Die Gruppe sollte das ganze System widerspiegeln. Durch die verschiedenen Sichtweisen und Erfahrungen einer großen und heterogenen Gruppe können viele ungewöhnliche und kreative Ideen entstehen.

In der Einladung zur Open-Space-Konferenz sollte deutlich gemacht werden, was die Teilnehmer methodisch erwartet. Es werden sich Personen von der Open-Space-Technologie angesprochen fühlen, die nicht mit der Erwartung kommen, einen fertigen Seminarplan mit Referenten, Themen und Zeiten vorzufinden. Vielmehr werden davon Personen angesprochen, die sich aktiv am Seminargeschehen zu beteiligen wünschen.

Open Space funktioniert am besten, wenn die Menschen freiwillig kommen, weil ihnen das Thema „unter den Nägeln brennt“. Open Space funktioniert weniger gut, wenn die Menschen „geschickt“ werden oder wenn das Thema nicht „heiß“ (zu „abstrakt“, zu „abgegriffen“, zu „glatt“, zu „alt“, zu „fern“, etc.) genug ist.

Zu den Voraussetzungen, unter denen die Methode somit erfolgreich anzuwenden ist, zählen:

- Die Aufgabenstellung ist komplex und tendenziell konfliktträchtig
- Die Lösung ist unbekannt
- Das Thema brennt allen unter den Nägeln
- Die Teilnehmenden kommen freiwillig.

© Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten; Foto: Elisabeth Weeber

Auswertungsphase

Probleme und Grenzen

Die Grundfrage für das Gelingen und Misslingen eines Open Space lautet: „Gibt es im System Offenheit und Leidenschaft?“

Open Space ist ein Beteiligungsangebot. Die Eingeladenen sollten wissen, was die Gegebenheiten *(Givens)* sind, damit sie keine Initiativen und Empfehlungen entwickeln, die an anderer Stelle der Hierarchie entschieden werden. Die „Givens“ zeigen die Offenheit für Basisdemokratie im System an. Wenn der Handlungsspielraum vorab klar ist, wird spätere Enttäuschung über die Mitwirkungsmöglichkeiten vermieden.

Innerhalb des Verfahrens sind weder Hierarchie noch Kontrolle vorgesehen, da beides dem Prinzip der Selbstorganisation entgegenwirkt. In den Planungsgesprächen wird in der Praxis vom Auftraggeber dennoch versucht, den Prozess zu kontrollieren, einzuschränken oder zu steuern. Die Angst, dass nicht die „richtigen“ Themen im Open Space eingebracht werden oder der Wunsch, dort bestimmte Ergebnisse zu erzielen, ist ein häufiges Thema in Vorgesprächen zwischen Moderatoren und Auftraggebern.

Netzwerke, die herrschaftsarm strukturiert sind, tun sich leichter als Organisationen, die ein elaboriertes Leitungs- und Steuerungskonzept haben und in denen die Entscheidungsprozesse in einem ausgefeilten System von Gremien stattfinden. In letzteren ist bei der Planung eines Open Space die Vor- und Nachgeschichte (das „Follow-up“) der Großveranstaltung besonders sorgfältig zu besprechen.

Open-Space-Veranstaltungen ermöglichen und fördern den umfassenden, kreativen, herrschaftsfreien und offenen Austausch der Beteiligten.

Literaturauswahl

Maleh, Carole, Open Space: Arbeiten mit großen Gruppen, Ein Handbuch für Anwender, Entscheider und Berater, Beltz, 2000

Maleh, Carole, Open Space in der Praxis. Erfahrungsberichte: interessante Highlights, Grenzen und Möglichkeiten, Beltz Verlag, 2002

Harrison Owen, „Open Space Technology“, deutsch: Open Space Technology – Ein Leitfaden für die Praxis, Klett-Cotta, 2001

H.-C. Petersen, Open Space in Aktion. Kommunikation ohne Grenzen. Die neue Konferenzmethode für Klein- und Großgruppen, Jungfermann, 2000

Katrina Petri, „Open Space Technology“ oder: das Wunder der Kaffeepause. In: Wege zur Zukunftsfähigkeit – ein Methodenhandbuch, hrsg. von *Apel, Heino/Dernbach, Dorothe/Ködelpeter, Thomas/ Weinbrenner, Peter,* Bonn 1998, S. 94 -104

Susanne Weber (Hrsg.), Vernetzungsprozesse gestalten. Erfahrungen aus der Beraterpraxis mit Großgruppen und Organisationen, Gabler Verlag, 2002.

Links

http://www.michaelmpannwitz.de/os_info.pdf
www.zurbonsen.de

Maria Frerichs ist Dipl.-Politologin, Organisationsberaterin und Supervisorin und arbeitet als Dozentin in der Sozialpädagogischen Fortbildungsstätte Jagdschloss Glienicke (SFJG). Dort ist sie zu erreichen unter der Adresse Königstr. 36, 14109 Berlin.

E-Mail: maria.frerichs@fobiglienicke.verwalt-berlin.de

Meldungen

Entwurf des Bundeshaushalts 2006

Die Bundesregierung verabschiedete im Februar den Entwurf für den Bundeshaushalt 2006, der in erster Lesung im Deutschen Bundestag in der letzten Märzwoche debattiert wurde.

Der Entwurf sieht für dieses Jahr eine Nettoneuverschuldung von 38,3 Milliarden Euro vor und übersteigt damit den Haushalt des Vorjahres um 16,3 Milliarden Euro. Bei den Ausgaben ist eine Steigerung von 254,3 auf 261,7 Milliarden Euro zu verzeichnen.

Wie immer ist der größte Einzeletat der des **Ministeriums für Arbeit und Soziales**, wobei dieses Ministerium seit der Bildung der neuen Bundesregierung auch noch Arbeitsbereiche des früheren Ministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung und des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit übernommen hat, wodurch die Etats des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie niedriger ausgefallen sind.

Die **Bundesministerin für Bildung und Forschung**, Dr. *Annette Schavan*, trat mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit, in der sie auf die Erhöhung ihres Etats verwies, der auf über acht Milliarden Euro und damit gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent steigen solle. Die Ministerin sah darin ein klares Signal für eine Wende zu mehr Investitionen in die Forschung. Die Mittel sollten für die Förderung von Forschung, Innovation und Exzellenz in der Wissenschaft eingesetzt werden. Deutschland solle international zu einem der attraktivsten Orte für die Wissenschaft werden. Als einen wichtigen Schwerpunkt des BMBF-Haushalts in diesem Jahr bezeichnete die Ministerin die Projektförderung in den Bereichen Lebenswissenschaften, Neue Technologien und umweltgerechte nachhaltige Entwicklung. Hier sollen künftig so genannte „Leuchtturmprojekte“ geschaffen werden, die eine Orientierungsfunktion für die Wissenschaft erfüllen und sie international stärker sichtbar machen sollen. Die Förderung für den Bereich Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften soll um fast sechs Prozent oder rund zwei Millionen Euro auf rund 36 Millionen Euro gesteigert werden. Da Deutschland qualifizierte junge Menschen brauche, will das BMBF die Förderung von Begabten an Hochschulen und in der beruflichen Bildung um acht Prozent oder acht Millionen Euro auf rund 107 Millionen Euro aufstocken.

Der Haushalt des **Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** soll nach dem Entwurf der Bundesregierung um 72,37 Millionen Euro auf 4,49 Milliarden Euro gekürzt werden. Dabei bleibt der größte Einzelposten der Ausgaben das um 90 Millionen Euro verstärkte Erziehungsgeld, für das 2,83 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben für Kindergeld und Kinderzuschlag sollen dagegen um 94,2 Millionen Euro auf 261,6 Millionen Euro gesenkt werden. Unverändert bleiben im Regierungsentwurf die Einlagen in die Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Erhöht werden die Mittel zur Schaffung gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen für die Gleichheit von Frauen in allen Lebensbereichen, die einen Zuwachs von 1,35 Millionen Euro auf 16,68 Millionen Euro erfuhren. Die Mittel für den **Kinder- und Jugendplan des Bundes** sollen nicht gekürzt, sondern sogar leicht auf nunmehr 105 Millionen Euro erhöht werden.

Im Etat des **Bundesinnenministeriums**, der Ausgaben in Höhe von 4,02 Milliarden Euro ausweist und damit gegenüber 2005 um 101,72 Millionen Euro reduziert wurde, ist auch der Ansatz der **Bundeszentrale für politische Bildung** enthalten, der sich gegenüber 2005 erneut verringert hat und nach dem Regierungsentwurf nun 31,68 Millionen Euro (2005: 36,87 Millionen Euro) umfasst. Dabei sinken die Ausgaben für politische Bildungsarbeit von 18,4 Millionen Euro auf 13,39 Millionen Euro.

Bei der **Debatte im Deutschen Bundestag** forderte die Opposition einen grundlegenden Kurswechsel der von der Großen Koalition eingeschlagenen Politik. Während die FDP von der Union verlangte, „von sozialdemokratischen Konzepten“ abzukehren, kritisierte die Linkspartei die Politik der Regierung mit dem Vorwurf, durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer den Normalbürger weiter zu belasten und die großen Vermögen zu schonen. Auch die Fraktion der Grünen warf der Bundesregierung gravierende Fehler vor allem in der Arbeitsmarktpolitik vor.

Die erste Lesung des Bundeshaushaltsentwurfs ist traditionell ein Anlass zur Auseinandersetzung mit der gesamten Regierungspolitik. Die vorgezogenen Neuwahlen im vergangenen Jahr haben die gesamte Zeitplanung nach

hinten verschoben. Der Haushaltsentwurf für das Folgejahr wird normalerweise im Frühsommer vom Bundesfinanzminister vorgelegt und anschließend vom Kabinett verabschiedet, um nach der Sommerpause in den Bundestag eingebracht und bis Ende November beraten zu werden. Nun konnte erst im Februar der Etatentwurf für 2006 fertig gestellt werden, die Verabschiedung durch den Bundestag ist für den Frühsommer geplant. Bis dahin gilt eine vorläufige Haushaltsführung. Der Finanzminister darf jeden Monat nur ein Zwölftel der Ausgaben des Vorjahres ausgeben. Außerdem muss das Bundesfinanzministerium parallel zu den Beratungen des Etats 2006 bereits den Entwurf für das Jahr 2007 anfertigen, damit der übliche Zeitplan wieder in Kraft tritt.

AB-06-1

Auseinandersetzung über Föderalismusreform

Am 10. März 2006 wurden die Gesetzesentwürfe der Großen Koalition zur Reform der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern in die parlamentarische Debatte eingebracht und gleichzeitig in Bundestag und Bundesrat beraten. Nachdem die von Bundestag und Bundesrat eingesetzte Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung unter dem Vorsitz von *Edmund Stoiber* (CSU) und *Franz Müntefering* (SPD) mit ihren Vorschlägen zur Verbesserung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern im Dezember 2004 gescheitert war, hatte sich die Koalition von CDU/CSU und SPD darauf geeinigt, auf der Grundlage der Vorarbeiten in der Föderalismuskommission die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern erneut in Angriff zu nehmen. Am 6. März hatten Bundesregierung, die Koalitionsfraktionen und 15 Ministerpräsidenten bereits grünes Licht für die Einbringung der Reform gegeben. Mecklenburg-Vorpommern hatte sich in der Sondersitzung der Ministerpräsidentenkonferenz der Stimme enthalten.

Das von Bundestag und Länderkammer diskutierte Reformpaket sieht vor, dass die Zahl der Gesetze, die der Zustimmung der Länderkammer bedürfen, um rund ein Drittel reduziert werden soll. Zurzeit sind rund 60 Prozent aller Bundesgesetze zustimmungspflichtig, künftig sollen es nur noch 30 bis 40 Prozent sein. Der Bund soll künftig ausschließlich zuständig sein für die Atomenergie, die Abwehr von Terrorgefahren, das Melde- und Ausweiswesen und den „Schutz deutschen Kulturguts gegen Abwanderung ins Ausland“. Die Länder erhalten dafür im Gegenzug die Zuständigkeiten im Besoldungs- und Versorgungsrecht für Landesbeamte, für den Strafvollzug, das Versammlungsrecht und vor allem in der Bildungspolitik, aus der sich der Bund weitgehend zurückziehen soll. Der Bund soll Bildung künftig auch nicht mehr finanziell fördern.

Schon im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen hatte es Kritik an den politischen Plänen zur Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern gegeben. Umstritten sind vor allem die Bereiche Bildung, Strafvollzug und Umwelt.

Die vornehmlichste Kritik bezieht sich auf den Bildungssektor. Seit geraumer Zeit warnen Jugend-, Bildungs- und Wissenschaftsorganisationen vor einem Rückfall in die „Kleinstaaterei“ und vor einem Verzicht auf eine gemeinsame Bildungsplanung. Auch in der SPD sind Teile der Reform nicht unumstritten, so dass sich der Fraktionsvorsitzende *Peter Struck* in der Bundestagsdebatte auch dazu veranlasst sah, auf die Offenheit der parlamentarischen Beratung hinzuweisen. Es werde, falls notwendig, „auch Änderungen im Gesetzestext“ geben.

Die neue **Präsidentin der Kultusministerkonferenz**, die schleswig-holsteinische Bildungsministerin *Ute Erdsiek-Rave* (SPD), betonte bei ihrer Amtseinführung im Januar, dass trotz der Föderalismusreform bei der Bildung ein „Höchstmaß an bundesweiter Einheitlichkeit“ angestrebt werden müsse. Das deutsche Bildungssystem dürfe sich nicht weiter auseinander entwickeln. Zwar wolle man Wettbewerb und Konkurrenz um die besten Ideen, aber keinen Besoldungswettlauf um die höchsten oder niedrigsten Lehrer- oder Professorengehälter. Außerdem sollten für Abschlüsse und Bildungserfolg länderweit „dieselben Standards“ gültig sein. Dies müsse die Kultusministerkonferenz garantieren.

Während die **FDP-Bundestagsfraktion** prinzipielle Zustimmung zu dem Reformvorhaben signalisierte, gleichwohl jedoch die Form des Gesetzgebungsver-

fahrens als „Schweinsgalopp“ kritisierte, hatte die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** in einem Antrag (BT 16/648) gefordert, dass auch bei einer Veränderung des verfassungsrechtlichen Rahmens die besonderen Interessen und Ziele des Bildungs- und Wissenschaftsbereiches berücksichtigt und die warnenden Hinweise aus Wissenschaftsorganisationen und Bildungsverbänden erst genommen werden müssten. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern zur Bewältigung besonderer Herausforderungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich dürften nicht ausgeschlossen werden. Auch müsse der Bund zukünftig die Möglichkeit behalten, die Länder bei ihrer Aufgabe zu unterstützen, ein bedarfsdeckendes Angebot an Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Es müsse auch weiter einen Ort der gemeinsamen Strategiebildung von Bund und Ländern geben, wo verbindliche Vereinbarungen getroffen werden, zu deren Umsetzung jede Handlungsebene im föderalen System in ihrem Kompetenzbereich verpflichtet sei.

Die Fraktion **Die Linke** im Deutschen Bundestag hatte ebenfalls in einem Antrag zwar eine Reform des Föderalismus in der Bildungspolitik begrüßt, kritisierte aber, dass ein so entscheidendes Politikfeld wie die Bildung im Zuge der Koalitionsvereinbarungen „zu einem Spielball in der Machtverteilung zwischen Bund und Ländern verkommen“ sei. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, den bildungspolitischen Bereich aus der Föderalismusreform zunächst auszuklammern und gemeinsam mit den Ländern einen neuen Vorschlag unter Einbeziehung von bildungspolitischen Organisationen und Interessenvertretungen der Schüler/-innen, Auszubildenden, Studierenden und der Beschäftigten im Bildungsbereich zu erarbeiten. Es komme darauf an, mit der Föderalismusreform im Bildungsbereich die bestehende soziale Ungleichheit im Bildungssystem zu verringern, die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungsphasen zu erhöhen, einheitliche und abgesicherte Arbeitsbedingungen für die in Bildung und Wissenschaft Beschäftigten zu erhalten und mehr Mobilität zu ermöglichen. Ein wettbewerbsföderalistischer Ansatz sei zur Realisierung dieses Zieles nicht geeignet.

Im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen hatte der **Deutsche Bundesjugendring** (DBJR) gefordert, dass die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung nicht zu Lasten von Kindern und Jugendlichen gehen dürfe. Durch die Vereinbarung zur Föderalismusreform im Koalitionsvertrag seien die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern, Jugendlichen und ihren Vertreter/-innen in der Jugendhilfeplanung vor Ort in Frage gestellt worden. Die Neuformulierung des Artikel 84 des Grundgesetzes räume den Bundesländern weit reichende Änderungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ein, weshalb befürchtet werde, dass der Jugendhilfeausschuss als Instrument der direkten Beteiligung in der Föderalismusreform geopfert werde. Der DBJR befürchtet, dass die Föderalismusreform negative Auswirkungen auf wesentliche Strukturen und Standards der Kinder- und Jugendarbeit haben und dazu führen könne, dass die Leistungen für die Jüngsten in der Gesellschaft von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich sein und damit auch ihre Entwicklungschancen bestimmen würden.

Vor „Kleinstaaterei in Bildung, Ausbildung und Wissenschaft“ warnte auch die **Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung** (IAB), Prof. Dr. *Jutta Allmendinger*. Durch wachsende Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern im Bildungsbereich würden Mobilitätsbarrieren entstehen. Die jetzt in Frage gestellte Teilzuständigkeit des Bundes für Bildung sei erst vor 35 Jahren eingeführt worden – und zwar ebenfalls von einer Großen Koalition. Die Begründung von damals sei hochaktuell: Die Bildungskatastrophe und der drohende wirtschaftliche Niedergang forderten, Bildung zu einem nationalen Thema zu machen, und auch die heutigen Herausforderungen im Bildungsbereich, wie beispielsweise der Abbau der Bildungsarmut oder die Neuordnung der Universitäten, würden die Möglichkeiten der finanzschwachen Länder überschreiten.

Der Deutsche Bundestag hat mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen beschlossen, dass die Federführung der weiteren Beratungen allein beim Rechtsausschuss liegen wird, da dieser für Verfassungsfragen zuständig sei. Damit wurde der Wunsch der Opposition zurückgewiesen, Anhörungen in den Fachausschüssen anzusetzen. Im Mai soll eine einzige, allerdings mehrtägige Anhörung von Bundestag und Bundesrat stattfinden.

AB-06-2

Deutscher Bundestag zu den Konsequenzen aus dem Zwölften Kinder- und Jugendbericht

Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht war bereits im Mai 2005 von der mit dem Gutachten beauftragten Sachverständigenkommission unter dem Titel „Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule“ der Bundesregierung übergeben worden. Zu seinen Forderungen, die er aus der Analyse der aktuellen Situation in den im Titel angesprochenen Bereichen zog, gehört eine umfassende Reform des deutschen Bildungs- und Erziehungssystems. Deutschland habe mit Blick auf sein öffentliches Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot einen unübersehbaren Nachholbedarf. Die Bundesrepublik habe zu einseitig lange Zeit ausschließlich auf Familie und Schule als Stützpfeiler von Kindheit und Jugend gesetzt. Erziehung solle künftig nicht mehr allein Sache der Eltern sein, sondern auch die Schule betreffen. Und Bildung beginne nicht erst mit dem Eintritt in die Schule, sondern bereits nach der Geburt. Die Reform sei notwendig vor dem Hintergrund eines tief greifenden gesellschaftlichen Wandels. Nach wie vor sei das öffentliche System von Bildung, Betreuung und Erziehung jedoch noch von einem Familienmodell bestimmt, das durch die Realität längst überholt worden sei, weshalb es neu organisiert werden müsse. Zu den Forderungen des Berichts gehören der weitere Ausbau von Ganztagsschulen, die Bereitstellung kostenloser Kindergartenplätze und der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz auch für unter Dreijährige.

Die neue **Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, Dr. *Ursula von der Leyen*, bezeichnete in der Debatte die zugewandte, verlässliche und kompetente Unterstützung aller Kinder als wichtigste Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie verwies darauf, dass es in keinem vergleichbaren Land einen so großen Einfluss der Herkunft auf die Bildungschancen gebe wie in Deutschland. Man habe zu lange die Augen vor den Tatsachen verschlossen. Dazu gehöre, dass Eltern in Deutschland bei ihrem privaten Einsatz für Erziehung, Bildung und Zuwendung für ihre Kinder zu wenig Unterstützung in der Infrastruktur rund um Kinder und Familie erhalten. Die Bundesregierung unterstütze die Bestrebungen des Zwölften Kinder- und Jugendberichts. Mit dem Elterngeld wolle sie signalisieren, dass es dem Staat nicht gleichgültig sei, wenn sich junge Menschen für ein Kind entscheiden. Außerdem sollten Eltern durch gute Betreuungsangebote dabei unterstützt werden, Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Bundesregierung werde die den Kommunen zugesicherten 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige ab 2005 bereitstellen.

Kinder sollten die Chance haben, gleichberechtigt an Bildung teilzunehmen. Deshalb versuche die Bundesregierung mit Modellprojekten, die Ausgangslage für benachteiligte Jugendliche zu verbessern.

Miriam Gruß von der FDP warf der Bundesregierung vor, mit der geplanten Mehrwertsteuererhöhung Familien und damit auch Kinder zusätzlich zu belasten und sich jeden zusätzlichen Cent zurückzuholen, der durch das Elterngeld oder die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten gewährt werden solle. Sie mahnte eine gründliche Qualitätssicherung und Evaluation im Bildungsbereich an, da es an einer solchen in Deutschland fehle. Sie forderte zudem, den Schutz von Kindern explizit in das Grundgesetz aufzunehmen.

Die SPD-Abgeordnete *Kerstin Griese* dankte der Ministerin dafür, dass sie den von der früheren SPD-Regierung vertretenen Ansatz auch in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik für die nächsten Jahre verfolgen werde. Die Spirale von Armut und mangelnden Bildungschancen müsse durchbrochen werden. In der Kinder- und Jugendpolitik gehe es um soziale Integration und bessere Teilhabemöglichkeiten für Kinder. Dazu gehöre, nicht nur Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren zu fördern, sondern auch die gesellschaftliche Verantwortung für Bildung, Betreuung und Erziehung zu stärken. Bildung finde viel früher statt und in viel mehr Kontexten und dürfe nicht nur mit der Schule gleichgesetzt werden.

Diana Golze von der Fraktion Die Linke begrüßte das von der Bundesregierung abgelegte Bekenntnis zu einem öffentlich verantworteten System von Bildung, Betreuung und Erziehung sowie zur Verantwortung von Politik für die Schaffung guter Rahmenbedingungen für das Heranwachsen der jungen Generation. Allerdings laufe man mit der geplanten Föderalismusreform Gefahr, die Zusammenarbeit von Schule, Familie und Jugendhilfe einzuschränken. Zumindest auf der Bundesebene werde der Einfluss auf Bildungsstandards und Bildungschancen aus der Hand gegeben. Zu warnen sei auch davor, das Kinder- und Jugendrecht aus der Bundeshand zu geben. Dies könne schnell in vielen Bun-

desländern zu eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Jugendämter führen. Die Abgeordnete forderte den elternbeitragsfreien Zugang zu öffentlichen Kindertageseinrichtungen für alle Kinder und die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz von Geburt an.

Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellte die Notwendigkeit eines kindgerechten und gesunden Lebensumfelds heraus. Man brauche eine kinderfreundliche Stadtplanung und einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Aber notwendig sei auch der Ausbau der Infrastruktur, der die Wahlfreiheit insbesondere der Frauen sichern helfe.

Thomas Dörflinger von der CDU/CSU-Fraktion betonte, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz ein Bundesgesetz sei und auch bleiben werde. Dörflinger verwies darauf, dass die Zahl der mit ihrer Erziehungsaufgabe überforderten Eltern steige. Das stelle den Staat vor die Herausforderung, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sich Eltern besser als in der Vergangenheit der Erziehung ihrer Kinder widmen könnten. Dazu gehöre nicht nur die Einführung des Elterngeldes, sondern auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Sinne von mehr Jobs für Eltern. Es sei notwendig, die Konzeption der Ganztagsbetreuung in den Bereichen Schule und Kindergarten mit bestehenden ehrenamtlichen Strukturen in den Städten und Gemeinden abzustimmen.

Auch in den Reden von *Ekin Deligöz* (Bündnis 90/Die Grünen), *Marlene Rupprecht* (SPD) und *Johannes Singhammer* (CDU/CSU) wurde die Arbeit der Berichtskommission gewürdigt. Ekin Deligöz forderte wie ihre Fraktionskollegin Künast die Verantwortung des Bundes für die Realisierung von Konzepten zur Umsetzung der Berichtsempfehlungen. Marlene Rupprecht mahnte die Kooperation aller Ebenen im Interesse der Kinder an, um die Anregungen und Forderungen des Berichts soweit wie möglich umzusetzen. Der Bericht habe gezeigt, dass man von der Diskussion über Bildungssysteme weggehe hin zu einer Diskussion über Bildungsprozesse im Lebenslauf von Kindern und Jugendlichen. Johannes Singhammer sah in einem Zuwachs der Geburtenzahlen die Voraussetzung, aus dem „Teufelskreis des Zerfalls familiärer und damit gesellschaftlicher Strukturen in unserem Land“ herauszukommen. Die intakte Familie sei durch nichts zu ersetzen und wer sie unter dem Deckmäntelchen von Kinderinteressen durch staatliche Organisationen zurückdrängen wolle, werde auf den entschiedenen Widerstand seiner Fraktion stoßen.

Jürgen Kucharczyk (SPD) beendete die Aussprache mit Anmerkungen zum „Alleinernährermodell“, das im Laufe der Jahrzehnte brüchig geworden und nicht mehr tragfähig sei. Er sah in der Verknüpfung unterschiedlicher Bildungsorte und Lernwelten die entscheidende Voraussetzung, die Zielvorgabe einer umfassenden Förderung zu erfüllen. Von der Familie über außerschulische Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, Initiativen der Wirtschaft bis hin zu Schulen müssten alle beteiligten Akteure dabei ihre vorhandenen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Das Parlament überwies den Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland mitsamt der Stellungnahme der Bundesregierung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als federführenden Ausschuss sowie an weitere Ausschüsse zur Mitberatung.

Zahlreiche Organisationen und Institutionen haben den Zwölften Kinder- und Jugendbericht kommentiert (siehe dazu auch AB 3/05, S. 323). Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit** veröffentlichte ihre Stellungnahme am 9. Februar 2006 und begrüßte, dass sich der Bericht den Themen Bildung, Betreuung und Erziehung widme und für eine neue und bessere Verbindung dieser Bereiche plädiere. Allerdings greife es aus Sicht der BAG Jugendsozialarbeit zu kurz, sich in Bezug auf das Thema Bildung nur auf den vorschulischen und schulischen Bereich zu konzentrieren. Bildungsverbesserungen müssten auch jungen Menschen gelten, die nicht mehr in der Schule sind.

Der **Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend** nahm unmittelbar vor der parlamentarischen Debatte Stellung. Er bezeichnete den Bericht als hilfreich für die gesellschaftlich und politisch notwendige Bildungsdiskussion, wobei er besonders den im Bericht hervorgehobenen „erweiterten Bildungsbegriff“ unterstützte. Der Bericht zeige deutlich auf, dass das bundesdeutsche Schulsystem in seiner gegenwärtigen Verfassung nicht allein dazu in der Lage sei, den Herausforderungen an Bildung gerecht zu werden. Die Jugendverbände seien ein wichtiger Träger der außerschulischen Bildung und hätten wie die außerschulische Jugendarbeit insgesamt für die Bildungsbiografie junger Menschen eine große Bedeutung.

AB-06-3

Bundesregierung will Berufsausbildung verbessern

Die Bundesregierung hat den Berufsbildungsbericht 2005 im Februar im Parlament zur Diskussion gestellt. Der Berufsbildungsbericht 2005 wurde bereits im April vor einem Jahr veröffentlicht, er beschreibt die Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes im Jahr 2004 und die Ergebnisse des „Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland" (siehe dazu auch AB 2/05, S. 237 ff.).

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. *Annette Schavan*, verwies auf die Zuwachsrate von 2,8 Prozent bei der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Während die Zuwachsrate von Verträgen im Bereich der betrieblichen Ausbildung bei 4,5 Prozent lag, gab es einen Rückgang der öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze um rund 10 Prozent. Die Ministerin wies darauf hin, dass es gleichwohl angesichts der zunehmenden Zahl von Schulabsolventen, die eine Lehrstelle suchten, notwendig sei, die Zahl der ausbildenden Unternehmen zu erhöhen. Sie kündigte an, dass die Weiterentwicklung der Strukturen der beruflichen Bildung in dieser Legislaturperiode vorangebracht werden solle. Der nationale „Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs" sollte fortgesetzt werden. Gleichzeitig müsse man sich jedoch um Weiterentwicklung und Modernisierung der Strukturen der beruflichen Bildung kümmern. Eine weitere Verstaatlichung der beruflichen Bildung dürfe nicht zugelassen werden.

Die Ministerin hatte in einer Pressemitteilung bereits darauf hingewiesen, dass sie beabsichtige, eine den Ausbildungspakt flankierende neue Initiative zu starten. Sie strebe gemeinsam mit den Partnern aus der Wirtschaft, den Ländern und den Gewerkschaften eine „neue Kultur der Ausbildung" in Deutschland an. Dabei müssten die Veränderungen in der wirtschaftlichen Struktur des Landes stärker berücksichtigt werden und eine bessere Verzahnung der Ausbildungsbemühungen der für Berufsbildung verantwortlichen Institutionen sowie zusätzliche Anstrengungen aller Beteiligten für mehr Ausbildungsplätze erfolgen. Die Ministerin regte eine bessere Kooperation zwischen beruflichen Schulen und betrieblicher Ausbildung an. Es sei notwendig, die „überflüssigen Warteschleifen" abzuschaffen, und dies sollte durch die Anrechnung von Vorqualifikationen auf Ausbildung und Zulassung sowie die Verbesserung von Strukturen in der Benachteiligtenförderung erreicht werden. Überfällig sei zudem die Verzahnung der beruflichen Ausbildung mit der Weiterbildung.

In der **Debatte des Bundestages** bezeichnete der FDP-Abgeordnete *Patrick Meinhardt* den Berufsbildungsbericht als Ausdruck dessen, was in Deutschland falsch laufe: Bürokratie pur, Vorschriften ohne Ende, Regelungswut bis ins letzte Detail. Deutschland müsse flexibler werden und es gebe dafür bereits Vorbilder in einigen Bundesländern. *Nicolette Kressl* (SPD) erinnerte daran, dass die unbefriedigende Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt die damalige rot-grüne Koalition zu dem Entschluss gebracht habe, den Weg zu einer gesetzlichen Umlagefinanzierung freizumachen und diese Perspektive dann zu dem „Ausbildungspakt" geführt habe. Der dadurch bewirkte positive Trend eines Zuwachses an betrieblichen Ausbildungsplätzen sei allerdings wieder rückläufig. *Cornelia Hirsch* von der Fraktion Die Linke stimmte zwar der Forderung nach einer neuen Dynamik im Prinzip zu, hielt aber eine grundsätzlich andere Politik zur Erreichung dieser Dynamik für erforderlich. Sie forderte die Einführung einer gesetzlichen Umlagefinanzierung, eine bessere und gezielte Förderung, Geschlechtergerechtigkeit und die Europäisierung der Berufsausbildung. *Priska Hinz* von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen warf der Bundesregierung vor, nicht rechtzeitig Initiativen zur Verbesserung der Situation gestartet zu haben. Der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Antrag zur beruflichen Bildung sei eine Enttäuschung. Die Bundesregierung habe keine Idee, mit welchen Initiativen den Jugendlichen in diesem Jahr neue Zukunftschancen eröffnet werden. Appelle, wie sie in dem Antrag zu finden seien, reichten nicht mehr aus.

Der CDU/CSU-Abgeordnete *Uwe Schummer* sprach sich dafür aus, viele Hebel in Bewegung zu setzen, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Alle beteiligten Akteure müssten im Rahmen eines Ausbildungspaktes zusammengeführt werden. Was durch den Ausbildungspakt geleistet werden sollte, sei erreicht worden. Dennoch brauche dieser Ausbildungspakt eine neue Dynamik. Er solle durch eine Strukturkommission ergänzt werden, die sich die Veränderung von Strukturen in der Berufsbildung zur Aufgabe macht.

Ernst Dieter Rossmann, SPD, nahm zu der geplanten Stufung von Ausbildung Stellung und forderte, dass sie zur Strukturierung, aber nicht zur Dequalifizie-

rung führen müsse. Sie sollte nicht dazu beitragen, dass die dreijährige Ausbildung die Ausnahme und die zweijährige Ausbildung die Regel werde. Ernst Dieter Rossmann stimmte der Linkspartei ausdrücklich in der Aussage zu, dass die Lücke bei der Versorgung mit Ausbildungsplätzen mehr als die im Berufsbildungsbericht genannte Zahl 11.500 umfasse und in Wirklichkeit rund 100.000 Ausbildungsverhältnisse fehlten. Dabei müsse festgestellt werden, dass die Gleichung, mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze bedeuteten zugleich mehr Ausbildungsplätze, so nicht stimme. Der Ministerin empfahl Rossmann, beim Pakt für Ausbildung den Fokus auch auf Betriebe zu richten, die ausbildungsfähig seien, aber nicht ausbildeten.

Alexander Dobrindt (CDU/CSU) betonte die Notwendigkeit einer freiwilligen Verpflichtung von Betrieben anstelle einer „Zwangsabgabe". Durch die Kraftanstrengung der deutschen Wirtschaft sei die Lehrstellenlücke um 25.700 Ausbildungsplätze verringert worden. Gleichwohl könne die Ausbildungssituation noch verbessert werden. Zu den notwendigen Veränderungen der Rahmenbedingungen gehörten ein modernes Berufsbildungsgesetz und eine Mittelstandsoffensive, die Signale für den Aufschwung setze. Während das Berufsbildungsgesetz bereits im vergangenen Jahr beschlossen wurde und seine Wirkung zu entfalten beginne, stehe nun die Schaffung der erforderlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an. Dazu gehörten bessere Finanzierungsmöglichkeiten, der Abbau von Bürokratie und die Förderung von Forschung und Technologie.

Der Bundestag beschloss die Überweisung der im Zusammenhang mit dem Berufsbildungsbericht eingebrachten Anträge an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung als federführenden Ausschuss und weitere Bundestagsausschüsse zur Mitberatung.

AB-06-4

Bundesregierung zum Europäischen Qualifikationsrahmen

Im Zusammenhang mit der Debatte über die Reform der Berufsausbildung fällt das Stichwort „Europäischer Qualifikationsrahmen". Bereits Ende 2004 hatten die europäischen Bildungsminister und -ministerinnen eine Initiative zur Einführung eines Europäischen Qualifikationsrahmens im Bildungsbereich gestartet. Ein erster Vorschlag für die Errichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens wurde von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Juli 2005 vorgelegt. In einer gemeinsamen Stellungnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz wurde der Vorschlag der Kommission begrüßt. Die Bundestagsfraktion Die Linke hatte in einer Anfrage Anfang des Jahres die Bundesregierung aufgefordert darzulegen, wie sie das bundesdeutsche Bildungssystem an den Elementen eines solchen vorgesehenen Qualifikationsrahmens orientieren wolle.

Die Bundesregierung führt in ihrer Antwort auf diese Anfrage aus, dass der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) die Transparenz unterschiedlicher Qualifikationen in Europa fördern solle, jedoch nicht auf die Harmonisierung der nationalen Bildungssysteme ziele. Die Bundesregierung halte für die Entwicklung und praktische Umsetzung des EQR eine mehrjährige Erprobungs- und Evaluationsphase für notwendig. Zudem seien an der Entwicklung eines nationalen Qualifikationsrahmens alle im Bildungsbereich zuständigen Akteure zu beteiligen, da dieses Instrument in Deutschland gänzlich neu entwickelt werden müsse. Die Bundesregierung vertritt zudem die Auffassung, dass ein EQR, der die Funktion eines Metarahmens und Übersetzungsinstruments erfülle, geeignet sei, Transparenz und Mobilität sowie die Diskussion bezüglich Durchlässigkeit und Qualitätssicherung zu fördern. Die Zuordnung von Qualifikationen und Abschlüssen sowie sonstiger Kompetenzen zu Niveaustufen müsse jedoch Aufgabe der Mitgliedsstaaten bleiben, um unterschiedliche nationale Anforderungen berücksichtigen zu können und eine kompetenzangemessene Einstufung deutscher Qualifikationen (insbesondere des dualen Systems und der beruflichen Weiterbildung) sicherzustellen.

Ende letzten Jahres hatte sich der **Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** mit dem Thema „Europäischer Qualifikationsrahmen" befasst und dazu eine Stellungnahme verabschiedet. Er begrüßt die Entwicklung eines Europäischen Qualifikationsrahmens, der nicht

nur die Mobilität zwischen den Bildungssystemen, sondern auch die berufliche Mobilität im europäischen Arbeitsmarkt fördern werde. Dies sei jedoch nur dann möglich, wenn beschäftigungsnahen Qualifizierungsprozessen der Aus- und Weiterbildung gegenüber der schulischen und akademischen Ausbildung ausreichend Rechnung getragen werde. Eine solche Ausrichtung des EQR berge auch die Möglichkeit, auf nationaler Ebene die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie der Hochschulausbildung zu befördern. Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung spricht sich dafür aus, einen bildungsbereichsübergreifenden nationalen Qualifikationsrahmen für die Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln. Das Gelingen eines solchen nationalen Qualifikationsrahmens hänge jedoch maßgeblich von der engen Einbindung der Akteure im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung in die nationalen und europäischen Meinungsbildungsprozesse ab.

Die Stellungnahme des Hauptausschusses ist in einer Pressemitteilung des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 16. Dezember 2005 dokumentiert. Das BIBB hat außerdem auf seiner Homepage unter www.bibb.de/de/21696.htm eine ausführliche Darstellung des europäischen Qualifikationsrahmens und der damit einhergehenden bildungspolitischen Implikationen veröffentlicht.

AB-06-5

Jugendpolitik auf Länderebene

Die Jugendpolitik in den Bundesländern ist zumeist von Einsparungen und Kürzungen geprägt. So hat die Landesregierung **Nordrhein-Westfalen** für den Haushalt 2006 beschlossen, den Kinder- und Jugendförderplan auf 75 Millionen Euro einzufrieren, wie der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen in einer Pressemitteilung berichtete. In Nordrhein-Westfalen war 2004 ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz verabschiedet worden, das den Trägern eine Planungsperspektive eröffnete. Die CDU/FDP-Regierung hatte im Dezember dann den Beschluss gefasst, der Kinder- und Jugendarbeit nicht die zuvor versprochenen 96 Millionen Euro jährlich, sondern nur noch 75 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen wies darauf hin, dass die schwarz-gelbe Koalition in NRW direkt zu Beginn ihrer Regierungszeit bei den Jugendverbänden sehr viel Vertrauen verspielt habe. Die Diözesanvorsitzende des Bundes der deutschen katholischen Jugend im Erzbistum Köln, *Jansen*, erinnerte daran, dass der Landesjugendplan seit 1999 um über 40 Prozent zurückgefahren worden sei. Selbst die 96 Millionen Euro, die nun von der neuen Regierung weiter zusammengestrichen wurden, seien als „Existenzminimum für die Infrastruktur der Jugendarbeit“ anzusehen. Viele Hauptamtliche in der Jugendarbeit hätten durch Lohnverzicht oder durch finanzielle Hilfen von Vereinen und Privatleuten versucht, die Durststrecke des Jahres 2005 zu überstehen und seien nun bitter enttäuscht.

Die Arbeitsgemeinschaft Offene Türen NRW, ein Zusammenschluss von Trägern der offenen Jugendarbeit, warf den Regierungsparteien „einen politischen Wortbruch erster Klasse“ vor.

Die Oppositionsparteien im Düsseldorfer Landtag kritisierten die kinder- und jugendpolitischen Entscheidungen der schwarz-gelben Regierung, die zudem auch noch eine deutliche Erhöhung von Beiträgen für die Kinderbetreuung durch Einsparungen bei den Kindergärten zur Folge hätten. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Grünen im Düsseldorfer Landtag, *Andrea Asch*, erklärte, das Chaos in der CDU-Kinder- und Jugendpolitik sei nicht zu überbieten. Auch die SPD-Fraktion wies auf Schwachpunkte der Regierungspolitik hin und kritisierte, dass die Regierung vorgeschlagen habe, Ausgleichszahlungen in strukturschwachen Kommunen für die Kinderbetreuung zu streichen, die Städte diese Kürzungen aber nur durch Vergrößerung der zu betreuenden Gruppen ausgleichen könnten.

In **Niedersachsen** wurde noch Ende letzten Jahres von den Fraktionen der CDU und der FDP ein Antrag eingebracht, der dazu aufrief, die niedersächsische Jugendpolitik neu auszurichten. In dem Antrag heißt es, dass die niedersächsische Jugendpolitik künftig einen deutlichen Schwerpunkt bei der Prävention setzen solle, wie etwa beim Übergang von der Schule in den Beruf, anstatt einen Großteil ihrer Bemühungen in „Reparaturmaßnahmen“ zu investieren. „Prävention statt Repara-

tur“ und „Hilfe zur Selbsthilfe“ müssten die Leitbilder einer modernen und effektiven niedersächsischen Jugendpolitik sein.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen forderten, das Jahr 2006 zum „Niedersächsischen Jahr der Jugend“ zu erklären und damit die Kinder und Jugendlichen im Land in den Mittelpunkt der Landespolitik zu rücken. Die Landesregierung wurde von den Oppositionsfraktionen dazu aufgefordert, dem Landtag zeitnah ein mit den Trägern der Jugendhilfe und anderen in der Politik und der Arbeit für Jugend engagierten Organisationen abgestimmtes Konzept vorzulegen.

In der Debatte des Niedersächsischen Landtags, in der beide Anträge erörtert wurden, warf die SPD der Landesregierung vor, das Thema Jugend seit 2003 zu vernachlässigen und in kaum einem anderen Bereich prozentual so viele Mittel zu streichen wie in der Jugendarbeit und der Jugendhilfe. Die SPD wolle mit ihrem Antrag der Jugend endlich wieder den Stellenwert in der öffentlichen Diskussion geben, der ihr zustehe. Die CDU betonte, dass Jugendpolitik eine Querschnittsaufgabe sei, die nicht nur im Sozialministerium angesiedelt werden könne. Auch die CDU hatte in ihrem Antrag gefordert, das Jahr 2006 zum „Jahr der Jugend“ zu erklären und einen Schwerpunkt auf die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu legen. Sie kündigte an, den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Berücksichtigung einer Änderung mitzutragen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen forderte dazu auf, das Jahr der Jugend gemeinsam zu nutzen, um konsequent Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Präventionsarbeit zu stärken und die ehrenamtliche Jugendarbeit zu fördern. Die FDP betonte, dass es im Jahr der Jugend vor allem um die benachteiligten Jugendlichen gehe.

Der Antrag wurde in einer vom Ausschuss empfohlenen Form einstimmig vom Niedersächsischen Landtag verabschiedet.

Der Landesjugendring Niedersachsen hat in einer Publikation den Beschluss des Niedersächsischen Landtags begrüßt. Er hat aber auch darauf hingewiesen, dass die Zahl der aus öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit bundesweit von 2000 bis 2004 um über 17 Prozent gesunken sei und auch in Niedersachsen ein Rückgang der geförderten Maßnahmen um 15 Prozent verzeichnet werden müsse. Für die Träger der Jugendarbeit werde es darauf ankommen, das „Niedersächsische Jahr der Jugend“ zu nutzen, um die positiven Leistungen der Jugendarbeit öffentlich wirksam darzustellen und dadurch die Lobby für Jugendförderung zu festigen.

AB-06-6

Weiterbildungsbericht vorgelegt

Mitte Februar teilte das Bundesministerium für Bildung und Forschung das Erscheinen des neuen Berichts zur Weiterbildung mit, der unter www.bmbf. de/pub/berichtssystem_weiterbildung_9.pdf von der Homepage des Ministeriums abgerufen werden kann. Er enthält Daten zur Weiterbildungsbeteiligung und den dafür erbrachten Zeitaufwand sowie zu soziodemografischen, regionalen und beschäftigungsbezogenen Einflussfaktoren der Weiterbildungsteilnahme.

Beleuchtet werden zudem die Strukturen der Weiterbildungslandschaft und die Bedingungen, unter denen für Weiterbildung freigestellt wird. Der Bericht geht auf die Internationalisierung der Weiterbildung ein und schließt mit künftigen Anforderungen an die Weiterbildungsstatistik.

Wie es in der Übersicht über die Ergebnisse heißt, sei das „Lebenslange Lernen“ heute weitgehend akzeptiert als Ziel. Da bei diesem Lebenslangen Lernen neben den herkömmlichen Weiterbildungsangeboten die Bedeutung „informeller“ Lernprozesse zunehme, habe der Bericht auch diesem Sektor seine Aufmerksamkeit gewidmet. Die Beteiligung in diesem Sektor liegt, so der Bericht, wesentlich höher als die Teilnahme an Lehrgängen oder Kursen im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Der Bericht macht allerdings auch deutlich, dass trotz der in der politischen Diskussion stets betonten Bedeutung des Lebenslangen Lernens im Bereich der organisierten Weiterbildung im Jahr 2003 erstmals nach einem nahezu kontinuierlichen Anstieg bis zum Jahr 2000 die Teilnahme wieder zurückgegangen ist. Dieser Trend bezieht sich allerdings auf die berufliche Weiterbildung, während

sich die Teilnahmequoten im Bereich der allgemeinen Weiterbildung in den letzten drei Jahren nicht verändert haben. Der Rückgang betrifft vor allem die Neuen Bundesländer und hier insbesondere die erwerbstätigen Männer. Im Bericht wird dazu festgestellt, dass die Kombination aus einer verstärkten Sparpolitik öffentlicher Haushalte mit dem gestiegenen Kostendruck in den Betrieben zu weniger förderlichen Rahmenbedingungen für eine Expansion der formal organisierten beruflichen Weiterbildung geführt habe.

Die Teilnahme an formalisierter Weiterbildung insgesamt lag im Jahr 2003 bei 41 Prozent (im Jahr 2000 hatte sie bei 43 Prozent gelegen). Bundesweit haben hochgerechnet rund 20,4 Millionen Weiterbildungsteilnehmer/-innen Angebote wahrgenommen, wobei gegenüber dem Jahr 2000 ein Rückgang um rund eine Million zu verzeichnen ist. Dennoch geht der Bericht davon aus, dass Weiterbildung weiter ein stark wachsender Bereich ist, da sich die Teilnahmequote an Weiterbildung seit 1979 fast verdoppelt habe.

Die Betrachtung der soziodemografischen Faktoren zeigt, dass sich die Differenz zwischen Männern und Frauen im Hinblick auf die Beteiligung der Geschlechter an Weiterbildung weiter verringert hat, was darauf zurückgeführt wird, dass die Beteiligung von Männern zurückgegangen ist, die der Frauen jedoch stabil blieb.

Der Bericht verweist auf die Unterschiede der Weiterbildungsbeteiligung im Vergleich der Bundesländer und auf die beschäftigungsbezogenen Rahmenbedingungen. Es wird festgestellt, dass Erwerbstätige im öffentlichen Dienst auch im Jahr 2003 sehr viel häufiger an beruflicher Weiterbildung teilnahmen als Beschäftigte in der Privatwirtschaft. Das gilt auch im Hinblick auf den Zeitaufwand pro Erwerbstätigen, in dem der öffentliche Dienst gegenüber anderen „Branchen“ ebenfalls an der Spitze liegt.

Das Image von Weiterbildung wird in Deutschland besonders positiv eingeschätzt, wobei aber Weiterbildungsbarrieren die Teilnahme verhindern. Dabei zeigte sich als besonders einflussreich das Merkmal schulische bzw. berufliche Bildung und die Stellung im Beruf.

Große Teile des Berichts konzentrieren sich auf die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung, es werden in die Betrachtung der Weiterbildungsstrukturen aber auch die Träger der allgemeinen Weiterbildung einbezogen. Nach wie vor sind im Jahr 2003 auch wieder die „Arbeitgeber/Betriebe“ die größte Trägergruppe, denen fast jeder dritte „Teilnahmefall“ zuzurechnen ist. An zweiter und dritter Stelle folgen Volkshochschulen und private Institute mit 14 bzw. elf Prozent. Den vierten Rangplatz nehmen die Kammern mit fünf Prozent der Teilnahmefälle ein, gefolgt von vier Trägergruppen mit jeweils einem Anteilswert von vier Prozent. Dazu gehören Verbände, Berufsverbände, kirchliche Stellen und Akademien. Nicht-kirchliche Wohlfahrtsverbände kommen auf einen Anteilswert von drei Prozent, alle anderen Trägergruppen liegen bei Werten von zwei Prozent oder darunter.

Bei der Betrachtung der Trägerstrukturen in der allgemeinen Weiterbildung entfällt bundesweit jeder vierte Teilnahmefall der allgemeinen Weiterbildung auf die Volkshochschulen mit einem Anteil von 26 Prozent und jeder achte auf private Institute, denen Verbände oder gesellschaftliche Organisationen ohne Berufsverbände sowie die in der beruflichen Weiterbildung dominierende Trägergruppe „Arbeitgeber/Betriebe“ folgen.

Der Bericht verweist auf den Verbund „Weiterbildungsstatistik“, dem fünf bundesweit arbeitende Weiterbildungsträger, darunter auch der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, angehören. Bei der Beteiligung an Weiterbildung im Rahmen dieses Verbundes sind die meistbesuchten Themenbereiche die Gesundheits- und die Sprachbildung, gefolgt von „Kultur – Gestalten“ und „Familie – Gender – Generationen“. Im Osten Deutschlands ist die Beteiligung an den Sprachkursen erheblich höher und auch in den Themenfeldern „Arbeit – Beruf“ und „Politik – Gesellschaft“ zeigt sich eine höhere Beteiligung in den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern spielen die Themenbereiche „Familien-, Geschlechter- und Generationenfragen“ oder religiöse und ethische Fragen eine größere Rolle. Das gilt auch für die Themenbereiche „Kultur – Gestalten“ und „Gesundheit“.

Der Bericht verweist auf die Schwierigkeiten, das Weiterbildungsgeschehen im Vergleich zwischen den einzelnen Bundesländern zu erfassen, da die Dokumentationsformen und statistischen Bezugsgrößen zu unterschiedlich seien und aus einigen Ländern keine statistischen Daten zu den Trägerstrukturen und ihren Anteilen am Unterrichtsvolumen dokumentiert werden. Die vorhandenen Länderstatistiken bestätigen den großen Marktanteil der Volkshochschulen und machen deutlich, dass trotz Strukturanpassungen der neuen Bundesländer an die Strukturen der alten Länder

die kirchlichen Stellen in den neuen Bundesländern einen erheblich geringeren Marktanteil haben.

Zu den Strukturmerkmalen der allgemeinen Weiterbildung gehört auch die Art der Veranstaltung. Mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Daten stellt der Bericht fest, dass gut die Hälfte der Teilnahmefälle an allgemeiner Weiterbildung auf Tages-, Wochenend- oder Abendlehrgänge oder -kurse entfiel. Den Abend- und Wochenendkursen kommt ein wesentlich höheres Gewicht zu als den Tageskursen. Jede fünfte Veranstaltung der allgemeinen Weiterbildung ist ein Einzelvortrag. Deren Anteil hat auch im Vergleich zum Jahr 2000 im Jahr 2003 um drei Prozent zugenommen, während der Anteil von Abend- und Wochenendkursen im Jahr 2003 leicht abnahm, ebenfalls um drei Prozent. Im Vergleich dazu spielen Einzelveranstaltungen von bis zu drei Unterrichtsstunden bei den Daten, die der Verbund Weiterbildungsstatistik ausweist, nur eine marginale Rolle.

Bei der Frage nach dem Nutzen allgemeiner Weiterbildung werden nicht ganz die Werte der Beruflichen Weiterbildung erreicht, jedoch glauben etwa drei von vier Befragten, dass ihnen die besuchte Maßnahme der allgemeinen Weiterbildung sehr viel (24 Prozent) oder eher viel (54 Prozent) genutzt hat.

Der Bericht verweist auf die zunehmenden Tendenzen der Internationalisierung im Weiterbildungsbereich, die vor allem in der beruflichen Weiterbildung festgestellt werden. Dieser Internationalisierungsprozess verändere auch die Angebotssituation der beruflichen Weiterbildung in Deutschland, weil hier ausländische Anbieter zunehmend aktiv sein werden. Bislang hat etwa jeder sechste Weiterbildungsanbieter in Deutschland Angebote außerhalb Deutschlands im Programm. Allerdings sehen lediglich drei Prozent das Ausland als wichtigsten Einzugsbereich an. Als besonders chancenreiches Segment für international ausgerichtete Weiterbildungsangebote wird das E-Learning betrachtet. Der Bericht bezeichnet die steigende Internationalisierung des Themenfelds Weiterbildung als wichtigen Trend, dem auch bei den statistischen Erhebungen mehr Aufmerksamkeit zu widmen sein wird.

Aus Anlass der Vorlage des Berichts zur Weiterbildung forderte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, *Andreas Storm*, dass berufliche Weiterbildung für alle zur Normalität werden solle. Er wertete es als Alarmsignal, dass die Teilnehmerquote zwischen den Jahren 2000 und 2003 um drei Prozentpunkte auf 26 Prozent gesunken sei. Die Bundesregierung werde ihre Förderung für die lebensbegleitende Weiterbildung verstärken. Mit Blick auf die alternde Gesellschaft in Deutschland sollten Weiterbildungsangebote gerade für die zweite Hälfte des Erwerbslebens deutlich ausgebaut werden. Das BMBF werde die Anreize für das Lebenslange Lernen weiter erhöhen und die Bildungsberatung verbessern.

Die „Zukunftsaufgabe Weiterbildung“ stand auch im Mittelpunkt eines **Antrags der Bundestagsfraktion Die Linke**, die am 16. Februar 2006 reklamierte, dass die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland deutlich erhöht werden müsse, um einem heute schon in Teilbereichen absehbaren Fachkräftemangel zu begegnen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Gesamtkonzept für die Weiterbildung mit bundeseinheitlichen Rahmenregelungen vorzulegen, um das Recht auf Weiterbildung für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren, die ausreichende Finanzierung eines bedarfsgerechten Angebots sowie Lernzeitansprüche vorzusehen und eine hohe Qualität der Angebote zu sichern. Außerdem sollen mehr Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für alle Beteiligten hergestellt werden. Es sei an der Zeit, ein breites Weiterbildungsangebot für alle Interessierten zu schaffen und diese Angebote zur vierten Säule des Bildungssystems auszubauen. In dem Antrag wird festgestellt, dass die Realität der allgemeinen, kulturellen, politischen und beruflichen Weiterbildung in deutlichem Gegensatz zu den Reformvorstellungen stehe, die seit den siebziger Jahren das Ziel der „vierten Säule des Bildungswesens“ für den Bereich der Weiterbildung proklamierten. Bisherigen Aktivitäten wird vorgeworfen, zur weiteren Bürokratisierung beigetragen zu haben. Das zuständige Fachministerium habe dem Abbau und der Infrastrukturbeschädigung der Weiterbildung weitgehend tatenlos zugesehen. Die berufliche Weiterbildungsförderung müsse auch für Erwerbslose eine dringende öffentliche Aufgabe bleiben. Jedoch müssten die dafür benötigten Ressourcen verlässlich zur Verfügung gestellt und zweckmäßig eingesetzt werden, um die für eine qualitativ hochwertige Weiterbildung notwendigen Trägerstrukturen aufrechterhalten zu können.

AB-06-7

Weiterbildungsstatistik im Verbund 2004

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) hat im Februar aktuelle statistische Daten zur allgemeinen Weiterbildung veröffentlicht, die aus fünf großen Organisationen allgemeiner und politischer Weiterbildung ermittelt wurden. Zum dritten Mal wurde das Tabellenwerk veröffentlicht, das kostenlos im Internet auf http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2006/reitz06_01.pdf Interessenten und Interessentinnen zur Verfügung steht.

Am Verbund Weiterbildungsstatistik sind der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, der Deutsche Volkshochschul-Verband und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung beteiligt. Das DIE wertete Daten von über 2000 Einzeleinrichtungen dieser Dachverbände aus.

Insgesamt wurden nach der Erhebung im Jahr 2004 innerhalb des Verbundes rund 1,1 Millionen Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt, die insgesamt ein Zeitvolumen von 23,8 Millionen Unterrichtsstunden umfassten. Die Anzahl der gezählten Teilnahmen betrug 20 Millionen im Jahr 2004. Die Teilnehmenden trugen über Entgelte und Gebühren 34 Prozent der für die Weiterbildung eingesetzten finanziellen Mittel. Die Träger der Einrichtungen brachten 29 Prozent auf, 27 Prozent kamen aus öffentlichen Haushalten. Die Einrichtungen warben darüber hinaus 10 Prozent sonstige Mittel ein. Das gesamte Finanzvolumen lag bei 1,4 Milliarden Euro.

Gezählt wurden 14,8 Tausend Stellen, die von hauptberuflichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen besetzt wurden. Darüber hinaus waren bei den Einrichtungen 276 000 Menschen ehrenamtlich oder neben- und freiberuflich tätig.

Kontakt beim Deutschen Institut für Erwachsenenbildung:
Elisabeth Reichart, Friedrich-Ebert-Allee 38, 53113 Bonn,
Tel. 0228/32 94-221.

AB-06-8

Weiterbildungsentwicklung in NRW

Die durch die Wahlen im Mai 2005 zustande gekommene neue Koalitionsregierung von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen hat eine einschneidende Neu-Ressortierung der Zuständigkeiten für Weiterbildung vorgenommen: Während bis 2005 sämtliche Aspekte außer der Familienbildung im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit angesiedelt waren, wurden nunmehr die Zuständigkeiten auf verschiedene Ressorts aufgeteilt. Für die allgemeinen Fragen des Weiterbildungsgesetzes ist das Ministerium für Schule und Weiterbildung verantwortlich, die Landeszentrale für politische Bildung und die Familienbildung wurden dem neu gebildeten Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration zugeordnet. Daneben ist das Arbeitsministerium weiter für verschiedene Bereiche der beruflichen Qualifizierung zuständig.

Auf der jährlichen Weiterbildungskonferenz, die am 23. November 2005 im nordrhein-westfälischen Landtag stattfand, stellte die neue Ministerin für Schule und Weiterbildung, *Barbara Sommer*, klar, dass die Vorschläge eines Evaluationsgutachtens aus dem Jahr 2004, nach denen die gesamte Weiterbildung noch stärker an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden sollte, obsolet geworden seien und zukünftig eine eher weitherzige Interpretation des im Jahr 2000 novellierten Weiterbildungsgesetzes zu erwarten sei. Dies könne im einzelnen bedeuten, dass die in den letzten Jahren relativ misstrauisch beobachteten Felder der kulturellen und der Gesundheitsbildung aus der Landesförderung weniger deutlich ausgegrenzt würden, weil ihr Beitrag zu dem im Weiterbildungsgesetz geforderten „öffentlichen Interesse“ anerkannt werde. Primäres Bezugssystem und Kooperationsfeld der Weiterbildung sei nicht die Arbeitsmarktpolitik, sondern das Bildungssystem. Die in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP geforderte Evaluation solle keine erneute Strukturevaluation bedeuten, sondern verstärkte Bemühungen um Qualitätssicherung und Teilnehmerschutz, wobei zunächst offen blieb, in welchen Formen dies geschehen soll.

Allerdings verheißen die Haushaltsberatungen im Frühjahr 2006 wenig Gutes: Zwar hatte die heute regierende CDU vor der Wahl im Mai 2005 die Rücknahme der in den letzten beiden Jahren erfolgten Zuschusskürzungen nach dem Weiterbildungsgesetz um 15 Prozent zugesagt, jedoch sah der Haushaltsentwurf eine Kürzung der WbG-Förderung um 20 Prozent gegenüber dem Bezugsjahr 2000 vor, was einem Betrag von rund 24 Millionen Euro entspricht. Damit würde nicht nur die Ende 2005 auslaufende Kürzung um 15 Prozent gegenüber 2000 wieder aufgenommen, sondern um weitere fünf Prozent gesteigert.

Außerdem wurde eine Kürzung der Mittel für Projekte von rund 13,5 auf 7,7 Millionen Euro angekündigt.

Die Volkshochschulen, Einrichtungen anderer Trägerschaft, die Familienbildungsstätten und die Institutionen der politischen Bildung bilanzierten, dass sie in den Jahren 2003 bis 2006 fast 66 Millionen Euro an Fördermitteln nach dem Weiterbildungsgesetz einbüßen mussten.

Die mit dem Jahr 2006 veränderten gesetzlichen Anforderungen an kleinere Bildungseinrichtungen nach dem Weiterbildungsgesetz NRW haben dazu geführt, dass sich das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW zum Jahreswechsel 2005/2006 mit dem Hannah-Arendt-Bildungswerk in Essen zusammengeschlossen hat. Unter dem Namen „Bildungswerk der HU“ werden künftig gemeinsame Angebote entwickelt.

© Jutta Richter

Jutta Richter, Leiterin des aktuellen forums NRW e. V., beteiligte sich an der Demo

Der Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen beteiligte sich an einer Demonstration gegen Besoldungskürzungen und Arbeitszeiterhöhungen und damit auch gegen befürchteten Stellenabbau durch die Landesregierung. Am 23. März 2006 in Düsseldorf wurde gegen die Weiterbildungspolitik der Landesregierung protestiert. Hinter dem Transparent „Kürzung der Weiterbildung ist Wortbruch, Herr Rüttgers“ versammelten sich die Mitglieder des Gesprächskreises, die beklagten, dass die bereits eingetretenen negativen Auswirkungen der in den Jahren 2003 bis 2005 vollzogenen Kürzungen durch die angekündigten Mittelreduzierungen weiter verstärkt würden. Befürchtet werden müssten die Reduzierung des Weiterbildungsangebots, der Abbau von Personal sowie die Schließung von Einrichtungen. Die Weiterbildungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen würden durch eine solche drastische Absenkung der Landesförderung erheblich eingeschränkt. Der Gesprächskreis forderte dazu auf, die Volksinitiative gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien zu unterstützen.

Infos zu den Aktivitäten des Gesprächskreises für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen sind zu erhalten beim aktuellen forum nrw e. V., Hohenstaufenallee 1-5, 45888 Gelsenkirchen, Tel. 0209/1551015, www.aktuelles-forum.de.

AB-06-9

Fortentwicklung der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz

Im Februar feierte die Landesregierung mit einer Festveranstaltung das zehnjährige Bestehen des Weiterbildungsgesetzes in Rheinland-Pfalz. Aus diesem Anlass kündigte der Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur, Prof. Dr. *E. Jürgen Zöllner*, Leitlinien für die Fortentwicklung der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz an, die der Bedeutung dieses Bereichs durch eine dauerhafte Optimierung der bestehenden Strukturen entsprechen sollen. Es stehe an, in diesem Bereich die Qualität von Prozessen und Maßnahmen weiter auszubauen und noch besser als bisher zu dokumentieren. Dabei gehe es jedoch nicht darum, zusätzliche Kontrollorgane zu schaffen, sondern gemeinsam mit den Beteiligten die Qualität innerhalb der Bil-

dungsträger weiter zu erhöhen und dadurch mittelbar auch die Qualität der Maßnahmen kontinuierlich zu verbessern. Ein Ausbau von Weiterbildungsangeboten sei angesagt, wenn diese Angebote in besonderem gesellschaftlichen Interesse liegen. Als Beispiele dafür nannte der Minister Alphabetisierungsmaßnahmen, das Nachholen von Schulabschlüssen oder Projekte zur Integration von Migrantinnen und Migranten. In diesen Bereichen wolle Rheinland-Pfalz noch mehr leisten. Darüber hinaus sei auch eine noch bessere Bündelung staatlichen Handelns im Bereich der Weiterbildung notwendig und eine verstärkte Unterstützung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Weiterbildung angesagt. Die individuelle Förderung komme gegenüber der Förderung von Maßnahmen und Strukturen der Weiterbildungsträger noch zu kurz. Gedacht wird hier an Zuschüsse zum Lebensunterhalt oder eine Unterstützung bei den Teilnahmegebühren. Menschen sollten in die Lage versetzt werden, verstärkt auch in längerfristige und intensive Bildungsprozesse einzusteigen.

Im März teilte die Landesregierung mit, dass sie ein bundesweit einmaliges Qualifizierungsprogramm für Menschen fördern werde, die sich beruflich oder ehrenamtlich mit der Integration von Zugewanderten beschäftigen. Seit zwei Jahren unterstützt das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur bereits ein gemeinsames Projekt von Bildungsträgern in Rheinland-Pfalz, das die Verbesserung der Lehrqualität im Bereich der Integration zum Ziel hat. Dabei geht es um die Aus- und Weiterbildung von Personen, die mit Zugewanderten arbeiten. Die Fortbildung dieses Personenkreises soll eine Verbesserung der Qualität ihrer Arbeit bewirken und sich so positiv auf Zugewanderte und deren Integration auswirken. Träger dieses Projekts, dem für die abschließende Phase 32.300 Euro vom Land zur Verfügung gestellt werden, sind die Katholische Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz, der Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz, die Evangelische Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz, die Landesarbeitsgemeinschaft der Caritasverbände in Rheinland-Pfalz und das Diakonische Werk Speyer.

AB-06-10

Zwischen Inszenierung und Information

Die politisch brisante Rolle der Medien sorgte Anfang 2006 weltweit für Aufregung: Der Streit um die dänischen Islam-Karikaturen eskalierte derart, dass Meinungs- und Pressefreiheit, aber auch die ethische Verantwortung und konstruktive Einbindung der Medien im Kampf der Kulturen – in der Frontstellung der Achse des Guten gegen Schurkenregime und Bad Governance – zur weltpolitischen Schlüsselfrage avancierten. Da passte es gut, dass sich der 10. Bundeskongress für politische Bildung, der vom 2. bis 4. März 2006 in Mainz stattfand, unter dem Motto „Zwischen Inszenierung und Information“ der Mediengesellschaft widmete. Ähnlich wie beim letzten Kongress in Braunschweig (vgl. den Kommentar „Dialog der Kulturen“ in AB 1/03) wurde so den fachlichen Debatten und Beratungen eine auf Kontroversität hin angelegte Thematik geboten.

Rund 700 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, vorwiegend Politiklehrer und Vertreter der Politikwissenschaft/-didaktik, waren der Einladung der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in die Volkshochschule Mainz gefolgt. Leider war die außerschulische Szene eher schwach vertreten. Dies hing freilich auch damit zusammen, dass bei der Kongressplanung durch die Bundeszentrale – gemäß der Verbandsausrichtung der DVPB – die schulischen Belange im Vordergrund standen. Die politische Jugend- und Erwachsenenbildung wurde etwa durch einen Workshop des AdB-Mitglieds Aktuelles Forum NRW repräsentiert; hier wurde handlungsorientierte Medienbildung im Rahmen der internationalen Arbeit und der Auseinandersetzung mit Ausländerfeindlichkeit oder Faschismus vorgestellt.

Bei dem Workshop, der von *Jutta Richter* und *Tobias Löbstedt* geleitet wurde, zeigte sich wieder, dass es vielfältige Verbindungslinien und Austausch-Möglichkeiten zwischen schulischen und außerschulischen Ansätzen gibt. Eine ähnliche Kooperation präsentierte ein Workshop des Landesmedienzentrums Rheinland-Pfalz, das sich am BLK-Projekt Demokratie-Lernen beteiligt. Dr. *Fred Schell* vom Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF), München, resümierte Konzeptbildung und Praxiserfahrungen der außerschulischen Medienpädagogik und

stellte vor allem die Chancen einer Jugendbildung heraus, die nicht prohibitiv und rezeptiv, sondern handlungsorientiert ansetzt. Schell erläuterte ein Konzept von Medienkompetenz, das im außerschulischen Bereich seit längerem Konsens ist und das auch durch die Thesen zur Medienbildung von Richter/Löbstedt bekräftigt wurde.

Wie Jugendarbeit und Jugendbildung produktiv mit den neuen Medien, speziell mit Computerspielen und innovativen Unterhaltungsangeboten, umgehen können, machte Prof. Jürgen Fritz (FH Köln) deutlich. Solche Denkanstöße und Anregungen sind deswegen wichtig, weil die Fixierung auf einen prohibitiven Jugendmedienschutz immer wieder Fürsprecher findet. So wurde in der letzten Zeit wieder besonderer Nachdruck auf die Gefahr gelegt, dass Kinder zu lange vor TV- und PC-Bildschirmen sitzen. Die alarmierende These lautet: Durch Computerspiele wird der Schulerfolg gefährdet und die Gewaltbereitschaft verstärkt; populär gesagt, die Schüler werden aggressiv, dick und dumm. Diese Position vertreten z. B. der Ulmer Neurowissenschaftler Prof. *Manfred Spitzer* und der Kriminologe Prof. *Christian Pfeiffer*, die dazu 2005 einige zugespitzte Statements abgegeben haben. Pfeiffer setzt damit seine Warnungen vorm Medienkonsum fort, was tendenziell auf eine Schuldzuweisung an die moderne Spaßkultur hinausläuft (vgl. die „Anmerkungen zur Mediengesellschaft“ in *Praxis Politische Bildung* 1/03).

Das Problematische solcher Alarmmeldungen besteht darin, dass diese die direkte und strukturelle Gewaltsamkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse ausblenden und in den Spiel- und Freizeitbedürfnissen von Jugendlichen – nach überliefertem kulturpessimistischem Muster – das eigentliche Gefahrenpotenzial identifizieren. Dies wird dann durch die Wissenschaftsmode der Hirnforschung verstärkt, die mit der Interpretation psychologischer Experimente, etwa zur Hirnaktivität bei aggressiven Spielen (Beispiel: Egoshooter), gleich wieder auf ein physiologisch bedenkliches Aggressionspotenzial stößt. Schell nannte solche Erklärungsansätze in der Diskussion mit Recht populistisch: Hier kann sich die Politik mit Verbotsforderungen und markigen Worten gegen eine allgemeine Verwilderung der Sitten profilieren. Das Beispiel ist auch deswegen instruktiv, weil sich eine verbreitete pseudokritische Auseinandersetzung mit den modernen Medien gerne auf Geschmacksurteile kapriziert, die über die niederen Unterhaltungsbedürfnisse der Massen gefällt werden (vgl. „Braucht der Medienbetrieb mehr Ethik?“ in AB 2/05).

Die Klagen über Trash-TV, Boulevardisierung, Skandalisierung, allgemeinen Qualitätsverlust der Medien, Info- und Politainment waren auch in Mainz zu hören, so bei der Podiumsdiskussion zur Kongress-Eröffnung, wo unter der Moderation von Dr. *Thomas Leif* (Netzwerk Recherche) Journalisten und Journalistinnen aus verschiedenen Redaktionen über die „Rolle der Medien im Zeitalter der Beschleunigung“ debattierten. Mit solchen Anklagen, die auch Bundestagspräsident Dr. *Norbert Lammert* in seiner Eröffnungsansprache Revue passieren ließ, wird zwar auf reale Tendenzen des modernen Medienbetriebs hingewiesen, der Fokus richtet sich dabei aber eher auf die geschmäcklerische, kulturkritische Bewertung der Qualität, die das Spektrum der elektronischen und Print-Medien heute zu bieten hat. So treten Medienethik, kulturelle Vorlieben und Abneigungen an die Stelle einer Medienkritik. Es sind eben zwei verschiedene Dinge, wie im Medienaufsatz in AB 2/05 ausgeführt: Die Kritik an der zweifelhaften Aufklärungsleistung des modernen Informationswesens zielt auf etwas anderes als der medienethische Diskurs, der Fehlverhalten beim einzelnen Produzenten oder Niveaulosigkeit beim Konsumenten dingfest machen will.

Die Statements der Medienschaffenden, die in vielen Punkten eine Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis politischer Bildner dokumentierten, ließen aber auch anderes erkennen: Es gibt eine Problematisierung der Mediengesellschaft, die etwas Unernstes, fast den Charakter der Täuschung an sich hat. Exemplarisch dafür stand die Aussage von *Ulrich Deupmann* (Hauptstadtbüro „Bild am Sonntag“), die Medien drohten unter die Kaufleute zu fallen. Der leitende Angestellte eines Konzerns, dessen mit allen Wassern der Marktwirtschaft gewaschener Gründer Jahrzehnte lang die Verkäuflichkeit seiner Produkte gegen die Konkurrenz durchsetzte, will auf einmal die Gefahr entdeckt haben, dass die Nachrichtenverbreitung der Umsatzrendite untergeordnet wird. Im Publikum lachte keiner! Auch nicht die anwesenden Politiker, Bundestagspräsident *Lammert* und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident *Kurt Beck*, die vielmehr dem Publikum ganz ungerührt mitteilten, dass sie sich für den Erhalt des dualen Systems und gegen zunehmende Konzentration einsetzen würden – also für das marktwirtschaftliche Spiel der Kräfte, in dem die Rendite über den Erfolg von Unternehmungen entscheidet.

Eine andere merkwürdige Position war von der Journalistin

Dr. *Monika Zimmermann* (Kölner Stadt-Anzeiger) zu hören, die sich zu dem Prinzip bekannte, immer gegen den Mainstream zu schwimmen. Auf diese Weise erscheint der Kritiker als Querkopf, kritisches Denken wird zu einem Formalismus, der genau so fragwürdig ist wie sein Gegenteil, der Konformismus. Alles zu bezweifeln, ist keine vernünftige Haltung: Wenn alle Welt behauptet, die Deutschen hätten die Juden vergast, soll dann ein skeptischer Geist – wie von Revisionisten à la *Faurisson* vorgebracht – etwa nachfragen, ob nicht auch andere Möglichkeiten denkbar sind? Realisiert wird der behauptete Nonkonformismus allerdings weniger. In der Journalisten-Runde blieb *Deupmanns* Rückblick auf das Jahr 2005 – der deutsche Journalismus habe in einer konzertierten Aktion für *Merkel* gegen den ‚verbrauchten' Kanzler *Schröder* Stimmung gemacht – unwidersprochen. Bemerkenswert ist an einer solchen Feststellung, die sich ja dem lesenden und fernsehenden Publikum ebenfalls aufgedrängt hat, nicht das Faktum, sondern das Selbstbewusstsein, mit dem der Berufsstand dazu Stellung nimmt.

Insofern ist es dann doch wieder fraglich, ob politische Bildung und Medien an einem Strang ziehen. Der Präsident der Bundeszentrale, *Thomas Krüger*, erwähnte zu Kongress-Beginn die widersprüchliche Situation, dass in einer reißerischen, „emotionalisierten" Medienwelt der Anspruch erhoben wird, man wolle das Publikum zur Reflexion anregen: „Nicht selten haben wir den Eindruck, dass uns eine bestimmte Sicht der Dinge ‚verkauft' werden soll." Krüger fuhr fort: „Gefragt ist hier ganz offensichtlich Medienkompetenz." Prof. *Reinhold Hedtke*, Vorsitzender der DVPB, hob die Professionalität hervor, mit der eine solche Aufgabe in der politischen Bildung – innerhalb und außerhalb der Schule – wahrgenommen werde. Er nannte dabei vor allem den Beitrag der Politikdidaktik. Deren Vertreter, genau so aber die Praktiker bestimmten das Gesicht des Mainzer Kongresses.

In den zahlreichen Workshops, Sektionen, Foren und sonstigen Veranstaltungen wurde die Rolle der Medienkompetenz konkretisiert und operationalisiert. Hier befindet sich ja die politische Bildungsarbeit, wie angesprochen, in einer doppelten Entgegensetzung: einmal gegenüber der Politik, die der eingespielten Medienlogik folgt, was den Widerspruch einer desinformierenden Öffentlichkeit zur Folge hat, zum andern gegenüber der (Schul-)Pädagogik, in der – wenn man einmal von fachlich orientierten Qualifizierungsangeboten absieht – traditionell ein prohibitiver, jugendschützerischer Standpunkt nistet. Dagegen wurde in den Diskussionen herausgestellt, dass sich mit alten und neuen, auch mit den üblicherweise verteufelten Medien politische Lernprozesse initiieren lassen, wenn man die herrschenden Verwendungsweisen und -interessen gegen den Strich liest und die Möglichkeiten zu Experiment und Selbsttätigkeit nutzt.

Die Debatte in Mainz war lebhaft und an den Praxisfragen orientiert. Im Unterschied zum letzten Kongress in Braunschweig, der kurz vor dem Irakkrieg 2003 stattfand, wurde sie aber durch einen gewissen politischen Konformismus im Blick auf die großen politischen Konfliktlagen eingerahmt. Gerade der Karikaturenstreit, der in vielen Statements eine Rolle spielte, hätte Anlass dazu geben können, über die jüngste Kriegsvorbereitung in Sachen Iran nachzudenken. Denn die antiislamischen Karikaturen gehören ja, sachlich betrachtet, in den Zusammenhang einer Feindbildpflege, die der ‚westliche Kulturkreis' gegenüber dem rückständigen, islamischen Verhältnis von Religion, Meinungsfreiheit und Politik betreibt. Und nachdem die Provokation des religiösen Ehrgefühls in der islamischen Welt funktionierte, hat sich mit dem Prinzip der Presse- und Meinungsfreiheit ein wuchtiger Kampfbegriff ergeben, der gegen Staaten wie den Iran in Stellung gebracht wird.

Dass es hier um einen Kampfbegriff geht, wurde gerade bei den Mainzer Diskussionen deutlich. Sie zeigten nämlich, dass ein freiheitlich verfasstes Pressewesen nicht unbedingt eine großartige Errungenschaft darstellt, dass es vielmehr in Teilen oder im Mainstream als Verdummungs- und Ablenkungsmaschine funktionieren kann und damit recht zufrieden ist, solange es den Auftrag- und Geldgebern politischen oder kommerziellen Profit einspielt. Pressefreiheit ist eine bestimmte Weise, das Geschäft mit Nachrichten und Informationen zu organisieren, und per se keine Aufkündigung der Vormundschaft übers Denken zur Beförderung der Aufklärung. Auch *Lammert* bezweifelte explizit die Aufklärungsleistung des modernen Medienbetriebs, in dem ganz andere Dinge als der Ausgang aus der Unmündigkeit im Vordergrund stünden: „Immanuel Kant wäre heute in der deutschen Medienlandschaft eine Figur aus einer grauen Vorzeit, weil ihm sämtliche Eigenschaften der Selbstinszenierung fehlten." (Interview mit der Kongresszeitung)

Das hinderte den Bundestagspräsidenten aber nicht, die Meinungsfreiheit als höchsten Wert zu beschwören, gerade in Abgrenzung zu anderen, nicht explizit genannten, aber

für jeden Zuhörer erkennbaren Staaten, die in dieser Hinsicht Defizite aufweisen. Ähnliches klang im Abschlussvortrag an, den der ehemalige Außen- und Premierminister Ungarns, Dr. *Gyula Horn*, hielt. Hier dominierte eine gewisse Idealisierung des ‚Westens', der USA, der EU und speziell der Bundesrepublik Deutschland – eine, gelinde gesagt, optimistische Vision, die auch etwas großzügig über die neueren Konfliktlinien bei der europäischen Integration oder im transatlantischen Verhältnis hinweg ging.

Nähere Informationen, Texte und Diskussionsbeiträge zum Kongress finden sich auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de).

Johannes Schillo

AB-06-11

Europäische Jugendkampagne für Verschiedenheit, Menschenrechte und Partizipation

Unter dem Motto „All different – all equal" führt der Europarat in den Jahren 2006/2007 erneut eine Kampagne für und mit jungen Menschen durch, die darauf zielt, Jugendliche zu ermutigen und zu befähigen, am Aufbau friedlicher Gesellschaften, die auf Verschiedenheit und Inklusion basieren, teilzunehmen. Die Kampagne soll in enger Verbindung mit der Kampagne des Europarats gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz stehen, die 1995 stattfand. Partner bei der Organisation der Kampagne sind der Europarat, insbesondere das Direktorat für Jugend und Sport, das Europäische Jugendforum und die Europäische Kommission. Die Kampagnenaktivitäten sollen vor allem im Zeitraum Juni 2006 bis September 2007 stattfinden. Auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene sollen Aktivitäten umgesetzt werden, die vor allem Jugendliche auf lokaler Ebene einbinden. Auf europäischer Ebene sind Events geplant, die entweder die Basis für nationale oder lokale Aktivitäten bilden oder deren Ergebnisse präsentieren.

Der Gemeinsame Rat für Jugendfragen des Europarats hatte sich im Frühjahr 2006 der Initiative von europäischen Jugendorganisationen angeschlossen, die vom Europäischen Jugendforum repräsentiert werden. Die Kampagne wurde von den Jugendministern und Jugendministerinnen des Europarats im September 2005 bestätigt.

Die geplanten Aktivitäten sollen im Wesentlichen von jungen Menschen in Partnerschaft mit öffentlichen Autoritäten durchgeführt werden. Zielgruppe der Kampagne ist die Zivilgesellschaft auf europäischer und nationaler Ebene. Darüber hinaus soll die Kampagne möglichst viele Jugendliche in Europa erreichen, wobei ein besonderer Fokus auf denjenigen liegt, die Opfer von Diskriminierung sind. Schulen sollen in die Aktivitäten eingebunden werden.

Eine European Steering Group, die sich aus Mitgliedern des gemeinsamen Rats für Jugendfragen des Europarats und des Europäischen Jugendforums zusammensetzt, wird die Umsetzung der Kampagne überwachen. In den Mitgliedsstaaten sollen nationale Kampagnenkomitees entstehen, die alle Partner einbinden. Dabei soll jedes nationale Kampagnenkomitee selbst über sein Programm entscheiden.

AB-06-12

DBJR beklagt Auflösung des Weißrussischen Jugendrings

Der Deutsche Bundesjugendring äußerte in einer Pressemitteilung im Februar 2006 sein Entsetzen über das Urteil des Obersten Gerichtshofs von Belarus, das die Auflösung der Belarussischen Union der Kinder- und Jugendorganisationen vorsieht. Begründet wurde der Beschluss des Gerichtshofs mit dem Hinweis, dass die weißrussischen Jugendorganisationen mit ihrer Arbeit auf internationaler Ebene nicht mit der offiziellen belarussischen Außenpolitik im Einklang stehen und aufgrund der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern subversive

Ideen einer alternativen Jugendpolitik in Belarus unterstützt würden. Der Deutsche Bundesjugendring verurteilte diesen „direkten Angriff auf die Grundsätze der europäischen Demokratie". *Torsten Raedel*, stellvertretender Vorsitzender des DBJR, betonte, dass mit diesem Urteil der belarussischen Jugend ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit und Meinungsäußerung entzogen werde. Die belarussische Union der Kinder- und Jugendorganisationen ist Mitglied im Europäischen Jugendforum und die einzige anerkannte repräsentative Plattform von Jugendorganisationen in Belarus, die europäischen demokratischen Strukturen entspricht.

Infos: Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, www.dbjr.de.

AB-06-13

Schwerpunkte im Programm des Deutsch-Französischen Jugendwerks

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) hat in einer Pressemitteilung im März 2006 mitgeteilt, dass es einen Schwerpunkt seiner Aktivitäten in diesem Jahr auf die Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen bzw. Jugendlichen mit Migrationshintergrund legen wird. So wird im Herbst 2006 eine „best practise"-Veranstaltung zum Thema Integration stattfinden, die unterschiedliche Ansätze erfolgreicher Integration in Deutschland und Frankreich vorstellen soll. Das DFJW will den Erfahrungsaustausch zwischen den Beteiligten zahlreicher regionaler und lokaler Initiativen ermöglichen, die sich in dieser Arbeit engagieren. Außerdem wird eine Ausbildung zum „Jugend-Mediator" angeboten, die das Ziel verfolgt, schwer erreichbaren Jugendlichen aus sozial benachteiligten Milieus den Zugang zu deutsch-französischen Austauschprogrammen zu erleichtern. Diese Ausbildung wurde in den Jahren 2004/2005 zum ersten Mal angeboten und geht in diesem Jahr in eine zweite Runde. Das DFJW hat Fördermittel beim Europäischen Sozialfonds beantragt, um die Mobilität junger Arbeitssuchender oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Erwachsener zu fördern und ihnen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. In Frankreich und Deutschland sollen Maßnahmen zur Weiterqualifizierung stattfinden, die den jungen Erwachsenen Schlüsselkompetenzen für den Arbeitsmarkt vermitteln sollen. Dazu gehört unter anderem die Kompetenz, sich in einem mehrsprachigen und plurikulturellen Arbeitsumfeld zu bewegen. Auszubildende und Arbeitssuchende aus Deutschland beziehungsweise Frankreich sollen im Rahmen dieses Programms ins Partnerland gehen, um dort die Sprache zu lernen und Praxiserfahrung zu sammeln.

Jungen deutschen Journalisten soll zum Jahresende die Möglichkeit geboten werden, sich über die Entwicklungen im „Jahr der Chancengleichheit" in Frankreich zu informieren, das der französische Premierminister *Dominique de Villepin* für 2006 ausgerufen hat. Außerdem hat das DFJW für das Jahr 2006 verschiedene Veranstaltungen zur Fußballweltmeisterschaft geplant, wobei die Aufmerksamkeit dann Themen wie „Sport und Integration" und „Gewaltprävention bei Jugendlichen" gelten wird.

Infos zu diesen Aktivitäten gibt es bei der DFJW-Pressestelle, Corinna Fröhling/Julia Kronberg, Tel. 030/288 757 32, E-Mail: froehling@ofaj.org.

AB-06-14

Studie zu Müttern in Führungspositionen

Die Bertelsmann Stiftung und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben eine Studie veröffentlicht, die Erfolgsfaktoren für Frauen markiert, die mit Kindern Karriere machen. Die Studie weist nach, dass Kinder Frauen zwar an dem beruflichen Aufstieg hindern, sich aber durchaus mit der beruflichen Karriere verbinden lassen. Unter dem Titel „Karrierek(n)ick Kinder: Mütter in Führungspositionen – ein Gewinn für Unternehmen" wird belegt, dass Mütter mit Führungsverantwortung über wichtige Kompetenzen verfügen, um die Produktivität von

Unternehmen zu steigern. Bei der Untersuchung, in deren Rahmen 500 Frauen befragt wurden, wurde nachgewiesen, dass familienbezogene Kompetenzen und Führungskompetenzen wie Gelassenheit, Organisationsfähigkeit und Pragmatismus ineinander greifen und sich gegenseitig verstärken. Allerdings müssen Unternehmen eine flexible Arbeitsorganisation und ein familienfreundliches Klima fördern. Die Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. *Ursula von der Leyen*, betonte anlässlich der Vorstellung der Studie, dass Unternehmen, die Frauen mit Kindern keine Chancen für Karrieren eröffnen, auf ein großes Potenzial hoch qualifizierter und motivierter Führungskräfte verzichteten. Intelligente und pragmatische Lösungen für die Arbeitswelt seien erforderlich, damit junge Frauen ihre Berufswünsche ebenso wie ihre Kinderwünsche verwirklichen könnten.

Die Studie zeigt allerdings auch, dass die Unterstützung durch den Partner ein wichtiger Erfolgsfaktor ist. Das bedeutet, dass die Männer nicht nur die Karriere ihrer Frau akzeptierten, sondern auch aktiv Familienpflichten übernahmen. Aber die Interviews mit Vätern machten auch deutlich, dass es für Männer vergleichsweise schwerer ist, sich Freiräume für familiäre Aufgaben zu schaffen. Deshalb sei es erforderlich, den berufstätigen Vätern ebenfalls ein stärkeres Engagement für die Familie zu ermöglichen.

Infos:
www.bertelsmann-stiftung.de.

AB-06-15

Aus dem AdB

Fundraising für Bildungseinrichtungen

Cornelia Moritz referierte auf der Tagung

Am 22. März 2006 fand im *Bildungshaus Zeppelin* in Goslar eine Tagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) zum Thema Fundraising statt. *Cornelia Moritz* von CORMORAN FUNDRAISING war dazu eingeladen, über Fundraising, also das Einwerben von Drittmitteln, zu referieren.

Bildungsstätten verfügen über umfangreiche Möglichkeiten, die für Fundraising nutzbar gemacht werden können. Gute Chancen bestehen darin, die umfangreichen Adress-Datenbanken für die Drittmittel-Akquirierung zu aktivieren. Diese gilt es vor allem deshalb zu nutzen, weil die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Bildungsangeboten in der Regel positive Erinnerungen mit ihrem Aufenthalt in der Bildungsstätte verbinden. Durch ihre Erfahrungen sind sie von der Notwendigkeit außerschulischer Bildung überzeugt. Zu diesen Menschen müssen langfristig Beziehungen aufgebaut werden, um sie zum Spenden zu motivieren.

Transparenz und Offenheit über die Spendenverwaltung, Informationen und regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit sind dabei unverzichtbare Prämissen. Eine genaue Zielsetzung der Einrichtung, ein entwickeltes Leitbild und das Bewusstsein über das eigene Alleinstellungsmerkmal sind Voraussetzungen für die Konzeption von Fundraising-Maßnahmen. Wenn die Spender- und Sponsorenakquise gelingen soll, müssen relevante Zielgruppen genau bestimmt und differenziert angesprochen werden.

Austausch über Fundraising-Erfahrungen

Ein erfolgreiches Fundraising erfordert außerdem ein eigenes Budget und ausreichend Personal. Erfahrungsgemäß fällt es den Bildungseinrichtungen aber sehr schwer, genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Um diesen Engpass zu überwinden, können erste Schritte darin bestehen, Fördervereine zu gründen, die Aus- und Fortbildung von Ehrenamtlichen voranzutreiben und Kooperationen zu verabreden.

Die Tagung bot allen Teilnehmern eine Plattform zum Austausch von Ideen und Erfahrungen. Einige Teilnehmende konnten bereits über erfolgreiche Beispiele aus ihren Einrichtungen berichten.

Im zeitlichen Zusammenhang mit der Tagung fand auch die Sitzung der Kommission Verwaltung und Finanzen statt.

Text: *Ivonne Jurisch*
AB-06-16

Zentrale Arbeitstagung zum Programm „Politische Jugendbildung im AdB“

Die diesjährige Zentrale Arbeitstagung des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ fand vom 27. bis 31. März in der *Historisch-Ökologischen Bildungsstätte* in Papenburg an der Ems statt.

Zentrales Anliegen der einwöchigen Tagung war es, sich mit der Kooperation zwischen den außerschulischen Trägern der Jugendbildung und den Ganztagsschulen auseinander zu setzen. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Arbeit der Projektgruppen in den drei Hauptthemenbereichen des Programms.

Die Kooperation mit bestehenden und neu gegründeten Ganztagsschulen ist eine Herausforderung für die außerschulische Jugendbildung, da sie ein Umdenken erforderlich macht.

Notwendig ist dabei die didaktische Ausrichtung auf den Lernort Schule. Zwar ist die Zusammenarbeit mit Schulen für die Jugendbildungsreferenten/-innen nichts Neues. Jedoch gestaltete sich diese Kooperation bisher fast ausschließlich am Lernort Bildungsstätte in Form von mehrtägigen Seminaren. So verbindet sich mit der Gründung neuer Ganztagsschulen die politische Forderung an die außerschulische Jugendbildung, sich an diesem „Projekt“ zu beteiligen und die Erfahrungen und Ressourcen aus den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe in die Schule mit einzubringen.

Um die Beteiligten des Programms Politische Jugendbildung auf die Aufgabe der Kooperation mit Ganztagsschulen vorzubereiten und ihnen das notwendige Hintergrundwissen zu vermitteln, referierte Dr. *Helle Becker* über die Auswirkungen der PISA-Studien auf die Schulpolitiken in den 16 Bundesländern. Dabei erläuterte sie die verschiedenen Modelle von Ganztagsschulen sowie deren Zielstellungen und Aufgabenprofile.

Die teilnehmenden Einrichtungen des Programms Politische Jugendbildung werden die Diskussion über Kooperationsmöglichkeiten weiterführen und nach Möglichkeit in praktische Bildungsarbeit umsetzen. Partizipation wird dabei ein besonderes Anliegen sein.

Der Arbeit aller drei Projektgruppen wurde viel Zeit eingeräumt, da nach einem Jahr Programmdauer eine Zwischenbilanz gezogen werden sollte:

Das bereits laufende Projekt „webXchange“ der Projektgruppe „Jugendbildung und Neue Medien“ soll verändert und „desynchronisiert“ werden, da nicht alle Teilnehmenden der beteiligten Bildungsstätten zur selben Zeit vor Ort sein können.

Die Projektgruppe „Demokratische Partizipation junger Menschen“ als bisher größte Gruppe hat inzwischen einen Arbeitsrhytmus gefunden, der die Interessen der Jugendbildungsreferenten/-innen und der maßnahmegeförderten Einrichtungen gleichermaßen berücksichtigt. Für den

Herbst 2006 sind gemeinsame Seminarangebote geplant.

Die nicht weniger große Projektgruppe „Respekt und Courage“ konnte den Fachdiskurs über demokratische Denk- und Handlungsmuster sowie die Stärkung der Konfliktkompetenzen von Mädchen und Jungen fortführen. Die Beteiligten legten die weiteren Arbeitsschritte fest.

Auf dem Programm der Tagung stand außerdem ein Besuch des Dokumentationszentrums der Emslandlager in Papenburg. In Form von Bildungsangeboten, Ausstellungen und Fachveranstaltungen arbeitet das Emslandlager die Geschichte der acht Konzentrationslager auf, die während der Nazi-Herrschaft in Deutschland errichtet worden waren. Darüber hinaus besichtigten die Tagungsteilnehmer die Papenburger Mayer-Werft. Die hier gebauten Kreuzfahrtschiffe müssen nach ihrer Fertigstellung über die Ems ins Meer manövriert werden.

Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der AdB-Veranstaltung in Papenburg

Am letzten Abend organisierten die Jugendbildungsreferenten/-innen die Verabschiedung der Kollegen *Claudia Hauck* und *Manfred Schauf*, die im vergangenen Jahr aus ihren Einrichtungen ausgeschieden sind. Der Bundestutor dankte ihnen für ihre Arbeit und das Engagement im Programm Politische Jugendbildung.

Bericht: *Boris Brokmeier*
AB-06-17

Berichte aus den AdB-Kommissionen

Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Auf der Sitzung der Kommission Mädchen- und Frauenbildung, die vom 30. Januar bis zum 1. Februar 2006 im *Jugendhof Vlotho* tagte, ging es vor allem um das Thema „Frauenrechte/Menschenrechte in Zeiten der Globalisierung“, zu dem das Vorstandsmitglied von Terre des Femmes, *Bianca Wenzel*, referierte. Sie beschrieb Ziele, Aufgaben und Organisationsform von Terre des Femmes und berichtete über aktuelle Kampagnen in der Arbeit ihrer Organisation.

Die Kommission tauschte sich über aktuelle Entwicklungen in der Bildungspolitik auf Bundes- und Länderebene aus und beklagte die schwierige Fördersituation und die mangelnde Planbarkeit der Arbeit durch ungewisse Perspektiven der Förderung.

Die Kommission erörterte mögliche Varianten des AdB-Jahresthemas 2007 und entschied sich für den Vorschlag „Demokratie stärken, Zukunft denken – Demokratie im 21. Jahrhundert“, u. a. weil dieses Thema dazu einlade, die Perspektive einer geschlechtergerechten Demokratie herauszuarbeiten und die Rolle der Bildungsarbeit bei ihrer Durchsetzung zu reflektieren.

Weitere Schwerpunkte der Sitzung waren die Information über geplante Projekte des AdB, die Entwicklung des Projekts zur Gender-Qualifizierung in der Bildungsarbeit, an dem sich der AdB zusammen mit anderen Organisationen beteiligt, sowie Perspektiven der Kooperation mit Partnerorganisationen in Russland.

AB-06-18

Kommission Erwachsenenbildung

Die Sitzung der Kommission Erwachsenenbildung, die vom 15. bis 17. Februar im *Adam-Stegerwald-Haus* in Königswinter stattfand, konzentrierte sich auf die inhaltlichen Schwerpunkte Informelles Lernen und Qualitätssicherung/-entwicklung. Zu didaktisch-methodischen Begründungen des informellen Lernens und dessen Bedeutung für die Organisation von Lernprozessen referierten Prof. Dr. *Wolfgang Wittwer*, Universität Bielefeld, und der Kommissionsvorsitzende, Prof. Dr. *Matthias Pfüller*. Während Wittwer in seiner PowerPoint-Präsentation das informelle Lernen in Abgrenzung zum formellen Lernen zu definieren versuchte, Kriterien des informellen Lernens benannte und begründete, weshalb es – insbesondere in der berufsbezogenen Aus- und Weiterbildung – aktuell eine Renaissance in der erziehungswissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskussion dazu gibt, konzentrierte Pfüller seine Ausführungen auf den Zusammenhang des informellen Lernens mit ganzheitlicher Wahrnehmung und beschrieb Lernen als Folge bzw. Begleiterscheinung sinnlicher Erfahrung von Körperempfindungen, Räumen und Bildern.

In der anschließenden Diskussion ging es um die Frage, ob mit „informellem Lernen“ nicht ein in der Pädagogik seit geraumer Zeit bekanntes Phänomen wieder ins öffentliche Bewusstsein gehoben wird, dem gerade die Reformpädagogik und die in ihrer Tradition stehende außerschulische Bildung in ihren Konzeptionen immer Raum gegeben haben. Die aktuelle Bedeutung erklärt sich aus dem Versuch, die berufliche Bildung zu optimieren, indem die hier dominierende Vermittlung von Fachwissen durch die Aktivierung des informellen Lernpotenzials ergänzt und informelle Lernprozesse in formelle integriert werden. Pädagogische Settings sollen die „Paradoxie“ zwischen selbstgesteuertem Lernen, das dem informellen Lernen zugeordnet wird, und Fremdeinflüssen, die Lernen – bewusst oder unbewusst – ermöglichen, überwinden. Bei Bewerbungen sollen die durch informelles Lernen erworbenen Kompetenzen zur Geltung gebracht werden, was die Frage nach deren Dokumentation in Form eines Nachweises oder Zertifikats und nach den diesen Bescheinigungen zugrunde liegenden Standards aufwirft. Allerdings ist man in anderen Ländern, die das duale System der Berufsausbildung nicht haben, bei der Anerkennung informell erworbener Qualifikationen erheblich weiter. Es gilt aber auch zu bedenken, dass die Betonung des informellen Lernens auch den Zweck hat, die Kosten der Weiterbildung auf den Einzelnen zu verlagern und jeden Lebensbereich dem Zwang zum Lernen zu unterwerfen.

Die Kommission diskutierte, wie das von ihr vorzubereitende nächste Bildungspolitische Werkstattgespräch die Thematik aufgreifen soll. Diese Veranstaltung soll im Rahmen der Septembersitzung in der *Georg-von-Vollmar-Akademie* in Kochel/Obb. stattfinden. Die Kommission gab Hinweise auf mögliche Referentinnen und Referenten und auf Aspekte, die in der inhaltlichen Planung berücksichtigt werden sollten. Zur weiteren Vorbereitung wurde eine Arbeitsgruppe gebildet.

Die Kommission hatte sich vorgenommen, regelmäßig den Fortgang von Qualitätssicherungs- und Zertifizierungsprozessen zu erörtern. Auf der Sitzung berichteten *Fenna Paproth* und *Marianne Stietenroth* über den jeweiligen Stand des Zertifizierungsverfahrens nach LQW und ISO 9001. *Carsten Schübeler*, Qualitätsbeauftragter der *Karl-Arnold-Stiftung*, stellte der Kommission das Verfahren vor, der sich die eigene Einrichtung im Rahmen des Gütesiegelverbundes Weiterbildung NRW gerade unterzieht. Dieser Gütesiegelverbund entstand „aus der Praxis für die Praxis“ im Jahr 2003 und bietet auch mit Blick auf die Kosten eine akzeptable Alternative zu den bereits bestehenden Verfahren. Der Gütesiegelverbund ermöglicht auch die Ausbildung zum Qualitätsbeauftragten. In der Diskussion wurde eine große Übereinstimmung zwischen Gütesiegelverbund und LQW nach ArtSet festgestellt. In den Berichten wurde deutlich, dass sich die Bildungseinrichtungen den Verfahren vor allem aus förderungspolitischen Gründen unterzogen haben, der damit verbundene personelle und zeitliche Aufwand erheblich ist, Akzeptanz dafür beim Personal oft erst – auch gegen Widerstände – hergestellt werden muss Die Verbesserung der Qualität betrifft eher die organisatorischen Abläufe, weniger die pädagogische Arbeit, die jetzt allerdings besser sichtbar gemacht werden soll. Außerdem wurde im Fall der HVHS Frille durch das Verfahren festgestellt, welche Bedeutung das Haus für die pädagogische Arbeit hat. Weitere Vorteile wurden in der größeren Transparenz von Abläufen und der größeren Verbindlichkeit von Absprachen gesehen. Allerdings müsse man auch die nötige Energie aufbringen, die vereinbarten Veränderungen im Alltag durchzuhalten, um das Qualitätssiegel erneut zu erhalten.

Der Austausch über die bildungspolitischen Entwicklungen in den in der Kommission vertretenen Bundesländern bestätigte erneut die Tendenz des Staates zum Rückzug aus der Förderung der politischen Bildung und die sich damit verschärfende Situation der Einrichtungen.

Die Kommission erörterte ebenfalls die Vorschläge zum AdB-Jahresthema 2007 und sprach sich mehrheitlich für das Thema „Folgen des demographischen Wandels“ aus.

AB-06-19

Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik

Die Kommission führte im Rahmen ihrer Sitzung, die vom 1. bis 3. März 2006 im *WannseeForum Berlin* stattfand, ein Gespräch mit *Bernd Sommer*, dem Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten *Sebastian Edathy*, und begab sich dafür ins Paul-Löbe-Haus. Bernd Sommer berichtete über den derzeitigen Stand der Neuausrichtung des Nachfolgeprogramms für Demokratie und Toleranz. Danach sei zu erwarten, dass das Programm im Herbst 2006 starten und sich verstärkt mit dem Extremismus und dem islamischen Fundamentalismus befassen solle.

Die SPD-Fraktion habe sich gegen die Ausweitung der Förderziele auf den islamischen Fundamentalismus ausgesprochen, da es sich um eine Erweiterung des Programms handele, für die keine weiteren Fördermittel zur Verfügung gestellt würden. Der Haushaltsansatz entspreche dem der Vorjahre. Die SPD-Fraktion werde in Kürze eine Anhörung zu dem Thema durchführen.

Die Kommission betonte in dem Gespräch, dass es bei neuen Programmen gelingen müsse, den erheblichen Verwaltungsaufwand für die Projektträger zu reduzieren, um die Operationalisierung der Projekte auch zukünftig gewährleisten zu können.

Der Kommission kommt es auf Folgendes an:

- Kompatibilität des neuen Programms mit dem Kinder- und Jugendplan des Bundes,
- Antragsteller sollen ausschließlich Organisationen der Zivilgesellschaft sein,
- Bedeutung der politischen Bildung muss angemessen berücksichtigt werden,
- der Verwaltungsaufwand muss minimiert werden,
- künftig weniger Overheadkosten durch Servicestellen und Evaluation und
- Ressourcen zur zentralen Steuerung einzelner Projekts sind wichtig und notwendig.

Die Kommission setzte sich im Verlauf der weiteren Sitzung mit den Reaktionen auf ihre bildungspolitische Stellungnahme auseinander, die in der „Außerschulischen Bildung“ dokumentiert wurden (s. dazu auch S. 67f. in diesem Heft und Nr. 4-05, S. 430, f.). Sie beschloss, zu diesen Reaktionen nicht direkt Stellung zu nehmen, sondern einige der Anmerkungen bei der Weiterentwicklung der kritisierten Thesen zu berücksichtigen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war der 12. Kinder- und Jugendbericht, den die Kommissionsvorsitzende *Petra Tabakovic* vorstellte.

Inzwischen liegt auch die Stellungnahme der Bundesregierung zum 12. Kinder- und Jugendbericht vor, die der politischen Jugendbildung die Förderung der gesellschaftlichen Partizipationskompetenz beim Ausbau der Ganztagschulen empfiehlt.

Die Kommission sah darin neben strukturellen auch inhaltliche Probleme. Das Bildungsangebot außerschulischer Träger dürfe nicht das schulische Angebot ersetzen oder auf Bestellung der Schulleitung stattfinden. Die eigenständige Gestaltung eines außerschulischen Angebots dürfe nicht durch Weisungen der Schule gesteuert werden. Insbesondere könnten Angebote zur Partizipation in der Schule und zum Demokratietraining von Schülerinnen und Schülern Probleme mit den Lehrern und der Schulleitung hervorrufen.

Die Kommission verständigte sich schließlich auf die Formulierung einer Stellungnahme, die sich ausschließlich mit den Kooperationsbeziehungen zwischen der außerschulischen Jugendbildung und den Ganztagsschulen befassen soll.

Schließlich erörterte die Kommission öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, mit denen den Kürzungen der Landesmittel für Jugend- und Erwachsenenbildung zu begegnen sei.

Postkartenaktionen, wie die von *Amnesty International* oder *Greenpeace*, wurden als wirksame Aktionen ins Gespräch

gebracht. Es wurde vorgeschlagen, die Realisierung einer Postkartenaktion vorzubereiten, die in eine Gesamtstrategie einer provozierenden und öffentlichkeitswirksamen Kampagne für die Politische Jugendbildungsarbeit eingebunden werden solle.

Bei den Überlegungen zum Jahresthema 2007 entschied sich die Kommission für den Vorschlag „Europäische Verfassungen – Perspektiven für Demokratie und soziale Gerechtigkeit".

AB-06-20

Neues von AdB-Mitgliedern

Europahaus Aurich wird 50
Das Europahaus Aurich feiert im Juni 2006 seinen fünfzigsten Geburtstag. In einem feierlichen Festakt, der am 30. Juni stattfinden wird, soll an die Anfänge der Institution und ihre Ziele erinnert werden. In den folgenden Tagen bietet sich die Gelegenheit, im Rahmen der Tage der offenen Tür einen Eindruck von der Arbeit des Europahauses zu gewinnen und sich mit Mitgliedern des Vereins und ehemaligen und heutigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auszutauschen.

Infos: Europahaus Aurich,
Von-Jhering-Straße 33,
26603 Aurich,
www.europahaus-aurich.de.

Jugendhof Vlotho feiert sechzigjähriges Bestehen
Auch andere AdB-Mitgliedseinrichtungen begehen in diesem Jahr runde Geburtstage. Der Jugendhof Vlotho wird 60 Jahre alt und feiert dieses Jubiläum am 20. Mai mit einem Festakt, dem am Tag zuvor die Verabschiedung des Jugendhofleiters Prof. Dr. *Hilmar Peter* vorausgeht, der nach 16jähriger Dienstzeit den Ruhestand antritt. Aus diesem Anlass findet im Jugendhof eine Fachveranstaltung statt.

Der Jugendhof Vlotho ist die älteste Mitgliedseinrichtung des AdB und gehört zu seinen Gründungsmitgliedern

Infos: Jugendhof Vlotho,
Oeynhausener Straße 1,
32602 Vlotho,
www.jugendhofvlotho.de

Arbeitnehmerzentrum Königswinter wird zwanzig Jahre alt
Mit einer Geburtstagsfeier und einem „Tag der offenen Tür" wird das AZK am 30. September dieses Jahres sein 20-jähriges Jubiläum begehen. Vergangenheit und Zukunft der Bildungsarbeit sollen dabei eingehend betrachtet werden. Geplant sind ein Rückblick auf die Bildungsarbeit der vergangenen Jahre und Reden zu Herausforderungen und Aufgaben der politischen Bildung in der heutigen Zeit. Der sich anschließende „Tag der offenen Tür" wird ein informatives und geselliges Unterhaltungsprogramm für Jung und Alt bieten.

Informationen: AZK,
Johannes-Albers-Allee 3,
53639 Königswinter,
Tel. 022 23-730,
E-Mail info@azk.de,
Internet: www.azk.de

JuBi Welper ausgezeichnet
Die Jugendbildungsstätte Welper ist mit ihrem Projekt „Jugend ohne Zukunft" von der Aktion Mensch ausgezeichnet worden, die das Projekt als „Projekt des Monats" würdigte. Es richtet sich an Mädchen und Jungen aus Asylbewerberfamilien, deren Aufenthalt in Deutschland ungesichert ist, weil ihr Asylantrag noch nicht entschieden oder bereits abgelehnt wurde. In den Veranstaltungen sollen sich die Kinder spielerisch und künstlerisch mit ihrer Situation auseinander setzen und so traumatische Erfahrungen durch Krieg und Flucht verarbeiten. Begleitet wird das Projekt von fünf Sozialarbeitern und Pädagogen.

Nähere Infos:
www.aktion-mensch.de oder
www.jubi-welper.de.

AB-06-21

Checkliste für Weiterbildungsinteressierte

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat sich an einer „Checkliste für Weiterbildungsinteressierte“ beteiligt, die vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung herausgegeben wird. Sie soll Interessierte darin unterstützen, für ihren Bedarf geeignete Angebote zu finden und diese Angebote hinsichtlich der Qualität einschätzen und beurteilen zu können. Zielgruppe der Checkliste sind auch Beratungsstellen und Multiplikator/-innen in Weiterbildungsorganisationen und -betrieben, die damit ein Instrument für die Beratungsarbeit erhalten sollen.

Die Checkliste steht unter www. die-bonn.de/checkliste sowie auf allen Internetseiten der beteiligten Institutionen zur Verfügung und ist beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, kostenlos zu beziehen.

AB-06-22

Sommerschule Politische Jugend- und Erwachsenbildung

Auch in diesem Jahr findet wieder die Sommerschule Politische Jugend- und Erwachsenenbildung statt, an der sich der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten als Veranstalter zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Bundesausschuss politische Bildung und dem Bildungswerk der Humanistischen Union – wissenschaftlich-pädagogische Arbeitsstelle in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte beteiligt. Vom 4. bis 7. Juli 2006 sollen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung Gelegenheit haben, die ihren Arbeitsbereich betreffenden Fragen und Entwicklungen zu erörtern. Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung wird das Thema Migration stehen, das unter verschiedenen Perspektiven beleuchtet wird. Die zeitgleich stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft ist ein Anlass, sie ebenfalls in die Planung der Veranstaltung einzubeziehen, die an Beispielen aus der Praxis soziale und politische Dimensionen des Fußballs in der politischen Erwachsenenbildung verdeutlichen wird. Daneben ist die Sommerschule auch Plenum für die Vorstellung von Projekten oder Projektideen aus dem Kreis der Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Anmeldungen sind zu richten an das Bildungswerk der Humanistischen Union – wissenschaftlich-pädagogische Arbeitsstelle, Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen, E-Mail: arbeitsstelle@hu-bildungswerk.de.

AB-06-23

Neue Publikationen vom AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen

„Politische Bildung ist Menschenrechtsbildung“ ist das AdB-Jahresthema 2006, zu dem in diesem Frühjahr auch eine Broschüre erschien. Sie dokumentiert auf rund 100 Seiten neben der Erklärung der AdB-Mitgliederversammlung zum Jahresthema, der Einleitung des AdB-Vorsitzenden Peter Ogrzall und des von Claudia Lohrenscheit auf der AdB-Jahrestagung gehaltenen Referats zur Einführung in das Thema Beispiele aus der Bildungspraxis von Mitgliedseinrichtungen, die verschiedene Aspekte der Menschenrechtsbildung darstellen. Eine Übersicht über die Veranstalter schließt die Broschüre ab.

Bezug:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten,
Mühlendamm 3, 10178 Berlin,
E-Mail: jurisch@adb.de.

„Gender Mainstreaming“ ist ein Prinzip, dem sich der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten in seiner Satzung verpflichtet

hat. Wie der bisherige Prozess der Implementierung von Gender Mainstreaming in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Verbandsarbeit sich bislang vollzog und welche Ergebnisse dabei erreicht wurden, veranschaulicht die von *Gabriele Wiemeyer* unter Mitwirkung von *Gerrit Kaschuba* und *Boris Brokmeier* erarbeitete Broschüre „Gender Mainstreaming im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten“, die einen Einblick in die Genderdiskussion eines Verbandes gibt.

Die Broschüre ist gratis erhältlich bei der Geschäftsstelle des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, E-Mail: info@adb.de.

„Schwerpunkte und Beispiele Politischer Jugendbildung im AdB“ stehen im Mittelpunkt eines Faltblatts, mit dem der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten über die Realisierung des neuen Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ informiert. An diesem Programm, das aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert wird, beteiligen sich 24 Mitgliedseinrichtungen. Das Faltblatt stellt die von verschiedenen Projektgruppen bearbeiteten Themenschwerpunkte vor:

- Jugendbildung und Neue Medien
- Demokratische Partizipation junger Menschen
- Respekt und Courage

Bezug: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, E-Mail: info@adb.de

Hedda Jungfer und *Heiko Tammena* sind Herausgeber/-in einer Publikation, die in der Reihe „Politik und Bildung“ des Wochenschau Verlags erschien. Unter dem Titel **„Politische Bildung in der Mediendemokratie“** werden Beiträge dokumentiert, die auf einer Fachtagung der Georg-von-Vollmar-Akademie verschiedene Aspekte der politischen Bildung in der Mediendemokratie beleuchten.

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., oder den Buchhandel.

„Wer sich selbst versteht, versteht auch andere besser“ ist der Titel einer Längsschnittstudie zu Wirkungen eines Projektes der politischen Jugendbildung zum Demokratie-Lernen, in der zentrale Ergebnisse des von der *Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar* von 2002 bis 2004 realisierten Projektes „Schule und Ausbildung für Toleranz und Demokratie“ präsentiert werden. In dem Projekt, das Teil der von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Initiative „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ war, wurde kontinuierlich mit Schul- und Ausbildungsklassen gearbeitet. Dabei wurde der Versuch unternommen, eine intensive Kooperation zwischen Schule und außerschulischer Jugendbildung zu etablieren. Mit der vorgelegten Auswahl von Forschungsergebnissen sollen ein Eindruck von der Vielschichtigkeit des Forschungsfeldes vermittelt und sowohl Schule als auch außerschulische politische Jugendbildung angeregt werden.

Bezug: Über den Verlag Edition Paideia oder den Buchhandel.

Die *Hanns-Seidel-Stiftung* hat ihren **Jahresbericht 2005** vorgelegt, der „eine Leistungsbilanz“ ihrer Arbeit in den verschiedenen Feldern zeigt, die von der Hanns-Seidel-Stiftung abgedeckt werden. Neben der Entwicklungszusammenarbeit des Instituts für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit und dem Förderungswerk, das Stipendiaten unterstützt, geht es vor allem um die Arbeit der Bildungszentren wie Kloster Banz und Wildbad Kreuth, der Akademie für Politik und Zeitgeschehen und des Bildungswerkes, das Seminare in den bayrischen Regionen veranstaltet.

Bezug: Hanns-Seidel-Stiftung e. V., Lazarettstraße 33, 80636 München.

AB-06-24

Personalien

Inzwischen hat der Deutsche Bundestag die Mitglieder für das **Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung** berufen. Vorsitzender des Kuratoriums wurde **Ernst-Reinhard Beck** (Reutlingen), CDU, stellvertretender Vorsitzender **Dieter Grasedieck**, SPD. Dem Kuratorium gehören folgende Abgeordnete an:

Für die CDU/CSU:

- **Bär, Dorothee**
- **Bauer, Dr. Wolf**
- **Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)**
- **Kristina Köhler (Wiesbaden)**
- **Katharina Landgraf**
- **PhDr. Andreas Scheuer**
- **Marcus Weinberg**
- **Elisabeth Winkelmeier-Becker.**

Für die SPD:

- **Dr. Lale Akgün**
- **Klaus Barthel**
- **Martin Gerster**
- **Dieter Grasedieck**
- **Bettina Hagedorn**
- **Petra Merkel**
- **Hedi Wegener**
- **Andrea Wicklein**.

Für die FDP:

- **Patrick Meinhardt**
- **Gisela Piltz**.

Für die Fraktion Die Linke:

- **Cornelia Hirsch**
- **Volker Schneider (Saarbrücken)**.

Für Bündnis 90/Die Grünen:

- **Monika Lazar**
- **Priska Hinz**.

AB-06-25

Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe wählte einen neuen Vorstand. Neuer AGJ-Vorsitzender wurde **Norbert Struck** vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, seine Stellvertreter/-in Dr. **Heidemarie Rose**, Oberste Landesjugendbehörde in Bremen, und **Mike Corsa**, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend. Norbert Struck löste den Nürnberger Sozialdezernenten **Reiner Prölß** ab, der seit 2000 Vorsitzender der AGJ war.

AB-06-26

Professor Dr. **Heinrich Oberreuter** wurde erneut zum Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing berufen und tritt damit seine dritte Amtszeit an.

AB-06-27

Carl Philipp Burkert ist seit 1. März 2006 der neue Leiter der Virtuellen Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung mit Sitz in Potsdam. Er ist Nachfolger des im Sommer 2005 verstorbenen **Ludwig Fischer**.

AB-06-28

Eva Luise Köhler, die Frau von Bundespräsident Horst Köhler, übernahm den Vorsitz der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung von **Christina Rau**, die diese Funktion seit dem Jahr 2002 innehatte.

AB-06-29

Hans-Peter Hager, der frühere Bundesgeschäftsführer der internationalen Jugendgemeinschaftsdienste, feierte im Februar seinen 75. Geburtstag.

AB-06-30

Stephan Jentgens wurde neuer Geschäftsführender Direktor des jugendhaus düsseldorf e. v., der Bundeszentrale für Katholische Jugendarbeit. Er war bisher Bundesvorsitzender der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg. Jentgens tritt die Nachfolge von **Thomas Antkowiak** an, der in die Geschäftsführung der Hauptabteilung Verwaltung bei Misereor in Aachen wechselte.

AB-06-31

Ende des Jahres wurde **Christian Schmitz**, der dem Ring politischer Jugend angehört, zum Sprecher des Deutschen Nationalkomitees für Internationale Jugendarbeit (DNK) in seinem Amt bestätigt. Seine Stellvertreter wurden **Marcus Klein** und **Torsten Raedel**.

AB-06-32

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland wählte einen neuen Vorstand: Neuer Vorsitzender wurde **Rolf Ulmer**, Landesjugendpfarrer in Württemberg. Seine Stellvertreter wurden **Sigrid Müller**, Referentin für Jugendpolitik beim CVJM-Gesamtverband in Deutschland, und **Kay Moritz**, Pastor und Leiter des Jugendseminars im Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, sowie **Benjamin Börchers**, Ehrenamtlicher aus der Evangelischen Jugend Oldenburg.

AB-06-33

Der Bundesausschuss der Falken wählte im März den Berliner **Sven Frye**, bisher Referent für Internationales im Bundesvorstand zum Bundesvorsitzen-

den der Sozialistischen Jugend – Die Falken; **Tim Schrock** aus Regensburg wurde zum neuen Referenten für Internationales gewählt. Der bisherige Bundesvorsitzende **Veit Dieterich** hatte aus gesundheitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung gestellt.

AB-06-34

Ivonne Jurisch ist die neue Mitarbeiterin im Bereich Öffentlichkeitsarbeit des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten

und damit auch an der Herstellung der „Außerschulischen Bildung“ beteiligt. Sie studierte in Görlitz Tourismuswirtschaft und konnte erste berufliche Erfahrungen unter anderem in einer Presseabteilung sowie einer Weiterbildungseinrichtung für Public Relations sammeln.

Ivonne Jurisch übernahm die Stelle von **Elisabeth Weeber**, die den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten verließ, um sich beruflich neu zu orientieren.

AB-06-35

Bücher

Manfred Sapper/Volker Weichsel/Agathe Gebert/Achim Güssgen (Hrsg.): Europa bilden. Politische Bildung zwischen Ost und West – Zeitschrift Osteuropa, Nr. 8, Jahrgang 55, Berlin 2005, 256 Seiten

Der Wandel in Osteuropa betrifft die politische Bildung in der Bundesrepublik mehr, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Mit dem Ziel, demokratische Werte in der Gesellschaft zu verankern, setzte sich die politische Bildung mit dem Nationalsozialismus auseinander und bezog ihre Legitimation fast 50 Jahre aus der Abgrenzung gegen die totalitären Systeme im östlichen Europa. Nach dem Zerfall des Ostblocks und dem Scheitern der realen Utopien schienen sich Demokratie und Marktwirtschaft auf der ganzen Welt zu etablieren. Die politische Bildung in der Bundesrepublik hatte damit offenbar ihr Ziel erreicht. So fielen etwa im Jahre 2004 auch Einrichtungen wie die Landeszentrale für Politische Bildung in Niedersachsen sowie das Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für Politische Bildung dem allgemeinen Sparzwang zum Opfer. Allerdings sind selbst gefestigte Demokratien nicht gegen antidemokratische Strömungen gefeit – dies riefen nicht zuletzt die rechtsradikalen Übergriffe auf Asylantenheime Mitte der neunziger Jahre ins Gedächtnis. Inzwischen hat die politische Bildung ihren Horizont erweitert und sieht sich nicht mehr allein der Pflege der Demokratie in der Bundesrepublik, sondern der Förderung eines friedlichen Europa verpflichtet. Doch auch nach dem Beitritt von acht osteuropäischen Staaten zur Europäischen Union ist Osteuropa für viele Menschen noch ein weißer Fleck auf der Landkarte. Hier ist die politische Bildung herausgefordert, alte Osteuropa-Feindbilder über Bord zu werfen, der Ausdifferenzierung der Region Rechnung zu tragen und sich mit den Auswirkungen des Wandels auf das gesamte Europa zu beschäftigen.

Die monatlich erscheinende, interdisziplinäre Zeitschrift *Osteuropa* hat dazu im August 2005 ein vielseitiges, klar strukturiertes Themenheft mit dem Titel „Europa bilden. Politische Bildung zwischen Ost und West“ vorgelegt. In 18 Beiträgen zeigen die Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis, welche Themen mit Osteuropa auf die Agenda rücken, skizzieren verschiedene

Lernformen und zeigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Osteuropa in der politischen Bildung auf. Das Heft enthält neben den zum Teil erfrischend unkonventionellen Textformaten 16 farbige Karten, die unterschiedliche (Ost-)Europabegriffe verbildlichen, sowie ein umfassendes Verzeichnis von Unterrichtsmaterialien zum Thema.

Osteuropa in Europa – neue Themen für die politische Bildung
Den Anfang macht der literarische Text „Archipel Europa" des Osteuropa-Historikers *Karl Schlögel*. Er zeichnet ein dynamisches, vielseitiges Bild Europas, das sich als Motiv durch das gesamte Themenheft zieht. Er blendet die spannungsreichen Gegensätze des Kontinents nicht aus, sondern schlägt vor, sie als Grundlage der vielfach beschworenen europäischen Identität zu begreifen.

Fritz Erich Anhelm macht drei dominante Themen aus, die im Zusammenhang mit Osteuropa an Bedeutung gewinnen werden: So werfen selbst diffuse und irrationale Ängste vor der Osterweiterung die berechtigte Frage nach der Zukunft des Sozialstaats auf. Zum zweiten verlangt die Religion, die in Westeuropa als soziale Prägekraft an Bedeutung zu verlieren scheint, unsere Aufmerksamkeit, da sie bestimmte Denkstrukturen, Lebensweisen und Konfliktlinien in Osteuropa erklärt. Drittens gilt es zu verfolgen, wie der ehemalige Ostblock sich ausdifferenziert und neue Regionen entstehen – sei es auf Grundlage kultureller Entwicklungen, wirtschaftlicher Strukturen oder politischer Bündnisse. Drei Räume, die sich schon jetzt je nach ihrem Verhältnis zur Demokratie abzeichnen, sind Mitteleuropa (die neuen EU-Mitgliedsstaaten), Russland und Konfliktregionen wie der Kaukasus und das ehemalige Jugoslawien.

Europa fordert von seinen Bürgern aber nicht nur ein bestimmtes Wissen, sondern spezifische Denkweisen und Kompetenzen. So erklärt *Ingo Juchler* in Osteuropa „die erweiterte Denkungsart" zur „Voraussetzung für eine mündige Bürgerschaft in Europa". Demnach ist legitime Politik in der erweiterten Europäischen Union nur möglich, wenn die Menschen neben ihren eigenen Interessen auch die der Bürger aus anderen EU-Ländern in ihr politisches Denken einbeziehen. Juchler trägt der politischen Bildung auf, die „erweiterte Denkungsart" und damit eine europäische Öffentlichkeit zu fördern. Europa ist nicht nur ein diskursiver Raum, sondern ein Ort der Begegnung. Für *Eva Feldmann-Wojtachnia* von Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) in München ist daher interkulturelle Kompetenz der Schlüssel zu einem gemeinsamen Europa und erstes Ziel politischer Bildung. Dies schließt Sensibilität gegenüber anderen Gewohnheiten und Präferenzen sowie die Beschäftigung mit der gemeinsamen Geschichte – etwa dem Verhältnis zwischen Polen und Deutschland – mit ein.

Zugänge zu Osteuropa
Diejenigen, die in der politischen Bildung tätig sind, beschäftigen sich nicht nur mit Lerninhalten, sondern suchen nach Wegen, Inhalte effektiv und originell zu vermitteln. Das Themenheft der Zeitschrift Osteuropa zeigt hier vielfältige Zugänge auf. Klassische Formen der außerschulischen Bildung sind nach wie vor sehr beliebt. Tagungen seien „hoffnungslos überbucht", und Publikationen würden den Bundes- und Landeszentralen „fast aus den Händen gerissen", schreibt *Siegfried Schiele*. Das (Schul-)Buch ist als Grundlage für den Unterricht noch immer das Medium Nummer eins, doch – so *Björn Opfer* – Zeitschriften und besonders das Internet reagierten schneller auf aktuelle Ereignisse und würden von Seminarleiterinnen und Seminarleitern daher immer häufiger genutzt. Welche Möglichkeiten anspruchsvolle Lernplattformen im Internet bieten, führen *Sabine Pag* und *Klaus Segbers* am Beispiel des Online-Studiengangs East European Studies an der Freien Universität Berlin aus. Ein anderes Lernformat, das in der Zeitschrift leider nur am Rande gestreift wird, aber zu Recht auf zunehmendes Interesse stößt, stellen Planspiele dar, schließlich wird politisches Denken stark durch unmittelbares Erleben geprägt.

Um aufzuzeigen, wie tief greifend Meinungen und Ansichten nicht nur von kognitivem Lernen, sondern vor allem von persönlichen Erfahrungen beeinflusst werden können, lässt die Osteuropa-Redaktion Personen zu Wort kommen, die im Rahmen eines Freiwilligen Sozialdienstes längere Zeit in Russland gelebt haben. Der Historiker *Jan Plamper*, der 1991 seinen Zivildienst bei *Aktion Sühnezeichen* in St. Petersburg absolvierte, berichtet: „Die Begegnung mit den Dissidenten verschob mein politisches Koordinatensystem nachhaltig. Durch die Gespräche mit ihnen begannen einzelne, lange geglaubte Wahrheiten zu bröckeln."

Es ist erfreulich festzustellen, dass politische Bildung nachgefragt wird und Erfolge zeigt – wie schwer diese zu beziffern sind, ist allseits bekannt – doch wie müssen Bildungsmaßnahmen beschaffen sein, um das Interesse so genannter „bildungsferner Schichten" zu wecken? *Daniel Kraft* schreibt dazu, aus seiner Erfahrung als Leiter der Bildungs- und Begegnungsstätte der *Brücke/Most-Stiftung Dresden* sei politischem Desinteresse am besten

mit grenzüberschreitenden Projekten zu begegnen, die konkrete Alltagsprobleme der Betroffenen aufgreifen. Auf diese Weise könnte die auch von *Anhelm* erwähnte Angst vor der Osterweiterung abgebaut werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Bildungsarbeit, die sich eine bessere Verständigung in Europa auf die Fahnen geschrieben hat, kann nicht auf Deutschland beschränkt bleiben. Die politische Bildung ist herausgefordert, Neuland zu beschreiten und sich Gedanken über Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit zu machen. Die politischen Ansichten und die politische Urteilsfähigkeit von Menschen in Osteuropa wirken auch auf die Bundesrepublik zurück, schließlich bestimmen etwa Polen, Ungarn und Tschechien die EU-Politik ebenso mit wie Belgien, Spanien und Deutschland. *Eckart D. Stratenschulte* und *Nadine Piolot* machen in dem Themenheft zudem darauf aufmerksam, dass die Legitimität der Europäischen Union von der politischen Partizipation auch osteuropäischer Bürgerinnen und Bürger abhängt. Die Wahlbeteiligung dort aber sinkt – oder bringt beunruhigende Ergebnisse hervor wie den Wahlsieg rechter Parteien im letzten Herbst in Polen. Dieser Befund liest sich als Appell an politische Bildungsinstitutionen, ihr Engagement in Osteuropa zu verstärken. Wie Zusammenarbeit in der politischen Bildung aussehen kann, zeigen Beiträge über die *Brücke/Most-Stiftung Dresden*, Austauschprogramme der *Robert-Bosch-Stiftung*, des deutsch-russischen Austauschs, des *Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Belarus* und über politische Stiftungen, die eine wichtige Rolle als Mittler zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa einnehmen. *Anhelm* und *Stratenschulte* regen über bilaterale Kontakte hinausgehende europäische Strukturen der politischen Bildung an. Wie ein solches Netzwerk aussehen könnte, in welchem Grad es von der EU nicht nur finanziert, sondern auch inhaltlich gesteuert wird und welche Auswirkungen das wiederum auf die vielen freien Träger der politischen Bildung hat, bedürfe weiterer Diskussion.

Der Wandel im östlichen Europa stürzt die politische Bildung keineswegs in eine Existenzkrise, sondern stellt sie vor die neue Aufgabe, die Veränderungen in Osteuropa und ihre Auswirkungen zu erklären sowie über die Grenzen der Europäischen Union hinaus Brücken zwischen Ost- und Westeuropa zu bauen. Das Themenheft der Zeitschrift Osteuropa liefert dazu die nötigen inhaltlichen und methodischen Impulse und ermutigt die politische Bildung, neue Wege zu beschreiten.

Katrin Bergholz

Walter Bender/Maritta Groß/HelgaHeglmeier (Hrsg.): Lernen und Handeln. Eine Grundfrage der Erwachsenenbildung – Schwalbach/Ts. 2004, Wochenschau Verlag, 414 Seiten

Die 28 Beiträge dieses Sammelbandes sind dem Bamberger Hochschullehrer für Andragogik, *Jost Reischmann*, zum 60. Geburtstag gewidmet. Unter den 42 Autorinnen und Autoren findet man viele, die Rang und Namen in Lehre und Forschung der Erwachsenenbildung haben; es geht also vornehmlich um eine erwachsenenpädagogische Perspektive. Die Beziehung von Lernen und Handeln ist ein altes, immer wieder variiertes und umstrittenes Thema in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, von daher nimmt man den Band mit regem Interesse in die Hand. Handlungsorientierung bedeutete in den Selbstverständnisdebatten der 70er Jahre die Betonung einer engen Verbindung politischer Bildung, politischer Ziele und politischen Handelns, heute gebietet u. a. der pädagogische Takt etwas mehr Zurückhaltung. Gleichzeitig hat sich die Begriffsbedeutung etwas verschoben, jetzt verbindet man mit Handlungsorientierung eher eine ganzheitliche, die praktischen Dimensionen einbeziehende Seminarkultur. In der allgemeinen Erwachsenenbildung haben sich die oben angedeuteten Skrupel aber weniger gehalten und in der beruflichen bzw. betrieblichen Bildung stehen Praxisbezug und Nützlichkeitserwägungen ohnehin obenan.

Wie immer aber bei einer Festschrift mit einer solchen Zahl an Beiträgen stellt man schnell fest, dass die Verfasser/-innen sich sehr unterschiedlich und nicht immer auf die thematische Rahmung beziehen. Es geht auch nicht um konkrete Projekte, Konzepte und Ansätze der Handlungsorientierung sondern – wie der Herausgeber und die Herausgeberinnen im Vorwort erläutern – um „bildungstheoretische und didaktische Analysen sowie Berichte über empirische Forschungen, die den Zusammenhang von Ler-

nen und Handeln in seiner ganzen Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit ausloten."

Bender, Groß und *Heglmeier* haben die Abhandlungen nach vier Gesichtspunkten geordnet: erstens finden wir grundsätzliche bildungstheoretische Reflexionen, zweitens Beiträge zur allgemeinen und politischen Bildung und im dritten Teil solche zur beruflichen und politischen Bildung, abschließend werden Fragen pädagogischer Professionalität erörtert.

Der Fülle und Breite des Bandes kann in dieser Besprechung nicht annähernd Genüge getan werden. Die folgenden Hervorhebungen von einzelnen Beiträgen entsprechen entweder dem Interesse des Rezensenten oder unterstellen eine gewisse Relevanz für die politische Bildung.

Walter Bender verteidigt auf anspruchsvolle aber überzeugende Weise die Bedeutung des Subjektbegriffes für eine kritische Bildungstheorie und Praxis. Er setzt sich dabei von konstruktivistischen, system- und kompetenztheoretischen Verständnissen ab, welche die Annahmen subjektiver Souveränität unterminieren.

Aus konstruktivistischer Sicht „antworten" gewissermaßen *Rolf Arnold* und *Horst Siebert*. Während *Rolf Arnold* den Deutungsmusteransatz um einen Emotionsmusteransatz erweitert sehen möchte, hegt *Siebert* mit konstruktivistischer Skepsis die aus seiner Sicht in der Vergangenheit oftmals überzogenen Erwartungen an handlungsorientiertes Lernen ein.

Petra Grell und *Peter Faulstich* befassen sich mit dem Thema Lernwiderstände aus subjekttheoretischer und teilnehmerorientierender Perspektive und erläutern ihr Modell einer „forschenden Lernwerkstatt", um Lernhemmnisse einer individuellen Reflexion zuzuführen.

Aus Sicht der politischen Bildung plädiert *Klaus-Peter Hufer* für die immer wieder mal als Aktionismus und tendenzielle Überwältigung kritisierte Handlungsorientierung im klassischen Sinne. Ein zentraler Grund für eine solche Revitalisierung liegt für *Hufer* in der wachsenden Komplexität politischen und staatlichen Handelns und der damit verbundenen Aufwertung von Bürgertugenden und Bürgergesellschaft. *Gerhard Strunk* verteidigt in einer längeren Auseinandersetzung die allgemeine Weiterbildung gegen ihre gegenwärtig vielerorts forciert betriebene Ausrichtung auf das Leitziel der Beschäftigungsfähigkeit und fordert eine ganzheitliche Bildung auch für die Lebenswelt und die politische Sphäre. Mit dem Lernen in der Erlebnispädagogik und den Outdoortrainings setzen sich auf auch für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung produktive Weise *Christiane Schwarzer* und *Joachim Koblitz* auseinander.

Die Relationierung von praktischem Wissen unter Entscheidungszwang und wissenschaftlichem Wissen unter Begründungszwang kennzeichnet *Bernd Dewe* als Professionswissen, während *Dieter Nittel* eine historisch-biografische Herangehensweise zur Erschließung andragogischer Beruflichkeit und Handlungsfähigkeit wählt. *Hermann J. Forneck* setzt sich in einer Diskursanalyse schließlich kritisch mit dem selbstorganisierten Lernen auseinander und identifiziert darin eine neue gesellschaftliche Steuerungslogik. Trotz des animierenden Titels Lernen und Handeln wird dieser Band eher solchen Lesern/Leserinnen entgegenkommen, die an den theoretischen Vergewisserungsarbeiten der Universitätsdisziplin Erwachsenenbildung interessiert sind.

Paul Ciupke

Horst Siebert: Der Konstruktivismus als pädagogische Weltanschauung. Entwurf einer konstruktivistischen Didaktik – Frankfurt a. M. 2002, VAS Verlag für Akademische Schriften, 83 Seiten

Im pädagogischen Diskurs wird der Konstruktivismus kontrovers diskutiert. Sein ernüchterndes Plädoyer für den Abbau moralisierenden Normativismus' erzeugt – angesichts wachsender Umweltzerstörung, Fremdenfeindlichkeit, sozialer Ungerechtigkeit und sozialer Atomisierung – Ängste vor Entpolitisierung und privatistischer Desillusionierung. Seine Kritiker unterstellen ihm gleichermaßen eine Tendenz zur Trivialisierung wie zur Kritik-Resistenz. Nicht zuletzt befürchten manche einen konstruktivistischen Abgesang auf die Pädagogik – als radikaler Konsequenz, alles didaktische Denken und Handeln als moralisch illegitim zu verwerfen.

Horst Siebert unternimmt im vorliegenden Kurzbeitrag den Versuch, konstruktivistische Orientierungen auf der theoretischen Ebene der Pädagogik wie auf dem Handlungsfeld der didakti-

schen Praxis in Bezug auf Lerninhalte, -umgebungen, -methoden, -systeme etc. neu zu interpretieren, seine Anregungsgehalte zu benennen und zu erläutern, ohne seine Grenzen und Risiken zu verkennen.

So skizziert er zunächst im nicht klassisch-linearen, oft etwas chaotisch-unstrukturierten Stil in kurzatmigen „Annäherungen" die interdisziplinäre Perspektive der konstruktivistischen Erkenntnistheorie (Neurobiologie/Gehirnforschung, Kognitionswissenschaft, Psychologie, Kybernetik etc.). Deren Reiz besteht für ihn v. a. in der Neubeantwortung anthropologischer Schlüsselfragen bezüglich des menschlichen Wahrnehmens, Erkennens, Lernens und Handelns – wie sie jedem pädagogischen Paradigma prämissenhaft zugrunde liegen.

So stellt für ihn die differenzierte kognitive Beschreibung von Lernprozessen auf den Ebenen der Sach-, Psycho- und Handlungslogik eine wesentliche Erweiterung des Spektrums von Erkenntnismöglichkeiten in der reflexiven Moderne dar.

Der konstruktivistisch verstandene Lernbegriff geht von der Beobachtung der Selbstorganisation des Nervensystems aus und nimmt an, dass kognitive Prozesse emergent, kontingent und zirkulär verlaufen. Er unterstellt, dass Bedeutungsmuster selbstreferentiell entwickelt werden und Lernen sich in biographischen Kontexten und individuell konkreten Situationen („Situierte Kognition") vollzieht. Mit dieser Annahme werden Vorstellungen absoluten Wissens und feste Wahrheitsbezüge demontiert, menschliches Wissen als konstruiert relativiert, Spielräume für mehr Reflexivität bzw. Autonomie eröffnet.

In diesem Zusammenhang wird bei *Siebert* schnell klar, dass er alle konstruktivistischen Theoreme zur Vernunftfähigkeit des Menschen, v. a. die Neubegründung der Autonomie, unmittelbar an das Prinzip der ethischen Verantwortung ankoppelt. Für *Siebert* hängen Autonomie und Verantwortung zusammen, konstruktivistisches Denken und öffentliche, ethische Perspektiven.

Aus diesem Anspruch heraus entwickelt er eine normative Interpretation des Konstruktivismus: entgegen seinem Ruf, der Konstruktivismus spiele einem verantwortungslosen Anormativismus zu, verweist er auf seinen impliziten Wertegehalt hinsichtlich der ethischen Schlüsselkategorien: Toleranz und Verantwortung.

Eben weil der Konstruktivismus die Einsicht fördert, dass alles Wissen subjektiv ist, erweitert er den Toleranzhorizont gegenüber Andersdenkenden. Gerade weil er die Erkenntnis freisetzt, dass wir freie bzw. nicht-determinierte Denker und Entscheidungsträger sind, drängt er Einzelne zur Verantwortung gegenüber sich und anderen.

Bilanzierend besteht der Entwurf einer konstruktivistischen Didaktik – vor dem Hintergrund seiner verantwortungsethischen Implikationen – nach *Siebert* i. S. der Selbstorganisation von Lernprozessen in einer lebensweltlich orientierten „Animations- statt Belehrungsdidaktik". Nützlichkeitsorientierte Lernmaßstäbe epistemischer Wirklichkeitskonstruktion müssen mit human-, sozial- und umweltverträglichen Kriterien verknüpft werden. Methoden, die darauf angelegt sind, gewohnt Erlerntes zu verlernen (reframing-Prinzip), müssen mit Interessen des Gemeinwohls, der Menschheit und Zukunft in Einklang gebracht werden.

Mit dieser re-normativierenden Interpretation des Konstruktivismus und seiner Einbettung in pädagogisch-didaktische Konzepte löst *Siebert* viele Widersprüche und Befürchtungen innerhalb der pädagogischen Konstruktivismusdebatte auf. Schade, dass er dies nicht immer klar und konsequent formuliert und in seiner Argumentation stringent bleibt. Dafür sind seine fragmentarischen Annäherungen durchaus inspirierend für entsprechend neu ausgelegte Diskussionen. Eine Einführung in den Konstruktivismus als pädagogische Weltanschauung – mal ganz erfrischend!

Alexandra Hepp

Kirsten Bruhns (Hrsg.): Geschlechterforschung in der Kinder- und Jugendhilfe. Praxisstand und Forschungsperspektiven – Schriften des deutschen Jugendinstituts, Wiesbaden 2004, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 336 Seiten

Mit diesem Buch wird intendiert, die Kluft zwischen der theoretischen Geschlechterforschung einerseits und der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe andererseits genauer zu beleuchten und erste Bedarfs- und Baupläne für eine Brücke, die diesen Abstand überwinden hilft, zu entwickeln. Auch

sollen bereits vorhandene Geschlechterforschungen zu Praxisfeldern der Kinder- und Jugendhilfe zusammengestellt werden.

Kirsten Bruhns als Herausgeberin spricht in ihrer Einleitung bereits den heikelsten Punkt dieses Unterfangens an: das komplexe Wechselwirkungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis. Die Kinder- und Jugendhilfe hat sich spätestens seit der Anforderung des Gender Mainstreaming, aber auch im Kontext gesellschaftlicher Modernisierung- und Ausdifferenzierungsprozesse der Frage zu stellen, wie sich die Kategorie Geschlecht in allen Bereichen der pädagogischen Praxis adäquat niederschlägt und wie sie auf die Neuverordnung von Mädchen und Jungen im Geschlechterverhältnis mit all seinen Ambivalenzen reagiert.

Der Beitrag, den die Geschlechterforschung hier leisten kann und muss, um zur Versachlichung dieser Debatte zu führen, wird eingebracht werden in ein Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis, welches nicht einseitig kausal ist in dem Sinne, „dass Wissenschaft Forschungsergebnisse produziert und Praxis diese umsetzt.“ (S.16)

Als Fazit des kurzen historischen Abrisses, den *Kirsten Bruhns* zu diesem Wechselwirkungsverhältnis entwirft, kommt sie zum Problem der großen Ungleichzeitigkeit der Erkenntnisse aller Beteiligten (Theoretikerinnen, Kommunalpolitiker, Praktiker/-innen) im Umsetzungsprozess von Befunden der Geschlechterforschung. Gerade die engagierten geschlechterbezogenen Praktiker/-innen haben oft einen derartigen Wissensvorsprung innerhalb des Feldes, dass auch sie und ihre Praxis Bedeutung für die sozialwissenschaftliche Forschung haben.

Das Buch ist im Folgenden in drei Kapitel unterteilt, in der verschiedene – in Fachkreisen der geschlechterreflektierten Kinder- und Jugendhilfe einschlägig bekannte – Autor/-innen zu Wort kommen, von denen der Großteil die Beiträge während eines Workshops des *Deutschen Jugendinstituts* im Juni 2002 zum selbigen Thema vorgestellt hatte. Ein inhaltlicher Bezug zwischen den einzelnen Beiträgen im Sinne einer Diskursentwicklung ist für mich lediglich in der einleitenden Klammer der Herausgeberin zu erkennen.

Im ersten Kapitel werden Entwicklung und der Stand der geschlechtsbezogenen Ansätze in der Kinder- und Jugendhilfe aufgezeigt und hieraus Bedürfnisse an Forschungsfelder sowie an die Qualität von Forschungsansätzen heraus formuliert:
Ulrike Werthmanns-Reppekus führt die bisher nur bruchstückartige Berücksichtigung der Geschlechterfrage in der Kinder- und Jugendhilfe, die sie aus der geschlechterdifferenzierten Datenbasis des Elften Kinder- und Jugendberichtes ableitet, sowohl auf die mangelnde Auseinandersetzung auf der fachlichen und politischen Ebene als auch auf den lückenhaften Forschungsstand zurück.

Der Beitrag von *Anita Heiliger* zeigt die Notwendigkeit von Mädchen- und Geschlechterforschung insbesondere im Entwicklungskontext von Mädchenarbeit auf. Die sich wandelnden Erscheinungsformen des Geschlechterverhältnisses zu erforschen, wird von ihr als notwendig erachtet, um Perspektiven für die Mädchenarbeit zu entwickeln und deren Ansätze und Wirkungsweisen differenziert bewerten zu können.

Mit den Forschungshintergründen von Jungenarbeit beschäftigen sich *Ralf Puchert* und *Stefan Höyng*. Für die Weiterentwicklung von geschlechtssensibler Jungenarbeit ist ihrer Ansicht nach die Evaluation der Qualität und Quantität von Jungenarbeit notwendig. Darüber hinaus sollte auch die geschlechterreflektierende Theorieentwicklung als voraussetzender Impuls von Jungenarbeit verstärkt einbezogen werden.

Corinna Voigt-Kehlenbeck bezieht sich in ihrem Beitrag auf die Umsetzung von Gender Mainstreaming durch die Vermittlung von Gender Kompetenz. Die hierfür erforderliche Wissensbasis soll durch die Geschlechterforschung erarbeitet werden, wobei die Ergebnisse und Theorien der Frauen- und Geschlechterforschung die Reflexionsbasis stellen sollen, um Fehler bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming zu vermeiden.

Einen sehr interessanten und gewinnbringenden Ansatz stellt *Maria Bitzan* in ihrem Artikel „Lernen, anders zu fragen. Methodologische Anmerkungen zum Forschungsstand in der geschlechtsbezogenen Kinder- und Jugendhilfe“ vor.

Der Fokus ist hier auf die Frage des WIE gerichtet: „Wie wird versucht, Wissen zu generieren, welche Inszenierungen nehmen Forscherinnen vor, um etwas von ihren AdressatInnen zu erfahren und in welchen Konstruktionen geht Forschung vor sich?“ (S. 161)

Sie fordert in der Geschlechterforschung eine Mehrperspektivität als Grundlage für den Theorie-Praxis-Zusammenhang. In Anlehnung an *Hagemann-White* stellt sie gerade für die Analyse der Konstruktionen der Zweigeschlechtlichkeit den „doppelten Blick“ vor, der sich sowohl auf die Erscheinungsformen der vorhandenen Geschlechter in der vorhan-

denen Ordnung richtet, als auch darauf, wie diese Erscheinungsformen konstruiert sind. Forschung soll insofern sowohl die Wechselwirkung von institutionellen Vorgaben und ihren Rückwirkungen auf subjektive Handlungsmuster klären, als auch die eigenen Forschungszugänge auf ihre Geschlechterwirkung und -konstruktionen hin reflektieren.

Der zweite Teil des Buches ist einzelnen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe und spezifischen Zielgruppen gewidmet. Für die Kindertagesstätten weisen *Dagmar Kasüschke* und *Renate Klees-Möller* auf die Qualifizierungsbedarfe einer geschlechtergerechten Praxis sowie auf Forschungsdesiderate hin. *Luise Hartwig* fordert für den Bereich der Erziehungshilfen eine Geschlechterforschung, um traditionelle Geschlechterrollenorientierungen und benachteiligende Geschlechterhierarchien aufzubrechen und eine Qualitätsentwicklung zu fördern. Mit Blick auf die politische Strategie des Gender Mainstreaming nimmt *Martina Liebe* besonders die Jugendarbeit in den Blick und fordert den Beitrag der institutionell-organisatorischen Ebene und des Organisationsverständnisses von Jugendarbeit für den Abbau von Benachteiligungen im Geschlechterverhältnis ein.

Kurt Möller hinterfragt die Wirksamkeit von Gewaltprävention in Ansätzen von Jungenarbeit. Probleme sieht er in einer mangelnden Verwendung von Forschungsergebnissen, in fehlenden Evaluationsbefunden und einer unzureichenden Zusammenarbeit von Forschung und Praxis. Auf die Gruppe der gewaltbereiten Mädchen macht *Svendy Wittmann* aufmerksam, die die Sensibilität für diese explizite Zielgruppe in Forschungsprojekten zur Jugendgewalt vermisst. *Bettina Bretländer* sieht einen Forschungsbedarf in den Lebenslagen von behinderten Jungen und Mädchen mit dem Ziel, dass behinderte Mädchen stärker in Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere in der Mädchenarbeit integriert werden.

Gegenstand des dritten – leider recht kurz geratenen Kapitels - ist die Aus- und Weiterbildung von (Sozial-) Pädagog/-innen.

Der Artikel von *Albert Scherr* und *Benedikt Sturzenhecker* thematisiert die Unterrepräsentanz männlicher Fachkräfte im Feld der Kinder- und Jugendhilfe. Sie gehen der Frage nach, wie die Attraktivität dieses „weiblichen Territoriums“ für Männer erhöht werden kann und ziehen Verbindungen zu einer bisher fehlenden Etablierung von Jungenarbeit.

Anke Spies sieht Geschlechterdifferenzierung als eine Schlüsselkompetenz für die Pädagogik an, die in sozialpädagogischen Aus- und Weiterbildungen curricular verankert werden müsse. Sie thematisiert dabei auch die Bedeutung einer berufsbiographischen Reflexion als Potenzial zur Entwicklung von Gender Kompetenz.

Im Blick auf die gesamte Veröffentlichung sei mir noch folgender Kommentar erlaubt:
Mit fällt auf, dass die Beiträge überwiegend von Frauen verfasst wurden. Das spricht für ihre äußerst hohe Kompetenz und langjährige Erfahrung in diesem Themenbereich. Die drei Beiträge von männlichen Autoren befassen sich alle explizit mit Ansätzen der Jungenarbeit. Dies spiegelt meines Erachtens die große Ungleichzeitigkeit in der Thematisierung von Gender-Aspekten wider: Wird – auch Angesichts von Gender Mainstreaming – die Mädchen- und Frauenperspektive immer stärker als integraler Bestandteil der Geschlechterfrage angesehen und auch als solcher thematisiert, „entdecken“ Männer zunächst ihren eigenen Zugang zum Thema aus „männlicher“ Sicht. Für die Etablierung der Geschlechterfrage in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe ist zu hoffen, dass Frauen und Männer die Wirksamkeit der Kategorie Geschlecht auch in den Bereichen analysieren, in denen bisher darauf nicht Bezug genommen wird, d. h. auch z. B. über Jungenarbeit hinaus in den Strukturen der Jugendhilfe.

Abschließend beurteile ich diese Zusammenschau des Forschungsbedarfs in Bezug auf Geschlecht in der Kinder- und Jugendhilfe als eine gelungene aktuelle Aufarbeitung des Themas, die die in die Thematik eingebundenen Fachkräfte in der Vertiefung eigener Erkenntnisse unterstützen kann. Möglicherweise werden auch Forscher/-innen motiviert, sich den benannten Themenfeldern zu widmen.

Es zeigt sich, wie umfassend der Bedarf an Theorieentwicklung doch noch ist und wie resistent an manchen Stellen die Rezeption von Forschungsergebnissen verweigert wird.

Offen bleibt für mich allerdings die Frage, warum es eine so große Kluft zwischen Theorie und Praxis gibt. Spekulativ behaupte ich, dass dies sich sowohl durch ein Hierarchiegefälle zwischen Theorie und Praxis begründet als auch durch eine Resistenz gegenüber der Aufdeckung von Geschlechterhierarchien, die möglicherweise durch Geschlechterforschung zutage treten würden. Diese These zu überprüfen, wäre aus meiner Sicht ein zu ergänzendes und geschlechterpolitisch ergiebiges Forschungsobjekt.

Regina Rauw

Jochen Hippler (Hrsg.): Nation-Building – Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Bonn 2003, J.H.W. Dietz Nachf., 276 Seiten

Der Sammelband des Politikwissenschaftlers *Jochen Hippler*, als Eine-Welt-Text Nr. 17 in der Schriftenreihe der sozialdemokratischen *Stiftung Entwicklung und Frieden* erschienen, ist in mehrerlei Hinsicht ein bemerkenswertes Dokument. Inhaltlich wird ein eher hemmungsloses Bekenntnis zum Nationalismus abgegeben – mit all den Mythen und Beschönigungen, die die Apologeten des Nationalstaats seit Jahrhunderten produziert haben, und speziell mit der deutschen Variante versehen, dass ein gesunder nationaler Standpunkt (Patriotismus) von einem ausgrenzenden, ungesunden Nationalismus zu scheiden sei. Formal gibt sich das als politikwissenschaftlicher Nachvollzug der politischen Entwicklung, vor allem nach den US-Kriegen in Afghanistan und Irak. Mitten in der Ära der Globalisierung mit ihren absterbenden Nationalstaaten und ihrer „postnationalen Konstellation" (Jürgen Habermas) springt also der findige Sozialwissenschaftler auf den nächsten Zug und sagt sich, darin seinem politischen Vorbild getreu: Was kümmert mich mein Globalisierungs-Geschwätz von gestern? Dieser Form ist schließlich die Parteilichkeit der strategisch-praxisorientierten Klärung kongenial. So existiert angeblich ein Doppeltes, nämlich ein problematisches, von außen aufgezwungenes, „imperiales" und ein produktives, von außen unterstütztes Nation-Building, wie *Hippler* in mehreren Ausführungen mit hoher Redundanz erläutert. Das eine Verfahren ist militärisch orientiert, das andere zivilgesellschaftlich. Und für alle, die es noch nicht verstanden haben, bringen es *Hopp/Kloke-Lesch* vom BMZ (die hier allerdings nur ihre persönliche Meinung wiedergeben) auf den Punkt: Das eine heißt angelsächsisch „Nation-Building", das andere deutsch-europäisch „Nationenbildung".

Zu diesen drei hochideologischen Angelegenheiten hätte man sich – gerade von einem kritisch aufgelegten Wissenschaftler wie *Hippler* – Nachfragen und Gegenpositionen erwartet. Leider findet sich Derartiges nur rudimentär. Der Sammelband ist wesentlich durch die genannten Vorgaben bestimmt, insbesondere durch den Problemaufriss, den *Hippler* im ersten Teil gibt. Der Einleitungsteil des Buches ist dem theoretischen Konzept des Nation-Building, d. h. Streiflichtern auf eines der ältesten, schwer belasteten Themen der Politikwissenschaft gewidmet. Der zweite Teil bringt Fallstudien (Somalia, Afghanistan, Irak, Kosovo, Nigeria), also Länderberichte, die teilweise (Beispiel Irak) in Richtung Momentaufnahme gehen. Der dritte Teil präsentiert sich politikberatend und endet mit einem Resümee *Hipplers*, das die eingangs festgestellte Doppeldeutigkeit von Fluch und Segen des Nation-Building in praktischer Hinsicht variiert.

Angedeutet wird die Problematik des Nationalismus an einigen Stellen, wenn es etwa im Blick auf entwicklungspolitische Interventionen heißt, dass man sich der „Gratwanderung zwischen Nationenbildung und Nationalismus" (S. 209) bewusst sein müsse. *Hippler* macht es sich einfach, er bekennt sich programmatisch zur Ambivalenz. Er beschwört das demokratische Potenzial in der Herausbildung moderner Nationalstaaten, auch wenn er weiß, dass der faktische Verlauf ein anderer gewesen ist und sich gerade in Deutschland die Brisanz der national geeinten Volksgemeinschaft gezeigt hat. So bewegt sich seine Argumentation in einem beständigen Zwar-Aber und bringt etwa folgende gedankliche Leistungen hervor: „Nation-Building öffnet also demokratisches Potenzial, aber nicht unbedingt die Tür zu tatsächlicher Demokratie, im Gegenteil: Herrschaft ‚im Namen' der Nation kann repressiver sein als Feudalismus oder Gottesgnadentum …" (S. 26) Man kann also die nationalistische Perspektive bejahen, wenn man von ihren wirklichen Leistungen absieht und sich auf die Möglichkeiten konzentriert, die sie bieten könnte …

Den unmittelbaren und eklatanten Widerspruch zum Globalisierungs-Diskurs, der ja seit einiger Zeit die sozialwissenschaftliche Bühne beherrscht, greift *Rainer Tetzlaff* in einem eigenen Beitrag auf und beginnt gleich mit der rätselhaften Bemerkung, dass möglicherweise Globalisierung und Nationalismus als „harmonische Partner per se perzipiert" würden. Damit leitet der Autor, der in seinem Aufsatz auch kurz gegen das „modische Gerede über das angebliche Ende des Nationalstaates" (S. 31) polemisiert, seinen versöhnlichen Schluss ein, der die unversöhnlichen Erklärungen schlicht für kompatibel erklärt. „Auf den ersten Blick könnten Globalisierung und Nationalismus als ein logischer Widerspruch erscheinen" (S. 32), räumt Tetzlaff ein, aber nur, um den Widerspruch dann der Realität in die Schuhe zu schieben, da sich in dieser weniger Lineares, sondern „viel eher die Gleichzeitigkeit widersprüchlicher Verläufe" (S. 33) finden lasse. Auch

wenn *Tetzlaff* oder *Hippler* nicht zu den modernen Denationalisierungs-Theoretikern gehören mögen, bleibt dies eine erstaunliche Übereinstimmung mit dem modischen Gerede.

Die Parteilichkeit für das deutsche bzw. europäische, entwicklungspolitisch gedachte Modell der Nationenbildung wird in dem Buch nicht problematisiert. Natürlich kennen die Autoren zahlreiche Bedingungen und Faktoren, die auch den nicht-imperialen, zivilgesellschaftlich orientierten externen Beistand scheitern lassen. Doch diese sind nur Beleg dafür, wie schwierig und konzeptionell klärungsbedürftig das Unterfangen ist. Im Grad der Idealisierung unterscheiden sich gelegentlich die Beiträge, ohne dass dies eine besondere Konsistenz aufweist. So rücken einerseits die Realisten aus dem BMZ, die *Hipplers* national-bildenden „Dreiklang" aus nationalistischer Ideologie, gesellschaftlicher Integration und „State-building" teilen, den letzten Punkt an die erste Stelle: Das allererste Erfordernis (so sehen es übrigens auch die amerikanischen Besatzer im Irak) ist die Herstellung einer „von der Zivilgesellschaft akzeptierten Staatlichkeit", also die „Sicherung des Gewaltmonopols" (S. 199). Bei *Hippler* rangiert das Gewaltmonopol, gewissermaßen als Nachtrag, an letzter Stelle (S. 23, 264), während das geistige Band des Nationalen die eigentliche Triebkraft zu sein scheint. Andererseits schlagen sich *Hopp/Kloke-Lesch*, die gerade über entwicklungspolitische Interventionen von außen nachdenken, bedingungslos auf die Seite eines Völkerbund-Idealismus à la *Woodrow Wilson*, der nur das jeweilige Volk als das wahre Subjekt von Nation und Nationalismus kennen will (vgl. S. 200). Solche Autoren werden wohl auch die Legende glauben, dass es sich bei den Vereinten Nationen um vereinte Nationen handelt.

Johannes Schillo

Norbert Blüm/Heiner Geißler/Rupert Neudeck: Nach dem Krieg. Vor dem Frieden. Wie es weiter gehen kann – Freiburg u. a. 2003, Herder Verlag, 160 Seiten

Im Sommer 2003 – die rot-grüne Regierung hat Deutschland in zwei Kriege geführt und beim letzten gerade eine Auszeit genommen, im Irak beginnen die USA nach ihrem militärischen Überfall die nicht minder gewalttätige Nachkriegsära, die weiteren Kandidaten auf der Achse des Bösen sind zum Abschuss vorgemerkt – beteiligt bzw. bedient sich auch der Herder Verlag publizistisch am neu aufgelebten friedensbewegten Interesse. Drei linke Leute von rechts werden mit ihren etwas disparaten, aber gemeinsam auf das Thema Krieg bezogenen Texten in einem Band vorgestellt, der mit seiner idealistischen Umformulierung des realistischen Spruchs „nach dem Krieg ist vor dem Krieg" gleich zu erkennen gibt, dass er sich gegen den Mainstream auf der Schiene des Querdenkertums bewegen will.

Autoren sind die zwei Elder Statesmen, Ex-Bundesminister und bekannte innerparteiliche Unruhestifter der CDU, *Blüm* und *Geißler*, sowie der nicht weniger rührige Publizist und NGO-Aktivist *Neudeck*, der durch die Gründung der weltweit engagierten Hilfsorganisation *Cap Anamur* bekannt wurde (an deren Demontage er kurz nach der Veröffentlichung, beim Konflikt der Anamur-Schiffsmannschaft mit der europäischen Flüchtlingspolitik im Mittelmeer, mitwirkte). Was sie liefern, sind im Grunde Laienpredigten, mehr oder weniger weit ausholende, auch biographisch unterfütterte Räsonnements über – und das gilt buchstäblich – Gott und Welt. Einig sind sie sich darin, dass es um die Welt besser bestellt wäre, wenn sich die Menschheit stärker an den hohen Idealen und höheren Werten christlich-abendländischer Bauart orientieren würde.

Neudeck bekennt sich zur idealistischen Tradition der deutschen Philosophie, zu Kants kategorischem Imperativ und seiner Schrift über den ewigen Frieden, also zu dem, was man als Bildungsbürger kennt und was dann beim Kant-Jahr als europäisches Erbe aufgebahrt wurde. Bei *Blüm* sind es vor allem die in Stein gehauenen, aber beweglich anzuwendenden Prinzipien der katholischen Soziallehre, die Orientierung bieten, bei *Geißler* Rückblicke auf Urchristentum und Kirchenväter, was dann aber durch einen Ausblick auf *Attac* abgerundet wird. Es werden jedenfalls, gerade von den beiden Christdemokraten, ungewöhnliche Töne laut, über „Imperialismus" und „Kapitalismus", über die „Verwirtschaftung" der Politik und die westliche Kreuzzugsmentalität. Dabei ist vor allem der unter der US-Weltordnung betriebene Globalisierungsprozess Zielscheibe der Kritik.

Geißler belässt es nicht dabei, den imperialistischen Charakter der

amerikanischen Präventivkriegslogik herauszustellen. Er erinnert daran, dass sich die Europäische Union im Sommer 2003 derselben Logik angeschlossen und das Recht auf kriegerische Prävention in ihre außenpolitische Strategie aufgenommen hat. Von den militärischen Fragen ausgehend kommt *Geißler* dann zu einer Art Systemkritik, die die politökonomischen Grundlagen der modernen Weltpolitik ins Visier nimmt („Kapitalismus produziert Anarchie"). Die beiden Christdemokraten halten den Gegensatz von Kapital und Arbeit für einen gesellschaftlichen Grundkonflikt – wollen ihn aber in einem nichtmarxistischen Sinne verstanden und dann politisch gelöst wissen. Während *Blüms* Überlegungen auf eine „Renaissance des alten Europa" hinauslaufen, führen *Geißlers* Argumente in Richtung der modernen Globalisierungskritik.

Gemeinsam ist den drei Beiträgen das Kontrafaktische, der Einspruch gegen die Macht der weltpolitischen Realitäten, die die drei älteren Herren einfach nicht wahrhaben wollen. Brutal nach den Regeln der Mediendemokratie gesprochen, handelt es sich ja um abgehalfterte Figuren des politischen und öffentlichen Lebens, die die Zeit, also die Fakten, die die gegenwärtige Macher-Generation setzt, nicht mehr verstehen – und zu einer Art von Dissidenz gelangen. So trat *Blüm* auf den Demonstrationen des Jahres 2004 auf, um seiner Fassungslosigkeit angesichts der zunehmenden Angriffe auf den Sozialstaat Ausdruck zu verleihen, nachdem er jahrelang diese Konsequenzen mit vorbereitet hatte. Das Buch lebt vom Bedürfnis eines Rückrufs solcher Fehlentwicklungen. Im Übrigen ist es eine Protest- und Bekenntnisschrift, wie sie früher, zu Zeiten der Friedensbewegung der 80er Jahre, typischerweise von links kam. Nach den Wahlen vom Herbst 2005 hat diese sozial-ethische Stellungnahme vielleicht eine neue Gelegenheit, für Quertreibereien gegen den großen demokratischen Parteienkonsens in Deutschland zu sorgen.

Johannes Schillo

Dieter Ruloff: Wie Kriege beginnen – Ursachen und Formen. 3., völlig neu bearbeitete Auflage, München 2004, Verlag C. H. Beck, 216 Seiten

Die Frage, wie Kriege beginnen, ist nicht gerade von brennendem Interesse, möchte man meinen. Dass Politik-Professor *Dieter Ruloff* von der Universität Zürich der Frage jetzt in dritter Auflage nachgeht, hat einen speziellen Hintergrund: Es handelt sich darum, einen Bestseller zu aktualisieren, der aus einer anderen Epoche, nämlich dem legendären Atomzeitalter, der Blockkonfrontation von West und Ost, stammt. In dieser Zeit war das Kriegsthema mit all seinen Varianten publizistisch en vogue. *Ruloffs* Opus (1. Auflage 1985, 2. 1987) gehörte zwar nicht zu den friedensbewegten, sondern zu den distanziert wissenschaftlichen Publikationen. Doch ähnlich wie bei den tendenziell pazifistischen und heute realistisch gewendeten Friedensforschern (vgl. die Rezension zu *v. Bredow* in AB 2/01) erscheint solche sachliche Kriegsursachenforschung im Rückblick zusätzlich dubios.

Angesichts des letzten Golfkriegs 2003, den der US-Präsident Monate vorher ankündigte und dann mit der Handlungsfreiheit einer Supermacht durchsetzte, wirkt die Aufklärung von *Ruloff*, „dass Krieg keine Art Naturereignis ist, sondern von Menschen erdacht und dann gemacht wird" (2004, S. 6), natürlich nicht besonders sensationell. Von wem soll er sonst gemacht werden? Und ist es zum aktuellen Verständnis nötig, eine Liste von 165 Kriegen seit 1792 abzuarbeiten? Bedeutet es nicht eher eine Verrätselung, wenn man die Sache so kompliziert macht? Wenn man z. B. bei all diesen Kriegsfällen aus 200 Jahren immer wieder neu die Frage nach der Entstehung stellen soll, um so „Anschauungsmaterial" zu erhalten, „das Stoff zum eigenen Nachdenken liefert", da „kein tieferes Verständnis ohne Beispiele" (2004, S. 21) möglich ist. Vielleicht ist dieser Weg, „nach Analogien Ausschau zu halten" (1987, S. 139), ja überhaupt ein Umweg, wenn es erstens um Erklärung und zweitens um die heutige Situation geht.

Die Frage stammt, wie gesagt, aus der Zeit des Ost-West-Gegensatzes, als es herrschende Ideologie im Westen war, dass man selber weder Kriegsbereitschaft noch -vorbereitung kennt, sondern nur in Sachen Kriegsverhütung tätig ist, mehr oder weniger sachzwanghaft eingebunden in einen Rüstungswettlauf, der seine Dynamik durch den Kriegswillen der anderen, nämlich sowjetischen Seite erhält. Diese Lebenslüge der NATO – dass man immer nur auf eine gigantische

Vorrüstung des Feindes reagiert – ist nach 1990 ohne großes Federlesen aus dem Verkehr gezogen worden. Genau so leger geht der Politik-Professor mit seinen Einlassungen von damals um. In der alten Publikation unterstellte er die Kriegsverhütungs-Doktrin der NATO und kannte damit folgendes Problem der Kriegsentstehung: „Sollten die ‚Sicherungen' einmal durchbrennen, dann müssten die zu Abschreckungszwecken beschafften Waffen in Umkehr ihrer zugedachten Funktion auch eingesetzt werden." (1987, 7) Dabei stützte sich *Ruloff* auf einen angeblichen Expertenkonsens, „dass Krieg in Europa allenfalls als Überfall des Warschauer Pakts mit nachfolgendem Blitzkrieg noch denkbar ist" (1987, S. 140). Demzufolge bestand die Gefahr darin, dass der Osten zum Präventivkrieg bereit sei – eine Kriegsvorstellung, zu der sich „im westlichen strategischen Denken, das wesentlich auf Defensive, Kriegsbegrenzung/begrenzten Krieg und politische Kontrolle eines Krieges eingerichtet ist, nicht die geringste Entsprechung" finde (1987, S. 141).

Das ist schon eine bemerkenswerte Position – nicht erst im Rückblick. Denn die Friedensbewegung der 80er Jahre wurde ja gerade durch publizistische und politikwissenschaftliche Analysen motiviert, die einigermaßen überrascht eine westliche Kriegsbereitschaft entdeckten. So wurde die mit der Nachrüstung auf den Weg gebrachte präventive „Enthauptungsstrategie" des Westens vielfach von friedensbewegten Experten an den Pranger gestellt. Entsprechend der NATO-Linie wurde das damals in *Ruloffs* Buch ignoriert. Rund 20 Jahre später gibt es die NATO-Linie nicht mehr, und der Politik-Professor stellt sich um. Nun ist ihm auf einmal die damalige Möglichkeit der USA bekannt, „einen ‚präemptiven' Entwaffnungsschlag gegen das Nuklearwaffenpotenzial der Sowjetunion zu führen" (2004, S. 194f.) – zumindest rein hypothetisch. Und es wird, als Einblick in die Sichtweise der anderen Seite, *Gorbatschows* Statement zitiert, mit der Nachrüstung habe der Westen seinem Land die Pistole an die Schläfe gesetzt. Im Zuge der neuesten Erklärungen von amerikanischer Seite zur Nationalen Sicherheitsstrategie ist *Ruloff* auch bekannt, dass die USA solche präemptiven Optionen explizit für sich in Anspruch nehmen. Doch will der Professor hier nicht – wie früher im Fall der SU – Kriegstreiberei am Werk sehen, denn es gebe noch amerikanische Bedenken, offen von „Prävention" (statt „Präemption") zu sprechen, auch könne man den Krieg als Mittel der Politik nicht grundsätzlich verwerfen etc. (2004, S. 188f.).

Diese Parteilichkeit zeigt sich ebenfalls bei der Liste der 165 Kriege, deren Vorstellung den größten Teil des Buches ausmacht. Die Fälle werden unter acht Kategorien subsumiert, wobei die letzte (ungewollter/zufälliger Krieg) im Grunde fiktiv ist. Die Konstruktion der Rubriken und die jeweilige Subsumtion wären eine eigene Diskussion wert. Bei *Ruloff* erscheint z. B. der Massenmord 1994 in Ruanda unter der Rubrik „begrenzter Krieg", in anderen Publikationen wird die Zuordnung des „Genozids" zum Krieg gerade kategorisch bestritten (vgl. Robert Stockhammer, Ruanda, 2005). Der terroristische Anschlag vom 11. September läuft eigenartigerweise unter der Rubrik „Überfall und Blitzkrieg", der US-Überfall auf Afghanistan oder Irak dagegen unter der Rubrik „Risikopolitik".

Erkennbar ist insoweit bei *Ruloff* die Konstante, die westliche Kriegsbereitschaft zu verharmlosen. Dies betrifft neben dem Hauptteil die einführenden Bemerkungen, die die Problemstellung bekannt machen, wie den abschließenden „Rückblick und Ausblick". Dort sieht er den Kant'schen Traum vom „Ewigen Frieden" kurz vor seiner Verwirklichung, zumindest in der „industrialisierten Welt" mit ihrer wirtschaftlichen Verflechtung, „die Krieg untereinander zum Schuss in das eigene Bein macht" (2004, 199) – und damit ausschließt. Die Tatsache, dass die USA gerade im Broader Middle East Krieg führen, wobei viele wirtschaftliche Verflechtungen leiden und alten Bündnispartnern brutal ins Knie geschossen wird, muss der Autor dafür nur ignorieren.

Wie diese Beschönigung des US- bzw. NATO-Kriegswillens funktioniert, sei an einem letzten Beispiel demonstriert. Für seinen (explizit beruhigend gemeinten) Merksatz „Demokratien führen mit anderen Demokratien keine Kriege" (2004, S. 199) kennt *Ruloff* neben der Wirtschaft noch ein anderes Argument, nämlich eine wissenschaftliche Autorität: Der US-Politologe *Joseph S. Nye* habe festgestellt, dass die Rivalität zwischen Amerikanern und Europäern nie militärisch eskalieren könne, da sie sich auf den so genannten Bereich der soft power beschränke. Wer will, kann das in *Nyes* Buch über das „Paradox der amerikanischen Macht" nachlesen (vgl. die Rezension in Praxis Politische Bildung 4/03). Dann wird er feststellen, dass *Nye* sich als oppositioneller Intellektueller versteht, der gegen den herrschenden Trend unter der Bush-Administration darauf besteht, dass die Bedeutung der soft power nicht ganz in Vergessenheit gerät.

Johannes Schillo

Hans Günter Hockerts/Christiane Kuller (Hrsg.): Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland? – Göttingen 2003, Wallstein Verlag, 286 Seiten

Im August 2000 beschloss der Bundestag die Gründung der *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft*, aus der mit Mitteln des Bundes und der deutschen Wirtschaft inzwischen mehr als 1,6 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter entschädigt wurden. Vorgeschichte und Zustandekommen der Stiftung waren von großem öffentlichen Interesse begleitet und rückten neben dem Schicksal vieler bis dahin nahezu vergessener NS-Opfer auch den gesamten Komplex Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts wieder stärker ins Blickfeld.

Neben dem genannten Fonds zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter ist das Thema Wiedergutmachung einer breiteren Öffentlichkeit vor allem durch das 1953 in Kraft getretene Luxemburger Abkommen mit Israel bekannt. Dass dies zwar wichtige, aber bei weitem nicht die einzigen aufschlussreichen Aspekte der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte sind, verdeutlicht der von *Hans Günter Hockerts*, Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der *Ludwig-Maximilians-Universität München*, und *Christiane Kuller*, Assistentin des Lehrstuhls, herausgegebene Sammelband. Er dokumentiert die Beiträge des dritten *Dachauer Symposiums* zur Zeitgeschichte aus dem Jahr 2002 in einer für den Druck überarbeiteten Fassung.

Autoren aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen beleuchten darin die Entwicklung der Wiedergutmachung seit 1945, ihre Phasen und Formen, Leistungen aber auch Mängel. Biographische Bezüge zum Schicksal ehemaliger NS-Verfolgter finden dabei, wenn auch in geringerem Ausmaß, ebenfalls Berücksichtigung. Der Sammelband dokumentiert damit den damaligen Forschungsstand der Wiedergutmachung, dem mittlerweile neuere Studien wie die 2005 erschienene Gesamtdarstellung von *Constantin Goschler*, seit langem als Experte auf diesem Gebiet ausgewiesen und auch einer der Autoren des vorliegenden Sammelbands, gefolgt sind.

Der einleitende Beitrag von *Hans Günter Hockerts* vermittelt zunächst einen grundlegenden Überblick über die wichtigsten Etappen der Wiedergutmachung – einen Begriff, der im Buchtitel zwar mit Fragezeichen versehen ist, den *Hockerts* aber trotz all seiner Umstrittenheit für unverzichtbar hält, da er eine Vielzahl von Handlungsfeldern umspannt. Anhand sechs dieser Handlungsfelder (Rückerstattung von den Verfolgten entzogenen Vermögenswerten; Entschädigung für personenbezogene Schäden; Sonderregelungen auf verschiedenen Rechtsgebieten, z. B. in der Sozialversicherung; juristische Rehabilitierung; zwischenstaatliche Abkommen; ideelle und symbolische Wiedergutmachung) zeichnet er im Folgenden ein facettenreiches Bild der Wiedergutmachung in Deutschland mit all ihren Widersprüchen und vor allem Unzulänglichkeiten.

Dabei wird auch deutlich, dass Wiedergutmachung die „Verfolgungswirklichkeit“ nie nur abgebildet hat, sondern stets mit „Strukturen, Ideen und Interessen“ der jeweiligen Zeit verwoben war. Politische Machtverhältnisse, gesellschaftliche Normen oder mentale Prägungen sowie die jeweilige Sicht auf die Vergangenheit waren vielmehr ausschlaggebend dafür, welche Aspekte der Verfolgungsgeschichte als NS-Unrecht wahrgenommen wurden und welche nicht, welche Verfolgungsgruppen politische bzw. rechtliche Anerkennung fanden und welche nicht, oder welche Ansprüche der Gesetzgeber für angemessen hielt. Insofern gibt die Geschichte der Wiedergutmachung in besonderer Weise auch darüber Aufschluss, wie sich die deutsche Gesellschaft seit 1945 mit ihrer NS-Vergangenheit auseinander gesetzt hat.

Christiane Kullers Beitrag über die Dimensionen nationalsozialistischer Verfolgung widmet sich der Frage, warum Menschen im NS-Regime verfolgt wurden, und rückt damit die Erfahrungen der Opfer in den Mittelpunkt. Ihre Ausführungen verdeutlichen, weshalb spätere Entschädigungsregelungen dem erlittenen Unrecht oft nur unzulänglich Rechnung trugen, denn nicht die Art der Verfolgung, sondern die nicht immer eindeutige Motivation der Verfolger definierte die Berechtigungskriterien. Von individueller Wiedergutmachung nach den westdeutschen Entschädigungsregelungen blieb die Mehrzahl der Opfer der NS-Verfolgung lange Zeit ausgeschlossen, da sie den für die Anerkennung des Entschädigungsanspruches notwendigen territorialen Bezug zum Deutschen Reich bzw. Deutschland nicht herstellen konnte.

Die Qualität der administrativen und gerichtlichen Umsetzung der Rückerstattung in Westdeutschland und das Verhalten rückerstattungspflichtiger „Ariseure“ beleuchtet der

Beitrag von *Jürgen Lillteicher*. Er zeigt dabei in anschaulicher Weise auf, dass die Rückerstattung von Anfang an bis zu ihrem Ende in den 1960er Jahren von erheblichen Konflikten, Widerständen und – wenn auch nicht unbedingt systematischen – Versuchen begleitet war, die Rückerstattung aufzuhalten oder sogar ganz rückgängig zu machen. So verdeutlicht beispielsweise der Streit um die Besteuerung restituierten Eigentums, welch immense Bedeutung alliierter Kontrolle zukam, um Angriffe auf die Ergebnisse der Rückerstattung oder auf das Rückerstattungsprogramm als Ganzes zu verhindern.

Kritisch mit der Rechtsprechung zur Entschädigung von NS-Unrecht setzt sich *Cornelius Pawlita* auseinander. Im Mittelpunkt seines Beitrags steht dabei der Begriff der politischen Verfolgung, dem aus seiner Sicht aufgrund der Konturenunschärfe bis heute umstrittensten Begriff im Zusammenhang mit individuellen Entschädigungen. Anhand zahlreicher Urteile zeigt *Pawlita*, Sozialrichter in Frankfurt/Main, auf, welche Folgen die Unbestimmtheit der gesetzgeberischen Vorgaben des Begriffs für die Rechtsprechung einer zudem politisch belasteten Richterschaft gegenüber den unterschiedlichen Verfolgtengruppen hatte und zu einer restriktiven Entscheidungspraxis vom Bundesgerichtshof bis hin in andere Instanzen führte.

Personelle Kontinuität steht auch im Mittelpunkt des Beitrags von *Alfons Kenkmann*, der die Geschichte von Raub und Rückerstattung am Beispiel einer verfolgten jüdischen Frau und eines an Vermögensentzug und -rückgabe beteiligten Finanzbeamten dokumentiert. Dieser – während der NS-Zeit als Leiter der Dienststelle für die Einziehung von Vermögenswerten deportierter Juden tätig – ist nach dem Krieg zunächst für die Bearbeitung von Wiedergutmachungsangelegenheiten zuständig und steigt schließlich zum Finanzgerichtspräsidenten in Düsseldorf auf. Zu sehr dominiert jedoch die Schilderung der persönlichen Karriere des Beamten das nur – sicherlich auch aus der Quellenlage begründet – recht dürr beschriebene Schicksal seines jüdischen Opfers. Der im Titel des Beitrags versprochene biographische Zugang wird damit nur unzureichend eingelöst.

Wenig überzeugend ist auch der Beitrag von *Tobias Winstel*, der sich mit der Bedeutung der Wiedergutmachung im Leben NS-Verfolgter auseinander setzt. Gerade zu dieser Thematik geben jedoch, wie Winstel auch selbst eingesteht, die schriftlichen Quellen nur unzulänglich Auskunft. Zeitzeugenbefragungen wären da sicherlich aufschlussreicher gewesen. Störend wirken sich in dem Beitrag zudem manche ungeschickten, weil missverständlichen Formulierungen aus.

Dass die beiden deutschen Staaten auch in der Frage der Wiedergutmachung sehr unterschiedliche Wege beschritten haben, zeigt der ausgezeichnete Beitrag von *Constantin Goschler*. Anhand einer vergleichenden Analyse der politischen Entscheidungsprozesse, der rechtlichen Regelungen sowie der Praxis der Maßnahmen zugunsten NS-Verfolgter werden die unterschiedlichen Ansätze und Auswirkungen der Behandlung der Wiedergutmachungsfrage deutlich. Nach der Wiedervereinigung erfolgte auch in diesem Bereich eine Angleichung des Ostens an den Westen. Störend auf dem Weg zur „inneren Einheit“ wirkten sich dabei allerdings die unterschiedlichen mit der Wiedergutmachung verbundenen Narrative der nationalsozialistischen Verbrechen in der Bundesrepublik und in der DDR aus.

Die Beiträge von *Christian Staffa* über die *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* und von *Dietmar Süß* über das *Maximilian-Kolbe-Werk* widmen sich zwei vom Gedanken der Versöhnung getragenen gesellschaftlichen Initiativen aus dem protestantischen und dem katholischen Bereich. Beide Initiativen richten ihre Hilfsangebote vor allem an ausländische NS-Verfolgte. Sie konnten damit insbesondere auch in der Zeit des Kalten Krieges über Grenzen hinweg in Bereiche „unterhalb“ der Ebene staatlicher Rechtsakte vordringen und bis dahin von Entschädigungsleistungen ausgenommene Personengruppen erreichen.

Der Entstehung und den bisherigen Leistungen der bereits erwähnten *Bundesstiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* widmet sich der Beitrag von *Günter Saathoff*, der als Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der Grünen an verschiedenen Initiativen zugunsten vergessener Opfergruppen mitgewirkt hat und heute Vorstandsmitglied der Stiftung ist. Er führt vor Augen, dass die Errichtung der Stiftung trotz aller Unzulänglichkeiten der getroffenen Regelungen unter eine Jahrzehnte lang währende Kontroverse einen Schlusspunkt setzte: die Anerkennung des Zwangsarbeitereinsatzes als NS-Unrecht und den Schadensausgleich für die Opfer. Dass die Vereinbarung zwischen der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung allerdings nur unter dem Eindruck amerikanischer Sammelklagen zustande kam und auf einem Tausch humanitärer Leistungen

gegen Rechtsfrieden beruht, sei an dieser Stelle noch einmal betont.

Ebenso wie *Barbara Distel* in ihrem Beitrag über Lücken im Netz der Entschädigung erinnert *Saathoff* aber auch an die vielen Opfer, für die die getroffenen Regelungen zu spät kamen, weil sie zwischenzeitlich verstorben sind. Nach der breiten Diskussion im Zuge der Errichtung der Bundesstiftung scheinen zudem die Opfer und ihr Schicksal wieder nahezu völlig aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt zu sein. Insofern erscheint die Frage von *Barbara Distel* nur allzu berechtigt, ob der oft zitierte „Wertewandel" der öffentlichen Meinung in der Diskussion um die vergessenen Opfer und die Frage der Entschädigungen das Wissen in der Bevölkerung, aber auch bei Politikern und anderen Eliten, um das unendliche Leid und die unwiederbringlichen Verluste der Opfer tatsächlich befördert hat. Eine aktive Erinnerungspolitik bleibt daher auch für die Zukunft eine unabdingbare Aufgabe, zu der auch die Einrichtungen der außerschulischen Bildung weiterhin ihren Beitrag leisten müssen.

Barbara Hopmann

Thomas Auchter/Christian Büttner/Ulrich Schulz-Venrath/ Hans-Jürgen Wirth: Der 11. September. Psychoanalytische, psychosoziale und psychohistorische Analysen von Terror und Trauma – Gießen 2003, Psychosozial-Verlag, 414 Seiten

Eine mehrstimmig angelegte psychoanalytische Deutung der modernen Konstellation von Terror und Antiterrorismus bietet die Veröffentlichung aus dem Psychosozial-Verlag, zu der zwei Dutzend Therapeuten, Kultur- und Sozialwissenschaftler vor allem aus Deutschland, aber auch aus Frankreich, Israel und den USA beigetragen haben. Sie versteht sich, wie die Herausgeber betonen, als Sammelband „im klassischen Sinne". Unterschiedliche Texte – Kommentare, Vorträge, Augenzeugenberichte, wissenschaftliche Aufsätze, Essays – wurden eingesammelt, so dass letztendlich eine Art Lesebuch entstanden ist, das die Tradition der tiefenpsychologischen Befassung mit den destruktiven menschlichen Tendenzen fortschreibt.

Erstellt wurde die Publikation Ende 2003, also nach dem offiziell verkündeten Kriegsende im Irak, wodurch sie eher „gefilterte" Rückblicke liefert: In das Erschrecken über die Rücksichtslosigkeit islamistischer Terroristen gegenüber fremdem und eigenem Leben mischt sich der Schrecken angesichts einer antiterroristischen US-Kriegsführung, die beim Überfall auf das weitgehend wehrlose Land unterm expliziten Titel „Shock and Awe" keine Rücksicht kennt und über die Leichen von Tausenden Zivilisten geht. Diese Toten werden im Unterschied zu den endlos betränten Opfern von Nine-Eleven (so zumindest die Praxis des Pentagon bis Ende 2005) noch nicht einmal der statistischen Erfassung für Wert befunden, handelt es sich hier doch nach US-Auffassung um unvermeidliche Kollateralschäden, die keine weltweite Trauerarbeit verdienen.

Auch ohne diesen aktuellen Bezugspunkt hat der psychoanalytische Zugang zur neuesten Weltlage, in der nach offizieller Lesart eine gottgefällige amerikanische Führung im Kampf mit der „Achse des Bösen" liegt, etwas Querdenkerisches an sich. Bei der Behauptung, dass im individuellen wie kollektiven Verhalten die Guten gegen die Bösen stehen, müsste einem eingefleischten Psychoanalytiker, der die wahren Triebkräfte im seelischen Untergrund kennt, eigentlich die Galle bzw. der Destruktionstrieb hoch kommen. So betonen die Herausgeber auch eingangs, dass „aufdeckender Journalismus und Psychoanalyse" heute „ein gemeinsames Schicksal" teilen, weil sie mit den „Machtinteressen" von Politikern kollidieren, indem sie „deren Verschleierungs- und Verleugnungsstrategien" aufdecken.

Ganz so kritisch oder aufdeckend – wie man es von den investigativen oder imperialismuskritischen Einwänden gegen die Instrumentalisierung der Massenmorde vom 11.09. kennt – wird es dann doch nicht, denn die verschiedenen Beiträge bewegen sich nicht auf einer gemeinsamen politischen Linie, sondern bringen die professionelle Betroffenheit der therapeutischen Szene zum Ausdruck. Gleich der Eröffnungsbeitrag von *Martin Altmeyer*, ein Kommentar aus der Zeitschrift „Kommune" vom Oktober 2001, macht dies deutlich. Die neue, verbindliche und vom US-Präsidenten mit allem fundamentalistischen Eifer durchgesetzte Rede vom „Bösen" als der alternativen Triebkraft im weltpolitischen Dualismus ist dem Autor zwar suspekt, doch regel-

recht nach psycho-analytischer Manier destruieren will er sie nicht. Er äußert sein Unbehagen und bietet gewissermaßen die Psychoanalyse als Hilfswissenschaft an, die hinter der ungenauen moralischen Rede die tieferen Zusammenhänge aufdecken kann.

Dabei fällt eine ganze Reihe kritischer und abweichender Überlegungen an – bis hin zum letzten Beitrag, einem Vortrag von *Hans-Eberhard Richter* aus dem Juni 2003, der eine engagierte Stellungnahme in friedensbewegter Tradition gegen den US-Überfall auf den Irak präsentiert. Bei der politischen Beurteilung zeigt das Buch Bereitschaft, auf unterschiedliche Argumente einzugehen, dogmatisch ist es in seiner Bezugnahme auf das tiefenpsychologische Modell. Dessen Gültigkeit ist hier vorausgesetzt oder, wie die Herausgeber anklingen lassen, an den Leser delegiert, dem nämlich „abverlangt wird, die Integration der Gedanken in ein Gesamtkonzept von Psychoanalyse und Terrorismus selbst zu versuchen."

Johannes Schillo

Markt

Termine

Die Deutsche **Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium** veranstaltet ihre Jahrestagung vom 13. bis 15. September 2006 in Karlsruhe zum Thema **„Wissensmanagement und wissenschaftliche Weiterbildung"**. Schwerpunkte der Veranstaltung werden sein:

- Wissenschaftstransfer und öffentliche Wissenschaft
- Wissenstransfer und Netzwerke
- Wissensmanagement in Organisationen der wissenschaftlichen Weiterbildung und des Fernstudiums
- Informationssysteme und Beratungsleistungen im Wissensmanagement wissenschaftlicher Weiterbildung
- Wissensmanagement und Zielgruppen wissenschaftlicher Weiterbildung
- Methoden des Wissensmanagements.

Weitere Infos gibt es bei der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e. V. unter www.dgwf.net.

Zeitschriften zur politischen Bildung

Die erste Ausgabe der Zeitschrift **„Praxis Politische Bildung"** im Jahrgang 2006 enthält **Beiträge zur aktuellen Debatte über Bildung**. Thematisiert werden Bildungsstandards, die Anerkennung von Qualifikationen im Rahmen des nicht-formalen und informellen Lernens, Perspektiven der Weiterbildung und wie immer enthält sie Meldungen und Kommentare zur außerschulischen Bildungsszene.

Die Zeitschrift wird herausgegeben vom Bundesausschuss Politische Bildung und ist zu beziehen über den Juventa Verlag, Ehretstraße 3, 69469 Weinheim.

„Fremdheitserfahrungen" ist der Titel von Nummer 4/2005 der Zeitschrift ***„Kursiv* – Journal für**

politische Bildung“, die im Wochenschau-Verlag erscheint. Die Ausgabe enthält Beiträge zur politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft.

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Taunus.

Unter dieser Adresse ist auch die Zeitschrift **„Politische Bildung“** zu beziehen, deren letzte Ausgabe im Jahr 2005 dem Thema **„Sport und Politik“** gewidmet war.

Im Wochenschau-Verlag erscheint auch die Zeitschrift **„Wochenschau“**, die vor allem für den politischen Unterricht in den Schulen konzipiert ist.

Im Dezember 2005 erschien eine **Sonderausgabe für die Sekundarstufen I und II** zum Thema **„Politik in der Zeitung“**. Ebenfalls zum Ende des Jahres 2005 kamen die Ausgaben für die Sekundarstufen I und II zu den Themen **„Wahlen“** und **„Steuer- und Finanzpolitik“** heraus. Zu Beginn des Jahres 2006 erschienen die Nummern 1/2006 für die Sekundarstufe I zum Thema **„Arbeit im Wandel“** und 2/2006 für die Sekundarstufe II, in der die **„Bundeswehr“** im Mittelpunkt steht.

Sämtliche Ausgaben der Zeitschrift „Wochenschau“ sind unter der oben angegebenen Adresse des Wochenschau-Verlages zu beziehen.

Die **Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg** ist Herausgeberin der Zeitschrift **„Der Bürger im Staat“**. Im letzten Jahr erschien Heft 4 zum Thema **„Nach der ‚Orangenen Revolution‘“**. In komprimierter Form werden die politischen und sozialen Umbrüche in Folge der „Orangenen Revolution“ in der Ukraine und die Perspektiven im Verhältnis des Landes zu seinen Nachbarn dargestellt.

Bezug: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stafflenbergstr. 38, 70184 Stuttgart.

DBJR-Dokumentation von Beteiligungsprojekten

Der **Deutsche Bundesjugendring** dokumentiert in der Schriftenreihe **„Come in Contract – Auf gleicher Augenhöhe“** Beteiligungsprojekte von Jugendlichen, die im Rahmen der Initiative „Projekt P – misch dich ein“ realisiert wurden. Neben den Praxisbeispielen, die sehr unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen darlegen, enthält die Publikation auch Beiträge zur theoretischen Fundierung der hier vorgestellten Ansätze.

Die Publikation kann bestellt werden beim Deutschen Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, E-Mail: info@dbjr.de.

Materialien zur Migrationsarbeit

Die **Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg** hat ein **Demokratie-Lehrbuch** vorgelegt, das sich vor allem an Migranten und Migrantinnen wendet. Unter dem Titel „miteinander leben“ wird Unterrichtsmaterial für Orientierungs- und Sprachkurse angeboten, die Zuwanderern das Einfinden und die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft erleichtern sollen.

Der Band „miteinander leben“ kann gegen eine Schutzgebühr und bei Übernahme der Versandkosten bei der Landeszentrale für politische Bildung unter der Adresse Stafflenbergstr. 38, 70184 Stuttgart, bestellt werden.

Die **Jugendbildungsstätte Anne Frank** in Frankfurt/Main ist Herausgeberin eines Büchleins, das **Zeitzeugengespräche mit Migrantinnen und Migranten** dokumentiert. Es ist konzipiert als Arbeitsbuch mit Anleitungen, die seine Verwendung im politischen Unterricht und in der außerschulischen Bildungsarbeit erleichtern sollen. Das Büchlein enthält ein didaktisches Konzept für Planung, Ablauf und Nachbereitung von Zeitzeugengesprächen und eine Fülle von Materialien zu diesem Ansatz.

Bezug: Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt/Main.

Der **Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e. V.** hat in einer neuen Auflage das **SympathieMagazin „Fremdes verstehen“** herausgegeben. Das Magazin enthält Grundsatzbeiträge über das Entstehen von Rassismus, die Notwendigkeit zur Zivilcourage gegen Fremdenfeindlichkeit und einen Infoteil.

Die Publikation ist zu beziehen beim Studienkreise für Tourismus und Entwicklung e. V., Kapellenweg 3, 82541 Ammerland.

Materialien zu Jugendarbeit und Jugendbildung

Der **Deutsche Bundesjugendring** hat in Nummer 1/2006 seiner Zeitschrift **„Jugendpolitik“** den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung daraufhin überprüft, was er für die Kinder und Jugendlichen in Deutschland bringt. Die jugendpolitischen Sprecher und Sprecherinnen der Parteien wurden daraufhin befragt, welche Chancen und Risiken aus der Perspektive für Kinder und Jugendliche herausgelesen werden können.

Bezug: Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin. E-Mail: info@dbjr.de

Die **Kooperation von Jugendarbeit und Schule** steht im Mittelpunkt einer Broschüre von **Bettina Pauli**, die im Wochenschau-Verlag erschien. Die Veröffentlichung hat zum Ziel, die bildungstheoretischen Potenziale und die Schwierigkeiten, die sowohl in der Jugendarbeit als auch in der Schule und in der Kooperation beider Einrichtungen liegen, aufzuzeigen.

Bezug: Wochenschau Verlag oder Buchhandel.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V.** hat der **Zielgruppe junger Aussiedler** die erste Ausgabe ihrer Zeitschrift **„Kind, Jugend, Gesellschaft“** im Jahr 2006 gewidmet. Neben den Herausforderungen, die sich für die jugendlichen Übersiedler aus den osteuropäischen Ländern mit der Eingewöhnung in ein ihnen fremdes Umfeld ergeben, werden auch Konsequenzen für pädagogische Strategien im Umgang mit dieser Zielgruppe aufgezeigt.

Bezug:
Wolters Kluwer Deuschland, Luchterhand Verlag, Postfach 23 52, 56513 Neuwied, E-Mail: info@luchterhand.de

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V.** hat mit Beginn des Jahres 2006 einen **Newsletter** aufgelegt, der Fachkräfte aus dem Bereich der Jugendhilfe und des Jugendschutzes und die interessierte Öffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen im gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz informieren soll.

Der Newsletter kann kostenlos über die Homepage der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (www.bag-jugendschutz.de) abonniert werden.

Zehn Jahre Zeitschrift „Görls“

Die Zeitschrift **„Görls“** hat Ende 2005 das zehnjährige Erscheinen gefeiert. „Görls“ ist ein Zeitungsprojekt für junge Frauen und Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland, das den „Best Practice Preis“ in der Kategorie „Medien“ von ballance 2006 erhalten hat.

Bezug: E-Mail: goerls@ladadi.de oder über die Adresse des Landkreises Darmstadt-Dieburg, Jugendbildungswerk, Jägertorstr. 207, 64289 Darmstadt.

Dokumentation über 40 Jahre DFJW

In Zusammenarbeit mit der Zeitschrift **„Dokumente“** hat das **Deutsch-Französische Jugendwerk** in einer Publikation **„40 deutsch-französische Geschichten“** vorgestellt, die aus einem Wettbewerb des DFJW hervorgegangen sind. Das 40-jährige Bestehen des Deutsch-Französischen Jugendwerks war Anlass für die Ausschreibung des Wettbewerbs, der die Einsendung von mehr als 700 Beiträgen zur Folge hatte, in denen von deutsch-französischen Erfahrungen und Begegnungen berichtet wird. Für die Veröffentlichung wurden 40 Erzählungen ausgewählt, die chronologisch und nach Themenbereichen geordnet dokumentiert werden. Sie sind nicht nur Geschichten aus dem Leben der beteiligten Personen, sondern geben zugleich Aufschluss über die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Bezug: Deutsch-Französisches Jugendwerk, Molkenmarkt 1, 10179 Berlin, www.dfjw.org.

Publikationen zur Erwachsenenbildung

Seit einiger Zeit erscheint die Fachbuch-Reihe **„Grundlagen der Weiterbildung“**, die früher von Luchterhand verlegt wurde, im **ZIEL-Verlag**. Inzwischen sind in dieser Reihe vier neue Titel erschienen:

- **„Moderationsmethode und Zukunftswerkstatt“**
- **„Selbstgesteuertes Lernen und Lernberatung“**
- **„Fernausbildung ist mehr…“**
- **„Weiterbildungs-Management“.**

Neben dieser Reihe veröffentlicht der ZIEL-Verlag Titel zur Erlebnispädagogik, zum Sozialmanagement und zur Sozialwirtschaft.

Informationen zu den neuen Publikationen in der Reihe „Grundlagen der Weiterbildung“ sind zu erhalten über die E-Mail-Adresse streichert@ziel.org oder Manuela Streichert, Tel. 0821/72 44 77.

Die von der **Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e. V.** herausgegebene Zeitschrift **„Forum Erwachsenenbildung“** hat in der letzten Ausgabe 2005 die Themenschwerpunkte „Bürgerschaftliches Engagement“, „Handlungsfeld Kirche“, „Gender-Lernen“ und „Familien-Bildung“ behandelt. Daneben gibt es Infos über Entwicklungen in der evangelischen Erwachsenenbildung und darüber hinaus.

Bezug: Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e. V., Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main.

Die **Gender-Thematik** steht auch im Mittelpunkt von Nummer 4/2005 der Zeitschrift **„Erwachsenenbildung“**, die von der **Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung** herausgegeben wird. Die Strategie des Gender Mainstreaming wird ebenso erläutert, wie Aspekte der Gender-Politik in Organisationen beschrieben werden.

Bezug: Buchhandel oder Verlag W. Bertelsmann, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld.

Noch im letzten Jahr hat das **Bundesministerium für Bildung und Forschung** eine Dokumentation veröffentlicht, die unter dem Titel **„Politik zur Stärkung der Anreize und Mechanismen zur Ko-Finanzierung Lebenslangen Lernens“** Beiträge einer Tagung versammelt, die im Herbst 2003 in Bonn stattfand. Es ging dabei um die Frage, wie Ko-Finanzierungsmechanismen in eine kohärente gesamtpolitische und ressortübergreifende Strategie umgesetzt werden können, auch um den Einzelnen in seiner finanziellen Nachfragemacht zu stärken, um ungleichen Bildungschancen zu begegnen und dem Verlust sozialen Zusammenhalts entgegenzuwirken. Die Broschüre dokumentiert die Reden und Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen aus einer Reihe von OECD-Mitgliedsländern und Arbeitspapiere, die den Workshops der Konferenz zugrunde lagen.

Bezug:
BMBF, Referat Publikationen, Postfach 300235, 53182 Bonn.

Das **Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V.** hat in der Reihe

„Internationale Perspektiven der Erwachsenenbildung“ die Erwachsenenbildung und Bildungspolitik in Bulgarien vorgestellt. **Christian Geiselmann** und **Johann Theessen** sind die Autoren dieser Studie, die einen Einblick in Grundlagen, Anbieter, Nutzer und Rahmenbedingungen der bulgarischen Erwachsenenbildung vermittelt.

Bezug: IIZ/DVV, Obere Wilhelmstr. 32, 53225 Bonn.

Bildung im Netz

Die **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe** und der **Internationale Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland** haben ein neues **Fachkräfteportal** erarbeitet, das im Februar unter der Adresse www.jugendhilfeportal.de online ging. Es ist ein Informationsangebot für alle, die Hinweise zu Ferienfreizeiten und Jugendfahrten suchen, regionale Kooperationspartner finden oder sich schwerpunktmäßig der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten widmen möchten. Es gibt Informationen zum Kinder- und Jugendschutz, Arbeitsmaterialien für die Kooperation von Jugendhilfe und Schule und Hinweise auf Vereine, Organisationen und Verbände, die in diesen Bereichen tätig sind.

Gefördert wird das Fachkräfteportal vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie von der Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesjugendbehörden.

Kontakt: Projektbüro Berlin: Ilja Koschembar, ilja.koschembar@agj.de, Projektbüro Bonn: Dr. Anneli Starzinger, starzinger@ijab.de.

Das **Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE)** hat eine **Datenbank mit Weiterbildungsangeboten** speziell für Beschäftigte in der Weiterbildung entwickelt. Ab sofort können Weiterbildner/-innen unter http://www.die-bonn.de/qualidat/ gezielt nach Qualifizierungsangeboten suchen und Weiterbildungsanbieter entsprechende Angebote eintragen. Die Datenbank bündelt Qualifizierungsangebote von Weiterbildungsverbänden und stellt komfortable Recherchemöglichkeiten zur Verfügung.

„Qualidat“ ist sowohl für Suchende als auch für Anbieter kostenlos nutzbar.

Kontakt: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE), Dr. Stephanie Conein, Friedrich-Ebert-Allee 38, 53113 Bonn, E-Mail: conein@die-bonn.de.

Im Februar ging der **Deutsche Bildungsserver** mit einem neuen Design und neuer Navigationsstruktur online. Der **Relaunch** soll den Nutzern und Nutzerinnen aktuellere Informationen und eine verbesserte Orientierung bieten. Die Homepage wurde verschlankt und erhielt eine dreispaltige Navigationsstruktur. Deutlich ausgebaut wurde der Bereich „Neuigkeiten“, der einen Überblick über aktuelle Informationen auf dem Bildungsserver gibt. Mit der Integration von „Bildung weltweit“ wird nun auch der internationale Aspekt des Bildungsportals gestärkt.

Im März wurde außerdem im Themenbereich Erwachsenen-/Weiterbildung beim Deutschen Bildungsserver ein neues Informationsmodul zur interkulturellen Bildung unter http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=3700 eingeführt. Es bietet unter anderem Informationen für Migranten zu beruflicher Integration, zu Qualifizierung und zu Integrationskursen und Informationen für Trainer, Wissenschaftler und Anbieter von Weiterbildungen sowie eine Mailingliste.

Der Deutsche Bildungsserver ist ein Gemeinschaftsservice von Bund und Ländern. Sitz der koordinierenden Geschäftsstelle ist das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main und Berlin (DIPF), das diesen Service in Kooperation mit dem Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht anbietet. Weiter beteiligt sind die Universitätsbibliothek Dortmund und der Fachbereich Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Kontakt: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung/DIPF, Informationszentrum (IZ) Bildung/Geschäftsstelle Deutscher Bildungsserver, Öffentlichkeitsarbeit, Schlossstrasse 29, 60486 Frankfurt/Main.

Die **Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische**

Jugendbildung hat Internet-Seiten ihres Projekts **„Zivilgesellschaftliches Engagement durch Service Learning“** eingerichtet. Mit dem Projekt wird soziales und zivilgesellschaftliches Engagement Jugendlicher angeregt und durch außerschulische gesellschaftspolitische Jugendbildung begleitet und unterstützt.

Die Internet-Projekt-Seite ist zu erreichen über die Adresse www.politische-jugendbildung-et.de.

Anfang des Jahres wurde im **Jugendportal** der **Bundesinitiative „Jugend ans Netz“** der 15.000ste User registriert. Das Portal www.netzcheckers.de bietet allen Jugendlichen aktives Mitmachen, Mitreden und Mitgestalten im Netz zu aktuellen, die Jugend betreffenden Themen. Es ist Bestandteil der Bundesinitiative „Jugend ans Netz“, einem Projekt des BMFSFJ zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Computer und Internet, um bessere Bildungschancen für alle Jugendlichen zu schaffen. Neben vielseitigen jugendgerechten Informationen und Beratung werden vor allem aktives Mitmachen, Kommunikation und Unterhaltung geboten.

Weitere Informationen: Bundesinitiative Jugend ans Netz, Katrin Kugelmeier, E-Mail: kugelmeier@ijab.de.

Die Berliner **ASAR GmbH** hat **Nutzungskonzepte für Menschen mit geistiger Behinderung** entwickelt und mit oneDesk einen Linux-basierten Desktop vorgestellt, der es dieser Zielgruppe erleichtert, sich im Internet zu bewegen und die dort angebotenen Möglichkeiten zu nutzen. Nach einer Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie waren 70 % aller Menschen mit geistiger Behinderung noch nie im Internet. Der oneDesk ist ein Desktop für den Computer, der so eingerichtet ist, dass er sich auch von Menschen mit geistiger Behinderung sehr gut bedienen lässt, weil er sich durch eine besonders einfache und übersichtlich gestaltete Bedieneroberfläche auszeichnet, aus der heraus sich viele beiliegende Linux-Programme aus verschiedenen Bereichen aufrufen lassen.

Nach dem Alltagstest soll OneDesk als Komplettlösung Werkstätten und Freizeitbereichen für behinderte Menschen angeboten werden.

Homepage: www.onedesk.de Rückfragen: Pressebüro Typemania GmbH, Werdener Str. 10, 14612 Falkensee, E-Mail: pressedienst@typemania.de.

Neue Empfehlungsliste von Filmen für Kinder und Jugendliche

Das **Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland (KJF)** hat eine neue **Empfehlungsliste** herausgegeben, die unter dem Titel **„Best of 2005 – Filme für Kinder und Jugendliche auf DVD und Video“** einen Jahresrückblick in Sachen Film bietet. Die Liste stellt 19 Filme vor, die zu den Qualitätshighlights des Vorjahres zählen und im Handel erhältlich sind. Das KJF hat aus rund 6.500 Titeln die herausragenden Produktionen ausgewählt: Filme, die Kinder stark machen, ihre Wünsche und Sorgen ernst nehmen und ihnen zeigen, wie sie sich im Alltag zurechtfinden können.

Die Empfehlungsliste wird kostenlos als Broschüre mit Kurzinformationen zu den Filmen inklusive pädagogischer Altersempfehlung bundesweit verbreitet und ist als Online-Version im Internetmagazin www.top-video-news.de unter dem Stichwort „Themen“ zu finden.

Wettbewerbsdokumentationen

Der **Deutsche Bundesjugendring** hatte im Rahmen der bundesweiten Initiative „Projekt P – misch dich ein“ einen **Foto- und Schreibwettbewerb** ausgeschrieben, an dem sich Jugendliche mit Texten und Bildern zu ihren Wünschen und Forderungen an eine „jugendgerechte Welt“ beteiligen konnten. Im Mittelpunkt stand die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, die

auch in der Organisation des Wettbewerbs durch jugendliche Juroren realisiert werden sollte.

Neben den ausgezeichneten Arbeiten enthält die Dokumentation Aufsätze zur Konzeption und Realisierung des Wettbewerbs und Berichte über die Einlösung der Preise.

Die Dokumentation erschien in der Schriftenreihe „Projekt P – misch dich ein“ als Nummer 43 und ist zu beziehen über den Deutschen Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, E-Mail: info@dbjr.de.

Die **Körber-Stiftung** hat die **Ergebnisse des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten** 2004/ 2005 „Sich regen bringt Segen? Arbeit in der Geschichte“ in ihrem Magazin „Spuren Suchen“ präsentiert. Bundesweit hatten sich am neuen Wettbewerb 6.000 Jugendliche mit über 1.300 Arbeiten beteiligt. Das Wettbewerbs-Magazin gibt einen Eindruck von einigen ausgewählten Arbeiten und berichtet über Ereignisse rund um den Wettbewerb.

Bezug: Körber-Stiftung, Geschichtswettbewerb, 20446 Hamburg.

Fortbildungsangebote

Die **Deutsche Presseakademie** in Berlin bietet im Rahmen eines Abendstudiums den Studiengang **„PR/Öffentlichkeitsarbeit“** an. Vermittelt werden die theoretischen Grundlagen der Kommunikationsarbeit und das essentielle Handwerkszeug für die tägliche PR-Arbeit. Jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin erstellt während des Studiums mehrere PR-Konzepte in unterschiedlicher Intensität und Komplexität. Nach bestandener Prüfung sind die Absolventen und Absolventinnen berechtigt, den Titel PR-Berater/-in oder PR-Referent/-in zu tragen. Das berufsbegleitende Abendstudium dauert zwölf Monate und umfasst zehn Module und eine Abschlussprüfung.

Infos: Deutsche Presseakademie, Friedrichstr. 209, 10969 Berlin, www.depak.de.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.** bietet zusammen mit dem Forum für Bildung und Bewegung ein **Affektkontrolltraining** an, das vom 14. bis 16. Juli 2006 in Clausthal-Zellerfeld stattfinden wird. Das Affektkontrolltraining ist ein seit vielen Jahren bewährtes Training, das „Affekte unter Kontrolle“ bringen soll. Die Weiterbildung besteht aus fünf Modulen und endet mit einer Evaluation. Zielgruppen sind Mitarbeitende in der Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe und in anderen Feldern der sozialen Arbeit.

Infos: Günter Buck, buck@bagejsa.de, Forum für Bildung und Bewegung: www.forum-fuer-bildung-und-bewegung.de.

Studie der Bertelsmann Stiftung zur Europäischen Verfassung

Die **Bertelsmann Stiftung** hat in einer **Publikation** den Versuch gemacht, den Vertrag einer **Europäischen Verfassung** für eine breitere Öffentlichkeit verständlich zu machen und dem Leser und der Leserin Schritt für Schritt die komplexe Materie zu vermitteln. Anhand zahlreicher Illustrationen wird veranschaulicht, wie die Verfassung entstanden und aufgebaut ist, was sich durch sie verändert und wie künftig in der EU Entscheidungen zustande kommen sollen. Erarbeitet wurde diese Publikation, die seit Mitte März im Verlag der Bertelsmann Stiftung und bei der Bundeszentrale für politische Bildung verfügbar ist, von Prof. Dr. **Werner Weidenfeld** unter Mitarbeit von **Janis A. Emmanouilidis, Almut Metz** und **Sibylle Reiter**.

Bezug: Bundeszentrale für politischen Bildung, www.bpb.de oder Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, www.bertelsmann-stiftung.de/verlag.

Außerschulische Bildung

35. Jahrgang 2005

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Mitglieder

- Tagung zum Andenken an Moritz v. Engelhardt, S. 97-98
- AdB qualifiziert junge Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus Russland, S. 98-99
- Konflikte und Kommunikation im Bereich Hauswirtschaft. Tagung für Hauswirtschaftsleitungen, S. 99-100
- AdB-Programm Politische Jugendbildung erfolgreich gestartet, S. 100-101
- Berichte aus den Kommissionen, S.101-105, 349-352
- 80 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 105
- Virtuelle Akademie der FNS gewinnt Europäischen E-Learning Award, S. 105
- 3. Sommerschule Politische Jugend- und Erwachsenenbildung, S. 105-106
- Fortbildungsangebote von AdB-Mitgliedseinrichtungen, S. 106
- www.adb.de, S. 107
- Fiege, Niedersächsische Landesregierung liquidiert außerschulische Bildung. Keine Landesmittel mehr für den Jugendhof Steinkimmen, S. 192-198
- AdB-Kommission Jugendbildung, Jugend- und Erwachsenenbildung unter den Bedingungen des globalisierten Marktes. 21 Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über Bildung, S. 215-217
- Lernen für demokratische Jugendbildung in der Mongolei, S. 240
- Fortsetzung des deutsch-israelisch-palästinensischen Kooperationsprojekts, S. 240-241
- Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein wurde 30 Jahre alt, S. 241
- Frauennetzwerke sichern Frieden, S. 241-242
- Banzer Kulturtage 2005, S. 242
- Internationales Haus Sonnenberg blickt optimistisch in die Zukunft, S. 242
- Sommerschule politische Bildung, S. 339-342
- Bewegung der Frauen Russlands zu Gast beim AdB, S. 342-343
- Bildungspolitisches Werkstattgespräch: Politische Bildung (nicht nur) in den neuen Bundesländern, S. 343-347
- Neue Wege des Energiesparens – Haustechnikertagung 2005, S. 347-349
- Ankündigungen, S. 353
- Politische Bildung ist Menschenrechtsbildung – AdB-Jahrestagung und -jahresthema 2006, S. 449-451
- AdB-Mitgliederversammlung verabschiedete Erklärung zum Jahresthema 2006, S. 451-453
- Hafeneger/Karolczak, Symposium in der Mongolei zu Jugendarbeit und Jugendbildung, S. 453-458
- Workshop erarbeitete Vorschläge für Fortbildung in der Öffentlichkeitsarbeit, S. 458-460
- Ergebnisse der AdB-Tagung zum Urheberrecht in Deutschland, S. 460-461
- Neues aus Steinkimmen, S. 461
- Bildungswerk der HU NRW beteiligte sich an Internetportal „Jüdisches Leben in Europa jenseits der Metropolen“, S. 461

Arbeitsmarkt

- Auswirkungen der BA-Politik auf freie Bildungsträger, S. 95-96

Berufliche Bildung

- Bundesregierung legte Bericht zum Bundesausbildungsförderungsgesetz vor, S. 89-90
- Reform der Berufsausbildung beschlossen, S. 90-91
- Berufsbildungsbericht 2005 liegt vor, S. 237-239
- BMBF gibt Geld für Strukturwandel im Ausbildungsmarkt, S. 331-332

Bildungspolitik

- Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft in Europa, S. 86-87
- Halbzeitbilanz des Bund-Länder-Progamms „Demokratie lernen & leben“, S. 87
- Bundesregierung legte Bericht zum Bundesausbildungsförderungsgesetz vor, S. 89-90
- Reform der Berufsausbildung beschlossen, S. 90-91
- FDP-Anfrage zu Lebenslangem Lernen in Deutschland, S. 94

– Weiterbildungskonferenz 2005 im Landtag NRW, S. 94-95

– Auswirkungen der BA-Politik auf freie Bildungsträger, S. 95-96

– Fiege, Niedersächsische Landesregierung liquidiert außerschulische Bildung. Keine Landesmittel mehr für den Jugendhof Steinkimmen, S. 192-198

– AdB-Kommission Jugendbildung, Jugend- und Erwachsenenbildung unter den Bedingungen des globalisierten Marktes. 21 Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über Bildung, S. 215-217

– Finanzierung von Bildung und Weiterbildung durch das BMFW, S. 227

– Weiterbildungspolitik in Rheinland-Pfalz, S. 227-228

– Plädoyer für eine kritische politische Bildung, S. 232-233

– Deutsch-russische Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Forschung intensiviert, S. 236-237

– Berufsbildungsbericht 2005 liegt vor, S. 237-239

– OECD-Bericht bestätigt Verbesserung von Bildungschancen in Deutschland, S. 325

– Mehr Bildungschancen durch Ganztagsschulen, S. 325-326

– Bundesregierung zu Lebenslangem Lernen in Deutschland, S. 326-328

– BMBF setzt Qualitätsoffensive für Weiterbildung fort, S. 329-330

– Bildungsurlaub findet noch statt, S. 330-331

– BMBF gibt Geld für Strukturwandel im Ausbildungsmarkt, S. 331-332

– Bundesregierung beschloss Bericht zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, S. 334

– Bildungspolitisches Werkstattgespräch: Politische Bildung (nicht nur) in den neuen Bundesländern, S. 343-347

– Peter, Was soll eigentlich diskutiert werden? Ein Kommentar zu den „21 Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über Bildung“, S. 430-431

– Neue Regierung zur Jugend- und Bildungspolitik, S. 436-437

– Neue Bildungsministerin zu Perspektiven der Bildungspolitik, S. 439-440

– KAW und ZdK zu Perspektiven der Bildungspolitik, S. 440

Bildungsurlaub

– Bildungsurlaub findet noch statt, S. 330-331

– Puls-Janssen, Exkursionen im Bildungsurlaub: Conditio sine qua non!, S. 409-413

Bundesländer

– Weiterbildungskonferenz 2005 im Landtag NRW, S. 94-95

– Etz/Sprengel, Die niedersächsische Heimvolkshochschule – ein besonderer Lernort?, S. 189-191

– Weiterbildungspolitik in Rheinland-Pfalz, S. 227-228

– Mittelkürzung für Jugendverbands- und Jugendbildungsarbeit in Bremen?, S. 233

– Bildungsurlaub findet noch statt, S. 330-331

– Bildungspolitisches Werkstattgespräch: Politische Bildung (nicht nur) in den neuen Bundesländern, S. 343-347

– Weiterbildungsbericht Hessen, S. 440-442

– Regierung Baden-Württemberg zu Weiterbildung und Lebenslangen Lernen, S. 442-444

– Empfehlungen zur Entwicklung der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz, S. 444-445

Bundeswehr

– Wehrbeauftragter legte Jahresbericht 2004 vor, S. 96-97

DDR

– Mechtenberg, Fundamentale Defizite der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der DDR, S. 27-34

Demokratie

– Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft in Europa, S. 86-87

– Halbzeitbilanz des Bund-Länder-Progamms „Demokratie lernen & leben“, S. 87

– Zwischenbericht des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie“ liegt vor, S. 232

– Lernen für demokratische Jugendbildung in der Mongolei, S. 240

– Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“ erfolgreich gegen Rechtsextremismus, S. 326

– Schwerpunkte der deutschen Menschenrechtspolitik, S. 336

– Bewegung der Frauen Russlands zu Gast beim AdB, S. 342-343

– Jugendliche erarbeiteten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, S. 447

Deutschland

– Zum Stand der deutschen Einheit 2005, S. 448-449

Didaktik/Methodik

– Ciupke/Reichling, „Nie wieder…“ – Geschichtsbilder, Erinnerungspolitik und politische Erwachsenenbildung in Europa 2005, S. 6-17

– Messerschmidt, Zwischen Schuldprojektion und Moralisierungsabwehr – Beobachtungen in der dritten Generation nach dem Holocaust, S. 35-41

– Schillo, Politische Pädagogik im Nationalsozialismus. Bildungswerk der Humanistischen Union diskutiert zeitgeschichtliche Herausforderungen, S. 55-58

– Behrens/Reichling, „Perspektivisches Schreiben“, S. 78-79

– Ebbrecht, Heimvolkshochschulen und Akademien – auch künftig Orte, wo Bildung Raum und Zeit hat!?, S. 152-158

– Peter, Wozu Jugendbildungsstätten gut sind, S. 159-165

– Paproth, Geschlechtergerechte Bildung: ein Ansatz zur Qualifizierung politischer Bildung in Heimvolkshochschulen, S. 166-172

– Weil, Lernen für Soziale Demokratie – mit und ohne Bildungsstätte. Die Konzeption der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 181-188

– AdB-Kommission Jugendbildung, Jugend- und Erwachsenenbildung unter den Bedingungen des globalisierten Marktes. 21 Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über Bildung, S. 215-217

– Gandenberger, Stationenlernen, S. 225-226

– Herrmann, „Wer ist hier blind?“ Gerechtigkeit – das Thema politischer Bildung, S. 291-296

– Tammena, Reichtum und Armut – ein Thema für alle! Aus der Praxis der Georg-von-Vollmar-Akademie, S. 297-303

– Hubbertz, Guerillamarketing in der politischen Bildung. Mediale Interventionen im Kampf um die Agenda 10 – ein Beispiel, S. 304-311

– Langnäse, Das Glück ist eine Kugel, S. 312-317

– Niebuhr-Siebert, Das Sokratische Gespräch, S. 318-320

– Müller/Papenkort, Lernen an anderen Orten: Erkundung und Exkursion, Studien- und Erlebnisreise, S. 382-389

– Pfüller, Der leere Ort als Lernimpuls – angewandte Ästhetik in der Gedenkstättenarbeit, S. 393-399

– Steimann, Studienfahrten als Möglichkeit politischer Bildung. Die Beispiele Berlin, Straßburg, Usedom, S. 400-408

– Puls-Janssen, Exkursionen im Bildungsurlaub: Conditio sine qua non!, S. 409-413

– Thomas, Tradition trifft Moderne – Internationale Workcamps zwischen Völkerverständigung und Globalisierung, S. 414-421

– Kuhlmann/Placke, Die Umwelt als Lernfeld – Umweltbildung in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Emsland, S. 426-429

– Gandenberger, „EU-Mitentscheidungsverfahren – ein Planspiel“, S. 432-435

– DIE zeichnete Innovationen in der Erwachsenenbildung aus, S. 445-446

– EU fordert lebenslanges Lernen und Schlüsselkompetenzen für alle, S. 446

Entwicklungspolitik

– Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung 2005, S. 336

Erwachsenenbildung/Weiterbildung

– Alesi/Lanzendorf, Europäische „Bausteine“ für die Praxis der Erwachsenenbildung – Erfahrungen mit GRUNDTVIG-Kooperationsprojekten, S. 69-77

– Beteiligung an Weiterbildungsangeboten lässt nach, S. 93-94

– Weiterbildungskonferenz 2005 im Landtag NRW, S. 94-95

– Auswirkungen der BA-Politik auf freie Bildungsträger, S. 95-96

– Ciupke, „Selten war es still im Haus“. Zur Kulturgeschichte der Heimvolkshochschulen, S. 142-151

– Ebbrecht, Heimvolkshochschulen und Akademien – auch künftig Orte, wo Bildung Raum und Zeit hat!?, S. 152-158

– Etz/Sprengel, Die niedersächsische Heimvolkshochschule – ein besonderer Lernort?, S. 189-191

– Böhnisch/Fritz, Ein Bericht für die Politische Bildung. Anmerkungen und verarbeitete Anregungen zum Abschlussbericht „Evaluation der Politischen Bildung“, S. 203-207

– Weiterbildungspolitik in Rheinland-Pfalz, S. 227-228

– Neues von KAW und DIE, S. 228

– Finanzierung der Weiterbildung in Deutschland, S. 328-329

– BMBF setzt Qualitätsoffensive für Weiterbildung fort, S. 329-330

– DGWF-Jahrestagung zur Zukunft wissenschaftlicher Weiterbildung im Hochschulraum Europa, S. 336-338

– Weiterbildungsbericht Hessen, S. 440-442

– Regierung Baden-Württemberg zu Weiterbildung und Lebenslangen Lernen, S. 442-444

– Empfehlungen zur Entwicklung der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz, S. 444-445

– DIE zeichnete Innovationen in der Erwachsenenbildung aus, S. 445-446

Ethik

– Schillo, Braucht der Medienbetrieb mehr Ethik? Zu den Aufgaben einer zeitgemäßen Medienkritik, S. 218-224

Europa

– Ciupke/Reichling, „Nie wieder…“ – Geschichtsbilder, Erinnerungspolitik und politische Erwachsenenbildung in Europa 2005, S. 6-17

– Alesi/Lanzendorf, Europäische „Bausteine“ für die Praxis der Erwachsenenbildung – Erfahrungen mit GRUNDTVIG-Kooperationsprojekten, S. 69-77

– Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft in Europa, S. 86-87

– Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend legte Bericht über europäische Jugendpolitik vor, S. 233-234

– Bundesregierung zu Austauschprogrammen und Partnerschaften mit den neuen EU-Mitgliedstaaten, S. 234-236

– AGJ zum „Europäischen Pakt für die Jugend“, S. 324

– Gandenberger, „EU-Mitentscheidungsverfahren – ein Planspiel“, S. 432-435

– EU-Aktionsrahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit, S. 438-439

– EU fordert lebenslanges Lernen und Schlüsselkompetenzen für alle, S. 446

– „Plan D“ für Europa, S. 446-447

EU-Osterweiterung

– Bundesregierung zu Austauschprogrammen und Partnerschaften mit den neuen EU-Mitgliedstaaten, S. 234-236

Exkursion

– Puls-Janssen, Exkursionen im Bildungsurlaub: Conditio sine qua non!, S. 409-413

Förderungspolitik

– Landesjugendplan 2005/2006 für Baden-Württemberg vorgelegt, S. 92-93

– AdB-Programm Politische Jugendbildung erfolgreich gestartet, S. 100-101

– Fiege, Niedersächsische Landesregierung liquidiert außerschulische Bildung. Keine Landesmittel mehr für den Jugendhof Steinkimmen, S. 192-198

– Finanzierung von Bildung und Weiterbildung durch das BMFW, S. 227

– Mittelkürzung für Jugendverbands- und Jugendbildungsarbeit in Bremen?, S. 233

– Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“ erfolgreich gegen Rechtsextremismus, S. 326

– Finanzierung der Weiterbildung in Deutschland, S. 328-329

– Wurzel, Lernen an anderen Orten – Erkenntnisse aus der Tagungsbetreuung, S. 390-392

Forschung

- Schiele, Die politische Bildung ist besser als ihr Ruf. Anmerkungen zum Abschlussbericht „Evaluation der Politischen Bildung“, S. 59-62
- Hufer, Ist das wirklich „politische Bildung“? – Kommentar zum Abschlussbericht Evaluation der Politischen Bildung, S. 63-66
- Peter, Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Besprechung der Evaluationsstudie zum Förderprogramm „Politische Bildung außerhalb der Jugendverbände“, S. 66-68
- Alesi/Lanzendorf, Europäische „Bausteine“ für die Praxis der Erwachsenenbildung – Erfahrungen mit GRUNDTVIG-Kooperationsprojekten, S. 69-77
- Böhnisch/Fritz, Ein Bericht für die Politische Bildung. Anmerkungen und verarbeitete Anregungen zum Abschlussbericht „Evaluation der Politischen Bildung“, S. 203-207
- 12. Kinder- und Jugendbericht liegt vor, 231-232
- Studie weist nachhaltige Wirkung internationaler Jugendbegegnungen nach, S. 324-325
- OECD-Bericht bestätigt Verbesserung von Bildungschancen in Deutschland, S. 325

Frauen/Mädchen

- Girls’ Day 2005, S. 93
- Frauennetzwerke sichern Frieden, S. 241-242
- Bewegung der Frauen Russlands zu Gast beim AdB, S. 342-343

Friedensbildung

- Fortsetzung des deutsch-israelisch-palästinensischen Kooperationsprojekts, S. 240-241
- Frauennetzwerke sichern Frieden, S. 241-242

Gedenkstätten

- Thimm, Was lange währt, lädt endlich ein! Das Jugendgästehaus Dachau – Seismograph bundesrepublikanischer Suchbewegungen, S. 42-45
- Schillo, Politische Pädagogik im Nationalsozialismus. Bildungswerk der Humanistischen Union diskutiert zeitgeschichtliche Herausforderungen, S. 55-58
- Pfüller, Der leere Ort als Lernimpuls – angewandte Ästhetik in der Gedenkstättenarbeit, S. 393-399

Gender Mainstreaming

- Paproth, Geschlechtergerechte Bildung: ein Ansatz zur Qualifizierung politischer Bildung in Heimvolkshochschulen, S. 166-172

Generationen

- Kommission übergab 5. Altenbericht, S. 334-335

Geschichte

- Ciupke/Reichling, „Nie wieder…“ – Geschichtsbilder, Erinnerungspolitik und politische Erwachsenenbildung in Europa 2005, S. 6-17
- Wierling, Sechzig Jahre danach: Vergangenheitspolitik, Gedenkkultur und Erinnerungen in Nachkriegsdeutschland, S. 18-26
- Mechtenberg, Fundamentale Defizite der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der DDR, S. 27-34
- Thimm, Was lange währt, lädt endlich ein! Das Jugendgästehaus Dachau – Seismograph bundesrepublikanischer Suchbewegungen, S. 42-45
- Ciupke, „Selten war es still im Haus“. Zur Kulturgeschichte der Heimvolkshochschulen, S. 142-151

Historisch-politische Bildung

- Ciupke/Reichling, „Nie wieder…“ – Geschichtsbilder, Erinnerungspolitik und politische Erwachsenenbildung in Europa 2005, S. 6-17
- Messerschmidt, Zwischen Schuldprojektion und Moralisierungsabwehr – Beobachtungen in der dritten Generation nach dem Holocaust, S. 35-41
- Richter, Souviens-toi – remember – erinnere dich – vzpomen-si. Projekte der politischen Jugendbildung in europäischen Märtyrerorten, S. 46-54
- Schillo, Politische Pädagogik im Nationalsozialismus. Bildungswerk der Humanistischen Union diskutiert zeitgeschichtliche Herausforderungen, S. 55-58

– Pfüller, Der leere Ort als Lernimpuls – angewandte Ästhetik in der Gedenkstättenarbeit, S. 393-399

Hochschule

– DGWF-Jahrestagung zur Zukunft wissenschaftlicher Weiterbildung im Hochschulraum Europa, S. 336-338

Institutionen/Organisationen

– 80 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 105

– Fiege, Niedersächsische Landesregierung liquidiert außerschulische Bildung. Keine Landesmittel mehr für den Jugendhof Steinkimmen, S. 192-198

– Neues von KAW und DIE, S. 228

– Abkommen zur Reform des Deutsch-Französischen Jugendwerkes unterzeichnet, S. 237

– Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein wurde 30 Jahre alt, S. 241

– Internationales Haus Sonnenberg blickt optimistisch in die Zukunft, S. 242

– AGJ zum „Europäischen Pakt für die Jugend“, S. 324

– DIE zeichnete Innovationen in der Erwachsenenbildung aus, S. 445-446

– DBJR-Vollversammlung zu Zukunftsthemen, S. 447-448

– BAG Jugendsozialarbeit fordert Partizipation und Chancengleichheit von Jugendlichen ausländischer Herkunft, S. 448

– Neues aus Steinkimmen, S. 461

– Bildungswerk der HU NRW beteiligte sich an Internetportal „Jüdisches Leben in Europa jenseits der Metropolen“, S. 461

Internationales

– Richter, Souviens-toi – remember – erinnere dich – vzpomen-si. Projekte der politischen Jugendbildung in europäischen Märtyrerorten, S. 46-54

– Deutsch-Russischer Jugendaustausch vereinbart, S. 87-88

– Wachsendes Interesse am deutsch-polnischen Jugendaustausch, S. 88-89

– AdB qualifiziert junge Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus Russland, S. 98-99

– Bundesregierung zu Austauschprogrammen und Partnerschaften mit den neuen EU-Mitgliedstaaten, S. 234-236

– Deutsch-russische Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Forschung intensiviert, S. 236-237

– Abkommen zur Reform des Deutsch-Französischen Jugendwerkes unterzeichnet, S. 237

– Lernen für demokratische Jugendbildung in der Mongolei, S. 240

– Fortsetzung des deutsch-israelisch-palästinensischen Kooperationsprojekts, S. 240-241

– Frauennetzwerke sichern Frieden, S. 241-242

– Studie weist nachhaltige Wirkung internationaler Jugendbegegnungen nach, S. 324-325

– OECD-Bericht bestätigt Verbesserung von Bildungschancen in Deutschland, S. 325

– Bewegung der Frauen Russlands zu Gast beim AdB, S. 342-343

– Thomas, Tradition trifft Moderne – Internationale Workcamps zwischen Völkerverständigung und Globalisierung, S. 414-421

– UNO aktualisierte Weltaktionsprogramm für die Jugend, S. 437-438

– Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik, S. 448

– Hafeneger/Karolczak, Symposium in der Mongolei zu Jugendarbeit und Jugendbildung, S. 453-458

Jugend

– Projekt P soll politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern, S. 85-86

– Girls‘ Day 2005, S. 93

Jugendbildung

– Richter, Souviens-toi – remember – erinnere dich – vzpomen-si. Projekte der politischen Jugendbildung in europäischen Märtyrerorten, S. 46-54

– Peter, Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Besprechung der Evaluationsstudie zum Förderprogramm „Politische Bildung außerhalb der Jugendverbände“, S. 66-68

– Projekt P soll politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern, S. 85-86

– Deutsch-Russischer Jugendaustausch vereinbart, S. 87-88

– Wachsendes Interesse am deutsch-polnischen Jugendaustausch, S. 88-89

– AdB qualifiziert junge Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus Russland, S. 98-99

– AdB-Programm Politische Jugendbildung erfolgreich gestartet, S. 100-101

– Peter, Wozu Jugendbildungsstätten gut sind, S. 159-165

– Hafeneger, Bildungsverantwortung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Blick in ein anderes Bildungsfeld und auf einen Kooperationspartner der außerschulischen Jugendbildung, S. 208-214

– AdB-Kommission Jugendbildung, Jugend- und Erwachsenenbildung unter den Bedingungen des globalisierten Marktes. 21 Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über Bildung, S. 215-217

– Zwischenbericht des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie“ liegt vor, S. 232

– Langnäse, Das Glück ist eine Kugel, S. 312-317

– Studie weist nachhaltige Wirkung internationaler Jugendbegegnungen nach, S. 324-325

– Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“ erfolgreich gegen Rechtsextremismus, S. 326

– Thomas, Tradition trifft Moderne – Internationale Workcamps zwischen Völkerverständigung und Globalisierung, S. 414-421

Kinder- und Jugendpolitik

– Bundesregierung und Bundestag zur Jugend in Deutschland, S. 80-82

– Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland, S. 82-84

– BAG Jugendsozialarbeit fordert „Pakt für die Jugend“, S. 84-85

– Landesjugendplan 2005/2006 für Baden-Württemberg vorgelegt, S. 92-93

– Hafeneger, Bildungsverantwortung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Blick in ein anderes Bildungsfeld und auf einen Kooperationspartner der außerschulischen Jugendbildung, S. 208-214

– Bundestag beschäftigte sich mit „Chancen für Jugendliche in Deutschland“, S. 229-231

– Festival für junge Politik in Berlin, S. 231

– 12. Kinder- und Jugendbericht liegt vor, 231-232

– Mittelkürzung für Jugendverbands- und Jugendbildungsarbeit in Bremen?, S. 233

– Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend legte Bericht über europäische Jugendpolitik vor, S. 233-234

– 12. Kinder- und Jugendbericht, S. 321-323

– Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe beschlossen, S. 323-324

– AGJ zum „Europäischen Pakt für die Jugend“, S. 324

– Neue Regierung zur Jugend- und Bildungspolitik, S. 436-437

– UNO aktualisierte Weltaktionsprogramm für die Jugend, S. 437-438

– EU-Aktionsrahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit, S. 438-439

Kultur

– Mechtenberg, Fundamentale Defizite der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der DDR, S. 27-34

– Neues Theaterprojekt von Willy Praml, S. 107

– Banzer Kulturtage 2005, S. 242

– Langnäse, Das Glück ist eine Kugel, S. 312-317

– Kultur und kulturelle Bildung in Deutschland, S. 332-333

– Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik, S. 448

Lebenslanges Lernen

– FDP-Anfrage zu Lebenslangem Lernen in Deutschland, S. 94

– Bundesregierung zu Lebenslangem Lernen in Deutschland, S. 326-328

– Regierung Baden-Württemberg zu Weiterbildung und Lebenslangem Lernen, S. 442-444

– EU fordert lebenslanges Lernen und Schlüsselkompetenzen für alle, S. 446

Lernorte

– Ciupke, „Selten war es still im Haus“. Zur Kulturgeschichte der Heimvolkshochschulen, S. 142-151

– Ebbrecht, Heimvolkshochschulen und Akademien – auch künftig Orte, wo Bildung Raum und Zeit hat!?, S. 152-158

– Peter, Wozu Jugendbildungsstätten gut sind, S. 159-165

– Paproth, Geschlechtergerechte Bildung: ein Ansatz zur Qualifizierung politischer Bildung in Heimvolkshochschulen, S. 166-172

– Fischer, Die virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung. Wie verändert E-Learning die politische Bildung?, S. 173-180

– Weil, Lernen für Soziale Demokratie – mit und ohne Bildungsstätte. Die Konzeption der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 181-188

– Etz/Sprengel, Die niedersächsische Heimvolkshochschule – ein besonderer Lernort?, S. 189-191

– Brokmeier, Bildung und Betriebswirtschaft. Zur Ökonomie von Bildungsstätten, S. 199-202

– Müller/Papenkort, Lernen an anderen Orten: Erkundung und Exkursion, Studien- und Erlebnisreise, S. 382-389

– Wurzel, Lernen an anderen Orten – Erkenntnisse aus der Tagungsbetreuung, S. 390-392

– Pfüller, Der leere Ort als Lernimpuls – angewandte Ästhetik in der Gedenkstättenarbeit, S. 393-399

– Michalzik, Köpfe, Kameras, Krönungsmessen – Parteitage als medienpädagogischer Lernort?, S. 422-425

Markt (Aktionen, Tagungen, Materialien und Medien)

– S. 121-125, 257-260, 370-373, 470-472

Materialien und Publikationen

– Neue Publikationen aus dem AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen, S. 106-107, 242-243, 352-353, 461-462

– Bücher, S. 109-121, 245-256, 356-370, 464-470

Medien

– Virtuelle Akademie der FNS gewinnt Europäischen E-Learning Award, S. 105

– www.adb.de, S. 107

– Fischer, Die virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung. Wie verändert E-Learning die politische Bildung?, S. 173-180

– Schillo, Braucht der Medienbetrieb mehr Ethik? Zu den Aufgaben einer zeitgemäßen Medienkritik, S. 218-224

– Bildungswerk der HU NRW beteiligte sich an Internetportal „Jüdisches Leben in Europa jenseits der Metropolen“, S. 461

Menschenrechte

– Schwerpunkte der deutschen Menschenrechtspolitik, S. 336

– Politische Bildung ist Menschenrechtsbildung – AdB-Jahrestagung und -jahresthema 2006, S. 449-451

– AdB-Mitgliederversammlung verabschiedete Erklärung zum Jahresthema 2006, S. 451-453

Migration

– Initiativen für die Integration von Migranten, S. 91-92

– Bericht über Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland betont Voraussetzungen der Integration, S. 335-336

– BAG Jugendsozialarbeit fordert Partizipation und Chancengleichheit von Jugendlichen ausländischer Herkunft, S. 448

Nachhaltigkeit

– Bundesregierung beschloss Bericht zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, S. 334

Nationalsozialismus

– Wierling, Sechzig Jahre danach: Vergangenheitspolitik, Gedenkkultur und Erinnerungen in Nachkriegsdeutschland, S. 18-26

– Mechtenberg, Fundamentale Defizite der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der DDR, S. 27-34

– Messerschmidt, Zwischen Schuldprojektion und Morali-

sierungsabwehr – Beobachtungen in der dritten Generation nach dem Holocaust, S. 35-41

– Thimm, Was lange währt, lädt endlich ein! Das Jugendgästehaus Dachau – Seismograph bundesrepublikanischer Suchbewegungen, S. 42-45

– Richter, Souviens-toi – remember – erinnere dich – vzpomensi. Projekte der politischen Jugendbildung in europäischen Märtyrerorten, S. 46-54

– Schillo, Politische Pädagogik im Nationalsozialismus. Bildungswerk der Humanistischen Union diskutiert zeitgeschichtliche Herausforderungen, S. 55-58

Ökologie

– Kuhlmann/Placke, Die Umwelt als Lernfeld – Umweltbildung in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Emsland, S. 426-429

Organisationsentwicklung

– Brokmeier, Bildung und Betriebswirtschaft. Zur Ökonomie von Bildungsstätten, S. 199-202

– Neues von KAW und DIE, S. 228

– Internationales Haus Sonnenberg blickt optimistisch in die Zukunft, S. 242

– Neue Wege des Energiesparens – Haustechnikertagung 2005, S. 347-349

Partizipation

– Projekt P soll politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern, S. 85-86

– BAG Jugendsozialarbeit fordert Partizipation und Chancengleichheit von Jugendlichen ausländischer Herkunft, S. 448

Personalien

– Tagung zum Andenken an Moritz v. Engelhardt, S. 97-98

– Neues Theaterprojekt von Willy Praml, S. 107

– S. 107-108, 244, 354-355, 462-464

Politische Bildung

– Schiele, Die politische Bildung ist besser als ihr Ruf. Anmerkungen zum Abschlussbericht „Evaluation der Politischen Bildung“, S. 59-62

– Hufer, Ist das wirklich „politische Bildung“? – Kommentar zum Abschlussbericht Evaluation der Politischen Bildung, S. 63-66

– Peter, Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Besprechung der Evaluationsstudie zum Förderprogramm „Politische Bildung außerhalb der Jugendverbände“, S. 66-68

– Behrens/Reichling, „Perspektivisches Schreiben“, S. 78-79

– Erziehung zu demokratischer Staatsbürgerschaft in Europa, S. 86-87

– Halbzeitbilanz des Bund-Länder-Progamms „Demokratie lernen & leben“, S. 87

– Virtuelle Akademie der FNS gewinnt Europäischen E-Learning Award, S. 105

– 3. Sommerschule Politische Jugend- und Erwachsenenbildung, S. 105-106

– Paproth, Geschlechtergerechte Bildung: ein Ansatz zur Qualifizierung politischer Bildung in Heimvolkshochschulen, S. 166-172

– Fischer, Die virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung. Wie verändert E-Learning die politische Bildung?, S. 173-180

– Weil, Lernen für Soziale Demokratie – mit und ohne Bildungsstätte. Die Konzeption der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 181-188

– Böhnisch/Fritz, Ein Bericht für die Politische Bildung. Anmerkungen und verarbeitete Anregungen zum Abschlussbericht „Evaluation der Politischen Bildung“, S. 203-207

– Gandenberger, Stationenlernen, S. 225-226

– Zwischenbericht des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und -Demokratie“ liegt vor, S. 232

– Plädoyer für eine kritische politische Bildung, S. 232-233

– Butterwegge, Politische Bildung als Anstifterin ausgleichender Gerechtigkeit in einer globalisierten Gesellschaft, S. 270-278

– Herrmann, „Wer ist hier blind?“ Gerechtigkeit – das Thema politischer Bildung, S. 291-296

– Tammena, Reichtum und Armut – ein Thema für alle! Aus der Praxis der Georg-von-Vollmar-Akademie, S. 297-303

– Hubbertz, Guerillamarketing in der politischen Bildung. Mediale Interventionen im Kampf um die Agenda 10 – ein Beispiel, S. 304-311

– Langnäse, Das Glück ist eine Kugel, S. 312-317

– Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“ erfolgreich gegen Rechtsextremismus, S. 326

– Bildungspolitisches Werkstattgespräch: Politische Bildung (nicht nur) in den neuen Bundesländern, S. 343-347

– Wurzel, Lernen an anderen Orten – Erkenntnisse aus der Tagungsbetreuung, S. 390-392

– Steimann, Studienfahrten als Möglichkeit politischer Bildung. Die Beispiele Berlin, Straßburg, Usedom, S. 400-408

– Michalzik, Köpfe, Kameras, Krönungsmessen – Parteitage als medienpädagogischer Lernort?, S. 422-425

– AdB-Mitgliederversammlung verabschiedete Erklärung zum Jahresthema 2006, S. 451-453

Qualifizierung

– AdB qualifiziert junge Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus Russland, S. 98-99

– Konflikte und Kommunikation im Bereich Hauswirtschaft. Tagung für Hauswirtschaftsleitungen, S. 99-100

– Fortbildungsangebote von AdB-Mitgliedseinrichtungen, S. 106

– Pädagogische Hochschule Ludwigsburg bietet Studiengang „Bildungsmanagement“ an, S. 228-229

– Lernen für demokratische Jugendbildung in der Mongolei, S. 240

– BMBF setzt Qualitätsoffensive für Weiterbildung fort, S. 329-330

– Neue Wege des Energiesparens – Haustechnikertagung 2005, S. 347-349

– Ankündigungen, S. 353

– Workshop erarbeitete Vorschläge für Fortbildung in der Öffentlichkeitsarbeit, S. 458-460

– Ergebnisse der AdB-Tagung zum Urheberrecht in Deutschland, S. 460-461

Schule

– Mehr Bildungschancen durch Ganztagsschulen, S. 325-326

Soziale Gerechtigkeit

– Butterwegge, Politische Bildung als Anstifterin ausgleichender Gerechtigkeit in einer globalisierten Gesellschaft, S. 270-278

– Pauls, Armut ist Bedrohung, S. 279-285

– Ballhausen, Die Welt ist keine Ware. Ein Bericht über das 1. Sozialforum in Deutschland, S. 286-290

– Herrmann, „Wer ist hier blind?“ Gerechtigkeit – das Thema politischer Bildung, S. 291-296

– Tammena, Reichtum und Armut – ein Thema für alle! Aus der Praxis der Georg-von-Vollmar-Akademie, S. 297-303

– Hubbertz, Guerillamarketing in der politischen Bildung. Mediale Interventionen im Kampf um die Agenda 10 – ein Beispiel, S. 304-311

– BAG Jugendsozialarbeit fordert Partizipation und Chancengleichheit von Jugendlichen ausländischer Herkunft, S. 448

Sozialpolitik

– BAG Jugendsozialarbeit fordert „Pakt für die Jugend“, S. 84-85

– Bundesjugendministerin zum Armuts- und Reichtumsbericht, S. 85

– Butterwegge, Politische Bildung als Anstifterin ausgleichender Gerechtigkeit in einer globalisierten Gesellschaft, S. 270-278

– Pauls, Armut ist Bedrohung, S. 279-285

– Ballhausen, Die Welt ist keine Ware. Ein Bericht über das 1. Sozialforum in Deutschland, S. 286-290

– Hubbertz, Guerillamarketing in der politischen Bildung. Mediale Interventionen im Kampf um die Agenda 10 – ein Beispiel, S. 304-311

– Bundesregierung will Sozialstaat zukunftsfähig machen, S. 334

– Kommission übergab 5. Altenbericht, S. 334-335

Stichwortregister 2004

– S. 126-133

Studienreisen

– Müller/Papenkort, Lernen an anderen Orten: Erkundung und Exkursion, Studien- und Erlebnisreise, S. 382-389

– Steimann, Studienfahrten als Möglichkeit politischer Bildung. Die Beispiele Berlin, Straßburg, Usedom, S. 400-408

Veranstaltungen

– Konflikte und Kommunikation im Bereich Hauswirtschaft. Tagung für Hauswirtschaftsleitungen, S. 99-100

– 80 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 105

– 3. Sommerschule Politische Jugend- und Erwachsenenbildung, S. 105-106

– Schillo, Braucht der Medienbetrieb mehr Ethik? Zu den Aufgaben einer zeitgemäßen Medienkritik, S. 218-224

– Festival für junge Politik in Berlin, S. 231

– Banzer Kulturtage 2005, S. 242

– Ballhausen, Die Welt ist keine Ware. Ein Bericht über das 1. Sozialforum in Deutschland, S. 286-290

– Sommerschule politische Bildung, S. 339-342

– Ankündigungen, S. 353

– Jugendliche erarbeiteten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, S. 447

– DBJR-Vollversammlung zu Zukunftsthemen, S. 447-448

– Politische Bildung ist Menschenrechtsbildung – AdB-Jahrestagung und -jahresthema 2006, S. 449-451

Zuwanderungspolitik

– Initiativen für die Integration von Migranten, S. 91-92

– Bericht über Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland betont Voraussetzungen der Integration, S. 335-336

Außerschulische Bildung 1-2006

36. Jahrgang

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – Mitteilungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Herausgeber:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann

Redaktion:
Ingeborg Pistohl

Redaktionsbeirat:
Gertrud Gandenberger, Almut Hoffmann, Wolfgang Pauls, Sonja Schweizer, Ulrich Wester

Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung des Herausgebers/der Herausgeberin und der Redaktion.

Redaktionschluss:
15. April 2006

Redaktions- und Bezugsanschrift:
AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin,
Tel. (0 30) 400 401-11 u. 12
www.adb.de
E-mail: jurisch@adb.de,
pistohl@adb.de

Herstellung:
Druckcenter Meckenheim/Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISSN 0176-8212

Bildnachweis:
Copyrighthinweise s. Fotos.

Bezugsbedingungen (gültig ab Ausgabe 1-2003)

Einzelheft		**€ 6,00**
1-3 Abonnements	(jährlich)	**€ 16,00**
ab 4 Abonnements	(jährlich)	**€ 12,00**
Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare, Arbeitslose	(jährlich)	**€ 12,00**
(bitte jährlich Bescheinigung übersenden)		(zuzüglich Porto)

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die Außerschulische Bildung wird als Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben. Verband, Herausgeberin und Herausgeber, Redaktionsbeirat und die Redakteurin möchten dadurch

- zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung beitragen und damit die Professionalität pädagogischen Handelns stärken,
- aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft aufgreifen und im Hinblick auf ihre Behandlung in der politischen Bildung aufbereiten,
- Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich machen und ein Schaufenster des Arbeitsfeldes bieten,
- theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung setzen und die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt machen,
- Methoden der politischen Bildung vorstellen,
- neue fachbezogene Publikationen und Medienproduktionen präsentieren und in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit einschätzen,
- über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern berichten,
- Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden verbreiten.